Mittwoch, 14. November 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 268 - 46. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Akademiker: Die Arbeitslosigkeit unter den Hochschulabsolventen ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich rasch gestiegen und hat jetzt fünf Prozent erreicht, meldet die Bundesanstalt für Arbeit. (S. 13)

Berliner Senat: Die Stadt bleibt bei jedem denkbaren Wahlausgang 1985 weiter regierbar, stellt ein Gutachten fest. Der Senat, dessen Amtszeit nicht mit dem Ende der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses abläuft, könne auch bei einem Scheitern der FDP im Amt bleiben. (S. 4)

Bodenschutz: Bundesinnenminister Zimmermann will mit einem umfassenden Bodenschutzkonzept die Belastung durch Schadstoffe, Dünge- und Pflanzenschutzmittel „minimieren". (S. 10)

Langemann: Revision gegen das Urteil im Langemann-Prozeß hat Generalbundesanwalt Rebmann eingelegt. Der ehemalige bayerische Staatsschutzchef war wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen zu acht Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden.

Baden-Württemberg: Über die Nachfolge des FDP-Landesvorsitzenden Morlok wird erst auf dem Dreikönigstreffen der Partei im Januar entschieden. Der Landesvorstand konnte sich nicht auf eine Wahlempfehlung einigen.

Afghanistan: Sowjetische Truppen haben nach Angaben westlicher Diplomaten im Nordwesten des Landes 450 Widerstandskämpfer erschossen, die nach einem Gefecht in den Bergen kapituliert hatten. Wie weiter verlautete, will Moskau Tausende afghanischer Kinder in die UdSSR schaffen, um sie kommunistisch zu erziehen.

Indien: Für den 24. Dezember sind auf Anordnung des neuen Regierungschefs Rajiv Gandhi Wahlen zum Unterhaus angesetzt worden. Ausgenommen sind die Bundesstaaten Assam und Pandschab, da die Sicherheitslage Wahlen dort nicht zulasse. (S. 6)

Bürgerkomitees: Die Warschauer Regierung will gegen die Komitees zur Verteidigung gegen Rechtsbrüche vorgehen, die nach der Ermordung Pfarrer Popieluszkos entstanden sind. Die Komitees seien staatsfeindlich und wollten die Regierung lähmen.

Rechtschreibung: Sind die Klagen über den Niedergang der Rechtschreibung an den deutschen Schulen gerechtfertigt? Ein großangelegter Test in Rheinland-Pfalz läßt erhebliche Zweifel aufkommen. (S. 4)

Heute: Kanzler Kohl trifft Italiens Regierungschef Craxi in Stresa am Lago Maggiore.

ZITAT DES TAGES



„Wenn man unsere Bürger belastet, wenn sie in die Schweiz fahren, dann können nicht die Schweizer ohne weiteres bei uns herumfahren, ohne etwas zu zahlen"

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger zu Erwägungen, Straßenbenutzungsgebühren von Schweizer Kraftfahrern zu erheben, falls die Schweiz von Januar an Autobahngebühren verlangt. (S. 5)

FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Rechnungshof: Die Verschwendung von Steuern in Milliardenhöhe und mangelnde Kontrolle von Behörden und staatlichen Unternehmen wirft der Bundesrechnungshof Ministerien und Behörden vor. (S. 3)

Unfallverhütung: Die Zahl der schweren Arbeitsunfälle und der Berufskrankheiten in der gewerblichen Wirschaft hat 1983 mit 48 845 Fällen den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. (S. 11)

Hochtief AG: Ein erneut zufriedenstellendes Gesamtergebnis erwartet der zweitgrößte deutsche Baukonzern für 1984. Die Bauleistung erreichte in den ersten neun Monaten mit 3,47 Milliarden DM knapp das Vorjahrsniveau. (S. 14)

Volkswagen: Der Liefer- und Leistungsumfang im Rahmen des Motorenprojektes mit der „DDR" wird bis 1993 rund 500 Millionen DM erreichen. (S. 11)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich eine freundliche Tendenz durch. Der Rentenmarkt war kaum verändert. WELT-Aktienindex 157,4 (157,4). Dollarmittelkurs 2,9282 (2,9584) Mark. Goldpreis pro Feinunze 350,45 (345,75) Dollar.

KULTUR

Literaturpreis: Für seinen Gedichtband „Juniabschied" ist Rolf Haufs der mit 15 000 Mark dotierte Bremer Literaturpreis der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung zuerkannt worden. Den Förderpreis von 7500 Mark wird Herta Müller für ihr Buch „Niederungen" erhalten.

Marxismus: Antworten auf die Frage „Marxismus – die gescheiterte Philosophie unserer Epoche?" versuchte ein Kongreß des Studienzentrums Weikersheim zu geben. Unter den Referenten: Gesine Schwan, Alexander Sinowjew, Wladimir Maximow und Günter Rohrmoser. (S. 25)

SPORT

Sportbund: Der Deutsche Sportbund hat nach einer neuen Statistik 18 940 122 Mitglieder, das sind 30,7 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik und 564 852 mehr als 1983. (S. 8)

Schach: Die Mannschafts-Weltmeisterschaft in Saloniki findet ohne Karpow und Kasparow statt. Titelverteidiger UdSSR muß verzichten, weil sie mit ihrem WM-Kampf nicht fertig wird. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Rauschgift: Die mexikanische Polizei hat acht Millionen Kilogramm Marihuana beschlagnahmt, moderne Rauschgiftlabors zerstört und 3000 Landarbeitern zur Freiheit verholfen, die von Rauschgifthändlern wie Sklaven gehalten wurden. (S. 26)

Aus für den Halfpenny: Die 1280 eingeführte kleinste britische Münze wird Ende des Jahres ungültig. Auch Ein-Pfund-Noten werden nicht mehr ausgegeben, bleiben aber bis Ende 1985 gültiges Zahlungsmittel. (S. 26)

Wetter: Meist sonnig. 7 bis 12 Grad. Das Hoch soll bis Ende der Woche anhalten.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Neues Volkszählungs-Gesetz berücksichtigt Datenschutz

Erhebung nunmehr am 23. April 1986 / Bögen mit detaillierteren Fragen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die im vergangenen Jahr am Datenschutz gescheiterte Volkszählung soll am 23. April 1986 nachgeholt werden. Das Kabinett verabschiedete gestern ein entsprechendes Gesetz, das Bundesinnenminister Zimmermann vorgelegt hatte. Der Neuentwurf verzichtet nicht auf die Erhebung von Daten, sondern stellte die Fragen nur detaillierter. Nach Einschätzung des Innenministeriums wird er aber allen Anforderungen gerecht, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über die alte Volkszählung vom Dezember 1983 aufgestellt hatte. Experten im Bonner Innenministerium stuften das neue Gesetz als „wasserdicht" ein.

Bundesinnenminister Zimmermann erklärte in Bonn, der Entwurf werde den Anforderungen des Volkszählungs-Urteils des Bundesverfassungsgerichts „in vollem Umfang" gerecht. Es gebe „keine Begründung mehr dagegen wie noch vor drei Jahren", fuhr Zimmermann fort.

Die Richter hatten damals das Erhebungsprogramm als zulässig erklärt und als „Vorbedingung für die Planmäßigkeit staatlichen Handelns" bezeichnet. „Zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung" bedürfe es jedoch ergänzender verfahrensrechtlicher Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation einer Volkszählung.

Der Gesetzentwurf trägt den verfassungsrechtlichen Bedenken in insgesamt acht wesentlichen Neuregelungen Rechnung. Es wird unterschieden zwischen „Erhebungsmerkmalen" und „Hilfsmerkmalen", also Angaben, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind, und Angaben, die lediglich der Durchführung der Zählung dienen. Die Erhebungssachverhalte werden konkret bezeichnet, so daß die Verwaltung keineswegs mehr, wie nach dem Entwurf von 1983, stellenweise befürchtet, frei über Art und Umfang der Fragestellungen verfügen kann. So wurde etwa die Frage nach der „Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts" aufgeschlüsselt in einen Fragen-Katalog mit den Punkten „Berufstätigkeit, Rente, Pension, Vermietung, Verpachtung, Altenteil".

SEITE 2:
Stichproben genügen nicht

Neu ist auch, daß die Verwaltungen „besondere Erhebungsstellen" für die Volkszählung einrichten müssen. Sie sollen personell und organisatorisch von den anderen Verwaltungsstellen getrennt sein. Auswahl und Aufgaben der Zähler werden detailliert geregelt. Insgesamt werden rund 500 000 Zähler unterwegs sein. Die Kosten der Volkszählung betragen 550 Millionen Mark. Der Bund bezahlt 30,1 Millionen Mark, während die Hauptmasse von den Ländern (305,3 Millionen) und Gemeinden aufgebracht werden muß.

Der neue Gesetzentwurf verzichtet auch auf den noch 1983 vorgesehenen Melderegisterabgleich. Ihn hatte das Bundesverfassungsgericht ebenso als „Verstoß gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht" angesehen wie die ebenfalls jetzt weggefallenen Übermittlungsregelungen an die obersten Bundes- und Landesbehörden sowie an die Gemeinden.

Bundesinnenminister Zimmer-

● Fortsetzung Seite 10

Wien über „feigen Mord" empört

Nach dem jüngsten Grenzzwischenfall Beziehungen zur CSSR auf neuem Tiefpunkt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen sind wieder einmal an einem Tiefpunkt angelangt. Die Wiener Regierung und sämtliche im Parlament vertretenen Parteien haben scharf gegen die Erschießung eines tschechoslowakischen Flüchtlings durch CSSR-Grenzwachen protestiert. Im Parlament war das Vorgehen der tschechoslowakischen Grenzsoldaten, die nach Darstellung der österreichischen Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung des Flüchtlings Frantisek Faktor tief auf österreichisches Gebiet eingedrungen waren, als „feiger Mord" charakterisiert worden.

Prag hat die österreichischen Proteste in brüsker Form zurückgewiesen und gleichzeitig den erschossenen Flüchtling als „Berufsverbrecher" bezeichnet, der eine Gefängnisstrafe habe antreten müssen. Zugleich gingen die Tschechen zum Gegenangriff über. Das Parteiorgan „Rude Pravo" schrieb, nicht die CSSR habe die österreichische Grenze verletzt, sondern umgekehrt – von „verschiedenen Geheimdienstzentren inspiriert", gebe es viele Versuche von österreichischer Seite, die Grenze der CSSR zu verletzen.

„Rude Pravo" nutzte die Gelegenheit, bei den Tschechen alte antiösterreichische Ressentiments aus der gemeinsamen k. u. k. Vergangenheit zu wecken. Der Ton „einiger offizieller Stellen Wiens" sei arrogant. Die Tschechoslowakei sei „keine österreichische Provinz". Wörtlich: „Nationen zu demütigen war einst die Politik Wiens und ist jetzt kein Beitrag zur Förderung der Beziehungen." Von anderen CSSR-Medien kommt die Erklärung, die Grenzwachen hätten bei der Erschießung des Flüchtlings „nur ihre Pflicht erfüllt".

Der österreichische Außenminister Leopold Gratz hat demgegenüber erklärt, Prag müsse „zumindest ein Bemühen zeigen, Grenzverletzungen in Zukunft nicht nur zu vermeiden, sondern auch auszuschließen, daß die österreichisch-tschechoslowakische Grenze eine Todesgrenze wird". Zwar blieben die Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei auch nach diesem Zwischenfall bestehen. Aber man könne nicht in der Hauptstadt Freundschaft symbolisieren und gleichzeitig an der Grenze schießen.

Diese Worte des österreichischen Außenministers gelten als Indiz dafür, daß eine kurz bevorstehende tschechoslowakische Kulturwoche in Wien zum gegebenen Zeitpunkt kaum stattfinden wird. Der Wiener Presseclub „Concordia" hat die Einladung einer tschechoslowakischen Journalistendelegation nach Österreich verschoben.

Obwohl Österreich als westlich-demokratisches Land nicht in der Lage sei, seine Grenzen hermetisch abzuriegeln, betonen Wiener Sicherheitsstellen, daß ab sofort die Gendarmeriepatrouillen an der Grenze zur Tschechoslowakei verstärkt würden. Die Bevölkerung im österreichischen Grenzgebiet soll durch Flugblätter aufgefordert werden, ungewöhnliche Vorkommnisse sofort zu melden.

Steuereinnahmen niedriger als erwartet

Stoltenberg nennt als Gründe vor allem größere Preisstabilität und Streikfolgen

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die für 1984 und 1985 nach unten revidierten Steuerschätzungen vor allem mit der größeren Preisstabilität und den Streikfolgen begründet. Nach der gestrigen Schätzung können Bund, Länder, Gemeinden und EG für dieses Jahr mit 414,2 Milliarden (plus 4,4 Prozent gegenüber Vorjahr) und für 1985 mit 436,6 Milliarden Mark (plus 5,4 Prozent) rechnen. Allein für den Bund werden sich die Einnahmen auf 198,9 Milliarden (plus 3,6 Prozent) und 209,4 Milliarden (plus 5,3 Prozent) belaufen.

Für den Bund bedeutet das für 1984 im Vergleich zum Haushaltsansatz (der im November 1983 erstellt wurde) Mindereinnahmen von rund 2,9 Milliarden Mark. Mit rund 4,0 Milliarden fällt die Korrektur für 1985 gegenüber dem Haushaltsentwurf der Regierung vom Sommer noch deutlicher aus. Dennoch werde die Neuverschuldung, so Stoltenberg, wegen der sparsamen Haushaltsführung in diesem Jahr voraussichtlich unter 30 Milliarden und damit deutlich unter dem gesetzlichen Rahmen von 33,6 Milliarden Mark liegen. Für 1985 wird jetzt statt der noch im Regierungsentwurf genannten knapp 24 Milliarden mit einer Größenordnung von 27 Milliarden Mark Nettokreditaufnahme gerechnet. Dabei ist bereits berücksichtigt, daß der Haushaltsausschuß den Bundesbankgewinn gegenüber dem Regierungsentwurf um zwei auf 12,5 Milliarden Mark heraufsetzen dürfte.

Der Steuerschätzung wurden für 1984 und 1985 nominale Wachstumsraten von jeweils 4,5 (bei der letzten Steuerschätzung im Juni 5,5) Prozent zugrundegelegt, und das allein deshalb, „weil die Preisniveaustabilisierung inzwischen größere Fortschritte gemacht hat, als damals erwartet".

Ob der Bund 1985 zusätzliche Einnahmen aus einer Ergänzungsabgabe beziehen kann, soll am Donnerstag erörtert werden. In der Debatte über den Nachtragshaushalt will die SPD-Fraktion jedenfalls die Bundesregierung zur Einführung einer Ergänzungsabgabe auffordern, die an die Stelle der vom Verfassungsgericht für nichtig erklärten Zwangsanleihe treten soll. Zwar gibt es im Arbeitnehmerflügel der CDU gewisse Sympathien für diese Lösung. Doch dürfte sich, da sie bei der FDP, aber auch in Teilen der Unionsfraktion auf entschiedenen Widerstand stößt, keine Mehrheit dafür finden. Mit Fraktionsdisziplin wird gerechnet.

Um so mehr bleibt aber die Frage einer „Kompensation" für den Fortfall der Zwangsanleihe im Gespräch. Zwar tagt die von der Koalition eingesetzte Kommission erst am Freitag. Doch werden zur Vorbereitung bereits Modelle geprüft, wie zum Beispiel bei der bevorstehenden Steuerreform die Entlastung der Besserverdienenden zumindest in der ersten Stufe 1986 niedriger gehalten werden könnte, als bisher vorgesehen. Wie die Rückzahlung der bisher gezahlten Zwangsanleihe geregelt wird, hat Stoltenberg jetzt in einem Schnellbrief an die Länder bekanntgegeben.

Seite 2: Wo bleibt der Sparwille?

Katalysator: Hiobsbotschaft verpufft

DIETER THIERBACH, Bonn

Auf einhellige Ablehnung und geharnischte Kritik ist eine jetzt veröffentlichte Studie des Instituts für Physik der Universität Basel gestoßen. In Zusammenarbeit mit einem Öko-Zentrum posaunte man hinaus, daß Platin-Abgaskatalysatoren nach einer gewissen Betriebszeit mit krebserregenden Substanzen die Umwelt verpesten würden.

Von „horrender Blödsinn" über „Was soll denn der Quatsch" bis hin zur Ankurbelung einer unhaltbaren Psychose bezeichneten Experten auf Anfrage der WELT die Meldung, daß abgenutztes Platin „äußerst aktiv sei, in der Natur alle möglichen Reaktionen auslöse und sich dort zu kanzerogenen Substanzen verbinde".

Aus dem Katalysator, einem hochbeanspruchten Verschleißteil, wird sowohl ein Teil seiner Edelmetallbeschichtung wie auch ein Teil des Keramikkörpers ausgetragen. Jim Hawkins, Chemiker der Johnson Matthey Chemicals, des größten Edelmetallrückgewinners der Welt: „Die Bedingungen in Auspuffrohren lassen die Entstehung von solch gefährlichen Produkten gar nicht zu. Platin ist schließlich ein Edelmetall, das nicht so einfach reagiert. Es braucht sehr starke Bedingungen, um überhaupt aktiviert zu werden."

Die Definition eines Katalysators – man lernt dies im Schul-Chemieunterricht – besagt, daß er den Reaktionsablauf beschleunigt, ohne selbst an der Reaktion teilzunehmen. Hawkins zur WELT: „Aus Industrieanlagen ist Platin als Katalysator nicht mehr wegzudenken; Prozesse, seit Jahrzehnten bewährt, laufen ohne ihn gar nicht ab."

Der Toxikologe Hans Peter Bertram vom Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Uni Münster zur WELT: „Elementares Platin, selbst feinstverteilter metallischer Platinstaub, ist ungiftig. Man kann ihn essen, ohne daß etwas passiert." Bertram: „Giftspezialisten der amerikanischen Umweltschutzbehörde haben versucht, eine toxische Dosis für elementares Platin im Tierversuch zu ermitteln. Das ist nicht gelungen."

Einzig und allein eine allergische Reaktion mit den Schleimhäuten – seit Jahren bekannt und bestens im Griff – ist den Arbeitsmedizinern beim Umgang mit löslichen Platinverbindungen bekannt, aber auch nur hier. Arbeiter werden einmal im Jahr auf das Kontaktekzem „Platinose" überprüft.

Ein Sprecher des Berliner Umweltbundesamtes sieht die Basler Hiobsbotschaft als nicht haltbar an. Für Wilfried Lange von der Degussa ist allein schon die Anwendung des Katalysators in Verbindung mit Dieselmotoren, so wie in Basel geschehen, völlig sinnlos, da nur Ottomotoren auf diese Weise entgiftet werden können. „Es ist im Gegenteil so, daß der Einsatz von Platin-Katalysatoren in einem Arbeitsgang krebserregende Schadstoffe vernichtet, um aus ihnen harmlose Substanzen zu machen."

DER KOMMENTAR

Blutige Grenzen

CARL GUSTAF STRÖHM

Zu keinem seiner Nachbarstaaten hat Österreich so komplizierte Beziehungen wie zur Tschechoslowakei. Jetzt rätselt man in Wien, was die kommunistische Führung in Prag wohl veranlaßt haben könnte, die österreichischen Proteste wegen einer flagranten Grenzverletzung durch CSSR-Soldaten und der Erschießung eines Flüchtlings auf österreichischem Gebiet in so brüsker Form zurückzuweisen.

War es Absicht, tschechoslowakische Grenzsoldaten bei der Verfolgung eines Flüchtlings mehrere hundert Meter tief auf österreichisches Territorium vordringen zu lassen, damit sie dort ihre Bluttat vollbringen konnten? Oder haben die Grenzwächter einen solchen Übereifer bei der Erfüllung ihrer „Pflicht" an den Tag gelegt, daß ihnen die Grenzmarkierungen bei der Menschenjagd nichts mehr bedeuteten?

Gibt es in der CSSR-Führung, die in einen pragmatischen und einen dogmatischen Flügel gespalten ist, vielleicht einflußreiche Kräfte, die jede Verbesserung der Beziehungen zu Österreich und damit zum Westen hintertreiben wollen? Oder war die Bluttat von Gmünd „nur" ein makaberer Versuch, die eigene Bevölkerung vor jeglichen Fluchtabsichten zu warnen?

Wie immer die Antwort ausfällt – die tschechoslowakischen Grenzsoldaten haben nach den Regeln des kommunistischen Systems gehandelt. Diese Regeln besagen, daß Flucht aus einem Lande des real existierenden Sozialismus ein todeswürdiges Verbrechen ist. Dies gilt für die Mauer in Berlin ebenso wie für das gleichfalls geteilte Grenzstädtchen Gmünd zwischen Niederösterreich und Mähren. Überall der gleiche Stacheldraht, die gleichen Wachhunde, die gleichen Todesstreifen und die gleichen Wachsoldaten – die einzige wirklich bemerkenswerte „Errungenschaft" sowjetischer Kultur in einem Raum, in dem es früher solche Grenzen nicht gegeben hat.

Der österreichische Außenminister Gratz hat nur zu treffend gesagt, man könne nicht in Wien und Prag Kammerkonzerte auf der Grundlage des Kulturaustausches veranstalten und gleichzeitig über gute Beziehungen parlieren, während an der Grenze Menschen erschossen würden.

Selbst wenn wir die Realität der Grenzen zum Sozialismus nicht ändern können – wir sollten uns zumindest bewußt sein, welche Tragödien sich dort abspielen. Schon das sollte es uns verbieten, leichtfertig über die Großartigkeit der Beziehungen zu reden, während Menschen verbluten, die nur von ihrem verbrieften Menschenrecht Gebrauch machen wollen.

Außenminister Shultz erinnert an Grenada

DW. Brasilia/Managua

Trotz der Spannungen zwischen Washington und Managua schlug US-Außenminister Shultz in seiner Rede vor der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Brasilia einen eher gemäßigten Ton gegenüber Nicaragua an. Zwar sprach er auch in der brasilianischen Hauptstadt von einem „gefährlichen militärischen Ungleichgewicht" in Mittelamerika, das ständig von außerhalb der Hemisphäre geschürt werde. Er machte jedoch keinerlei Anspielungen auf die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens in Nicaragua. Beobachter führten die „moderaten Ausführungen" von Shultz zum Teil auf die seit dem Falkland-Krieg veränderte Stimmung innerhalb der OAS zurück. Washington war damals von lateinamerikanischen Staaten scharf kritisiert worden, als es sich auf die Seite Großbritanniens und gegen Argentinien stellte.

Vor seiner Rede hatte Shultz eine Intervention wie in Grenada nicht ausgeschlossen. Shultz: „Wenn der Präsident es noch einmal tun müßte, so würde er es tun." Die Invasionsfurcht Nicaraguas sei von den Sandinisten selbst geschaffen worden, wahrscheinlich als Vorwand, um die Bevölkerung mobil zu machen.

Die Sowjetunion will Managua im Falle einer Invasion durch die Truppen eines anderen Landes jede Unterstützung gewähren. Dies versicherte der zur Zeit in Bogota weilende Richard Ivanowitsch Kosolawow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU.

Diepgen gegen Waffenexporte in Spannungsgebiete

DW. Jerusalem

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland sollte sich nach Meinung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), „davor hüten, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern". Das würde der Bundesregierung Verantwortungen aufbürden, die sie nicht übernehmen kann, sagte Diepgen gestern in Jerusalem. Er lehne Waffenexporte generell ab – „wenn überhaupt", dann sollten sie nur im Rahmen der NATO und in Abstimmung mit den USA erfolgen.

Zur Frage eines israelischen Journalisten nach deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sagte Diepgen, die Regierung Kohl habe eine Situation vorgefunden, aus der sie wegen der politischen Kontinuität nicht einfach habe „aussteigen" können. Diepgen spielte damit auf die vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt vereinbarten Waffengeschäfte mit den Saudis an.

Diepgen erklärte, bei seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Peres und Außenminister Shamir habe er sich besonders für Israels Sicherheitsprobleme interessiert, „die auch uns Europäer angehen". Als erster deutscher Politiker, der mit der neuen israelischen Regierung Gespräche führte, äußerte Diepgen die Überzeugung, daß Israel für den Friedensprozeß im Nahen Osten „auf allen Ebenen erhebliche Anstrengungen" unternehme. Nach israelischer Auffassung hätten die Europäer dabei die Aufgabe, auf die arabischen Nachbarn „einzuwirken".

Regierung Thatcher hält an striktem Sparkurs fest

Steuersenkungen als Ausgleich / Wachstum niedriger als erwartet

DW. London

Der britische Schatzmeister Nigel Lawson kündigte in seiner „Kleinen Haushaltsrede" vor dem Unterhaus weitere scharfe Sparmaßnahmen der Regierung an. Zum Ausgleich dafür versprach er Steuererleichterungen in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden Pfund (5,7 Milliarden Mark). Lawson betonte in seiner Rede, die „feste Kontrolle" über die Ausgaben der Regierung solle beibehalten und der Etat im Haushaltsjahr 1985/86 nicht wesentlich über die Inflationsrate von höchstens fünf Prozent gesteigert werden. Die angestrebten Ausgaben des britischen Staates im kommenden Jahr bezifferte er auf rund 132 Milliarden Pfund. Angesichts wachsender Kosten sei das nur durch „einige harte Entscheidungen" in bestimmten Bereichen möglich.

Die Opposition reagierte umgehend mit der Beschuldigung, das „investitionsscheue" konservative Kabinett „verrate" die über drei Millionen Arbeitslosen. Der britische Schatzkanzler äußerte sich jedoch optimistisch über die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die Zahl der Arbeitsplätze werde „weiterhin steigen". Erst kürzlich hatte die Regierung allerdings Zahlen veröffentlicht, aus denen hervorging, daß die Arbeitslosenrate nach vorübergehendem Absinken mit nunmehr 13,4 Prozent wieder den hohen Stand des Monats Januar 1984 erreicht habe.

Als beunruhigend bezeichnete Lawson die Entwicklung des Wirtschaftswachstums. Es werde infolge des monatelangen Streiks im britischen Bergbau nicht 3,5 Prozent, wie erwartet worden war, sondern nur 2,5 Prozent betragen.

Der Bergarbeiterstreik habe auch negative Folgen bei der Kreditvergabe des Staates, die Lawson mit 8,5 Milliarden Pfund ansetzt. Das sind 1,5 Milliarden Pfund mehr als bislang von der Regierung geplant. Positiv bewertete der Schatzkanzler aber di[e] Aussichten auf weitere Zinssenku[n]gen und die Begrenzung der Inf[la]tionsrate im laufenden Jahr auf [illegible] Prozent.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Spiel mit Schicksalen

Von Günter Zehm

Die nach außen dringenden Nachrichten über die Behandlung von „DDR"-Bewohnern, die sich in Botschaften der Bundesrepublik in Osteuropa geflüchtet haben, sind alarmierend und deprimierend. Es geht dabei um deutsche Staatsangehörige, die einen selbstverständlichen Anspruch auf ihre Bürgerrechte haben. Ihnen steht ein Paß der Bundesrepublik Deutschland zu, die Wahrnehmung ihrer Interessen durch unabhängige Rechtsanwälte, ungehinderte Kommunikation auch mit ihren Verwandten im Westen und mit westlichen Journalisten. All das wird ihnen, wie man hört, von den Bonner Behörden verweigert.

Die Botschaftsangehörigen scheinen, auf Bonner Weisung, nur eine Methode zur „Lösung" des Problems anzuwenden: so lange auf die Flüchtlinge einreden, bis sie sich bereit finden, die Botschaft „freiwillig" zu verlassen, in die „DDR" zurückzukehren und sich so einem ungewissen Schicksal in Rechtlosigkeit und Willkür auszuliefern. Das ist, wie man es auch drehen und wenden mag und wieviel Verständnis für die eigenen Bonner Nöte man auch aufbringen mag, ein Skandal.

Von Anfang an war Bonn davon ausgegangen, daß „Verschwiegenheit und Diskretion" das beste Mittel sei, um den Flüchtlingen zu helfen. Für eine Weile leuchtete dieser Standpunkt halbwegs ein, doch in dem Maße, in dem sich Ost-Berlin verhärtete und „ein Exempel statuieren" wollte, gerieten auch die „Diskreten" auf der westlichen Seite ins Zwielicht. Öffentlichkeit ist bekanntermaßen immer noch die wirksamste Waffe gegen Haft und Psychoterror, und je größer der Kreis derer ist, die sich mit einem jeweiligen „Fall" befassen, um so größer ist auch die Chance, daß es human und vielleicht sogar rechtsstaatlich zugeht.

Der Fall der Flüchtlinge in den Botschaften ist längst kein Fall mehr, der exklusiv und in absoluter Verschwiegenheit zwischen der Ostberliner Stasi und einigen Bonner Sendboten verhandelt werden kann. Wenn schon aus diplomatischen Gründen mit menschlichen Schicksalen Fußball gespielt werden muß, dann bitte vor einem möglichst großen Publikum, damit wenigstens die Regeln eingehalten werden können.

Wo bleibt der Sparwille?

Von Heinz Heck

Die Hiobsbotschaft der Steuerschätzer kommt nicht unerwartet. Auch Stabilität hat ihren Preis. Wenn die Steuereinnahmen weniger reichlich fließen, als bisher erwartet, so hängt das auch – nicht nur – mit unserer weltmeisterlich niedrigen Preissteigerungsrate und insgesamt bescheideneren Lohnabschlüssen zusammen.

Die Frage ist, welche Konsequenzen das Parlament, vor allem die Regierungskoalition, daraus zu ziehen bereit ist. Der '85er Haushaltsentwurf der Bundesregierung steckt in der Schlußphase der parlamentarischen Beratungen. Das Parlament, nicht die Regierung, ist jetzt Herr des Verfahrens, und für Konsequenzen ist es nicht zu spät.

Allein der um zwei auf 12,5 Milliarden Mark erhöhte Ansatz des Bundesbankgewinns reicht nicht aus, auch wenn die verbesserte Optik gerade in diesem Moment als Erleichterung empfunden werden dürfte. Gäbe es ihn nicht, müßte die Neuverschuldung des Bundes für 1985 nicht mit vielleicht 27, sondern fast 40 Milliarden Mark angesetzt werden. Eine unerträgliche Vorstellung für eine Koalition, die auch bei der Sanierung der Staatsfinanzen die Wende angekündigt hat.

Diese Wende ist eingeleitet – mit zum Teil beeindruckenden Zwischenergebnissen. Zwar konnte es keinen abrupten Kurswechsel geben. Aber ebensowenig darf der Sparwille jetzt erlahmen. Vielleicht ist der Tag nicht fern, da die Frankfurter Währungshüter keinen oder nur einen schmalen Gewinn überweisen können. Jedenfalls muß man sich beizeiten mit dem Gedanken vertraut machen, daß hier keine dauerhaft kalkulierbare Größe zur Verfügung steht.

Vor diesem Hintergrund bleibt beispielsweise zu fragen, ob das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst nicht zu üppig ausgefallen ist. Wenn Sparsamkeit durchgestanden werden muß, wann denn besser als jetzt? 1986 nehmen die Haushaltsbelastungen weiter zu (erster Schritt der Steuerreform, höhere Zahlungen für Europa zum Beispiel), und die Bundestagswahl 1987 wirft Schatten voraus. Wenn man die Wähler mit Sanierungserfolgen überzeugen will, muß die Koalition ihre Gestaltungschance jetzt nutzen. Später ist zu spät.

Her mit der Nachrüstung

Von Paul Spree

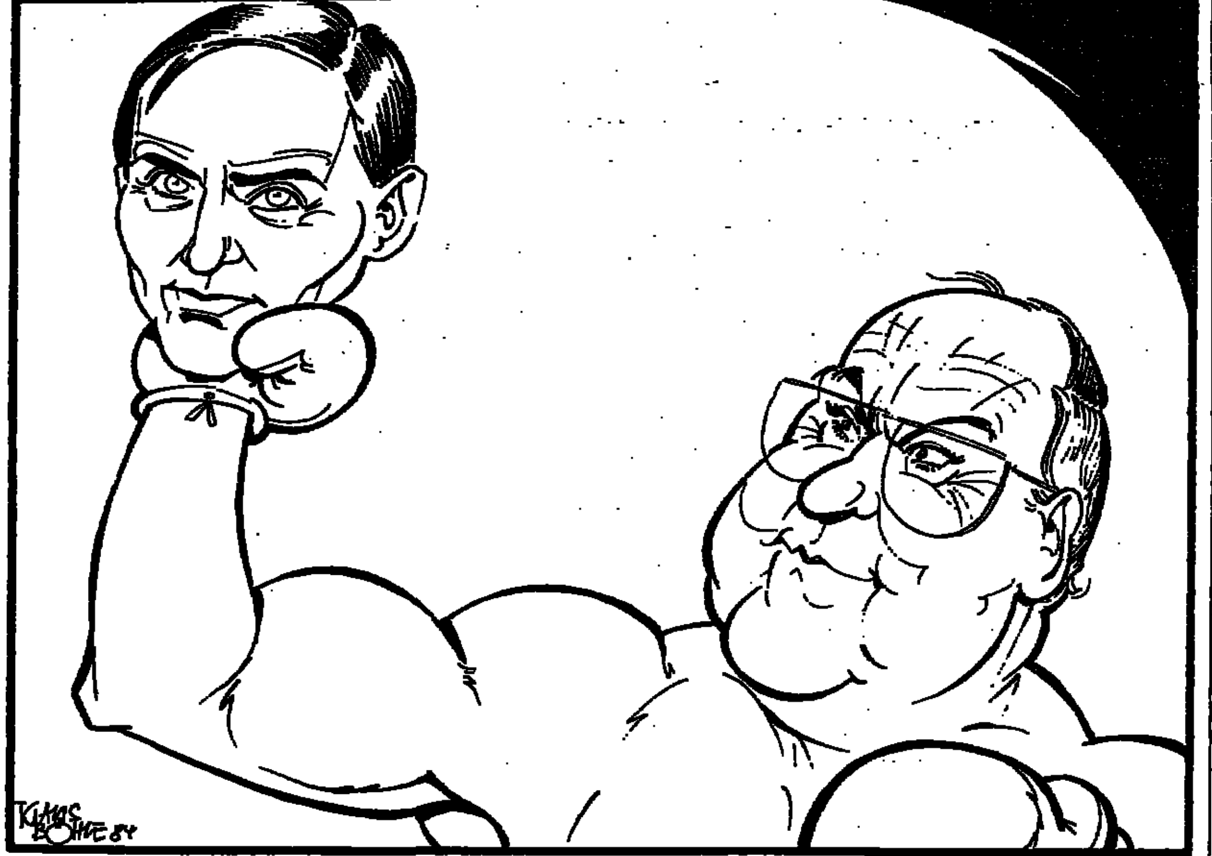
In einem Gespräch mit der WELT führte der italienische Umweltminister Alfredo Biondi gestern bewegte Klage über die Deutschen. Beim Katalysator-Auto probten die Deutschen den „Alleingang" in der EG: Biondi sprach von „nationalistischen Motiven", wo doch die Verschmutzung keine Grenzen kenne. Er deutete an, daß Italien die Deutschen beim abgasarmen Auto in der EG isolieren werde.

Am selben Tage kam eine andere Mitteilung: Die Autofirma Fiat kündigt an, Mitte 1985 ihre Mittelklassemodelle mit dem Katalysator anzubieten. Spätestens ein Jahr vor der gesetzlichen Pflicht zum abgasarmen Auto werde die gesamte Modellpalette in Katalysator-Version zur Verfügung stehen.

Die Gegenüberstellung beider Meldungen beschert Einsichten. Vor allem diese: Während Politiker noch ihren gewohnten Schemata von Europa verhaftet sind, haben sie nicht bemerkt, daß die Märkte sich längst anders orientiert haben, zuerst die deutschen und jetzt auch die ausländischen. Die Reaktionsschnelligkeit, mit der in Marktwirtschaften die Hersteller den vermuteten Wünschen ihrer Käufer entsprechen, hängt manchen Politiker ab. Die Bundesregierung darf daraus den Schluß ziehen, daß ihre Vorreiterrolle beim Umweltschutz Wirkung zeigt. Vielleicht ist dieses müde Zehnergespann behender, als man glaubt.

Das abgasarme Auto, ein Jahrzehnt im Tiefschlaf, kommt voran. Wenn nun auch noch eine Lösung gefunden wird, die Umrüstung von Altwagen anzureizen, wird der deutsche – und der europäische – Fuhrpark alsbald mit Vollgas, aber abgasarm fahren. Allein die „Nachrüstung" der Altwagen verringerte die Schadstoffe um ein Vielfaches der Werte, die mit einem Tempolimit je zu erreichen wären.

Vielleicht trauen die Politiker sich und dem Markt etwas zu wenig zu. Meist genügt es, kraftvoll den Starter zu drücken und dann den Motor aus eigener Kraft auf Touren kommen zu lassen. Die Marktwirtschaft ist kein statisches Gebilde, das auf tumbe Weise seine Produkte vermehrt. Ihre Dynamik bezieht sie aus den Bedürfnissen von morgen. Das sollten die Politiker von heute wissen. Noch nicht alle haben es gemerkt.



Die rechte Hand am rechten Platz KLAUS BÖHLE

Alliiertes Recht in Berlin

Von Rupert Scholz

Im Zusammenhang mit der vor dem Londoner Appellationsgericht anhängigen Frage, ob Berliner Bürger gegen die Anlage einer militärischen Einrichtung der Schutzmächte – britischer Schießplatz in Gatow – klagen können, ist eine ganze Reihe an mißverständlichen wie mißdeutenden Äußerungen zum alliierten Recht veröffentlicht worden. Schon der Umstand, daß ein deutsches Gericht nicht befugt ist, über derartige Tatbestände zu urteilen, hat z. B. zur Behauptung geführt, das alliierte Recht beschneide angeblich Bürgerrechte.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Siegermächte die „höchste Regierungsgewalt in Deutschland" übernommen (Potsdamer Abkommen). Dieses alliierte Besatzungsrecht gilt heute – angesichts der wiedererlangten deutschen Souveränität – nur noch teilweise. Zum einen besteht die alliierte Verantwortung für „Deutschland als Ganzes" fort, womit die treuhänderische Verantwortung der Alliierten für die deutsche Einheit und damit zugleich die völkerrechtliche Fixierung der unverändert offenen deutschen Frage gemeint ist.

Im Verhältnis zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik sieht sich diese treuhänderische Verantwortung nach Artikel 7 des Deutschlandvertrags als politische Verpflichtung auf das Ziel der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit konkretisiert. Eine besondere Funktion besitzt das alliierte Recht in Berlin. Ganz Berlin untersteht – als seinerzeit besonderes Besatzungsgebiet – unverändert den kompletten Hoheitsvorbehalten der Alliierten. Diese Vorbehalte begründen den besonderen Status von ganz Berlin, der die Präsenz und Verantwortung der drei Westmächte für West-Berlin und die ebenso unveränderte Zuständigkeit der Sowjets für Ost-Berlin begründet. Dieser spezielle Status Berlins kraft alliierten Rechts garantiert ebenso die Sicherheit West-Berlins, wie er die völkerrechtliche Verantwortung der Alliierten für Deutschland als Ganzes in verbindlicher Form belegt.

Im einzelnen kennt das alliierte Recht eine Fülle von Rechtsvorschriften, die sich teilweise aus den unmittelbaren Nachkriegsgegebenheiten erklären und heute daher kaum noch aktuelle Bedeutung besitzen. Zwischen dem deutschen und dem alliierten Recht bestehen vielfältige Verschränkungen, die an der Grundqualität des alliierten Rechts indessen nichts verändern: Es ist völkerrechtlicher Qualität, ist originärer Art und ist nicht etwa stellvertretend deutsches Recht. Es ist an die Stelle früherer deutscher Rechtsetzungen getreten und steht heute neben den Gesetzgebungen von Bund und Berlin, wie sie als nationales Recht in Berlin gelten. Als Völkerrecht steht das alliierte Recht allein zur Disposition der Alliierten selber; soweit es konstitutiver Bestandteil des besonderen Status von Berlin im einzelnen ist, besteht auf deutscher wie alliierter Seite Einigkeit über seine Unverzichtbarkeit.

Auf der anderen Seite gibt es auch Vorschriften des alliierten Rechts, die für die originären Zuständigkeiten der Alliierten und die Sicherheit Berlins ohne Bedeutung sind. Erweisen sich solche Vorschriften im Sinne moderner, gemeinsamer rechtsstaatlicher Überzeugungen als überholt, so ist eine Rechtsbereinigung selbstverständlich.

Niemand ist jedoch berechtigt, das alliierte Recht etwa generell als überholt oder gar rechtsstaatlich fragwürdig zu diskreditieren. Wenn die rechtsstaatlichen und demokratischen Bürgerrechte in Berlin vital und sicher bestehen, so ist dies nicht nur der nationalen Gesetzgebung und ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Verantwortung, sondern vor allem den Sicherheitsgarantien des alliierten Rechts zu verdanken. Wenn sich im Einzelfall aus der genannten Verschränkungslage von deutschem und alliiertem Recht Abstimmungserfordernisse ergeben, so gilt das Gebot der wechselseitigen Rücksichtnahme: Der deutsche Gesetzgeber untersteht nicht nur rechtlich den Vorbehalten des alliierten Rechts, sondern er ist auch politisch an der unbedingten Aufrechterhaltung alliierten Sicherheits- und Statusrechts interessiert; umgekehrt sind die alliierten Gesetzgeber schon nach allgemeinem Völkerrecht gehalten, nationale Gesetze oder Rechtsauffassungen zu beachten, soweit nicht zwingende Hindernisse hiergegen bestehen.

Der Streit um den Gatower Schießplatz bildet ein Beispiel für die letztere Konstellation. Zu den Sicherheitsgarantien Berlins gehören die unabdingbaren Vorbehalte der alliierten Schutzmächte für alle militärischen Einrichtungen oder Notwendigkeiten. Auf der anderen Seite kann das Gebot der Rücksichtnahme auf die Interessen betroffener Bürger, z. B. aus Gründen übermäßiger Lärmbelästigung, bedeutsam werden. Es entspricht den gemeinsamen Grundüberzeugungen aller westlichen Rechtsstaaten, jedem Bürger möglichst überall rechtliches Gehör zu geben. Deutsche Instanzen können jedoch über alliiertes Sicherheitsrecht ebensowenig wie nationale Gerichte der einzelnen Schutzmächte judizieren, weil dieses weder nationales Recht der einen oder anderen Seite, sondern vom nationalen Recht originär geschiedenes Völkerrecht ist – Völkerrecht überdies, das für alle Alliierten einheitlich gilt, also auch nicht über nationale Gerichte der einen oder anderen Schutzmacht in unterschiedliche Einzelrechte aufgespalten werden kann.

Wie die alliierte Verantwortung für Berlin eine gemeinschaftliche ist, so ist es auch die Verantwortung der Alliierten für das in Berlin einheitlich geltende alliierte Recht. Sollte sich im Fehlen einer Rechtsschutzmöglichkeit für den Berliner Bürger eine Lücke in diesem alliierten Recht auftun, so würde deren Schließung gerade wegen der für Deutsche wie Alliierte gemeinsamen rechtsstaatlichen Grundüberzeugungen kaum schwerfallen.

GAST-KOMMENTAR



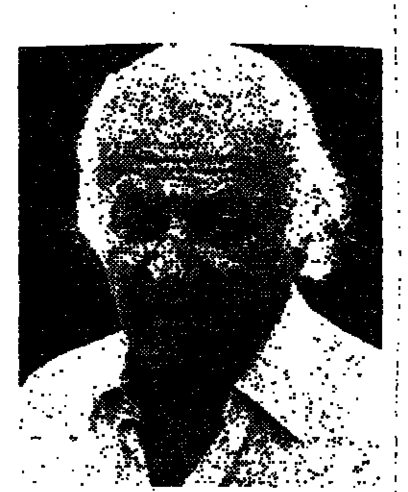
Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitverfasser des Grundgesetzkommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz FOTO: H. W. HÖFT

IM GESPRÄCH Rolf Liebermann

Retter in der Kulturwüste

Von Kläre Warnecke

Eigentlich habe er mit der Oper nichts mehr im Sinne, so hat er in den letzten Jahren immer wieder verkündet; er wolle sich anderen Aufgaben widmen, vor allem dem Komponieren. Jetzt hat den mittlerweile 74jährigen Rolf Liebermann die Oper ironischerweise doch wieder eingeholt in Form einer vorerst interimistisch geplanten Intendanz der Hamburgischen Staatsoper, an der er bis 1973 vierzehn Jahre lang Triumphe gefeiert hat.



Es wird Kraft kosten: Liebermann FOTO: SIMON/STUDIO X

Breits in zweieinhalb Monaten, direkt nach dem Abgang von Kurt Horres, soll er, der gerade die Salzburger Sommerakademie zu neuem Leben erweckt hat, wieder an der Dammtorstraße residieren. Und um ihm die Rückkehr verlockend zu gestalten, hat man ihm sogar bereits kurzfristige Spielplanänderungen konzediert. Zugeständnisse, die den gewieften Opernlöwen tief befriedigen müssen, wie dieser ganze überraschende Hilferuf aus der Hamburger Kulturwüste.

Übersehen darf man allerdings nicht, daß den Erfolgsverwöhnten, den mit künstlerischem Weitblick und taktischem Geschick begabten Kosmopoliten im Hamburg der Jahre 1984/85 grundlegend andere Verhältnisse erwarten als in den Happy Sixties. Damals flossen die Subventionen noch üppig, als der in Zürich geborene, bei Hermann Scherchen und Wladimir Vogel ausgebildete, mittlerweile renommierte Komponist Liebermann nach seiner Zeit als Musikabteilungsleiter des NDR die Nachfolge Tietjens an der Hamburgischen Staastsoper antrat und das Institut innerhalb kurzer Zeit in die Riege der ersten europäischen und amerikanischen Opernhäuser katapultierte. Es gelang ihm mit einem Konzept, das sehr klug ein hochkarätig besetztes Repertoire, mit dem er das breite Publikum an sein Haus zu fesseln verstand, und wagemutige Ur- und Erstaufführugnen mischte.

Strawinsky, Henze, Klebe, Krenek, von Einem, Britten und andere offerierte er den konservativen Hanseaten. Gewiß, bei seinen Auftragskompositionen waren auch Eintagsfliegen dabei, die keine Spielzeit überlebten. Das hat man ihm später angekreidet, zumal seine Novitäten-Produktionen nicht gerade billig waren. Doch war sein Mut zu Neuem immer beachtenswert.

Heute weht in der Hansestadt ein ungleich schärferer Wind. Die Sparkommissare des Senats geben den Ton an, und – was gravierender ist – gerade gegen die Staatsoper wird massiv Stimmung gemacht von dem Heer der Stadtteilkultur-Propagandisten, da die Oper einen Großteil der Kultursubventionen schluckt. Darauf muß Liebermann gefaßt sein. Er wird seinen Widersachern Paroli bieten, den zu erwartenden Politattacken standhalten müssen. Das wird ihn, der ja keineswegs mehr der Jüngste ist, mehr Kraft kosten, als er es möglicherweise heute erwartet.

Zu hoffen ist auch, daß es ihm intern gelingt, die nach dem brüsken Horres-Abgang aufgebrachten Gemüter an der Staatsoper zu beruhigen und die Beinahe-Könige Mares, Zender und Neumeier für sich zu gewinnen. Daß er diese Interimsintendanz nicht annimmt ohne klare künstlerische Vorstellungen, zählt mit zu den hohen Erwartungen, die die Hanseaten mit seiner Rückkehr verknüpfen. Mit seinem Interregnum ist auf jeden Fall Zeit gewonnen für eine besonnene Suche nach einem neuen Mann, der der Staatsoper langfristig Profil geben kann.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie bemerkt zur Fernseh-Berichterstattung:

Wer sich am Sonntagabend in Berlin die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF zumutete, den konnte schon kalter Zorn übermannen. Da wurde in der Tonart mitfühlender Beileidsbezeugungen über die Verletzung des nicaraguanischen Luftraums durch amerikanische Aufklärungsflugzeuge berichtet, die, welcher psychologische Terror, mit lautem Knall die Schallmauer durchbrochen hätten. Wir erinnern uns nicht, daß sich ARD und ZDF in den letzten Monaten anklagend zu Wort gemeldet hatten, wenn sowjetische Düsenjäger Tag um Tag und Abend um Abend in Berlin die Fensterscheiben klirren und zersplittern ließen und die Nerven der Spree-Athener malträtierten.

REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER

Zu Schäuble heißt es hier:

Der neue Mann im Mittelpunkt der Macht wird von seinem Förderer als „Politiker von hohen Graden" gerühmt. Tatsächlich hat sich Wolfgang Schäuble für Helmut Kohl in den Jahren seit dem Regierungswechsel als unverzichtbarer Verbindungsmann zur Fraktion erwiesen. Der Kanzler schätzt den 42jährigen Badener als zähen Arbeiter, hellwach in Fragen der parlamentarischen Strategie. Was den Rechtsanwalt und Finanzexperten in Kohls Augen besonders sympathisch macht, ist die Tatsache, daß bei Schäuble Loyalität und Effizienz weit vor persönlichem Ehrgeiz rangieren.

Die Presse

Den österreichisch-tschechoslowakischen Grenzzwischenfall kommentiert das Wiener Blatt:

Erst waren es Zynismen, dann Frechheiten – heute lassen sich die Reaktionen Prags auf die österreichischen Vorwürfe wegen des folgenschweren Zwischenfalls an der Grenze nur mehr als bodenlose Gemeinheit qualifizieren. Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig – nach diesem Prinzip, im buchstäblichen wie im übertragenen Sinn, laufen die Attacken gegen Österreich. Uns bleibt ob solchem Mangel an Einsicht nur mehr, die Beziehungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zur Belastung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" durch Flüchtlinge meint die Zeitung:

Der klare Anstieg von Ausreisen ist nur zu einem geringen Teil humanitären Überlegungen zu verdanken. Ost-Berlin entledigt sich seiner Gegner aus offensichtlich politischen Gründen und aus ebenso offensichtlichen finanziellen Vorteilen. Nicht nur, daß unproduktive Münder den Staat nichts mehr kosten (warum wohl erlaubt die DDR allen Einwohnern über 65 Jahren auszureisen?), sie bringen sogar Geld ein, weil sie an die Bundesrepublik verkauft werden ... Bleibt nur noch den westdeutschen Behörden übrig, zwischen den Auswanderern, die ehrlich die DDR verlassen wollen, und den Agenten, die zu verschiedenen Zwecken von diesem Land ausgesandt werden, säuberlich zu unterscheiden.

Wenn der Staat nicht weiß, was er wo für wen tut

Volksstichproben genügen nicht für Milliardenausgaben / Von Peter Gillies

Statistiker erheben Daten, aber manchmal erheben sich die Daten gegen sie. So geschah es 1983. Mit ihrem neuen Entwurf für ein Volkszählungsgesetz unternimmt die Bundesregierung nun den zweiten Anlauf, nachdem der erste vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte, obgleich ihm alle Parteien des Bundestages damals zugestimmt hatten. Damit wagt sich der Gesetzgeber an eine neue Ausdeutung der „informationellen Selbstbestimmung" heran, die neuerdings Grundrechtscharakter hat wie die Presse- oder die Versammlungsfreiheit.

Jedes Grundrecht hat Schranken. Sie werden nicht von einer wichtigtuerischen Datenbürokratie gezogen. Jeder Bürger muß selbst bestimmen können, welche Daten er über sich preisgeben will und wie diese weitergegeben oder verwendet werden dürfen. Dabei ist eine nicht näher definierte Hysterie über den vermeintlich gläsernen Menschen ein schlechter Ratgeber. Das Grundrecht auf Datenschutz hat dort seine Grenzen, wo die Erhebung von Daten aus überwiegendem Allgemeininteresse gerechtfertigt, sogar geboten ist.

Am Beispiel Wohnungspolitik zeigt sich dieses Allgemeininteresse deutlich. Derzeit weiß niemand, wieviel Wohnungen mit welcher Ausstattung es in der Bundesrepublik gibt. Die letzten verläßlichen Zahlen stammen aus den sechziger Jahren und wurden seither hochgerechnet. Experten schätzen nun, daß es in Wirklichkeit rund eine Million Wohnungen mehr gibt, als aus der Statistik ersichtlich. Auch über die Zahl der leerstehenden Wohnungen kreisen die Mutmaßungen zwischen 200 000 und einer Million. Wie kann angesichts dieser Unschärfen eine verantwortliche Politik jährlich zehn oder zwanzig Milliarden Mark an Steuergeldern in einen Bereich investieren, dessen Zustand – Mangel oder Sättigung? – ihr verborgen ist?

Datensicherheit bewahrt also nicht nur vor Fehleinschätzung, sondern vor Verschwendung. Rund hundert Gesetze beziehen sich auf Daten der Volkszählung. Die Umverteilung der Finanzmassen zwischen armen und reichen Regionen der Bundesrepublik, die Einwohnerzahl, der Schnitt von Wahlkreisen, der Überblick über Arbeitsplätze und Berufe, über Fahrten zur Arbeitsstätte, über Einkommensarten, Schulabschlüsse, Ballung und Wanderung, soziale Leistungen oder Bildungsstätten – die Verweigerung dieser Daten macht den Staat blind für die Prioritäten, verführt ihn zur Verschwendung einerseits und verstärkt Mängel an anderer Stelle.

Die Daten-Diskussion ist nicht frei von Heuchelei. Die Engagierten ficht es beispielsweise nicht an, dem Staat via Statistik soziale Informationen zu verweigern, aber gleichzeitig vom selben Staat Ausschüttungen in ständig steigender Höhe anzumahnen. Auch gibt es vehemente Beschwörungen Orwellscher Dimension und gleichzeitig die unverblümte Verbreitung intimster Daten aus staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten.

Eine lediglich stichprobenhafte Erhebung der wichtigsten Daten – die Befragung etwa jedes tausendsten Bürgers – birgt zuviel Unschärfen, als daß der Staat sein Verhalten treffsicher berechnen könnte. Die Aussagekraft einer Zählung wächst mit der Breite ihrer Grundgesamtheit. Die Statistiker wissen das, die Diskutanten über den Datenschutz nicht unbedingt. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz umriß das Grundrecht so: Niemand wolle den Staat als Dateneinheit, aber ebensowenig einen Staat, bei dem die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut.

In dem neuen Gesetzentwurf ist Vorkehrung getroffen, daß die Daten erhoben, die Befragten jedoch geschützt bleiben. Eine Abstimmung zwischen Volkszählung und Melderegister wird es nicht geben. Zwischen den erhobenen Merkmalen und den Bürgern, die sie preiszugeben haben, besteht ein striktes Gebot der Trennung und nachfolgender Löschung. Die Zähler kommen nicht in Versuchung, zu schnüffeln. Den Befragten wird das Recht auf ihre Daten nicht genommen, dem Staat aber die nötigste Erhebung gewährt.

Trotz dieser verfassungsrechtlich korrigierten Form der Volkszählung 1986 ist mit Widerstand zu rechnen. Das Thema eignet sich ja vorzüglich zur Emotionalisierung. Sie kann freilich nur gelingen, wenn es weiter an Informationen fehlt. Zur Vorbereitung der Zählung gehört deshalb eine breite Information aller, ähnlich wie man Bürger über ein neues Rentenrecht, die Steuerreform oder das abgasarme Auto aufzuklären hat. Das ist eine Bringschuld der Politik.

Gewiß gehört die Versachlichung eines erhitzten Themas zum schwierigsten Geschäft der Politik. Aber vor dieser Aufgabe auszuweichen bedeutete Rückzug auf den Nachtwächterstaat. Er würde letztlich zur Beute der Lautstarken.

„Ich weiß schon, was er will“, meint Kohls neuer Mann

Morgen wird Wolfgang Schäuble zum Bundesminister vereidigt. Der 42jährige sieht sich nicht als großer Zampano im Kanzleramt, aber eins ist klar: Er ist willens, die Zügel fest in die Hand zu nehmen.

Von MANFRED SCHELL

In seinen Büroräumen im Bundeshaus, nur einen Steinwurf vom Kanzleramt entfernt, bereitet sich Wolfgang Schäuble auf seine Herkulesarbeit in der Regierungszentrale vor. Die Erwartungen, die innerhalb der Bunderegierung (besonders von Helmut Kohl), aber auch in Teilen der Medien in den „neuen Mann“ gesetzt werden, sind hochgespannt.

Natürlich tut dem 42jährigen Juristen diese momentane Publicity gut. Aber er kennt das politische Geschäft gut genug, um zu wissen, wie bitter die Enttäuschung über unerfüllte Erwartungen sein kann. Der Bundeskanzler hat ihn berufen. Schäuble meint, die Frage, warum er es mit Helmut Kohl „so gut kann“, müsse deshalb an den Kanzler gestellt werden. Seine Begründung klingt nüchtern, einleuchtend: „Ich glaube, daß ich in den Grundfragen der Politik wirklich auf derselben Wellenlänge liege. Vieles brauche ich mit ihm gar nicht zu besprechen, da ich ähnlich denke und empfinde. Ich weiß schon, was er will.“ Kohl möge offenbar auch „seine Art“, sagt Schäuble, den der Kanzler als diskret und zuverlässig schätzen gelernt hat.

Schäuble stapelt tief: „Wahrscheinlich hat Helmut Kohl das Gefühl gehabt, daß ich ihn nicht schlecht beraten habe.“ In diesem Zusammenhang drängen sich freilich zwei Ereignisse, die zu schwerwiegenden Pannen für die Regierung geworden sind, in die Erinnerung: Buschhaus und das Amnestiegesetz. Schäuble: „Ich habe nicht den Eindruck, daß sich Helmut Kohl in der Amnestiegeschichte von mir schlecht beraten fühlte.“

Wie sieht Schäuble seine Aufgaben als Bundesminister im Kanzleramt? „Ich will versuchen, die Abstimmung innerhalb der Regierung, zwischen der Regierung und den Kaolitionsfraktionen sowie den Parteien so reibungslos zu gestalten, daß der Erfolg nicht durch die Entscheidungsprozesse überdeckt wird.“ Deshalb habe sich Kohl entschieden, die administrative Abstimmung mit der politischen Koordinierung zu verbinden. Im „Klartext“ meint Schäuble, heiße dies, man müsse auch auf „politischer Ebene frühzeitig miteinander reden“.

Verschiedentlich war die Rede davon, er habe, was den Zuschnitt seines neuen Arbeitsfeldes betreffe, „Bedingungen“ gestellt. „Nein, ich habe überhaupt keine Bedingungen gestellt“, das „ist nicht die Art des Umgangs mit dem Bundeskanzler“. Vielmehr habe er, Schäuble, die Auffassung geteilt, daß politische Koordinierung erforderlich ist, wobei er das „Gesamtfeld“ im Auge habe. Dies könne *man nur*, wenn *man* in *den* „Apparat eingebaut ist“, wenn eine Beteiligung am politischen Willensbildungsprozeß von Anfang an stattfindet. Wenn Vorgänge erst zu Ministerangelegenheiten gereift seien, dann sei es oft schon zu spät, dann kämen sehr leicht „Prestigegesichtspunkte“ ins Geschäft.

Natürlich weiß Schäuble, daß seine Macht im Kanzleramt in erster Linie daraus erwächst, daß die Autorität des Bundeskanzlers hinter ihm steht. Auch Globke hätte ohne die Rückendeckung von Konrad Adenauer nicht so wirken können.

Schäuble hat, gleich was in der Presse geschrieben wird, eine hohe Meinung vom bisherigen Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger, der als Staatssekretär, dem Bundeskanzler „persönlich zugeordnet“, im Amt bleibt. Nach einem Gespräch zwischen Kohl und Schreckenberger hat Schäuble das Gespräch gesucht und er urteilt, man habe sich „zusammengefunden“. Eine „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit“ sei gesichert. Dahinter, so meint Schäuble stehe die Vernunft und der Wille, für den Erfolg der Regierung zu arbeiten und keine Kräfte mit „Rangeleien“ zu vergeuden.



In den Grundfragen der Politik auf einer Wellenlänge: Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Schreckenberger verbleiben *wichtige Bereiche*. Er wird *weiterhin* Koordinator der drei Geheimdienste sein, des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Die Höcherl-Kommission hatte allein für diese Aufgabe immerhin einen eigenen Staatssekretär vorgeschlagen. Hinzu kommen für Schreckenberger die weiten Felder der Europapolitik und der Medienpolitik, soweit dafür Zuständigkeiten im Kanzleramt liegen, beziehungsweise sie in die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers *fallen*. Schreckenberger hat sich zu *dem Revirement im Kanzleramt nicht* geäußert, *aber es schmerzt ihn gewiß*. Da kommt auch eine gewisse Enttäuschung über seinen „Schulfreund“ Helmut Kohl hinzu, der – wie gestern im Kabinett – keine Gelegenheit versäumt, um Schreckenberger zu loben.

Der Bundeskanzler hatte, nach verschiedenen Pannen, im Sommer Konsequenzen angekündigt. Schreckenberger hatte ihm Vorschläge unterbreitet, die vor allem von dem Anliegen bestimmt waren, die „Fachebene“ des Kanzleramtes stärker zu nutzen, die Abteilungen mit politischen „Vorgaben“ zu füttern. Sie wurden nur zum Teil umgesetzt. Die Vorschläge Schreckenbergers bleiben somit als „Ratschläge“ für Schäuble.

Dahinter steht der Wunsch, daß politische Entscheidungen des Kanzlers nicht nur in engen Zirkeln reifen sollen. Er kollidiert zwangsläufig mit dem individuellen Führungsstil des Kanzlers, der sich gerne mit Vertrauten bespricht, der abschirmt, der sachkundigen Rat außerhalb der Regierungsmaschinerie sucht. Schäuble hat gegenüber Schreckenberger aber den großen Vorteil, daß er „Politiker“ ist, mit einem Mandat im Parlament. Teilnahme und Rederecht bei Fraktionssitzungen sind für ihn somit selbstverständlich. Diese Plattform war Schreckenberger nicht zugänglich.

Wenn man Schäuble auf den Führungsstil des Bundeskanzlers anspricht, dann antwortet er: „Der Umgang mit einem Mann, der Bundeskanzler ist, kann nie ohne Probleme sein.“ Regierungschefs seien immer eigenwillige Menschen. Schäuble kennt Kohl auch in dieser Hinsicht. Ein Bundeskanzler, so sagt er, könne auch erwarten, daß man Rücksichten auf ihn nehme, und seine Mitarbeiter müßten akzeptieren, daß er anderer Meinung sei.

Ein Hauptfeld, für das der Kanzleramtsminister verantwortlich zeichnen wird, ist die Deutschlandpolitik. Mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, so schätzt er, werde es eine harmonische Zusammenarbeit geben. „Ich biete jede Wette an, Heinrich Windelen und ich werden keine Probleme miteinander haben.“ Es werde „ein Miteinander“ sein. In der Natur der Dinge liege es, daß bei „voller Wahrung“ der Zuständigkeit Windelens „halt manches im Kanzleramt gemacht werden muß“.

In der Zeitung, so sagt Schäuble, habe er gelesen, daß er kurzfristig nach Ost-Berlin fahren werde. Wenn er zum Bundesminister ernannt sei, dann werde er sich erst einmal „einarbeiten“, aber er sehe es schon als wichtig an, alsbald in Ost-Berlin seine „Visitenkarte“ abzugeben. Aber Hektik werde es nicht geben. Schäuble versteht sich nicht als großer Zampano. Er ist einer, der sich zuerst umschaut, dann seine Gedanken anstellt und schließlich handelt.

Dreimal pro Monat trommeln die Musiker dienstlich

Wenn es um die Verwendung von Steuergeldern geht, schöpfen die Verantwortlichen nach wie vor allzu oft munter aus dem vollen: Die Verschwendung in Milliardenhöhe geht weiter. Das belegen die in Frankfurt vorgelegten „Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 1984“.

Von INGE ADHAM

Die beim Bundesgrenzschutz von den Rechnungsprüfern beanstandeten Aufwendung von fünf Millionen Mark im vergangenen Jahr sind eigentlich ein kleiner Fisch. Aber sie sind doch symptomatisch für den sorglos-großzügigen Umgang der öffentlichen Hand mit des Bürgers Steuergroschen, der unseren Staat alimentiert. Der Bundesminister des Innern unterhält nämlich beim Bundesgrenzschutz gleich drei Musikkorps: jeweils ein Leiter und 35 Musiker, die nur fürs Musizieren da sind. Die musizieren aber nun nicht, was das Zeug hält. Weit gefehlt. Nur insgesamt achtmal haben alle drei Musikkorps pro Monat in den letzten Jahren zu Blasinstrumenten und Trommeln gegriffen, davon allenfalls zwei bis dreimal für einen dienstlichen Anlaß, moniert der Bundesrechnungshof. Die übrigen Aktivitäten: „Standortbälle und Herrenabende dienen zwar dem kameradschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühl, eine dienstliche Notwendigkeit, dafür Musikkorps abzustellen“, vermögen die Prüfer aber nicht zu sehen. Nach ihrer Einschätzung kommt der Grenzschutz auch mit einem Musikkorps aus, zumal an anderer Stelle über Personalknappheit geklagt wird.

Nun macht zwar eine Vielzahl von kleinen Verschwendungsfällen zusammengerechnet auch ein hübsches Sümmchen aus; den wirklich „dicken Brocken“ der öffentlichen Verschwendung aber machten die Rechnungsprüfer ganz woanders aus. Er fällt in den Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Das von den Prüfern mit vornehmer Zurückhaltung nicht beim Namen genannte „größte Bergbauunternehmen“ (das ist die Ruhrkohle AG) hat nämlich nach Einschätzung des Rechnungshofes in den Jahren 1977 bis 1982 Zuschüsse in Höhe von etwa 700 Millionen Mark erhalten, für Kosten, die ihm gar nicht entstanden sind.

Möglich macht es die vom Rechnungshof in ihrer jetzigen Form heftig gerügte Kohlebeihilfe, die die Differenz zwischen den hohen Kosten bei der Förderung heimischer Steinkohle und den niedrigen Preisen der außerhalb der europäischen Gemeinschaft geförderten Kohle ausgleichen soll. Insgesamt erhielt das Unternehmen im Prüfungszeitraum dafür 2,5 Milliarden Mark. Bei diesem stattlichen Betrag waren dann schlicht Investitionen, für die der Bund geradestand, als „Kosten“ mitberechnet worden.

Der Bundeswirtschaftsminister hat übrigens Besserung gelobt und eine Prüfung der „mobilisierbaren ergebnis- und liquiditätswirksamen Reserven“ bei dem Unternehmen eingeleitet, damit nicht, wie der Rechnungshof rügt, Haushaltsmittel eingesetzt werden, bevor das Unternehmen ans eigene „Eingemachte“ gegangen ist.

Besonders schlechte Noten gibt der Rechnungshof auch dem Verkehrsministerium, das eine Brücke baut, die Platz für einen Schienenstrang hat, den die Bundesbahn gar nicht mehr braucht. Entsprechende rechtzeitige Einwände bei dem seit 1981 geplanten und im März dieses Jahres begonnenen Bau, der dadurch 4,5 Millionen Mark teurer kommt, wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Mittelalterlich mutet die vom Bundesrechnungshof kritisierte Zahlungsweise des Bundesverteidigungsministeriums an: Bei der Überweisung deutscher Finanzmittel für die mit einem Partnerland vereinbarte gemeinsame Entwicklung eines Waffensystems waren die deutschen Gelder zwischen vier bis sechs Monate unterwegs. Dadurch mußten Zahlungen unnötig früh geleistet werden und standen andererseits zulange als Guthaben auf dem fremden Konto: Ein Schaden von gut 100 Millionen Mark, rügen die Prüfer.

An diesem unnötigen Loch in den Bundesmitteln ist nichts mehr zu ändern. Häufig sieht es jedoch anders aus, unterstrich Karl Wittrock, Präsident des Bundesrechnungshofes, bei der Vorlage des Berichts. Obwohl die Verwaltungen offenbar dazu tendieren, stur an einmal gefaßten Entscheidungen festzuhalten, gelingen hin und wieder rechtzeitige Korrekturen durch ein beherztes Eingreifen der Prüfer. Um 700 Millionen Mark könnte das Beachten aller im Bericht gemachten Anmerkungen den Bundeshaushalt stärken; sei es durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben. In konkrete Haushaltskorrekturen umgesetzt worden sind davon nach Wittrocks Einschätzung aber erst 120 Millionen Mark.

Für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die am Donnerstag in ihrer Plenarsitzung auch den Bericht des Bundesrechnungshofes behandeln, dürften also noch einige Anlässe zum Einhaken gegeben sein. Die langfristig erzielbaren Einsparungen für den Bundeshaushalt bei jährlich wiederkehrenden Einnahmen oder Ausgaben, wie sie der Bericht vorschlägt, beziffert Wittrock übrigens auf rund 166 Millionen Mark. In der Regel, so erinnert Wittrock, übernimmt der Rechnungsprüfungsausschuß des Haushaltsausschusses die Argumentation des Rechnungshofes. Die Parlamentarier sorgen so für Konsequenzen und sehen den verantwortlichen Ministern auf die Finger. „Es kann deshalb keine Rede davon sein, daß die Feststellungen des Bundesrechnungshofes Eintagsfliegen sind mit kurzatmiger Publizität, deren Spuren vom Winde verweht werden“, betont Wittrock.

Bei dem Bemühen um „Ordnung und Wirtschaftlichkeit“ beim Umgang mit Steuermitteln muß der Rechnungshof freilich jedes Jahr neu antreten, die Begehrlichkeit ist nach wie vor groß.

Erholt sich die RAF, stehen neue Terrorakte bevor?

Nach mehreren Rückschlägen scheint die „Rote Armee Fraktion“ wieder zu schweren terroristischen Verbrechen in der Lage zu sein. Optimistische Einschätzungen der Sicherheitsbehörden aus dem Frühjahr bedürfen der Überprüfung.

Von WERNER KAHL

Wie aus der Pistole geschossen identifizierte der Zeuge die Waffe, mit der er bei dem Überfall auf sein Waffengeschäft bedroht worden war: ein Smith & Wesson Revolver, 38er Kaliber. Doch die Gesichter der beiden Männer, die in seinem Geschäft im rheinland-pfälzischen Maxdorf bei Ludwigshafen 21 Colts und mehrere Vorderschafts-Repetiergewehre („Elefantenbüchsen“) raubten, blieben in der Erinnerung des 32jährigen Mannes blaß – für Gerichtspsychologen ein typisches Zeugengedächtnis.

Das Bundeskriminalamt ist gleichwohl davon überzeugt, daß es sich bei den Tätern um Mitglieder der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) handelte. Beim Abtransport der 65 Kilo schweren Beute halfen drei Komplizen. Auf die RAF-Spur führte der Name einer Frau, den die Anmieterin von zwei Leihwagen, die zum Waffenraub benutzt wurden, in Mannheim zuvor angegeben hatte.

Einen Ausweis auf diesen Namen hatte die Polizei bereits bei der Festnahme der RAF-Mitglieder Christa Eckes, Helmut Pohl, Ingrid Jakobsmeier, Stefan Frey und weiteren zwei aus Norddeutschland angeworbenen Unterstützern im Juli in Frankfurt gefunden. Mit der Verhaftung des Sextetts war in diesem Jahr der größte Schlag gegen das RAF-Untergrundkommando gelungen. Eckes und Pohl gehörten zur ersten Generation der deutschen Terroristen. Nachdem sie mehrjährige Strafen bis zum letzten Tag verbüßt hatten, waren sie kurze Zeit später wieder in den Untergrund „abgetaucht“.

Es war damit zu rechnen, daß sich das Terror-Kommando um die personelle und logistische Auffrischung ihrer dezimierten Reihen bemühen würde. Denn vor zwei Jahren hatte die Polizei in Waldgebieten nahe der Autobahn in mehreren Bundesländern nacheinander 17 Erdverstecke aufgespürt; bei dem Versuch, aus den Depots Nachschub zu holen, liefen die RAF-Anführer Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Adelheid Schulz in Polizeifallen. Die Fahnder bargen 33 Faust- und Langfeuerwaffen sowie etwa 5000 Schuß Munition.

Vorzugsweise benutzt die Bande Revolver vom Typ Smith & Wesson, Kaliber 38 Special, wie sie unter anderem im Depot 5 – Codename „Sarg“ – südöstlich von Heigenbrücken bei Aschaffenburg entdeckt wurden. Smith & Wesson ist im Großraum Mannheim-Ludwigshafen, als Kriminalitäts-Schwerpunkt der Vorderpfalz bekannt, der meistbenutzte Revolver, weiß der von der RAF ausgeraubte Waffengeschäftsmann zu berichten. Der personellen Dezimierung, die seit 1977 parallel zu wiederholten Einbrüchen in die Logistik bis zum Sommer dieses Jahres andauerte, versuchte die RAF jedoch durch neue Rekrutierungen zu begegnen. Das wurde bereits bei der Verhaftung der sechs in Frankfurt untergetauchten Terroristen deutlich. Zu ihnen gehörte der im März 1983 zur RAF gestoßene Stefan Frey.

Jetzt rechnet das Bundeskriminalamt neben der Alt-Terroristin Inge Viett die 30jährige „Neue“ Eva Sybille Haule-Frimpong und den 31jährigen Wolfgang Werner Grams zum „harten Kern“ des Untergrundkommandos. Grams wohnte zuletzt am Bismarckring 42 in Wiesbaden. Bei der Entdeckung der Erddepots war er 1982 festgenommen, aber am 12. November 1982 wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Danach setzte er sich nach Ansicht der Fahnder in den Untergrund ab.

Angesichts der jüngsten Entwicklung müssen die Sicherheitsbehörden eine Analyse aus dem Frühjahr revidieren, in der es hieß, es gebe keine Anzeichen dafür, daß die Restkader der RAF begonnen hätten, die Funktionsfähigkeit der Kommando-Ebene zum Beispiel durch die Rekrutierung neuer Mitglieder wiederherzustellen. Trotz des geschmolzenen Umfeldes ist die RAF nicht tot.

Senat kann auch bei rot-grüner Mehrheit im Amt bleiben

Gutachten erhärtet starke Stellung / Berliner Parallele zu Hamburg und Hessen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Stadt bleibt bei jedem denkbaren Wahlausgang am 10. März 1985 weiter regierbar. Der amtierende CDU/FDP-Senat muß nach der Berliner Verfassung keineswegs automatisch zurücktreten. Auch ein Scheitern der FDP ließe den Senat mit allen Rechten und Pflichten im Amt. Diese rechtlich-politische Lage erhärtet jetzt ein vertrauliches Gutachten von Experten und Fachjuristen des Berliner Abgeordnetenhauses.

Dieses Papier war von der „Alternativen Liste" in Auftrag gegeben worden, die sich offenbar auf sämtliche Eventualfälle vorbereitet. Das Gutachten belegt die starke Stellung eines amtierenden Senats, dessen Amtszeit nach der Berliner Verfassungslage keineswegs mit dem Ende der Legislaturperiode des „alten" Abgeordnetenhauses abläuft. Insofern drängen sich Parallelen zum „ewigen Senat" in Hamburg sowie zu den parlamentarischen Abläufen in Hessen auf.

An der Alster blieb Klaus von Dohnanyi (SPD) als Erster Bürgermeister im Amt, obwohl er zunächst die SPD-Mehrheit an die CDU verloren hatte. Nach hinhaltenden Verhandlungen mit den Grünen siegte er dann im zweiten Anlauf mit absoluter Mehrheit.

Beispiel Börner

Auch Ministerpräsident Holger Börner (SPD) gab sein Amt in Wiesbaden trotz des CDU-Sieges unter Alfred Dregger nicht auf. Weil damals die Liberalen scheiterten, ergab sich keine CDU/FDP-Mehrheit für einen Börner-Nachfolger. Der Ministerpräsident trat schließlich zurück, amtierte „geschäftsführend" weiter und legte auf diese parlamentarisch ungewöhnliche Weise elf Monate bis zur für Börner siegreichen Neuwahl.

In Berlin könnte Eberhard Diepgen ebenso wie seine SPD-Ministerpräsidenten-Kollegen von der Verfassung profitieren. Auch an der Spree gilt im Prinzip das Motto vom „ewigen Senat". Richard von Weizsäckers Vorgänger Hans-Jochen Vogel (SPD) wollte im Mai 1981 praktizieren, was die Verfassungsbestimmungen von 1950 erlauben: Als „Regierender" mit beiden FDP-Sentoren im Amt zu bleiben, weil Weizsäcker zwei Mandate an der absoluten Mehrheit fehlten. Allein die Unterstützung von fünf der sieben FDP-Abgeordneten, sie sich nicht an Parteibeschlüssen hielten, sicherten der CDU unter von Weizsäcker damals die Möglichkeit, ins Amt gewählt zu werden. Zuvor hatte es der damalige Bürgermeister Guido Brunner (FDP) abgelehnt, Vogels Strategie zu folgen und im Amt zu bleiben. Damit war dieser Plan aus rein politischen, aber nicht verfassungsmäßigen Gründen gescheitert.

Das Gutachten sagt unmißverständlich:

1. „Nach der Verfassung von Berlin bleiben die Mitglieder des Senats nach erfolgter Wahl des Abgeordnetenhauses und seines erstmaligen Zusammentretens im Amt. Das neue Abgeordnetenhaus hat lediglich das Recht, durch einen Beschluß der Mehrheit seiner gewählten Mitglieder (also nur mit absoluter Mehrheit, d. Red.) dem Senat und jedem seiner Mitglieder das Vertrauen zu entziehen. Erst in diesem Fall haben die davon betroffenen Mitglieder des Senats die Pflicht, zurückzutreten."
2. Der „alte" Senat bleibt im Amt, solange kein Nachfolgesenat gewählt ist. Selbst wenn sich eine rot-grüne Mehrheit auf einen neuen „Regierenden" einigen und ihn wählen sollte, muß dieser innerhalb von 21 Tagen seine sämtlichen neuen Senatoren Mann für Mann vom Abgeordnetenhaus wählen lassen, um als „Senat von Berlin" ins Amt zu gelangen. Schafft er das nicht binnen dieser drei Wochen, ist sein Auftrag erloschen. Der alte Senat bleibt dann weiter unangetastet im Amt.
3. „Ein Senat, der mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte beauftragt ist, ist keinen materiellen Beschränkungen seiner Amtsführung unterworfen."
4. Der alte CDU/FDP-Senat könnte sich, selbst wenn er nach dem 10. März rechnerisch ohne parlamentarische Mehrheit wäre, mit den Vollmachten des umfassenden Berliner Not-Etats mindestens bis in Frühjahr 1986 retten. Dem Vorschlag zu Neuwahlen, den der Senat dann zu einem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt unterbreiten würde, müßte allerdings vom Abgeordnetenhaus einvernehmlich gefolgt werden.

Zwei Sitze fehlen

Im Rathaus Schöneberg wird kein Geheimnis daraus gemacht, daß die Ausarbeitung der Parlamentsjuristen den „Regierenden" Eberhard Diepgen nur darin bestärkt, notfalls mit dem Senat in den alten Farben weiterzuregieren.

Der Union fehlen mit 65 Mandaten zur Zeit im Berliner Parlament zwei Sitze an der absoluten Mehrheit. Die SPD verfügt über 51 Sitze, die FDP über sechs, die AL über zehn Mandate. Bestimmte CDU-Kreise in Berlin wollen angesichts der ungewissen parlamentarischen Zukunft der FDP notfalls den Versuch wagen, spätestens nach dem FDP-Parteitag Mitte Februar in Saarbrücken ohne Rücksicht auf die Berliner Liberalen auf die absolute Mehrheit zu „marschieren". Diepgen müßte sich entsprechendem Parteidruck fügen. Die Union setzt dabei vor allem auf die Direktmandate: 1981 gewann sie unter Weizsäcker 58 von 75.

Hoffnung für Flüchtlinge aus der „DDR"

DW. Berlin/Prag

Die ersten „DDR"-Flüchtlinge, die zur Gruppe der ersten Rückkehrer aus der deutschen Botschaft in Prag gehörten, sollen inzwischen bereits die „DDR" verlassen haben und im Westen eingetroffen sein. Entsprechende Informationen lagen gestern der WELT vor. Hinweise in dieser Richtung seien auch den Bonner Parteiführungen zugegangen.

Nachdem etwa die Hälfte der mehr als 150 „DDR"-Bewohner, die in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Zuflucht gesucht hatten, abgereist sind, rechne man in der Vertretung nach Angaben eines hochrangigen Diplomaten weiterhin mit dem Verbleib „einer unbestimmten Zahl von Flüchtlingen auf unbestimmte Zeit". Die Rückkehrer hätten sich nach intensiven Diskussionen im eigenen Kreis im Laufe der Zeit zur Heimkehr in die „DDR" entschlossen. Der psychologische Druck auf die „DDR"-Flüchtlinge sei immens gewesen, dem sich die, die gegangen seien, gebeugt hätten. Die Schlüsselfrage für sie sei gewesen, in welchem Maße sie bei der Heimkehr Repressalien fürchten müßten.

In Bonn hatte ein Regierungssprecher gestern erklärt, daß auf niemanden Druck ausgeübt werde. Den Zufluchtsuchenden sei gesagt worden, was die „DDR"-Behörden der Bundesregierung mitgeteilt hätten. Fluchtwillige aus der „DDR" würden in den Missionen der Bundesrepublik Deutschland im Ostblock „auf keinen Fall zurückgewiesen", versicherte der Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses im Bundestag, Gerhard Reddemann, im Saarländischen Rundfunk. Die „einzige Möglichkeit", den Flüchtlingsstrom in deutsche Botschaften einzudämmen, sieht der CDU-Politiker in einem Zugeständnis der „DDR", „mindestens einmal im Jahr für alle eine begrenzte Reisemöglichkeit" zu schaffen.

Seite 2: Spiel mit Schicksalen

Medienpolitisches Ausscheren der SPD käme Stoiber nicht ungelegen

Von PETER SCHMALZ

Sollte eintreffen, was sich in rot bis rot-grün beherrschten Bundesländern abzeichnet und was den noch druckfrischen Medienkompromiß des Ministerpräsidenten von Bremerhaven zu Makulatur verkommen ließe, dann würde Bayerns politische Medien-Lokomotive Edmund Stoiber diesem Papier kaum eine Träne nachweinen. In einer abendlichen Runde bei Bier und Wein, wo Gespräche lockerer und offener sind als am Staatssekretärsschreibtisch in der Staatskanzlei, läßt der Strauß-Vertraute eine Spur Vorfreude erkennen auf die Zeit, da die Unionsländer ihre Medienlandschaft in Gesetz und Vielfalt geordnet haben und die sozialdemokratischen Nachbarn noch immer mit ihren ideologischen Sperriegeln Schaufechten betreiben.

„Da möchte ich mal Herrn Börner sehen", lächelt Stoiber, „was der von seinen Bürgern zu hören bekommt, die weiterhin nur drei Programme empfangen, während ein paar Kilometer weiter bei uns in Bayern verkabelt ist und ein, zwei Dutzend Kanäle zur Auswahl stehen." Die medienpolitische Finsternis, die beim Scheitern des Kompromisses von Bremerhaven den SPD-regierten Ländern droht, scheint dem CSU-Mann nicht einmal sehr ungelegen zu kommen, könnte sie doch als Lehrstück taugen, welche Parteien nicht nur unermüdlich von der Freiheit der Bürger reden, sondern ihr auch den notwendigen Rahmen schaffen. Der Druck aus der Bevölkerung, den Stoiber in den Verweigerungsländern erwartet, ist ihm als Unionspolitiker nicht unangenehm. „Die schneiden sich mit ihrer Blockadepolitik im Grunde genommen ins eigene Fleisch." Stoiber mag sie nicht durch eigene Nachgiebigkeit daran hindern. Wenn sich Börner und Rau von der weiteren Entwicklung und Steuerung im Medienbereich abkoppeln wollen, bitte schön. (Bei Hamburgs von Dohnanyi erkennt der blonde Bayer eine differenziertere Haltung, auf deren Hintergründe noch einzugehen sein wird.) Nur: „Es kann ja nicht angehen, daß ein oder zwei Länder die anderen Länder daran hindern, die neuen technischen Möglichkeiten für ihre Bevölkerung zu nutzen."

Eine Neuauflage der seit Jahren geführten Mediendiskussion unter den Staatskanzleien schließt Stoiber ebenso aus wie gemeinsame Abmachungen, die über den Kompromiß hinausgehen. Wohl könnte sich auch Bayern eine im Sinne der CSU-Regierung bessere Vereinbarung vorstellen („Nachbesserungen könnten auch wir fordern, und zwar eine ganze

Landesbericht Bayern

Menge"), aber die Vereinbarung der Ministerpräsidenten muß als kleinster gemeinsamer Nenner nun die Basis der deutschen Medienentwicklung sein: „Wir stehen voll dazu."

Sollte aber am Freitag, wenn sich die Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in Bonn zur endgültigen Formulierung des Staatsvertrags trifft, kein Konsens mehr erreichbar sein und somit der Ministerpräsidenten-Konferenz am 19. Dezember kein allgemein akzeptabler Entwurf vorgelegt werden können, dann will Bayern unverzüglich handeln. Stoiber: „Wir werden mit anderen Ländern einen Staatsvertrag abschließen." Mit Baden-Württemberg zum Beispiel, aber auch andere Unionsländer sind willkommen. Der Staatssekretär in der Münchner Staatskanzlei stellt sich ein Abkommen vor, „um die modernen Möglichkeiten wie Kabel und Satellit gemeinsam zu nutzen".

Nach seiner Einschätzung haben nur wenige in der SPD bisher begriffen, wie leicht sie sich an dem Feuer, mit dem sie jetzt spielen, die Finger verbrennen können. Einen der Vorsichtigen und Erkenntnisreicheren sieht er in Hamburgs Regierendem Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: „Der hat Angst um die Arbeitsplätze im Medienbereich. Wenn Hamburg die neuen Medien blockiert, wandern aus diesem Bereich doch noch mehr nach München."

Schon heute ist der Vorsprung der bayerischen Landeshauptstadt eklatant. Markus Schöneberger, Medienreferent der CSU-Landesleitung, errechnete: 30 Prozent der Arbeitsplätze der deutsche Kommunikationsindustrie liegen in Bayern. München ist zudem ein Magnet für künstlerisches Know-how. In keiner anderen deutschen Stadt leben und arbeiten so viele Regisseure, Texter und Schauspieler. Der Aufbruch in ein neues Medien-Zeitalter ließ Dutzende neue Studios entstehen.

Den gesetzlichen Rahmen für eine kontinuierliche Entwicklung der modernen Unterhaltungs- und Informationsbranche soll das bayerische Medienentwicklungs- und Erprobungsgesetz (MEG) bieten. Man habe, sagt Stoiber, bei der Ausarbeitung besonders darauf geachtet, „daß die Ausgangsbedingungen für die Weiterentwicklung der bayerischen Medien-, Kultur- und Filmwirtschaft möglichst optimal gestaltet sind". Der Münchner Landtag wird morgen vier Stunden über das Gesetz debattieren. Die SPD-Opposition lehnt es wegen der ihr zu starken privatwirtschaftlichen Komponente ab und erwägt sogar eine Verfassungsklage. SPD-Fraktionschef Helmut Rothemund: „Ich sehe da einige Angriffspunkte." Wird das Gesetz, wie erwartet, mit den Stimmen der CSU-Mehrheit beschlossen, kann es bereits am 1. Dezember in Kraft treten.

Mittler zwischen Stuttgart und Bonn

WELT-Gespräch mit Doppelminister Heinz Eyrich / Mehr Arbeit, weniger Geselligkeit

XING-HU KUO, Stuttgart

In das noble Haus der baden-württembergischen Landesvertetung in Bonn ist mit dem neuen Hausherrn Heinz Eyrich auch ein anderer Stil eingezogen. Der Anfang Juli in sein Amt als Minister für Bundesangelegenheiten eingeführte Doppelminister – er behält gleichzeitig das Justizressort in Stuttgart – will, wie er in einem WELT-Gespräch unterstrich, die „Gewichte" etwas verlagern: „Manchmal hatte man den Eindruck, daß das Haus Baden-Württembergs zu sehr zum Mittelpunkt gesellschaftlicher Interessen geworden ist, mit sehr vielen und großen Veranstaltungen."

Auch er, so spielte der Jurist aus Tuttlingen mit langjährigen Bonner Erfahrungen, ohne Namen zu nennen, auf seine Vorgängerin Annemarie Griesinger an, sei nicht „weniger gastfreundlich", er befürworte jedoch „das etwas konkretere Gespräch, die etwas konkretere Darstellung, etwa durch unsere Industrie, vielleicht auf Kosten allzu großer und deswegen auch weniger konkleter Veranstaltungen".

Stuttarts „Botschafter" in Bonn hat deshalb nicht nur enge Kontakte zur Bundesregierung („Ich war neun Jahre im Bundestag, ich war im Fraktionsvorstand der CDU/CSU), sondern pflegt inzwischen in Bonn auch weltweite Kontakte. Er verwies auf die besonders exportorientierte Wirtschaft seines Bundeslandes. Nicht nur mit den Botschaftern hochindustrialisierter Nationen (Japan, USA, die EG) hat Eyrich inzwischen intensive Beziehungen aufgenommen: „Es zeigt sich, daß wir zunehmend auch im Bereich der Länder des Süd- und Mittleren Ostens (Saudi-Arabien) viele Länder haben, mit denen wir in stärkere Beziehungen eintreten wollen." Auch in Lateinamerika, „nehmen Sie Argentinien, wo deutsche Firmen vorhanden sind, die aufgrund ihrer Struktur einfach dorthin passen". Für Stuttgarts neuen Repräsentanten gelte es jetzt, ohne daß er Wirtschaftspolitik machen wolle, die Verbindung mit allen diesen Ländern „nicht abreißen zu lassen".

Seine Hauptaufgabe bleibe jedoch naturgemäß, die Beziehungen zwischen Bonn und Stuttgart zu pflegen und zu entwickeln. Und trotz gelegentlicher „Reibereien" schätzt er das Verhältnis zur Bundesregierung als „sehr positiv" ein. Bei den gelegentlichen Differenzen, etwa bei Fragen der Mischfinanzierung (neuestes Beispiel: Krankenhausfinanzierungsgesetz) hält der neue Vertreter Späths nichts von dem „Prügel des Vermittlungsausschusses".

Er bringt auch Verständnis dafür auf, daß der Bund Kompetenzen nicht abgeben möchte, aber Eyrich befürwortet in solchen Fällen „ernsthafte Verhandlungen". Dabei sei die „Atmosphäre" der Beziehungen keineswegs „nebensächlich". Auch in der Frage der abgasarmen Autos seien noch Differenzen zu Bonn vorhanden: So gebe es nach wie vor „verschiedene Betrachtungsweisen", was und wie in diesem Bereich steuerlich oder sonst gefördert werden soll. Auch hier bemühe er sich, gemeinsam mit den anderen Ländern, um einen „gemeinsamen Kompromiß".

Eyrich betonte, daß seine Doppelfunktion durchaus zweckmäßig und nicht etwa ein Ausdruck schwäbischer Sparsamkeit sei: Beim Justizministerium „sind so viele Berührungspunkte vorhanden, daß allein durch das Zusammenlegen eine gewisse Koordinierung wahrgenommen wird". Denn alles, was auf rechtlichem Gebiet geschehe, „geht durch dieses Haus. Jede Vorlage im Kabinett, vom Bundestag, kommt praktisch durch das Justizministerium, wir sind an fast allen Gesetzgebungsarbeiten beteiligt". So gebe es im Stuttgarter Justizministerium auch eine „Abteilung für europäisches Recht", so daß die Behörde „eine Art Schnittpunkt bildet, wo die Dinge sich auf der Fach- und Justizebene schneiden".

Die Aktivitäten von Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) in Bonn stören den Stuttgarter Vertreter in der Bundeshauptstadt in keiner Weise. Auch der Regierungschef könne „nicht alle Probleme sehen, er braucht jemanden, der Hinweise gibt, wo ein Eingreifen notwendig ist, wo eine Stellungnahme erwünscht ist". Gerade jetzt, wo Späth Bundesratspräsident geworden ist, werde seine, Eyrichs, Tätigkeit „ein besonderes Gewicht erhalten".

Die Schüler sind besser als ihr Ruf

Mainzer Kultusministerium führte Diktat-Test mit 25 Jahre altem Schultext durch

JOACHIM NEANDER, Mainz

Sind die Klagen über den Niedergang der Rechtschreibung an den Schulen übertrieben? Ein Diktat-Test, den der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) im Mai dieses Jahres mit über 10 000 Schülern durchführen ließ, läßt in dieser Hinsicht zumindest gewisse Zweifel entstehen.

Vor allem das Diktat, das von 4390 Schülern der 4. Grundschulklasse (ausgewählt nach dem Zufallsprinzip) geschrieben werden mußte, läßt einen Vergleich mit der Zeit vor 25 Jahren zu. Genau derselbe Text war nämlich schon 1959 Gegenstand einer „Erhebung über den Leistungs- und Begabungsstand der Volksschüler" gewesen. In beiden Fällen wurde das Diktat unvorbereitet geschrieben. Das Ergebnis (50 Prozent unter 3,5 Fehler) lautet nach der Auswertung des Ministeriums: „Die Rechtschreibleistungen in der Grundschule sind heute nicht schlechter als 1959."

Eine Einschränkung muß allerdings gemacht werden. 1984 wurden insgesamt über 400 Arbeiten nicht mitgewertet, soweit sie von ausländischen Kindern und Legasthenikerkindern stammten, die sich noch in entsprechenden Förderkursen befinden.

Das Ergebnis sei dennoch heute nicht schlechter zu bewerten als damals, wendet Ministerialdirigent Hans-Albrecht Landré, der Leiter der Hauptabteilung Schule, ein: Schließlich habe es damals mehr Deutschunterricht als heute gegeben.

Der Text des Grundschüler-Diktats (1959 und 1984) mit 107 Wörtern:

In der letzten Nacht habe ich wunderschön geträumt. Ich konnte auf einmal fliegen. Ich schwebte durch den Himmel und kam zu einem Stern. Dort war es ganz hell. Alles glänzte und glitzerte, doch die Augen taten mir von dem hellen Lichtschein nicht weh. Der Mond war ganz nah. Ich konnte den Mann im Mond deutlich erkennen. Er trug ein Bündel Holz auf dem Rücken. Dann flog ich weiter, und auf jedem Stern blieb ich eine Weile. Auf einmal erschrak ich. Da packte die Mutter gerade meine Nasenspitze und weckte mich. Ich mußte flink aufstehen. Das war kein Traum mehr, das war Tatsache.

Keinen Vergleich läßt ein schwieriges Diktat zu, das 1984 von 3491 Hauptschülern, 1567 Realschülern und 1214 Gymnasiasten des 8. Schuljahrs in Rheinland-Pfalz geschrieben wurde. Für sie gab es 1959 keinen Test.

Die durchschnittlichen Ergebnisse differieren von einer Schulform zur anderen natürlich erheblich. Die Hauptschüler machten bei 193 Wörtern im Durchschnitt 21,1 Fehler (50 Prozent unter zehn Fehler, 27 Prozent mehr als 15 Fehler). Den Realschülern unterliefen beim selben Text im Schnitt 6,9 Fehler (50 Prozent unter sechs Fehler, 15,3 Prozent mehr als 10,5 Fehler). Die Gymnasiasten schneiden mit 4,9 Fehlern im Durchschnitt (70 Prozent unter sechs Fehler, 8,6 Prozent mehr als 10,5 Fehler) am besten ab.

Auch hier glaubt Minister Gölter, daß damit allzu pauschale Kritik an den Rechtschreibleistungen in der Schule widerlegt sei. Der Minister, der – im Unterschied zu anderen Kultusministern der Unionsparteien – die Ansicht vertritt, daß „ein neuer Anstoß zur Rechtschreibreform notwendig ist", hat gleichwohl die Schulen des Landes aufgrund der Testergebnisse in einer kleinen Broschüre erneut auf die Wichtigkeit der Orthographie hingewiesen. Die Rechtschreibung sei „eine notwendige Grundfertigkeit". Eine volle Entfaltung sprachlicher Fähigkeiten sei ohne diese Grundfertigkeit nicht denkbar.

Allerdings, so heißt es in den Empfehlungen an die Schulen weiter, könne Rechtschreibung „nur durch Schreiben gelernt werden. Nicht gedankenloser Diktat-Drill sei der richtige Weg, sondern die Lehrer müßten in allen Fächern die Schüler mehr als bisher zum Selbst-Schreiben veranlassen und das Geschriebene auch kontrollieren.

IG Bergbau: Schmidt zieht sich zurück

gba. Bonn

Der Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie wird am 28. November in Dortmund einen Vorsitzenden auf Zeit wählen. Der seit 15 Jahren amtierende Vorsitzende Adolf Schmidt will sich zwar zur Wiederwahl stellen. Er hat allerdings angekündigt, daß er nach seinem 60. Geburtstag am 18. April kommenden Jahres in den Ruhestand gehen werde. Die Altersgrenze im Bergbau habe auch für den Vorsitzenden der Bergleutegewerkschaft zu gelten. Als sicher gilt, daß 1985 der knapp zehn Jahre jüngere Heinz-Werner Meyer zum Nachfolger Schmidts gewählt werden wird. Er kandidiert auf dem Dortmunder Kongreß vom 26. bis 30. November schon für das Amt des zweiten Vorsitzenden. Hans Alker, der dieses Amt zur Zeit innehat, wird aus Altersgründen nicht noch einmal antreten.

Schmidt gehört als Abgeordneter der SPD dem Bundestag seit 1972 an. Dieses Mandat will er dem Vernehmen nach beibehalten. Der IG-Bergbau-Vorsitzende war aus den Reihen der eigenen Partei heftig angegriffen worden, als er sich in der Diskussion um das Kraftwerk Buschhaus nicht auf die Seite der Linken ziehen ließ.

Der gleiche Name

In dem Artikel „Nur Ärger mit dem deutsch-deutschen Auto" (WELT vom 8. November) wird der Geschäftsmann Peter N. Contogouris erwähnt, der mit den Ford-Werken einen Zehnjahresvertrag abgeschlossen hat: Peter N. Contogouris i. Fa. Shiptraco Ship & Transport Consultants GmbH, Hamburg, legt Wert auf die Klarstellung, daß er mit dem in dem Artikel erwähnten Geschäftsmann gleichen Namens nicht identisch ist und keine geschäftlichen Beziehungen zu ihm oder seinem Münchner Unternehmen unterhält.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Koalitionsfrage läßt die FDP noch offen

Liberale in NRW stellen ihr Wahlprogramm vor

WILM HERLYN, Düsseldorf

Mit Blick auf die kommenden und für die FDP entscheidenden Wahlen im Saarland, in Berlin und schließlich am 12. Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen haben die Liberalen von Rhein und Ruhr ein Programm vorgelegt, von dem sie sich eine Überlebenschance erhoffen. Sie sind seit 1980 nicht mehr im Landtag vertreten und mußten mit ansehen, daß ihnen auch in den Kommunen die Mittlerrolle als dritte politische Kraft von den Grünen entrissen wurde. Querelen um den Landesvorsitzenden Jürgen W. Mölleman taten ein übriges, die Anhänger zu demotivieren. Zwar stellt die FDP in NRW mit 22 000 Mitgliedern immer noch den stärksten Landesverband, doch ist an ihm am deutlichsten zu erkennen, daß die Partei in vielen Gliederungen die Bonner Wende noch nicht ganz verkraftet hat.

Mit dem neuen designierten Spitzenkandidaten, dem früheren Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde, wollen die Liberalen auch einen neuen Anfang machen, der sie aus ihrem Zwiespalt herausführt. Denn auf der einen Seite fühlen sie sich von Linksliberalen wie Burkhard Hirsch und Rudolf Gerhart Baum repräsentiert, auf der anderen Seite gewinnen die Wirtschaftsliberalen unter Otto Graf Lambsdorff und Befürwortern der Wende wie Möllemann stetig an Rückhalt. Rohde mag dabei eine ausgleichende Rolle spielen – wie auch deutlich seine Handschrift aus dem Programm herauszulesen ist.

Schwerpunkt Umwelt

Die barsche Kritik an der seit viereinhalb Jahren mit absoluter Mehrheit regierenden SPD – dem ehemaligen Koalitionspartner – läßt unschwer erkennen, in welche Richtung die Freidemokraten marschieren: Sie fordern mehr Marktwirtschaft und mehr Eigeninitiative, treten gegen Gängelei in Schule und Hochschule an und befürworten die Stärkung des Leistungsprinzips. Plakativ wenden sich die Liberalen „an die Menschen, denen die Sprechblasen der selbsternannten Sitten- und Tugendwächter in Politik und Medien zum Halse heraushängen" und an die, „denen eine intelligente Marktwirtschaft lieber ist als die Heuchelei einer Parteibuch-, Pfründen- und Privilegiengesellschaft, in denen SPD-Funktionäre im 280 SE gegen die Millionäre wettern, in Partei und öffentlichen Ämtern Abgesicherte soziale Mißstände und Arbeitslosigkeit vermarkten".

Es nimmt nicht wunder, daß der engagierte Umwelt-Politiker Rohde dem Umweltschutz eine besondere Rolle zuweist. Er fordert ein Umweltschutzministerium, um die Zuständigkeiten zu bündeln und verlangt ein „notwendiges Bündnis zwischen Wirtschaftsaufschwung, neuen Technologien und Umweltschutz".

„Generationenvertrag"

Als Ziel liberaler Politik formuliert das Papier, das am 15. Dezember von den Parteitagsdelegierten in Gütersloh verabschiedet werden soll, einen „neuen Generationenvertrag zwischen den Jungen und den Älteren, ein neues Bündnis zwischen Wirtschaft und Natur".

Auf eine eindeutige Koalitionsaussage verzichteten jetzt sowohl Möllemann wie auch Rohde. Sie wollen ganz offensichtlich den Parteisouverän – die Delegierten – entscheiden lassen, auch wenn dieses Votum als gesichert gilt.

Die beiden Politiker erklärten, nachdem der CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms bereits seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert habe, sei es nun an der SPD zu sagen, ob sie sich auf der Basis des vorgelegten Programms für eine Koalition erwärmen könne.

Die SPD hat dieses Ansinnen bislang mit Schweigen übergangen und geht ihrerseits gerade auf dem Feld der Umweltpolitik demonstrativ geschlossen vor. So machten es sich Ministerpräsident Johannes Rau und seine auf diesem Gebiet zuständigen Ressortleiter Friedhelm Farthmann wie Klaus Matthiesen zur Gewohnheit, gemeinsam Erfolgsmeldungen zu verkünden.

Sie gaben jetzt bekannt, daß die Elektrizitätswirtschaft nach einem Emissionsminderungsplan schneller und wirksamer umrüsten werde als dies die Großfeuerungsanlagenverordnung vorsieht. Damit werde NRW sogar noch die Pläne des Stuttgarter Ministerpräsidenten Lothar Späth zur Reduzierung des Schwefeldioxids und des Stickoxids übertreffen.

Hamburgs Bildungspolitik in Turbulenzen

Wissenschaftssenator Meyer-Abich und Schulsenator Grolle unter Beschuß / Fischer-Appelt: Vertrauenskrise

UWE BAHNSEN, Hamburg

Ausgerechnet in der Bildungspolitik, für die Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) sich als früherer Bundesminister für Bildung und Wissenschaft immer wieder persönlich engagiert, ist die von ihm geführte Landesregierung in schwere Turbulenzen geraten. An der Hamburger Universität, die gegenwärtig 40 000 Studenten zählt, wird der sozialdemokratische Senat derzeit mit Vokabeln belegt, deren Negativaussagen heftiger kaum ausfallen können. Der Grund dafür sind nicht nur die rigorosen Sparmaßnahmen, die mittlerweile nachweisbar auf die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung durchzuschlagen beginnen. Für zusätzlichen Zorn in der Universität der Hansestadt sorgte soeben der seit fünf Monaten im Amt befindliche parteilose Wissenschaftssenator Professor Klaus-Michael Meyer-Abich – ein Naturphilosoph, den Dohnanyi mit beträchtlichen Vorschußlorbeeren ausgestattet hatte, als er ihn aus Essen an die Elbe holte.

Der Professor, der zuvor noch nie an der Spitze eines großen Apparats gestanden hatte, ließ sich auf das riskante Unternehmen ein, in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur die Hamburger Universität mit der Neugründung Technische Universität Hamburg-Harburg zu vergleichen und kam zu dem auch sprachlich interessanten Schluß: „Gemessen an ihrer Kleinheit und ihrem geringen Alter hat die TU Harburg bereits mehr im öffentlichen Interesse geleistet als die Universität Hamburg."

Dieser Satz brachte den Universitätspräsidenten Peter Fischer-Appelt derart in Rage, daß er flugs eine Sondersitzung der Sprecher aller Fachbereiche einberief. Unverzüglich wurde ein Brief an Meyer-Abich beschlossen und formuliert, dessen Fazit lautet: „Wir haben diesen Satz mit Erstaunen gelesen. Er bewirkt eine nachhaltige und tiefgreifende Vertrauenskrise zwischen den Angehörigen der Universität und Ihnen als dem Präses der für uns zuständigen Behörde."

GAL profitiert

Zugleich übersandte die Leitung der Universität dem Senator einen Fragenkatalog, dessen umgehende und präzise Beantwortung verlangt werde. Darin heißt es: „Auf welche Nachweise von Fach zu Fach, von Fachbereich zu Fachbereich stützen Sie diesen Vergleich, der die notwendige Kooperation der beiden Universitäten belasten kann und den die Universität als abenteuerlich empfinden muß?" Dohnanyi und die übrigen Spitzengenossen der Hamburger SPD können diesen Streit nur als äußerst schädlich empfinden; in der Universität hat die Regierungspartei, die immer häufiger den Rotstift in die Hand nehmen muß, ohnehin einen schweren Stand, und die GAL profitiert davon.

Vielleicht noch gefährlicher sind die Auseinandersetzungen, die sich gegenwärtig in der Hamburger SPD wegen der künftigen Schulpolitik abspielen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau nutzte in der vergangenen Woche einen Auftritt als Diskussionsteilnehmer bei einem Führungsseminar der Schulbehörde, um seinem Unmut auf die Politik des zum linken Parteiflügel zählenden Schulsenators Professor Joist Grolle Luft zu machen: Die SPD habe die letzte Bürgerschaftswahl nicht wegen, sondern trotz ihrer Schulpolitik gewonnen; Grolle und seine Behörde orientierten sich zu wenig an den Interessen der Schüler und Eltern und zu sehr an den Forderungen der Lehrer und ihrer Gewerkschaften. Das von Grolle betriebene und im Juni mit der absoluten Mehrheit der SPD im Landesparlament hastig verabschiedete Gesetz zur Schließung des Gymnasiums Wilhelmsburg schließlich, das die dortige Gesamtschule stützen soll, werde einer verfassungsgerichtlichen Nachprüfung nicht standhalten. Voscherau, der als Notar von der Regierungspartei gänzlich unabhängig ist, griff auch Grolles Amtsführung an: Der Senator könne sich gegen seine leitenden Beamten nicht durchsetzen und habe – so die Quintessenz – die Behörde offenbar nicht im Griff.

Nachdem diese Äußerungen bekannt geworden waren, trat der Fraktionschef in einer gewundenen Erklärung einen Teilrückzug an, beklagte aber selbst darin die „leider nur beschränkte Akzeptanz unserer Schulpolitik in der Elternschaft". Das alles war Wasser auf die Mühlen der oppositionellen CDU, die im Parlament schon mehrfach den Rücktritt Grolles verlangt hatte und den sozialdemokratischen Hausstreit nun als Indiz dafür anzuführen gedenkt, wie berechtigt diese Forderungen nach der Demission des Schulsenators schon immer gewesen seien. Heute wird dieser Fall die Bürgerschaft beschäftigen.

Grundgesetz verletzt

Bei der Frage, was Voscherau, der als vorzüglicher Jurist gilt, zu seiner Attacke auf Grolle veranlaßt haben mag, hilft ein Blick in zwei Entscheidungen des Verwaltungs- und des Oberverwaltungsgerichtes der Hansestadt weiter. Beide Gerichte attestierten dem Gesetzgeber Hamburgische Bürgerschaft kürzlich, mit dem Maßnahmegesetz zur Schließung des Gymnasiums Wilhelmsburg das Grundgesetz verletzt zu haben, und zwar den Anspruch von Wilhelmsburger Gymnasial-Eltern auf Rechtsschutz wie auf Gleichbehandlung. Der Fall wird nun das Bundesverfassungsgericht beschäftigen, und Voscherau ahnt ebenso wie andere Juristen seiner Fraktion, was dabei herauszukommen droht: die Aufhebung eines von der SPD beschlossenen Schulgesetzes.

Sprengstoff in doppeltem Boden

W. K. Bonn

Auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen hat die Polizei bei einem aus Damaskus (Syrien) eingereisten angeblichen Tunesier im doppelten Boden seines Gepäcks mehrere Kilo hochbrisanten Sprengstoff entdeckt. In der Vernehmung durch Beamte des Bundeskriminalamtes und der Frankfurter Staatsanwaltschaft verweigerte der Festgenommene die Auskunft. Nach seinen Flugpapieren wollte der Mann via Frankfurt nach Athen reisen. Den Sicherheitsbehörden liegen Erkenntnisse vor, daß PLO-Kommandos und islamische Terrorgruppen in west- und südosteuropäischen Ländern Sprengstoff- und Waffenlager anlegen lassen.

Rebmann geht in die Revision

DW. Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat beim Oberlandesgericht München Revision gegen das milde Urteil eingelegt, das gegen den früheren bayerischen Staatsschutzchef Hans Langemann ausgesprochen worden war. Langemann war zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Das Oberlandesgericht erkannte nur auf eine fahrlässige Preisgabe von Dienstgeheimnissen durch Langemann, während die Bundesanwaltschaft von Vorsatz ausgegangen war. Da die Strafe für Langemann unter einem Jahr geblieben ist, kann er jetzt nicht automatisch aus dem Staatsdienst entfernt werden.

Gebühren: Dollinger droht der Schweiz

DW. Bonn

Auf Drängen der Bundesrepublik Deutschland haben gestern in Bonn auf Beamtenebene deutsch-schweizerische Verhandlungen über die bevorstehende Einführung der Schwerverkehrsabgabe und der Autobahngebühren von 30 Franken in der Schweiz begonnen. Ziel der Bundesregierung ist es, die Schweiz zu einer Rücknahme der Belastung für den deutschen Güterfernverkehr und die Pkw-Fahrer zu bewegen. Verkehrsminister Werner Dollinger hatte vor den Verhandlungen betont, wenn es zu keiner Einigung komme, könne auch eine entsprechende Abgabe für Schweizer Autofahrer in der Bundesrepublik in Betracht gezogen werden.

Lambsdorff warnt vor Rentendefizit

rtr. Bonn

Mit den jüngsten rentenpolitischen Regierungsbeschlüssen werden nach Ansicht des früheren Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff (FDP) die Weichen in die falsche Richtung gestellt. In einem Beitrag für die Illustrierte „Quick" schrieb Lambsdorff, ohne eine grundlegende Strukturreform drohe der Rentenversicherung in den 90er Jahren ein Defizit, „das auszugleichen heute für keinen Finanzminister vorstellbar ist". Die beschlossene Erhöhung des Rentenbeitrags um 0,2 Prozentpunkte halte er für bedenklich, auch wenn gleichzeitig der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um denselben Satz gesenkt werde.

Rajiv sucht noch seinen Weg

Indiens neuer Premier verspricht Kontinuität / Am 24. Dezember wird gewählt

M. WEIDENHILLER, Bonn

Nur scheinbar kehrt Indien zur Normalität zurück. Die Asche Indira Gandhis ist in den Bergen des Himalaja verstreut, die Staatstrauer beendet. Noch herrschen Furcht und Angst, auch wenn wutentbrannte Hindus und ein fanatisierter Mob nicht mehr die Sikhs verfolgen, um sie zu morden und ihren Besitz zu zerstören. Die Institutionen funktionieren wieder, nachdem sie nach dem Attentat so kläglich versagt haben.

Indien hat sich durch den beispiellosen Ausbruch an Gewalt entwürdigt. Es wird lange dauern, bis es sich aus diesem psychologischen Tief wieder aufrichtet. Erneut hat sich der Säkularismus als Verpflichtung der Verfassung als hohle Formel erwiesen. Das Mißtrauen, zwischen Hindus und Moslems latent, wird nun auch zwischen Hindus und Sikhs zunehmen.

Ein gespaltenes Land

Indira ist Indien, hieß es überall im Land, und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Zuletzt hatte sie nahezu alle wichtigen Entscheidungen monopolisiert, sie besaß de facto mehr Macht als etwa der Präsident der USA. Loyale eher denn kompetente Männer scharten sich um sie. Sie hinterließ ein Machtvakuum, auch ein zutiefst gespaltenes Land.

Ihr Sohn Rajiv ist neuer Premier und neuer Präsident der Kongreßpartei. Löst sein rascher Aufstieg die Krise oder ist er nur ein neues Symptom? Er setzt die „Dynastie" Nehru fort, wenn zunächst auch ohne demokratische Legitimierung. Noch weiß niemand ihn so recht einzuordnen, ihn auf eine bestimmte Richtung festzulegen. Wird er die Politik der Stärke und Härte seiner Mutter fortsetzen oder eine Zäsur wagen und neue Wege einschlagen?

Kontinuität drückt sich in der Tatsache aus, daß er das bisherige Kabinett fast unverändert beibehielt. Daß er das Ressort für Äußeres übernahm, läßt schließen, daß er mitbestimmen, möglicherweise einen konzilianteren Kurs als seine Mutter einschlagen will. Pakistan wird Rajivs erster außenpolitischer Härtetest. Die traditionell engen Beziehungen zur Sowjetunion werden sich kaum verändern. Wahrscheinlich ist eine Besserung des gestörten Verhältnisses zu den USA. Rajiv hat bereits eine Einladung nach Washington angenommen. Von sozialistischen Parolen hält er weniger als Indira Gandhi, mehr dafür von moderner Technologie. Sein Beraterstab aus tüchtigen Technokraten und Managern, als „Computer-Boys" apostrophiert, wird hier neue Maßstäbe setzen.

Innenpolitisch konzentriert sich das Interesse auf die Wahlen. sie werden am 24. Dezember stattfinden, ausgenommen in den Unruhestaaten Pandschab und Assam. Innerhalb der Kongreßpartei war der Termin umstritten. Eine Minderheit plädierte für eine Verschiebung. Rajiv aber braucht das Mandat des Volkes, nicht zuletzt, um sich von dem Vorwurf der „Erbfolge" zu befreien. Die Opposition, selbst in viele Parteien zersplittert und ohne nationale Führerfigur, versucht schon jetzt, daraus Kapital zu schlagen.

Indira Gandhi konnte nicht mehr sicher sein, ihren triumphalen Sieg von 1980 zu wiederholen. Bei Landtagswahlen der vergangenen Jahre mußte sie Einbußen auch in Hochburgen der Kongreßpartei hinnehmen. Rajiv aber kann mit dem Sympathiebonus einer trauernden Nation rechnen. Die Stimmen des „Hindi-Gürtels", also der Staaten des Nordens, sind ihm sicher. Immerhin haben sie 220 der 542 Mandate im Parlament inne.

In der Kongreßpartei ist der Kampf um Posten, Pfründe und Programme vorerst vertagt worden. Als einer der Generalsekretäre der Partei hatte Rajiv 1983 begonnen, die Partei mit Blick auf die Wahlen neu zu organisieren. Ein Dorn im Auge sind ihm die „Sanjay-Leute", jene Aktivisten, die sein tödlich verunglückter Bruder Sanjay mit Posten versorgt hatte. Sie genießen nicht den besten Ruf.

Die Armee steht bereit

Wahlen geht in Indien ein immer recht turbulenter Wahlkampf voraus. Diesmal könnte er dazu führen, daß sich der Unmut des Volkes erneut ein Ventil sucht und Unruhen ausbrechen. Um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, müßte einmal mehr die Armee eingreifen. Sie könnte einen dann schwachen Rajiv stützen, aber auch stürzen.

Knapp zwei Wochen ist er im Amt. Wer milde urteilt, wird Lob für ihn finden, Tadel, wer strenge Maßstäbe setzt. Nur Stunden nach der Ermordung seiner Mutter wurde er als Premier vereidigt. Damit wurde mit der Tradition gebrochen, daß zunächst der dienstälteste Minister dieses Amt interimistisch führt, bis die Partei einen neuen Führer wählt. Das schnelle Handeln sollte innere Geschlossenheit und Kontinuität widerspiegeln. Tatsächlich aber war das Chaos perfekt. Niemand schien in der Lage oder willens, Entschlüsse zu fassen und Befehle zu erteilen. Die Polizei versagte. Die Armee erhielt den Befehl zum Einsatz erst, als die Situation längst außer Kontrolle geraten war.

Hollands Linke will Referendum über Raketen

BODO RADKE, Den Haag

Im NATO-Mitgliedsstaat Niederlande wird die Forderung nach einer Volksabstimmung über das seit fünf Jahren heftig umstrittene Thema einer eventuellen Stationierung von 48 Marschflugkörpern (Cruise Missiles) immer lautstärker von linksorientierten Parteien und Organisationen erhoben. Auf einem Kongreß in Utrecht, an dem unter anderem Delegierte der Soldatengewerkschaft VVDM und der Jungsozialisten teilnahmen, wurde in einer Entschließung ein solches Referendum für Anfang kommenden Jahres verlangt.

Entscheidung überfällig

Hollands Verfassung sieht Volksabstimmungen nicht vor. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge will die niederländische Regierung aus Christdemokraten und Liberal-Konservativen ihre – längst überfällige – Entscheidung über eine Teilnahme der Niederlande an der NATO-Nachrüstung am 1. November 1985 treffen.

Sie hänge davon ab, wie sich bis dahin die Einsatzbereitschaft sowjetischer SS-20-Raketen entwickelt habe. Wenn sich deren Zahl gegenüber dem Stand vom 1. Juni 1984 nicht vergrößert habe, werde Holland die in den NATO-Planungen vorgesehene Stationierung von Cruise Missiles auf eigenem Boden verweigern. Anderenfalls erfolge automatisch die Zustimmung.

Politische Beobachter setzen hinter diesen *Kabinettsbeschluß* allerdings viele Fragezeichen. Im Frühjahr 1986 sind Parlamentsneuwahlen fällig. Niemand kann sich vorstellen, daß der christlich-demokratische Premier Ruud Lubbers angesichts der Widerstände in seiner eigenen Partei und der aufgeheizten Stimmung im Lande wagen könnte, wenige Monate vor den Wahlen eine zustimmende Entscheidung durchzusetzen.

Nach allgemeiner Überzeugung handelte es sich bei der Ankündigung vom 1. Juni 1984 nur um eine weitere Variante der seit Dezember 1979 angewandten Verzögerungstaktik.

Es bleibt beim Nein

Der Verteidigungsspezialist der sozialistischen Parlamentsfraktion und frühere Staatssekretär Stemerdink hat inzwischen in einer Rundfunksendung bekräftigt, daß seine Partei eine Stationierung der Raketen nach wie vor resolut ablehne. Nach den Wahlen von 1986 werde sie nur dann wieder Regierungsmitverantwortung übernehmen, wenn die sich dann ergebenden Koalitionspartner auf die Nachrüstung verzichten. Die Ergebnisse von Meinungsumfragen der letzten Zeit deuten übereinstimmend darauf hin, daß eine Kabinettsbildung nach den nächsten Wahlen nur unter Teilnahme der Sozialisten möglich sein wird.Für die Regierung Lubbers kann die gegenwärtig geführte Kontroverse um die Doppelverdienerzur Krise werden. Strittig ist die Höhe des Steuerfreibetrages, er 1983 von 600 auf 425 Gulden reduziert wurde und jetzt erneut,so die Pläne der Christdemokraten, auf 350 Gulden gesenkt werden soll.Die Regierungsfraktionen im Parlament sind sich deshalb in die Haare geraten. (SAD)

Die Not der Afghanen in Iran

Sie weigern sich, in den Krieg gegen Irak zu ziehen / Teheran läßt Hilfe erst seit 1984 zu

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Iran ist nach jüngsten Informationen bedeutend höher als bisher angenommen: der iranische Innenminister Nateq Nuri bezifferte ihre Zahl in einem geheimen Bericht auf 1,7 Millionen, eine UNO-Kommission schätzte sie auf zwei Millionen.

Die größte Zahl afghanischer Flüchtlinge kam 1980/81 aus der Region Herat in die iranische Ost-Provinz Khorasan. Viele Flüchtlinge zogen später nach Teheran, andere in die südiranische Stadt Bandar Abbas. Die meisten aber fristen seither ein kärgliches Dasein bei landwirtschaftlicher Arbeit in Ostiran.

Neben Angehörigen der schiitischen Minderheit kamen auch sunnitische Afghanen nach Iran. Sie wurden nur widerwillig aufgenommen. Im Gegensatz zu ihren schiitischen Landsleuten wurden sie unter Zwang in großen Lagern untergebracht; 40 000 allein in den Flüchtlingslagern von Zahedan, Sabzevar und Shiras.

Politisch diskriminiert

Beamte des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge besuchten im Januar 1984 Lager in Iran. Sie berichteten,die Lebensbedingungen der afghanischen Flüchtlinge in Iran seien weitaus schlechter als die ihrer Schicksalsgefährten in Pakistan, obwohl die meisten schiitischen Glaubens wie die Untertanen von Revolutionsführer Khomeini oder zumindest islamische Fundamentalisten seien. Schutz und Unterstützung von außen werde ihnen verweigert, weil Iran bis Ende 1983 jegliche internationalen Hilfsprogramme abgelehnt habe. Die Afghanen seien aber nicht nur materiellen Schwierigkeiten, sondern auch politischer Diskriminierung ausgesetzt und von Zwangsumsiedlungen und Ausweisungen bedroht.

Die Ablehnung von Hilfe endete um die Jahreswende 1983/84. Plötzlich richtete Iran Appelle an die UNO und bat um Unterstützung, vor allem um Lieferung von Zelten zur Unterbringung einer halben Million neuer afghanischer Flüchtlinge, die vor dem sowjetischen Bombenterror aus den afghanischen Westprovinzen ins Nachbarland geflohen waren. Schon kurze Zeit später genehmigte der UN-Hochkommissar ein Hilfsprogramm für Flüchtlingslager in Sabzevar und Dogharan. Er stellte insgesamt 550 000 Dollar für Nahrungsmittel, Medikamente und andere Güter zur Verfügung.

Nach der Verbesserung der materiellen Lage der Afghanen in Iran bereitet ihnen seit Jahresanfang Khomeinis Forderung Sorge, sich freiwillig für den Krieg gegen Irak zu melden. Der Druck Teherans wurde schnell fast unerträglich. Die Regierung in Teheran sprach zwar von Freiwilligkeit, deportierte jedoch jene Afghanen, die sich weigerten, gegen die Iraker in den Krieg zu ziehen.

Nach Angaben westlicher Beobachter verließen Tausende von Afghanen ihr Gastland und kehrten in die Heimat zurück oder flohen nach Pakistan. Im April 1984 meldete die französische Nachrichtenagentur AFP, daß allein in den ersten drei Monaten des Jahres 5000 Afghanen von Ostiran nach Pakistan gegangen seien und daß weitere 50 000 die gleiche Absicht hätten.

Über die Beweggründe der Afghanen, Iran zu verlassen, gibt es neuerdings unterschiedliche Meinungen: die vorherrschende ist, daß die Zwangsrekrutierungen Teherans die Ursache seien, von anderen Beobachtern aber wird behauptet, verantwortlich dafür sei das strenge Regime der iranischen Behörden gegenüber den Flüchtlingen, dritte geben an, die Afghanen seien vor den iranischen Maßnahmen gegen Drogenhändler geflohen.

Ob dieser oder jener Grund zutrifft, ist umstritten. Tatsache ist, daß Teheran sich Soldaten für den Krieg gegen Irak mit der Auflage verschaffen wollte, bei den iranischen Behörden einen Personalausweis zu besorgen. Bereits im Dezember 1983 verkündete Irans Innenminister: „Die Gouverneure der iranischen Provinzen sind angewiesen worden, alle Afghanen zu deportieren, die sich weigern, einen iranischen Personalausweis entgegenzunehmen."

Unter Druck gesetzt

Bald darauf hatten die Afghanen nach Angaben holländischer Journalisten nurmehr drei Möglichkeiten: in die Heimat zurückzukehren oder in Lager an der iranisch-irakischen Grenze zu ziehen, die als Puffer zwischen den beiden kriegführenden Ländern dienen, oder schließlich nach Pakistan umzusiedeln, nachdem sie ihren gesamten Besitz den iranischen Behörden übergeben hätten.

Mitte des Jahres 1984 gab Radio Teheran in einem Interview mit dem Leiter des „Büros für auswärtige Bewohner des Landes" beim Innenministerium bekannt, daß die zweite Phase der Ausgabe von Personalausweisen an Afghanen im August beginne. Drohend fügte Behördenchef Basir hinzu: „Im Falle, daß sich afghanische Flüchtlinge weigern, die Prinzipien der islamischen Republik Iran zu akzeptieren, werden sie die entscheidende und passende Behandlung erfahren."

Südlibanon: Assad muß entscheiden

Der Schlüssel für einen Erfolg der Verhandlungen von Nakura liegt in Damaskus

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die israelische Regierung habe es in Libanon wieder mit zwei Phantomen zu tun. Zum einen sehe sie sich einer ebenso hilf- wie machtlosen libanesischen Regierung gegenüber, deren militärischer Arm sich redlich, aber bislang vergeblich, um die Verhandlungen in Nakura bemühe, zum anderen zeichne die Presse, vornehmlich die westliche, wieder ein Zerrbild vom jüdischen Staat, indem sie die Anläufe zu einem Generalstreik in Südlibanon wegen der Inhaftierung einiger schiitischer Terroristen als Konsequenz einer „brutalen Besatzungspolitik" darstelle. so beurteilt ein schiitischer Politiker aus Südlibanon die Situation in einem Gespräch mit der WELT.

Die libanesische regierung ist in der Tat durch die Blockadepolitik ihrer Minister Walid Dschumblatt und Nabi Berri gelähmt. Dschumblatt nimmt an den Kabinettssitzungen nicht teil und boykottiert mit Waffengewalt die Verwirklichung des vor Wochen ausgearbeiteten und von seiner Regierung gebilligten Sicherheitsplans. Berri, der von westlichen Pressevertreter gern als moderater und unabhängiger Kopf apostrophiert wird, ist bei Regierungschef Gemayel vorstellig geworden, um die Verhandlungen von Nakura bis zur Freilassung der vier Untergrundkämpfer zu suspendieren - ein Ansinnen, dem der Staatspräsident sofort Folge leistete, obwohl er als Politiker wegen der Berührungsängste gegenüber Israel eigentlich gar nicht in die „rein militärischen" Verhandlungen einzugreifen gedachte.

Berri wiederum folgt den Forderungen schiitischer Extremisten. Der höchste Würdenträger der Schiiten, Mufti Kabalan, und der Mullah Fahd Lallah, aus dessen Reden terroristische Kreise ihre Inspiration empfangen, haben sich ebenso wie der sunnitische Würdenträger Said Chabane in Tripoli gegen jede Verhandlungen gegen Israel ausgesprochen. Berri hat Gründe, die Worte der religiösen Fanatiker ernstzunehmen. Denn Fahd Lallah berichtete jetzt nach einem Besuch in Damaskus, der syrische Präsident habe Verständnis für die Position und Forderungen der islamischen Würdenträger Libanons. Andererseits hat die syrische Regierung der libanesischen Regierung Unterstützung für die Rückzugsverhandlungen mit Israel zugesagt.

In dieser Doppelzüngigkeit von Damaskus liegt nach Ansicht politischer Beobachter der wahre Grund für die Unsicherheit der Verhandlungen. Da die militärischen und politischen Kräfte der Christen Libanons die libanesische Regierung zu Verhandlungen drängen, liegt es in der Tat in der Hand Assads, die syrischen Verbündeten in Libanon von Boykottmaßnahmen politischer und militärischer Natur abzuhalten.

Westliche Diplomaten glauben, daß Assad den Rückzug Israels aus Libanon wünscht, allerdings ohne Konzessionen zu machen und ohne die von Iran ausgehaltenen Fundamentalisten Libanons zu verstimmen. *Andererseits scheint er mittels der* militärischen Verhandlungen zwischen Libanon und Israel der arabischen Welt zeigen zu wollen, daß ein israelischer Rückzug aus besetzten Gebieten auch ohne Friedensverträge wie Camp David möglich ist. Diese Beweisführung ist für das syrische Regime umso dringlicher, als die ägyptische und jordanische Regierung Fortschritte gemacht haben bei ihrem Bemühen, eine Fortschreibung von Camp David, beziehungsweise eine neue Initiative für eine Regelung des Nahost-Konflikts zu finden. Diese jordanisch-ägyptischen Ansätze mögen wenig realistisch sein, sie manövrieren aber auf jeden Fall das Neinsager-Regime in Damaskus in eine Isolation innerhalb der arabischen Welt. Das will Assad vermeiden - mittels seiner libanesischen Möglichkeiten.

Mitterrands Popularität fällt steil ab

Frühe Wahlkampfstimmung in Frankreich / Auch Fabius verliert rasch an Boden

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit dem ungewöhnlich langen Vorlauf von 18 Monaten hat in Frankreich der Kampf um die nächsten Parlamentswahlen eingesetzt. Das ist genau die Zeit, die Präsident Mitterrand noch zur Rettung seines Regimes zur Verfügung steht. Gewinnt er die Wahlen nicht, muß er die letzten beiden Jahre seines Mandats bis 1988 mit einem Premierminister teilen, der kein Sozialist mehr sein wird. Oder er muß, was bisher noch nie in der 5. Republik der Fall war, vorzeitig Neuwahlen zur Präsidentschaft ausschreiben.

Die Frage, ob es im Falle eines Wahlsieges der Rechten zu einer „Co-Habitation", einem Zusammenwohnen des Sozialisten Mitterrand mit einem rechten Regierungschef unter einem Dach kommen werde, ist von der Opposition bisher nicht eindeutig beantwortet worden. Von ihren drei Chefs Giscard, Chirac und Barre hat sich nur der letztere eindeutig dagegen ausgesprochen. Die beiden anderen wollen die Entwicklung abwarten.

Mitterrands Ausgangsposition erscheint in der Tat verzweifelt. Seine Popularitätskurve strebt seit Monaten unentwegt nach unten und ist nach der jüngsten vorliegenden Meinungsumfrage vom letzten Sonntag bei 26 Prozent Franzosen angelangt, die ihm noch uneingeschränkt zustimmen. So tief ist noch kein Präsident der 5. Republik in seiner Amtszeit gefallen. Bedenklicher ist, daß der Abschwung zum ersten Mal auch seinen neuen, noch völlig unverbrauchten Premierminister Fabius erfaßt hat. Der junge Mann hatte kaum Zeit, seine „Modernisierungspolitik" für die Industrie als Vehikel zum Ausstieg aus der Dauerkrise zu skizzieren, da beginnt man ihm schon das Vertrauen zu versagen. Fabius' Vorschuß von 53 Prozent bei seinem Amtsantritt im Juli ist auf 37 Prozent geschrumpft, ohne daß es zu einem fühlbaren Einbruch an der Arbeitsmarkt- oder Kaufkraftfront gekommen wäre. Die langsame Auszehrung des Prestiges der Sozialisten verrät einen mit Verbitterung gemischten Überdruß vor allem in den Wählerschichten, die traditionell links wählten und sich betrogen sehen. „Frankreich ist weder gelangweilt noch gereizt, es wartet auf das Halali", schilderte zutreffend ein Kolumnist die psychologische Situation des Landes. Das französische Wort „Curee" gibt die Lage noch besser wieder. Die „Curee" ist der Moment, in dem die Hunde nach langer Jagd das Wild niederreißen und in rasender Wut zerfetzen.

Werden sich auch die Kommunisten an dieser Jagd beteiligen? Sie sind – wahrscheinlich zu spät – aus dem Unternehmen Mitterrand ausgestiegen. Die Lehren der sowjetischen Mutterpartei und der Kommunistischen Internationale in den Wind schlagend, wonach Bündnisse mit sozialdemokratischen Parteien dann einzugehen seien, wenn Kommunisten dabei die Oberhand behalten, waren sie das Bündnis mit der Partei Mitterrands eingegangen. Neun Jahre später durften sie dem Sozialisten dann den Steigbügel zur Macht halten. Ihre Hoffnung aber, das Steuer herumreißen zu können, war unbegründet. Heute bedauern sie, auf das Schiff gestiegen zu sein, beschimpfen die Sozialisten als „Sozialverräter" und den Staatschef als „hochmütigen Monarchisten", und sie weigern sich natürlich, irgendein Wahlbündnis mit dem Partner von gestern einzugehen.

Wie ein Ertrinkender schlägt die Sozialistische Partei jetzt um sich. Einer Periode tiefen Pessimismus', aus der sogar der Staatspräsident sie aufrütteln mußte, folgt nun eine hektische Wahlvorbereitung, in der den Wählern eine Rückkehr zu einer Herrschaft der Rechten als das größte Unglück, als der sichere Untergang Frankreichs hingestellt werden soll.

Mugabe drängt auf den Einparteienstaat

Mord und Gewalt in Zimbabwe / Nkomo gibt nicht auf

M. GERMANI, Johannesburg

In einer emotionsgeladenen Rede beschuldigte Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe anläßlich der Beisetzung des ermordeten Zanu-Senators Moven Ndlovu, seinen Rivalen von der Oppositionspartei und Führer der Matabele, Joshua Nkomo, am Tod von mehr als 200 Zivilisten in Matabele-Land in den letzten drei Jahren schuldig zu sein. Mugabe: „Die Mehrheit unseres Volkes gibt mir recht, nun ist es an der Zeit, dieser bösartigen Partei die Zähne zu zeigen."

Moven Ndlovu war eines der ranghöchsten Mitglieder der Mugabe-Partei. Sein Tod am Freitag durch fünf Schüsse führte zu schweren Auseinandersetzungen im normalerweise ruhigen Städtchen Beitbridge an der südafrikanischen Grenze, bei dem 184 Menschen verletzt wurden, während die Polizei tatenlos zusah.

In einem telefonischen Interview mit der Johannesburger Tageszeitung „Citizen" wies Joshua Nkomo scharf die Worte des Premierministers zurück, ebenso wie die Beschuldigung, daß seine Partei für den Tod des Senators verantwortlich sei. „Wenn er unsere Partei verbieten will, soll er. Auch wenn er uns verhaften oder umbringen will", sagt Nkomo. Ebenso scharf reagierte er auf die Verleumdung Mugabes, ein „Feind des Volkes" zu sein. „Ich habe jahrelang für die Freiheit meines Landes gekämpft. Er hat sich viel später an dem Kampf beteiligt. Und jetzt, wo er an der Macht ist, will er die vernichten, die ihn zum Premierminister gemacht haben."

Damit haben die Auseinandersetzungen um die Einführung des Einparteienstaates in Zimbabwe einen neuen Höhepunkt gefunden. Im Hintergrund war in den letzten Wochen eine neue Entwicklung eingetreten, die Mugabe mit wachsender Besorgnis erfüllt haben dürfte. Auf einer Parteiversammlung vor 6000 Anhängern in Harare hatte Nkumo seinem Erzrivalen praktisch den Fehdehandschuh hingeworfen, indem er die restlichen Parteien des Landes aufrief, sich mit ihm zu vereinigen, um eine gemeinsame Wahlfront gegen Mugabe zu bilden. Für die kommenden Wahlen im März nächsten Jahres möchte Nkomo eine gemeinsame Strategie unter dem Banner der nationalen Einheit entwickeln. In dieser Allianz sollen sich nach seinen Plänen die Partei des Pastors Ndabaningi Sithole (Zanu), eines alten Buschkämpfers aus den Guerrilla-Jahren, Bischof Abel Muzorewa UAMC-Partei und die konservative Allianz von Zimbabwe (CAZ) des früheren Premierministers von Rhodesien, Ian Smith, zusammenschließen.

Am Montag entließ Premierminister Mugabe die einzigen beiden Minister der Zapu aus seinem Kabinett unter dem Vorwand, er könne „keine Mitglieder einer Organisation dulden, die ununterbrochen eine Politik der Gewalt und des Banditentums repräsentieren". Bereits im Februar 1982 war Joshua Nkomo und sein Stellvertreter Josiah Chinamano von Mugabe aus dem Kabinett ausgeschlossen worden.

Politische Beobachter in Zimbabwe vertreten zwei Theorien, wonach Mugabe die günstige Gelegenheit ergriff, um endgültig Wahlmitglieder der gegnerischen Partei aus seinem Kabinett loszuwerden. Andererseits behaupten der Nkomo-Partei nahestehende Beobachter, Mugabe könne sehr wohl die Ermordung von Senator Moven Ndlovu angeordnet haben, um die ihm lästigen Minister unter einem Vorwand zu entlassen und erneut Unruhen zu schüren und seine Gegner auszuschalten. Sie weisen darauf hin, daß bereits 1981, als eine Bombe das Hauptquartier der Mugabe-Partei in Harare zerstörte und Mitglieder der Zanu töteten, informierte Kreise entweder eine Beteiligung oder aber stillschweigende Einwilligung Mugabes für das Attentat nicht für ausgeschlossen hielten. (SAD)

Polen: Kirche schätzt Kontakte zur DDR

DW. Warschau

Trotz des nach außen hin religiösen Charakters der jüngsten Reise des polnischen Primas, Kardinal Jozef Glemp, in die „DDR" hat die Warschauer Wochenzeitung „Polityka" die politischen Aspekte der Visite betont. Sie habe in der Zeit eines engeren Zusammenwirkens zwischen Polen und der „DDR" stattgefunden, was auch die polnische Kirche schätze und zum Ausdruck habe bringen wollen. Sie habe damit die Absicht verfolgt, jene Kräfte in beiden Ländern zu fördern, die die „Neuordnung Europas nach 1945 bejahen". Der Besuch habe die Beziehungen Polens zur „DDR" weiter gefestigt. Indessen gehen die staatlich kontrollierten Angriffe gegen die katholische Kirche in Polen unvermindert weiter. Die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP veröffentlichte Stellungnahmen von Mitgliedern der Kommunistischen Partei im Stahlwerk Nowa Huta, die ein sofortiges Verbot politischer Predigten fordern.

China will stabile Kontakte zu USA

dpa, Peking

Die chinesische Führung strebe eine stabile Entwicklung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten während der zweiten Amtszeit von Präsident Reagan an, erklärte Ministerpräsident Zhao Ziyang bei einem Treffen mit amerikanischen Parlamentariern. Peking hoffe auf eine entsprechende Bereitschaft bei der amerikanischen Regierung und beim Senat. Anders als früher verlangte Zhao Ziyang nicht mehr die Annullierung des amerikanischen Taiwan-Gesetzes. Er meinte lediglich, Washington solle an dem Prinzip festhalten, daß es „nur ein China gibt". Der Premier verwies unter anderem auf die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan, die nach Pekinger Ansicht nicht ausgeweitet werden dürfen. Politische Beobachter werteten diese Äußerung als ein Kompromißangebot an die Reagan-Regierung, um den Ausbau der chinesisch-amerikanischen Beziehungen durch den Taiwan-Streit nicht übermäßig zu belasten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Moskauer Lesart

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

am 25. Oktober brachte Ihre Zeitung einen Artikel unter der Überschrift „Ostblock-Manöver konzentrieren sich schon seit Jahren auf westliche Ziele" von W. Kahl, in dem meine Diskussion mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Altenburg in der Evangelischen Akademie Loccum falsch interpretiert wurde. Meiner Auffassung nach wurden bei dieser Diskussion Meinungen zu aktuellen Fragen der Militärpolitik offen verglichen, was sicher von Nutzen war.

Im erwähnten Artikel wurde meine Behauptung hinsichtlich des Verteidigungscharakters der sowjetischen Militärpolitik in Zweifel gezogen. Dabei wird ein nicht stichhaltiger Versuch unternommen, irgendwelche zweifelhaften Aufzeichnungen von Rundfunkgesprächen auszunutzen, die sowjetische Militärangehörige während der Übungen auf dem Territorium der DDR angeblich geführt hätten.

In diesem Zusammenhang erachte ich es für notwendig, das zu wiederholen, was ich während der Diskussion gesagt habe. Unsere Militärdoktrin hat ausschließlich Verteidigungscharakter. Das bedeutet, daß wir niemals eine Aggression begehen, niemals als erste angreifen werden. Die Sowjetunion ist einseitig die Verpflichtung eingegangen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, und fordert die anderen Nuklearmächte dazu auf. Zusammen mit unseren Verbündeten im Warschauer Vertrag haben wir vorgeschlagen, einen Vertrag über einen gegenseitigen Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen. Jedoch werden wir bereit sein, auf einen Angriff von außen eine sofortige Antwort zu geben. Ich betone aber, daß es sich nur um eine Antwort, um Vergeltungshandlungen und durchaus nicht um eine Aggression handelt.

Unsere Militärpolitik entspricht unserer politischen Philosophie, unseren politischen und ideologischen Zielsetzungen, die auf die Erhaltung des Weltfriedens gerichtet sind, in vollem Maße. Sie entspricht auch voll und ganz den langfristigen Wirtschaftsprogrammen zur Erschließung unseres großen Territoriums zum Wohle der Menschen.

Die Versuche, das Wesen der sowjetischen Militärpolitik zu entstellen, können zu einer besseren gegenseitigen Verständigung kaum beitragen.

Hochachtungsvoll
Prof. Daniil Proektor,
Moskau

Linkes Deutschland-Bild

„Leserbriefe: Kulturpolitik – von wem?"; WELT vom 3. November

Sehr geehrte Herren,

wenn ein deutscher, in Paris tätiger Kulturattaché Herrn Grass darin zustimmt, daß unsere gegenwärtige gesellschaftspolitische Lage „im wesentlichen vulgär-materialistisch" sei, sollte er auch erwähnen, wem wir zu einem beachtlichen Teil diese geistige Situation zu verdanken haben. Herr Grass und andere Dichtergenossen sind es doch, die in ihren Werken häufig alles bei uns in oft vulgärster Sprache niedermähen, was ein Volk an geistigen Werten braucht, um zu überleben.

Schon vor längerer Zeit war ich bei einem unserer Frankreich-Besuche entsetzt über das Feindbild, das durch deutsche kulturpolitische Aktivitäten in Frankreich wieder aufgebaut wurde. Im Quartier Latin sah ich den Film: „Deutschland im Herbst", in welchem unser Land bereits wieder als Polizeistaat erscheint. Die Reaktionen im französischen Publikum waren dementsprechend. Deutsch-französische Verständigung, die nach dem Kriege unter großem Einsatz im Interesse des Friedens aufgebaut wurde, wird so torpediert, mit Hilfe verlogener Polemik, die dadurch nicht weniger zersetzend wirkt, daß man sie zur „Kunst" erklärt.

Eine französische Filmkritikerin sagte mir damals: „Wir können die Deutschen mit ihrer ewigen Nestbeschmutzerei nicht verstehen. Sie tun, als sei die Zeit von 1933–1945 die ganze deutsche Geschichte. Zudem nehmen ihre Modeliteraten wohl nicht wahr, daß die Ungestörtheit, mit der ihr Land sie überall agieren läßt, die von ihnen aufgestellten Behauptungen Lügen straft. Kein anderes Land der Welt fördert diejenigen so, die ihren eigenen Staat im In- und Ausland derart diffamieren, wie es einige ihrer Schriftsteller und Künstler tun. Bei uns würde man eine derartige „Kulturpolitik" als schizophren bezeichnen."

Mit freundlichen Grüßen
S. Sels,
Neuss

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Es ist ein unerträglicher, ja verbrecherischer Hochmut, wenn ein Mensch über die Existenz eines anderen Menschen sagt, sie sei sinnvoll oder sie sei sinnlos. Niemals können wir verwirrten, ohnmächtigen Wesen, die wir auf dieser Erde herumkriechen, das entscheiden. Und niemals werden wir wissen können, welche Bedeutung ein menschliches Leben haben kann, welche unerhörte Bedeutung sogar – oder gerade! – in seiner tiefsten Erbärmlichkeit."

Johannes Mario Simmel; deutscher Autor (geboren 1924)

Vom Dienen

„Hauptleute"; WELT vom 2. November

Sehr geehrter Herr Goos,

gestatten Sie mir folgende Anmerkungen zu Ihrem Kommentar:

Die Unzufriedenheit der Hauptleute, weil sie jahrelang auf Beförderung warten müssen, ist nach alten guten Begriffen nicht zu verstehen. Die Hauptbewandtnis des Soldatentums liegt im Dienen und nicht im Verdienen, sie ist nicht an den Dienstgrad gebunden. Die Hauptbewandtnis liegt in der Ehre, dem Vaterland dienen zu dürfen, wenn nötig an erster Stelle und in vorderster Linie. Im Stolz auf seinen Beruf hat sich der Soldat von jedem Job-Denken fernzuhalten, dann wird er auch wieder zu jenem öffentlichen Ansehen gelangen, das ihm selbstverständlich gebührt. Warum auch sieht man ihn bei uns so selten in seinem Ehrenkleid, der Uniform?

Ganz abgesehen hiervon ist es ungesund, wenn eine Volksschullehrerin im zweiten Berufsjahr zuweilen ein höheres Gehalt hat als ein Kompanieführer. Die Ausbildung und Erziehung von an die 200 Soldaten, die Verantwortung für oft in die Millionen gehendes Material sind höher einzuschätzen als die Unterrichtung einer Volksschulklasse. Hier wäre ein gerechter Hobel anzusetzen.

Die öffentliche Erklärung der Hauptleute ist abwegig. Soldaten gehen nicht zum Kadi, auch nicht in die sogenannte Öffentlichkeit, der das ein Wasser auf die antisoldatische Mühle sein kann. Soldaten gehen zu ihren Vorgesetzten, wenn ihnen etwas nicht paßt, und sie gehen dann nicht in demonstrativen Gruppen, sondern jeweils einzeln. Man nennt das Disziplin.

Mit freundlichen Grüßen
H. Fleischmann,
Kornwestheim

Herausreden

„Brandts Auftritt;" WELT vom 5. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist ungeheuerlich, daß der SPD-Vorsitzende Brandt nicht sieht oder nicht sehen will, was in Nicaragua vor sich geht: der gleiche „volksdemokratische" Entwicklungsprozeß wie in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Am Ende dieses Prozesses landeten alle Oppositionellen, d.h. Nicht-Kommunisten, vor allem aber die sozialistischen und sozialdemokratischen „Abweichler" im politischen Abseits und sehr oft gar in Gefängnissen. Falls die „Entwicklung" auch in Nicaragua schon so weit fortgeschritten ist, kann Brandt es nicht mit dem Herausreden versuchen: „Ich habe es nicht gewußt." Er war ja in Nicaragua: Alle Welt weiß z. B. vom Völkermord der Sandinisten an den Miskito-Indianern – nur Brandt nicht? Weiß er nichts vom Dokumentarfilm: „Ballade vom kleinen Soldaten"? Nachdem ich den Film am 5. November im Deutschen Fernsehen (ARD) gesehen habe, kann ich nur sagen: Brandt hat sich mit seinem Bonner Auftritt der zynischen Menschenverachtung schuldig gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Z. Bezerédj,
Köln 41

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde Dr. Dr. med. **Maximilian Reiß** ausgezeichnet. Dr. Reiß wurde damit für sein ehrenamtliches Wirken und sein vielfältiges kulturelles und soziales Engagement geehrt. Seit 1966 bekleidet er das Amt eines Komturs beim Deutschherrenbund und war am Wiederaufbau des Deutschordenhauses in Sachsenhausen und an der Errichtung und dem organisatorischen Ausbau des Studentenwohnheims im Deutschordenshaus maßgeblich beteiligt. Darüber hinaus ist Dr. Reiß als Mitglied des Landesvorstandes des Kraftfahrverbandes Deutscher Ärzte aktiv auf dem Gebiet der Verkehrsmedizin tätig und engagiert sich auf karitativem Gebiet unter anderem als stellvertretender Vorstizender des Lazarus-Hilfswerks in Deutschland für Leprahilfe.

*

Mit dem Verdienstkreuz wurde Pater Provinzial **Makarius Klaholz** ausgezeichnet. Pater Makarius Klaholz, der sich 1934 dem Hospitalorden vom heiligen Johannes vor Gott anschloß, hat sich im Dienste dieses Ordens jahrzehntelang um die Pflege und Betreuung alter und kranker Menschen bemüht. Dabei setzte er sich besonders für den Neu- und Erweiterungsbau entsprechender Einrichtungen ein. Darüber hinaus engagierte sich Pater Klaholz in außerordentlicher Weise für Menschen in der Dritten Welt, insbesondere in Indien. Unter seiner Amtsführung wurden in Kattappana/Indien ein Krankenhaus und ein Alten- und Pflegeheim errichtet sowie mit dem Bau einer Krankenpflegeschule begonnen.

*

Professor **Fritz Koenig**, Ordinarius für Plastisches Gestalten der TU München, wurde von der Bayerischen Landesstiftung für hervorragende Leistungen „mit engem Bezug zu Bayern" mit dem Kulturpreis 1984 ausgezeichnet.



Wachwechsel in Washington: Thomas Kielinger, Chefredakteur Dr. Herbert Kremp, Fritz Wirth FOTO: G. KAINZ/WASHINGTON JOURNAL

VERANSTALTUNG

Wachablösung in der amerikanischen Hauptstadt: Die WELT lud Ende vergangener Woche zu einem Empfang ins Capitol Hilton, Washington D.C., um ihren neuen politischen Korrespondenten am Ort, **Fritz Wirth**, vorzustellen und gleichzeitig **Thomas Kielinger**, seinen Vorgänger, nach siebenjähriger Korrespondenten-Tätigkeit in den USA zu verabschieden. Wirth beginnt seinen Dienst in Washington nach siebzehn Jahren Berichterstattung aus London; Kielinger wird die Leitung des Bonner Korrespondenten-Büros der WELT übernehmen.

Über zweihundert Gäste gaben sich im Capitol Hilton ein Stelldichein. Die neue und alte Administration, der Internationale Währungsfonds, deutsche und amerikanische Firmen, die deutsche Diplomatie, amerikanische und internationale Presse, Wirtschaftsinstitute, Industrieverbände, der Kongreß, die Think tanks, die Universitäten der Hauptstadt – es war alles vertreten. Aus der Chefredaktion in Bonn war Dr. **Herbert Kremp** gekommen, um die Honneurs zu machen und in einer kurzen Ansprache die WELT und ihre Ziele zu skizzieren. Dem Chefredakteur assistierten **Horst-Alexander Siebert**, der Wirtschaftskorrespondent der WELT in Washington; **Jürgen Liminski** aus der außenpolitischen Redaktion in Bonn; **Cay Graf Brockdorff**, NATO-Korrespondent in Brüssel, **Alfred von Krusenstiern**, Leiter des Büros des Springer-Auslandsdienstes in New York, und **Dietrich Schulz**, SAD-Korrespondent in Washington.

Beherrschende Themen des Abends: Weltpolitik und Weltwirtschaft nach dem Erdrutschsieg **Ronald Reagans** (und dem weniger imposanten Abschneiden der Republikaner im Kongreß) und die Lage in Bonn. General a. D. **Edward Rowny**, amerikanischer Chef-Unterhändler bei den Genfer Gesprächen über die strategische Abrüstung (START), gab sich vorsichtig optimistisch über die Chancen eines neuen Dialogs zwischen den Supermächten. **Günther van Well**, Bonns Botschafter in Washington, stand gewissermaßen zwischen Potomac und Rhein (eine unverdächtige Version der Äquidistanz ...) und versuchte Interpretationen nach beiden Richtungen.

Als greifbares Profil des Abends blieb die deutsch-amerikanische Freundschaft und die erneut verbürgte Verpflichtung der WELT, den Lesern im In- und Ausland mit verläßlichen Analysen der Zeitläufte zu dienen.

FUSSBALL / Bochum heute zum Bundesliga-Spitzenspiel in München – Italiens große Jubelarie

Die „graue Maus" und der Platz an der Sonne

sid/dpa, **Bochum/München**

Fände das Spiel heute abend nicht in München, sondern in Bochum statt, so würde das vermutlich ausverkaufte Ruhrstadion wenigstens einen würdigen äußeren Rahmen bilden. So aber läßt nur das Tabellenbild erkennen, daß die Begegnung FC Bayern München – VfL Bochum zum Spitzenspiel des 13. Spieltages erhoben wurde. Ein Gedanke, mit dem Bayern-Fans sich noch nicht anfreunden können. Nur zur Hälfte, so schätzt Münchens Manager Uli Hoeneß, wird das Olympiastadion gefüllt sein. Eine mickrige Kulisse gemessen an den großen Hoffnungen, die den Tabellenvierten begleiten.

Immerhin hofft die ganze fußballinteressierte Nation auf einen Sieg jener Bochumer Mannschaft, die Hamburgs Manager Günther Netzer vor Saisonbeginn am liebsten aus der Bundesliga verbannt hätte. Seit Jahren zum Inbegriff der „grauen Maus" erklärt, als Mitläufer geduldet und höchstens als Punktelieferant willkommen, erspielte sich die Mannschaft aus dem Dunstkreis von Hochöfen und Fabrikanlagen einen Platz an der Sonne.

Ein einziges Mal (1980) hatte Bochum eine ähnliche Erfolgsbilanz aufzuweisen wie jetzt, wo es seit sieben Spielen ungeschlagen ist. Am Ende der Saison landete die Mannschaft damals wie gewohnt im unteren Tabellendrittel. Eine braves Team, ein geschickter Vorstand, der Skandale und Aufsehen geflissentlich vermeiden kann – fast ein Privatverein der Familie Wüst, die seit Jahrzehnten den Präsidenten stellt und nie nach nach den Sternen griff. Wann immer sich die Möglichkeit geboten hätte, mußten die besten Spieler aus Finanznot verkauft werden.

In diesem Jahr aber siedelt Trainer Rolf Schafstall sein Saisonziel „erstmals etwas höher als nur beim Klassenerhalt" an. „Wir sind völlig unbelastet und haben keineswegs die Absicht, nur die Punkte abzuliefern", gibt er sich ebenso optimistisch wie Kapitän Michael Lameck (35): „Was Waldhof geschafft hat, können wir auch." Rocksänger Herbert Grönemeyer leistet dabei moralische Unterstützung: „Machst mit dem Doppelpaß jeden Gegner naß, Du und Dein VfL", prophezeit er in seiner musikalischen Liebeserklärung an seine Heimatstadt Bochum.

Bayern-Trainer Udo Lattek bleibt unbeeindruckt: „Wir haben Klaus Schlappner unterschätzt, das passiert uns gegen Rolf Schafstall nicht noch einmal", kündigte er an und fordert nach der blamablen Leistung im Europapokal „Wiedergutmachung und Fußball mit Herz".

Heute spielen (20.00 Uhr)

Köln – Mönchengladbach	(1:2)
Bielefeld – Kaiserslautern	(3:0)
Düsseldorf – Frankfurt	(4:2)
München – Bochum	(5:1)
Bremen – Karlsruhe (-:-)	

„Kaiser Kalle" und der „Deutsche von der Etsch" werden laut gefeiert

K. R., **Rom**

Franz Beckenbauer sagt: „Die neue Umgebung, die neuen Anforderungen, haben Karl-Heinz Rummenigge einen neuen Anreiz gegeben. Er hatte sich in den zehn Jahren Bayern München abgenutzt." Die neue italienische Umgebung des deutschen Fußball-Nationalspielers feierte gestern noch immer. Zwei Tage nach dem 4:0-Sieg von Inter Mailand über Juventus Turin mit zwei Toren von Rummenigge, bleiben italienische Zeitungen noch immer beim Thema. „Kaiser Kalle" wird der Mann jetzt genannt, der für knapp zehn Millionen Mark Ablöse nach Mailand zog.



Umjubelt von Fans und Kollegen: Rummenigge. FOTO: DPA

Doch nicht nur er, steht im Mittelpunkt der Berichterstattung. Hans-Peter Briegel, am Sonntag Torschütze beim beim 2:0-Sieg des Tabellenführers Hellas Verona über Cremonese, hat seit gestern seinen Kampfnamen weg. Der „Deutsche von der Etsch" wird in einer ständigen Kolumne in der Zeitung „Gazetta della Sport" von Gigi Riva, einst Italiens Torjäger und jenseits der Alpen noch immer so populär wie hierzulande Gerd Müller, so gelobt: „Briegel ist der Modell-Typ des deutschen Fußballs. Dazu hat er die Phantasie brasilianischer Ballkünstler."

Was Rummenigge konnte und kann, wußte alle Welt schon vor seinem Wechsel nach Italien. Briegel aber soll nun soetwas wie ein brasilianischer Ballkünstler sein? Hat die neue Umgebung bei beiden – im totalen Gegensatz zu dem jetzt zweitklassigen Hansi Müller – als Leistungsansporn gewirkt?

Italiens Fußballfans sind dieser Meinung, die Zeitungen geben sie weiter: Nur in der besten Liga der Welt könnten die besten Spieler der Welt ihre Fähigkeiten auch richtig entfalten. So sagt es Riva über Briegel. Und der Franzose Michel Platini, bisher der große Star im Lande des Weltmeisters, kommentiert nun seine Ablösung durch Rummenigge: „Er ist ein phantastischer Champion. Das wissen alle, und das mußte man nicht erst heute entdecken." Von Diego Maradona (FC Neapel) spricht derzeit kaum einer. Fehlt ihm, was Veronas wortkarger Trainer Osvaldo Bagnoli an Briegel entdeckt hat? Der Trainer sagt: „Briegel ist ein Star. Er gibt sich nie zufrieden und sucht immer den Sieg."

Rummenigge wird derweil in Mailand schon in deutscher Sprache gefeiert. Ein Spruchband im Stadion beweist die fröhliche Begeisterung: „Kalle tu bist unsere Sterne."

STAND ● PUNKT / *Das große Gezeter um Groß, Teil drei*

Nun geht es also schon wieder los, das große Gezeter um Michael Groß. 1982 wurde er zum Sportler des Jahres gewählt und kam nicht zur Proklamation nach Berlin, weil ihm die deutschen Mannschafts-Meisterschaften in Aachen wichtiger waren. Ein Jahr später, zum zweiten Mal gewählt, erschien er zwar, aber ohne Schlips, worüber die ehrenwerte Gesellschaft im Ballsaal wieder die Nase rümpfte.

Jetzt hat er schon mal vorsorglich für den 6. Dezember abgesagt, da findet die Ehrung der Sportler des Jahres in München statt. An diesem Tag, sagt er, trainiere er bis 19.00 Uhr, zwei Tage später fänden wieder Mannschafts-Meisterschaften statt: „Ich betreibe Sport des Sports und nicht der Ehrungen wegen."

Diese Wahl ist eine Abstimmung unter den deutschen Sportjournalisten, veranstaltet wird sie seit 1947 von der „Internationalen Sport-Korrespondenz", Stuttgart. Diese Agentur versucht nun, Verständnis zu zeigen („Die Entschlossenheit eines jungen Athleten, alle von ihm als störend empfundenen Einflüsse fernzuhalten"), aber das ist halbherzig, scheinheilig sogar im Vergleich zu dem, was sie dem Goldmedaillengewinner von Los Angeles vorwirft. Inkonsequenz nämlich, „wenn er die Vergünstigungen seines Status als Spitzenathlet wie Sporthilfe, aus Steuergeldern finanzierte Reisen und Bundestrainer, Dienstbefreiung bei der Bundeswehr usw. als selbstverständlich in Anspruch nimmt".

Die alte Leier also: Ein geförderter Athlet ist es der Gesellschaft, die ihn fördert, schuldig, im Smoking allüberall präsent zu sein. Warum eigentlich? Sind Sekt und Walzer als Gegenwert für die Förderung aus öffentlichen Mitteln wichtiger als Leistungen? Teil drei des großen Gezeters um Groß ist überflüssig. Vielleicht nehmen sich Sportjournalisten hier etwas zu wichtig. Daß Groß sie grundsätzlich nicht mag, kratzt offensichtlich an ihrer Eitelkeit. Das aber sollte die dritte Wahl des Olympiasiegers zum Sportler des Jahres nicht beeinflussen.

Michael Groß schwimmt – nicht mit, nicht gegen den Strom, sondern Weltrekorde. Das reicht. que

SPORTBUND

Immer mehr Mitglieder

sid, **Düsseldorf**

Der Deutsche Sportbund (DSB) würde sich als Wirtschaftsunternehmen gut machen. Jedes Jahr gibt es beachtliche Wachstumsraten. Nach der neuesten Statistik für das Jahr 1984 gehören dem DSB fast 19 Millionen Mitglieder an, genau 18 940 122. Seit dem letzten Jahr hat die größte Personenvereinigung in Deutschland 564 852 Neuanmeldungen in den Vereinen registriert. Von der Gesamtbevölkerung im Bundesgiet sind somit 30,7 Prozent im Deutschen Sportbund organisiert.

In den einzelnen Sportarten gab es beim Deutschen Turner-Bund (DTB) den größten Aufschwung. Fast 200 000 neue Sportfreunde tummeln sich auf diesem Felde und erhöhen die Mitgliederzahl des DTB auf 3 389 953. Als Grund für diesen Turn-Boom wird die Aerobic-Welle angesehen, die seit Anfang 1983 Tausende von Bewegungsmuffeln hinter dem Ofen hervorgelockt hat.

Die Turner bleiben trotz dieses starken Zuwachses bei den Fachverbänden die Nummer zwei. Der Fußball hat für die Deutschen immer noch die größte Anziehungskraft. Insgesamt 4 676 427 Mitglieder haben sich diesem Sport in den Vereinen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verschrieben. Hinter den Turnern rangieren der Deutsche Tennis-Bund (DTB) mit 1 685 635 und der Deutsche Schützen-Bund (DSZ) mit 1 201 947 Mitgliedern auf den Plätzen drei und vier.

Bemerkenswert in der Statistik ist, daß in fast allen Sportarten und Landessportbünden eine Steigerung zu verzeichnen war. Unbedeutende Rückgänge gab es lediglich bei den Fechtern sowie im Kanu- und Rollsport.

SPORT-NACHRICHTEN

Sportausschuß abgeschafft

Leverkusen (sid) – Der kommunale Sportausschuß der Stadt Leverkusen ist durch die Ratsmehrheit von SPD und Grünen abgeschafft worden. Begründung: Der Umweltschutz habe in der Region Vorrang, um den Sport kümmere sich der ortsansässige Chemie-Konzern Bayer.

Sieg für Westphal

Antwerpen (sid) – Michael Westphal vom deutschen Mannschaftsmeister Blau-Weiß Neuss hat beim internationalen Tennisturnier in Antwerpen das Achtelfinale erreicht. Er besiegte den belgischen Spitzenspieler Bernard Boileau mit 6:4, 2:6, 9:7.

Rücktritt angeboten

München (sid) – Der Trainer des Handball-Bundesligaklubs MTSV Schwabing, Peter Feddern, hat seinen Rücktritt angeboten. Nach der 13:17-Niederlage bei der SG Wallau-Massenheim liegen die Münchner, die vor der Saison als Mitfavorit auf die Meisterschaft galten, nur auf Platz acht. Feddern will sich selbst um einen Nachfolger kümmern und als Berater weiter zur Verfügung stehen.

Lauterer machten Gewinn

Kaiserslautern (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub 1.FC Kaiserslautern hat in der Saison 1983/84 einen Gewinn von rund 855 000 Mark erzielt. Ausschlaggebend für das Plus in der Bilanz war der Verkauf von Hans-Peter Briegel zum italienischen Erstligaklub Hellas Verona, der den Lauterern insgesamt 2,24 Millionen Mark einbrachte.

Werner Olk bestraft

Frankfurt (dpa) – Wegen unsportlichen Verhaltens wurde Werner Olk, Trainer des Bundesligaklubs Karlsruher SC, vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes zu einer Geldstrafe von 1500 Mak verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Olk im Pokalspiel am 2. September beim SC Charlottenburg Schiedsrichter Heinen (Wardenburg) mit dem Zuruf „Was pfeifen Sie für einen Scheiß" beleidigt hatte.

Lendl verdrängt Connors

Paris (sid) – Durch seinen Erfolg beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in London hat sich Ivan Lendl (CSSR) in der ATP-Weltrangliste hinter den Amerikaner John McEnroe auf den zweiten Platz vorgeschoben. Lendl verdrängte Jimmy Connors (USA), den er im Halbfinale besiegt hatte, auf Platz drei.

Start für Admiral's Cup

Hamburg (sid) – Am 31. Juli 1985 fällt vor der englischen Südküste der Startschuß für den Admiral's Cup, bei dem die deutschen Hochsee-Segler ihren Titel als Mannschafts-Weltmeister verteidigen müssen. Die Regatta endet am 10. August 1985.

Trainer entlassen

Berlin (sid) – Der Handball-Bundesligaklub Reinickendorfer Füchse Berlin hat sich mit sofortiger Wirkung von seinem Trainer Josip Milkovic getrennt. Der Grund für die Entlassung war der schlechte Saisonstart der Berliner, die in der Tabelle auf Platz zehn liegen. Nachfolger des 42 Jahre alten Jugoslawen wird Assistenz-Trainer Peter Frank.

Harald Grohs verhaftet

Zürich (sid) – Der Essener Autorennfahrer Harald Grohs wurde in Zürich verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, einen Call-Girl-Ring zu betreiben. Die Stadtpolizei von Zürich war auf Grohs gestoßen, als sie Anfang des Monats mehrere Zweigniederlassungen eines deutschen „Partnerservice" ausgehoben hatte. Neben dem 40 Jahre alten Rennfahrer wurden vier weitere Deutsche und drei Schweizer festgenommen.

Regierung soll helfen

Buenos Aires (sid) – Der argentinische Fußballklub Boca Juniors Buenos Aires, ehemaliger Verein von Weltstar Diego Maradona, hat die Landesregierung wegen des drohenden Ruins um Hilfe angerufen. Horacio Blanco, Interims-Präsident des Klubs, erklärte, der Verein benötige bis zum Saisonende 850 000 Mark zum Überleben. Das letzte Monatsgehalt der Spieler konnte schon nicht mehr bezahlt werden.

Bunge bezwang Schropp

Brisbane (sid) – Bettina Bunge (Cuxhaven) erreichte bei dem mit 150 000 Dollar dotierten Tennis-Turnier in Brisbane (Australien) die dritte Runde. Im Spiel gegen die Augsburgerin Myriam Schropp setzte sie sich leicht mit 6:2, 6:2 durch.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Treviso, 1. Runde: Nelson (USA) – Bottazzi (Italien) 6:1, 4:6, 6:3, Navratil (CSSR) – Soares (Brasilien) 7:5, 7:5, Novacek (CSSR) – Urpi (Spanien) 6:3, 6:0, Hocevar (Brasilien) – Brown (USA) 4:6, 6:3, 6:1, Dickson (USA) – Ostoja (Jugoslawien) 7:5, 5:7, 6:3.

SQUASH

Internationale deutsche Meisterschaften in München, Viertelfinale: Norman (Neuseeland) – Williams (Australien) 9:3, 9:1, 9:2, Brumby – George (beide Australien) 9:4, 9:4, 9:2, Dittmar – Thorne (beide Australien) 9:1, 9:7, 5:9, 10:9.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 921 109,90, 2: 110 833,20, 3: 6079,40, 4: 104,70, 5: 8,10. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 107,40, 2: 11,10, 3: 2,30. – **Auswahlwette** „6 aus 45": Klasse 1: 414 666,70, 2: 17 703,90, 3: 986,50, 4: 48,80, 5: 5,80. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 48,80, 2: 9,50. – Rennen b: Klasse 1: 242,60, 2: 43,80. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 36 058,60. (Ohne Gewähr.)

SCHACH / Mannschafts-Weltmeisterschaft ohne Karpow und Kasparow

Die Remis-Orgie beeinflußt das deutsche Nationalteam

Nea. **Frankfurt**

Der Moskauer Zweikampf um die Schach-Weltmeisterschaft nimmt und nimmt kein Ende. Titelverteidiger Anatoli Karpow führt gegen Garri Kasparow noch immer mit 4:0. Auch die 23. Partie endete mit einem Remis, es war das 14. hintereinander (siehe nebenstehende Notation).

Dieses zähe Ringen beeinflußt jetzt die Schach-Olympiade, die Weltmeisterschaft für Nationalmannschaften, die am Wochenende in Saloniki beginnt. Titelverteidiger Sowjetunion kann seine beiden besten Spieler nicht einsetzen. Nach den Regeln des Internationalen Schach-Verbandes (FIDE) darf der WM-Kampf von Moskau nicht unterbrochen werden. Damit erhalten vor allem die starken Ungarn eine reelle Chance, den Mannschafts-Titel in Saloniki zu gewinnen.

Ein Opfer der Moskauer Remis-Orgie ist aber auch das deutsche Olympia-Team. Großmeister Helmut Pfleger, der eigentlich nominiert war, kann nicht mitspielen. Er ist als Moderator der wöchentlichen Fernsehsendung über den Moskauer Kampf mit einem festen Vertrag an den NDR gebunden.

Die deutsche Mannschaft spielt jetzt mit Großmeister Robert Hübner, Großmeister Eric Lobon, dem internationalen Meister Stefan Kindermann und Großmeister Hans-Joachim Hecht. Ersatzleute sind Peter Ostermeyer und Ralf Lau. Daß der Münchner Kindermann vor seinem Klubkameraden Hecht plaziert wurde, obwohl dieser den Großmeister-Titel besitzt, liegt an Kindermanns jüngsten Turniererfolgen und seiner im Augenblick größeren Spielpraxis: Kein Zufall – er ist im Gegensatz zu Hecht Profi.

Der zeitweilig aufgetretene Ärger um den Bamberger Großmeister Lothar Schmidt ist beigelegt. Schmid hatte sich ursprünglich bereit erklärt, diesmal bei der Schacholympiade mitzuspielen. Darauf gab es Proteste bei den übrigen deutschen Mannschaftsmitgliedern, die dem Bamberger Verlagskaufmann vorwarfen, er äußere zu viele Sonderwünsche in bezug auf Rangfolge, die Farbe der Steine und den jeweiligen Gegner. Zunächst wurde das Team ohne ihn nominiert.

Als jedoch Helmut Pfleger absagen mußte, fragte man Lothar Schmid, ob er immer noch zur Teilnahme bereit sei. Doch jetzt lehnte er aus Zeitgründen ab.

Capablanca bestätigt?

L. P. **Bonn**

Meinen es Weltmeister Anatoli Karpow und sein Herausforderer Garri Kasparow noch ernst mit ihrem Titelkampf von Moskau, oder versuchen sie ein Schach-Happening? In der 23. Partie wählte Kasparow wieder ein von Karpow selbst stammendes Verteidigungssystem, der Weltmeister ahmte zur Abwechslung seinen früheren großen Rivalen Viktor Kortschnoi nach. Die Partie verlief fast genauso wie das 17. Spiel zwischen Kortschnoi und Kasparow bei der Weltmeisterschaft 1981 in Meran. Dort verzichtete Kortschnoi auf die kurze Rochade, postierte seinen König auf e2 – und es gab ein schnelles Remis. Einst behauptete der Kubaner Raoul Capablanca (Weltmeister 1921–27), der Schachsport werde an den Remis-Spielen sterben. Wollen Karpow und Kasparow diese These bestätigen?

Die Notation (Weiß Karpow, Damengambit): 1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lh4 0-0, 7.Tc1 dxc4, 8.e3 c5, 9.Lxc4 cxd, 10.Sxd4 Ld7, 11.0-0 Sc6, 12.Sb3 Tc8, 13.Le2 Sd5, 14.Lxe7 Scxe7, 15.Sxd5 Sxd5, 16.Txc8 Dxc8, 17.Dd4 Db8, 18.Lf3 Sf6, 19.Sc5 Lb5, 20.Td1 b6, 21.Se4 Sxe4, 22.Lxe4 Tc8. Remis.

Sehnsüchte unserer Zeit: Klaus Poches Fernsehfilm „Die Platzanweiserin"

Vierundzwanzig Träume pro Sekunde

Nur du und ich, wir beide sind das wichtigste. Nichts sonst", so lautet die egoistische Botschaft in dem Fernsehfilm „Die Platzanweiserin". Das ist der Titel einer Liebesgeschichte zwischen Individualisten, die sich eher selbst verletzen als ihre Träume aufgeben würden.

Da ist Anne, eine energische, hübsche Person, die in jeder Beziehung unabhängig sein will: beruflich wie auch in ihrer Gefühlswelt. Enttäuscht von der Liebe insbesondere und von den Männern im allgemeinen, schottet sie sich systematisch von ihrer Umwelt ab. Nur Lenchen, die Verkäuferin, eine, die nur mit dem Kopf große Sprünge macht, darf teilnehmen an dem Traum von der totalen Unabhängigkeit.

Ein Traum, der vorerst nur das realistische Ziel zu einer eigenen Boutique anpeilt. Dafür jobben die beiden jungen Frauen noch nebenbei, die eine dient sich als „Modell" an, die andere als Platzanweiserin in einem Kino. Und hier trifft sie auf den Jungen Mark. Auch er ein Traumtänzer, der dem beengenden Alltag in der phantastischen Kinowelt zu entfliehen sucht. Hier hängt er seinen kühnen Phantastereien nach. Das Aufeinandertreffen der drei Träumer erweckt in ihnen Zweifel, bringt Konflikte und Komplikationen.

Entstanden ist dieser Fernsehfilm nach einem Buch des Ostberliner Autors Klaus Poche (57). Dieser Schriftsteller und Drehbuchautor war noch vor zehn Jahren im „DDR-Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller" als begabter Autor vorgestellt worden. Sein Roman „Der Zug hält nicht im Wartesaal" hatte durch die kritische Haltung gegenüber der Bundesrepublik den Beifall der Politfunktionäre in Mitteldeutschland gefunden. 1979

Die Platzanweiserin – ARD, 20.15 Uhr

fiel Poche dann aufgrund seiner persönlichen Haltung als gesellschaftskritisch engagierter Literat in Ungnade. Er hatte sich gegen die sture Kulturpolitik „der geschlossenen Augen und zugestöpselten Ohren" gewehrt.

Ausgelöst wurde seinerzeit der Skandal durch seinen Film „Geschlossene Gesellschaft". Nach dessen Ausstrahlung setzte ein Kesseltreiben gegen Poche ein. Er wurde u. a. mit Stefan Heym, Joachim Seyppel sowie Rolf Schneider im Juni 1979 aus dem Ostberliner Schriftstellerverband ausgeschlossen, was praktisch einem Berufsverbot gleichkam. Sein Roman „Atemnot" konnte nur noch im Westen erscheinen. Heute leben Klaus Poche und seine Frau mit einem befristeten Visum in der Nähe von Köln.

Regie bei der „Platzanweiserin" führte Peter Schulze-Rohr, Leiter der Hauptabteilung Fernsehspiel des Südwestfunks. Rohr (58), in Leipzig geboren, wuchs in Berlin auf. Nach seinem juristischen Staatsexamen arbeitete er als Regieassistent beim Berliner Ensemble Bertolt Brechts. Durch Fernsehinszenierungen, z. B. „Die Verfolgung und Ermordung des Jean Paul Marat", „Die Ermittlung" von Peter Weiss und „Blaues Wild" nach einer Erzählung von Ingeborg Bachmann, wurde er bekannt.

Ungeachtet allen Geredes um „Gesellschaftskritik" beharrt dieser Regisseur darauf, daß der Fernsehzuschauer ein Recht auf Unterhaltung habe. Gesellschaftskritische Elemente, so Peter Schulze-Rohr, finden sich dann auch ganz selbstverständlich ein. Denn jede Geschichte spiegelt die Gesellschaft wider, in der sie spielt. So ist auch „Die Platzanweiserin" ein Abbild der Sehnsüchte unserer Zeit.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

STUDIO

Was ist das – „die Deutschen"? Woher kommen sie, was ist ihre Geschichte? Es war an der Zeit, daß unser allenthalben schwindendes Geschichtsbewußtsein Hilfe erführ, um nicht zu sagen: Nachhilfe. Die neue **Fachredaktion Zeitgeschichte vom ZDF** unter der Leitung von Guido Knopp bereitet eine Reihe vor, die in populärer, aber wissenschaftlich stichhaltiger Weise die Geschichte unseres Volkes vermitteln soll. „Für Lieschen Müller und für Golo Mann" (Originalton Knopp).

Eine andere Reihe über „die großen Familien" soll, als Dokumentation mit Spielszenen konzipiert, an Beispielen etwa der Rothschilds oder der Weizsäckers Geschichte nahebringen. Biographien von Adenauer und Gehlen bis Ulrike Meinhoff werden für die Reihe „Profile" erarbeitet.

In der Reihe „Damals/Vor 40 Jahren" werden Themen vorgestellt, die der einen Generation die Wiederbegegnung und kritische Erinnerung bieten, der andern eine Verlebendigung toter Geschichtszahlen. Zu den Originalbildern von damals, die als Zeitdokumente verwendet werden, treten Augenzeugen, die den Vorgang gewissermaßen verifizieren, die ihn einordnen oder mit dem subjektiven Erlebnisbericht anreichern.

Die ersten acht Sendungen von „Damals" behandeln u. a. die Schlacht von Arnheim, den Selbstmord des Generalfeldmarschalls Rommel, die Kämpfe um Köln und Aachen und den russischen Einbruch in Ostpreußen. Es sollen, so verspricht Knopp, nicht nur politische Daten herausgegriffen werden. Er nennt die Namen Gründgens und Käutner, erinnert aber auch an das erste Nachkriegstor der Nationalmannschaft. Aus „Damals" soll jedenfalls so etwas wie eine kontinuierliche Fernsehgeschichte der Bundesrepublik Deutschland entstehen.

Für 1985 sind interessante Dokumentationen in Vorbereitung. Im April ist das Thema Vietnam an der Reihe, im Mai steht das Stichwort „Vertriebene" auf dem Programm. Ist, so fragt der Verfasser Ekkehard Kuhn, das Trauma der Vertreibung heute überwunden? Der Redaktionsleiter Knopp, ein promovierter Historiker, untersucht am 5. Mai die Frage, ob die sogenannte Stunde Null wirklich eine Stunde Null gewesen sei.

Er leitet auch die Live-Diskussion am 8. Mai. An dieser nehmen nicht nur Publizisten und Historiker aus Großbritannien, Frankreich, den USA und der Sowjetunion teil, sondern auch (durch Einblendungen) die Korrespondenten von den Jubiläumsfeiern in den Hauptstädten der westlichen Alliierten (Moskau feiert einen Tag später). Pikant wird es, wenn Präsident Mitterrand am 8. Mai alle Regierungschefs der damals beteiligten Staaten in Paris versammelt, der Bundeskanzler hingegen in Bonn dem Weltwirtschaftsgipfel vorsteht.

V. P.

Premiere für 3SAT

Am 1. Dezember um 18 Uhr hat 3SAT, das gemeinsame Satellitenprogramm von ZDF, ORF (Österreich) und SRG (Schweiz), Sendepremiere. Es ist der im deutschsprachigen Raum neuartige Versuch, ohne eigens dafür produzierte Sendungen (also kostensparend) Fernsehbeispiele aus drei Ländern als zusätzliches Programm zu präsentieren.

Der erste Sendetag wird fast ganz vom ZDF gestaltet. Um 19 Uhr wird die normale „heute"-Sendung übernommen. Es folgt vom ORF ein Fernsehspiel „Der Verschwender" von Ferdinand Raimund, in Österreich bereits ausgestrahlt.

Dann kommen die „Aspekte" (ZDF vom Vortag), Beethovens „Eroica" mit den Berliner Philharmonikern unter Karajan (im ZDF gesendet 1982) sowie ein ZDF-Fernsehspiel, „Ein ganz gewöhnliches Leben", ebenfalls im ZDF bereits ausgestrahlt. Um 0.35 Uhr beenden Nachrichten vom ZDF das Programm.

Im Lauf der kommenden Wochen jedoch wird sich der Anteil der Österreicher und Schweizer verstärken. So steuert die SRG am 4. Dezember ihr eigenes Regionenmagazin „Bilder aus der Schweiz" bei. ORF liefert „Zeit im Bild", die bekannte Talkshow „Club 2" und ein Kulturjournal (am 5. Dezember). Am 6. Dezember kommt ein (natürlich wiederholter) „Derrick" vom ZDF, eine Reportage über den Stephansplatz in Wien vom ORF sowie ein politisches Magazin „Rundschau" aus der Schweiz.

An mehreren Stellen des Programms werden Sendungen aus allen drei Anstalten neu gemischt und speziell für 3SAT moderiert, etwa beim anderthalbstündigen „Sportreport" (Montag, 3. Dezember um 19.30) oder in einem politischen Magazin „Zur Sache". In den regelmäßigen Sportsendungen am Montagabend sollen auch Bilder von Sportveranstaltungen des Wochenendes gezeigt werden, die zuvor in den aktuellen Sendungen keinen Platz gefunden haben.

Das 3SAT-Programm beginnt um 18 Uhr und endet kurz vor oder nach Mitternacht. Es kann in der Bundesrepublik zunächst nur in den „Kabelinseln" empfangen werden. Es ersetzt in den Kabelpilotprojekt-Gebieten Ludwigshafen, Dortmund und München das sogenannte „ZDF 2". Etwa ab 1988 wird es vermutlich auch über den Direktsatelliten von sämtlichen deutschen TV-Teilnehmern zu empfangen sein.

Nea.



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 **Tagesschau und Tagesthemen**
10.23 **Wenn der Nordwind bläst**
Amerik. Spielfilm (1976)
Regie: Stewart Raffill
12.10 **Monitor**
Moderation: Klaus Bednarz
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

16.00 **Tagesschau**
16.10 **Nach Jahr und Tag**
Kein Platz für alte Leute?
Filmbericht von Dieter Menninger und Gottfried Gülicher
16.55 **Der Mann von Button Willow (1)**
5teilige amerikanische Trickfilmserie
17.10 **James, der Seemann**
Eine Geschichte aus England
17.40 **Was ich dem Prinzen nicht sagte**
Tschechischer Zeichentrickfilm nach dem Märchen „Der glückliche Prinz" von Oscar Wilde
17.50 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Die Platzanweiserin**
Fernsehfilm von Klaus Poche
Mit Brigitte Karner, Maria Hartmann, Thomas Anzenhofer, Sigfrit Steiner u.a.
21.50 **Brennpunkt**
Woran krankt das Gesundheitswesen?
Heute trifft sich in Bonn wieder die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Abermals soll versucht werden, die Kostenexplosion zu dämpfen. Haben aber Patienten, Ärzte, Pharmaindustrie und Krankenhäuser nicht ein gemeinsames Interesse an möglichst vielen teuren Leistungen? Die Sendung will die Interessenlage der vier „Parteien" im Gesundheitswesen darstellen. Darüber hinaus ist ein Schaltgespräch mit Bundesgesundheitsminister Norbert Blüm vorgesehen.
Moderation: Wolf Feller
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **ARD-Sport extra**
Fußball: 1. Bundesliga / WM-Qualifikation: Portugal – Schweden
0.15 **Tagesschau**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Morgen schon**
5. Teil: Angst vorm Wasser
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 **Tao Tao**
Das Geschenk des Fisches
Tiergeschichten aus aller Welt
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.50 **Robin Hood**
Der Minnesänger
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 **mittwochslotto – 7 aus 38**
Spiel 77
19.00 **heute**
19.30 **Direkt**
Viele tausend Musikbands klimpern in ihren Übungsräumen vor sich hin, in der Hoffnung, eines Tages berühmt zu werden. Das Jugendmagazin stellt eine solche Schülerband vor.
20.15 **ZDF Magazin**
Wirtschaft – Schutzlos vor Spionage? / Sowjettruppen üben Angriff auf Bundesgebiet / Umgang mit Computern als Unterrichtsfach
Moderation: Fritz Schenk
21.00 **Der Denver-Clan**
Das Bekenntnis
Das Haus der Carringtons zeigt sich tief erschüttert und voller Trauer über Josephs Selbstmord. Nur Alexis schmiedet weiterhin ihre Intrigen.
21.45 **heute-journal**
22.05 **ZDF-Hearing**
Ist die Republik käuflich?
Im Studio sind die Generalsekretäre bzw. Bundesgeschäftsführer von CDU, SPD und FDP, Otto Schily (Grüne), Wilhelm Hennis, Rolf Rodenstock und Jürgen Schmude
Leitung: Klaus Bresser
anschl.
heute



Die Verkäuferinnen Anna und Lenchen träumen von einer eigenen Boutique (Die Platzanweiserin – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

18.00 **Telekolleg II**
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Treff in Bonn**
Mit Alfred Biolek und Dieter Thoma
Übertragung aus der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen
21.45 **eff-eff**
22.15 **Die bleiche Bet**
Niederländischer Spielfilm (1934)
23.55 **Letzte Nachrichten**

NORD

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Sein Name ist Hase**
19.15 **Antiquitäten in Serie**
19.30 **Landwirtschaft aktuell**
Milchpolitik – Eine Katastrophe?
20.00 **Tagesschau**
20.15 **extra drei**
21.00 **Wer hat die Bürokratie erfunden? (5)**
21.30 **Offerte**
Aktuelle Kulturtips
21.45 **Die Verlobte**
23.30 **Thirty Minutes**
24.00 **Nachrichten**

HESSEN

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Filmbriefe**
19.00 **Hobbythek**
Fensterkunst aus Blei und Glas
19.45 **Herrchen gesucht**
20.15 **Stadtgespräch**
Bürger und Politiker heute in Herborn
21.30 **Drei aktuell und Sport**
22.00 **Durchgedreht**
Fernsehfilm

SÜDWEST

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Telekolleg II**
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland:
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Reden ist Gold**
20.15 **Das Nationale Palastmuseum von Taipeh**
21.00 **Perlen zum Glück**
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Marlene Dietrich u. a.
Regie: Frank Borzage
22.30 **Theater-Talk**
23.00 **Nachrichten**

BAYERN

19.00 **Bayern-Kini '84**
19.45 **„Der nächste, bitte!"**
20.15 **Sketchup**
20.45 **Zeitspiegel**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Das historische Stichwort**
Das Godesberger Programm der SPD
21.50 **Skandal in Chelsea (5)**
22.40 **Z. E. N.**
22.45 **Die Macht der Megabytes**
Droht die elektronische Kontrolle des Bürgers?
23.30 **Rundschau**
23.35 **News of the Week**

Volkszählung – Datenschutz berücksichtigt

● Fortsetzung von Seite 1

mann erklärte in Bonn: „Es gibt keine Regelung in dem neuen Entwurf, die nicht mit großer Sorgfalt, unter Berücksichtigung auch der Vorstellungen der Datenschutzbeauftragten, auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit überprüft worden wäre." Grundsätzlich sei der Entwurf von diesen Beauftragten „positiv bewertet worden". Kritik gebe es lediglich noch an der im Entwurf vorgesehenen Möglichkeit der Zähler, gewisse Eintragungen wie Namen und Adressen selbst eintragen zu können. Die Berechtigung des Auskunftpflichtigen, so Zimmermann, die Fragebögen selbst auszufüllen und ohne Einschaltung des Zählers an die Erhebungsstelle zurückzusenden, bleibe uneingeschränkt bestehen. Er hoffe jetzt auf eine „zügige parlamentarische Beratung und eine breite, vollständige Beteiligung der Bürger an der *Volkszählung 1986*".

Auch der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Franz Kroppenstedt, nahm anläßlich der Präsentation von Mustern der neuen Fragebögen zur Kritik Stellung. Vor der Presse *meinte* er, der Einwand, daß die Portokosten für die Rücksendung der Bögen den Bürgern nicht zugemutet werden könne, sei absurd. Kroppenstedt: „Einmal in 15 Jahren kann man das verlangen." Eine Bezahlung löse unendlichen Verwaltungsaufwand aus. Gegen den Vorwurf, es seien keine „alternativen Erhebungsformen" vorgesehen worden, zum Beispiel freiwillige Stichprobenerhebungen anstatt der Totalzählung mit Auskunftspflicht, wandte Kroppenstedt ein, mit einem solchen System ließe sich die Genauigkeit der notwendigen tief gegliederten Regionaldaten nicht gewinnen. Wenn die Volkszählung wie geplant abgewickelt werden soll, muß das Gesetz bis zur Sommerpause des Parlaments 1985 verabschiedet sein.

Lehrstellen: Bonn kann eine ermutigende Bilanz ziehen

Schulabgänger sollen „den Mut nicht verlieren" / Viele weichen auf „Parkplätze" aus

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Anton Pfeifer, sieht die Lage auf dem Ausbildungsmarkt „sich von Woche zu Woche verbessern". Zu den Anstrengungen des Bundes sei ein „sehenswertes zusätzliches Angebot" hinzugekommen durch erhebliche Anstrengungen aller Länder, der Bundesanstalt für Arbeit, vor allem aber auch der Wirtschaft, wo über „Lehrstellenbörsen" noch einmal alle bisher unbesetzten Plätze angeboten würden. Wenn am Ende dieses Jahres Bilanz gezogen werde – so Pfeifers Prognose –, werde man voraussichtlich mehr als 97 Prozent aller Bewerber untergebracht haben. Dies sei ein Ergebnis, das selbst in besten konjunkturellen Zeiten kaum überboten worden sei. „Wir kommen dem Ziel immer näher, möglichst jedem ein Angebot machen zu können."

Zu den Ländern, die sich bereits seit vielen Jahren auf den „Schülerberg" vorbereitet haben, gehört Berlin. In einem seit dem Jahre 1975 entwickelten Stufen-Programm ist für die Extrem-Jahre 1982 bis 1986 ein zusätzlicher Maßnahmenkatalog eingebaut worden: Im eigenen Bereich (Verwaltung, Eigenbetriebe, Krankenhäuser) ist das Angebot an Ausbildungsplätzen kontinuierlich gesteigert worden. Es ist heute sieben Mal so groß wie 1975. Außerdem wird mit Zuschüssen die außerbetriebliche Ausbildung bei freien Trägern bezahlt. Auf diese Weise stehen in diesem Jahr 1500 zusätzliche Plätze zur Verfügung. Und die Wirtschaftsbetriebe erhalten für jede Lehrstelle mehr, als sie im Schnitt der Jahre 1979 bis 1981 hatten, 5000 Mark „Prämie".

Zwar stellen sich sowohl der Schülerberg – doppelt so hoch wie beim am *zweitstärksten* betroffenen Schleswig-Holstein – als auch die Folgen des schlechten Arbeitsmarktes in Berlin als besonders problematisch dar, doch vergleichbare Klagen sind auch in anderen Bundesländern zu hören: Wegen der überfüllten Universitäten und der schlechten Auspizien für Akademiker „verzichten Abiturienten in nie gekanntem Ausmaß auf ein Studium und streben in die betriebliche Ausbildung" (Berliner Arbeitssenator). *Außerdem suchen* viele, eigentlich nicht „ausbildungsreife" Jugendliche heute eine Lehrstelle, weil es an Stellen für ungelernte Arbeiter fehlt.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau versucht in diesen Tagen noch einmal, allen Schulabgängern zusätzlich Mut zu machen: In einem Brief an die noch unversorgten Lehrstellen-Bewerber fordert er dazu auf, „jetzt nicht aufzugeben", sondern sich ans Arbeitsamt zu wenden: „Das Land läßt die jungen Menschen nicht im Stich", heißt es wählerwirksam.

Auch Nordrhein-Westfalen hat umfangreiche zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die Bedarfslücke auf dem *Lehrstellenmarkt* zu schließen. Rau: „Wir stellen genug Geld dafür zur Verfügung, daß in beruflichen Schulen, in Werkstätten oder überbetrieblichen Bildungseinrichtungen zusätzlich in anerkannten Ausbildungsberufen mit anerkannten Abschlußprüfungen ausgebildet werden kann." Dabei scheut Rau auch nicht vor einem Konflikt mit dem Landesverband des DGB zurück, dessen Chef Michael Geuenich die alte Umlage-Finanzierungs-Idee wieder aus der Schreckenskiste *hervorgeholt* hat. Der Ministerpräsident hat trotz heftigen Drängens diesen Vorstellungen jedenfalls eine deutliche Absage erteilt.

Etwa 4000 zusätzliche Ausbil*dungsmöglichkeiten für noch* unversorgte Lehrstellen-Suchende soll das vom niedersächsischen Kultusminister Georg-Bernd Oschatz aufgelegte „Auffangprogramm" schaffen. Bei „äußerster Anstrengung" auch der vor allem geforderten Wirtschaft müßte nach seiner Ansicht auch in Niedersachsen die angespannte Ausbildungsplatzsituation bewältigt werden können. Es werde allerdings keine neuen, einzelbetrieblichen Förde*rungsmaßnahmen geben, die* Betriebe sollten „daher auch nicht bei ihren Einstellungsentscheidungen auf solche finanziellen Landeshilfen warten, die es nicht geben wird".

Was Experten und Verantwortli*chen im Bund und in allen Ländern* noch Kopfzerbrechen bereitet, ist die Tatsache, daß ein Ende des Engpasses auf dem Lehrstellenmarkt nicht abzusehen ist, obwohl die Wirtschaft in diesem Jahr ein neues Rekordergebnis erzielen wird und demographisch gesehen eigentlich eine Entlastung bereits in diesem Jahr hätte geschehen müssen: Viele Jugendliche retten sich vor den Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes in eine Ausbildung, Abiturienten weichen – im *Prinzip* gerade von Bildungspolitikern der Union gewünscht, wenn auch noch nicht zu diesem Zeitpunkt – vor den Universitäten in die Betriebe aus. Und viele, die jetzt durch außer- und überbetriebliche Auffangmaßnahmen erst einmal als „versorgt" gelten, sind in Wirklichkeit nur auf einen vorübergehenden „Parkplatz" ausgewichen und werden in den kommenden Jahren wieder in den Bilanzen als Lehrstellen-Suchende erscheinen. Die für die berufliche Bildung zuständige Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, ihre Länderkollegen und Industrie wie Handwerk richten sich also bereits heute darauf ein, daß es eine wirkliche Entlastung auf dem Lehrlingsmarkt auch *in den nächsten Jahren nicht geben* wird.

„Kein Umweltschutz ohne Wachstum"

CDU-Fachkongreß „Boden und Landschaft" / Geißler gegen ein Tempolimit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für „mehr Vernunft und Realismus in der Umweltdiskussion" und für die Berücksichtigung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Aufwand und Ertrag auch im Umweltschutz setzte sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn anläßlich der Eröffnung des Fachkongresses „Boden und Landschaft" sei*ner Partei ein.*

Geißler betonte, die Einführung eines Tempolimits für Kraftfahrzeuge würde erhebliche Einschränkungen für den Bürger mit sich bringen, würde die Stickoxide andererseits aber nur um vier Prozent verringern. Es gebe wissenschaftliche Untersuchungen, die nachwiesen, daß die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge gleichzeitig zu einer Erhöhung des Ausstoßes von Kohlenwasserstoffen führe, und daß damit eine „neue Belastungskette für die Umwelt" in Gang gesetzt werden könne.

Geißler warnte davor, daß ein wirksamer Umweltschutz ohne Wachstum nicht möglich sei. Die Durchführung der *Großfeuerungsanlagen-Verordnung* koste die Wirtschaft über zehn Milliarden Mark. Investitionen dieser Art und Größenordnung könnten nur von Unternehmen finanziert werden, die auch Gewinne machten und ge*sund seien.*

Weiterhin setzte sich der CDU-Generalsekretär für ein konsequentes Anwenden des Verursacherprinzips im Umweltschutz ein. Nur wenn Konsument und Produzent auch finanzielle Einbußen befürchten müßten, wenn sie sich nicht ausreichend für den Umweltschutz engagierten, entstehe jenes Eigeninteresse, jener „Eigennutz", der zum gewollten Ziel führe.

Einen Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie hat nach Geißlers Worten die „bürokratisch orientierte Umweltpolitik der 70er Jahre geschaffen". Die gesetzlichen Auflagen hätten in dieser Zeit den Umwelt*schutz zu teuer und die Umweltver*schmutzung zu billig gemacht.

Es stelle sich die Frage, ob man künftig unter Vermeidung hoher volkswirtschaftlicher Verluste auch in der Bundesrepublik Deutschland *so vorgehen müsse*, wie in den USA, wo man „stärker am Markt bezogene Strategien bereits mit Erfolg praktiziert" und damit 35 bis 75 Prozent der sonst anfallenden Kosten bei gleicher Qualität des Umweltschutzes einspare.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wies in seinem Beitrag vor den rund 400 Kongreßteilnehmern darauf hin, daß bei der Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung die Vorsorge im Vordergrund *stehen müsse, damit sich nicht über*raschende Entwicklungen wiederholen könnten, wie sie bei den Waldschäden vorhanden seien und beim Grundwasser befürchtet werden müßten.

Er setzte sich bei Maßnahmen zum Bodenschutz für „einen Sicherheitszuschlag zugunsten des Naturhaushaltes" ein. Die „Arbeitsgruppe Bodenschutzprogramm" der Umweltminister der Länder und des Bundes werde Ende dieses Jahres ihren Abschlußbericht vorlegen. Schon jetzt stehe aber fest, daß ein „Minimierungsgebot" für Immissionen, die dem Boden schadeten, auch für Dünge- und Pflanzenschutzmittel zu gelten habe. Sein Ziel, sagte Zimmermann, sei eine „Ökologie im Sinne einer Langzeitökonomie".

Der Minister: „Ein Bodenschutzprogramm, das greifen soll, wird vielen weh tun müssen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir einen steinigen Weg beschreiten, der nicht von einem Spalier beifallspendender Gruppen gesäumt sein wird."

Zu den Rednern des Kongresses, der vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, dem Oppositionschef im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Bernhard Worms, eröffnet wurde, gehörten auch Ministerpräsident Lothar Späth (Baden-Württemberg) und Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Späth bezeichnete die CDU als die „eigentliche Umweltschutzpartei", da der Schutz der Heimat immer schon ihr wesentlicher Zug gewesen sei.

Das zentrale Referat unter dem Titel „Gefahr für Boden und Landschaft" hielt der Vorsitzende des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, Professor Jürgen Salzwedel. Er betonte unter anderem, daß der jetzt betriebene Biotopschutz *im Gegensatz zur Meinung* mancher Kritiker ein „minimales Notprogramm" sei, bei dem es keineswegs darum gehe, den Umweltzustand des vergangenen Jahrhunderts wiederherzustellen, sondern nur darum, den „dramatischen Rückgang der Arten zu stoppen".

OAU berät über Wirtschaftskrise. Marokko trat aus

DW. Addis Abeba

Der 20. OAU-Gipfel hat sich gestern mit der schweren Wirtschaftskrise in vielen Ländern Afrikas befaßt. Marokko war am Vortag als erster Staat in der 21jährigen Geschichte der Organisation Afrikanischer Einheit aus der OAU ausgetreten, weil erstmals die von der Guerrilla-Organisation *Polisario* proklamierte „Arabische Demokratische Sahroui-Republik" (SADR) an einem Gipfel teilgenommen hatte. Marokko, das die Zulassung der SADR als „politische Katastrophe" charakterisierte, *erhebt ebenso wie die Polisario* Anspruch auf die ehemals spanische Westsahara. Zaire setzte seine OAU-Mitgliedschaft auf unbestimmte Zeit aus.

Tansanias Präsident Julius Nyerere forderte *in* seiner Antrittsrede als OAU-Vorsitzender die afrikanischen Staaten auf, sich stärker auf die Produktion von Nahrungsmitteln zu konzentrieren. Sie müßten erkennen, daß sie ihre wirtschaftliche Lage nur durch eine eigenständige Ökonomie langfristig verbessern könnten. Die Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung seien gescheitert. Gemeinsam aber könne man erreichen, daß Afrika etwas weniger schwach sei. UNO-Generalsekretär Peres de *Cuellar erklärte in Addis Abeba, die* internationale Staatengemeinschaft müsse den afrikanischen Ländern bei der Lösung des Schuldenproblems helfen. Die Länder Afrikas müßten aber auch selbst größere Anstrengungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise unternehmen.

Spionage: SPD erwägt Untersuchungsausschuß

Fall Rotsch zeigt gravierende Lücken im Sicherheitsnetz auf

p. p. Bonn

Auf einem mehrseitigen Papier ist im Auftrag des Kanzleramtes eine Zwischenbilanz der bisherigen Ermittlungen gegen den KGB-Spion Manfred Rotsch erstellt worden. Der am 21. September verhaftete Flugzeugingenieur hat beim Technologie- und Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) jahrelang für den sowjetischen Geheimdienst spioniert. Das Kanzleramts-Papier belegt, daß es sich bei dem 1954 aus der „DDR" angeblich geflüchteten Rotsch tatsächlich um einen Top-Mann handelt, seine Spionage-Tätigkeit in die Reihe der schwersten Verratsfälle der 60er und 70er Jahre nahtlos einzureihen ist. Aufgrund der Aussagen des bisherigen Kanzleramts-Chefs Schreckenberger vor der parlamentarischen Kontrollkommission, die zwar auf viele Fragen auch noch „keine Antworten" bzw. „völlig unbefriedigende" (Vogel) brachten, aber die Gewichtigkeit des Falles Rotsch unterstrichen, erwägt die SPD-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat gestern dazu erklärt, daß die drei stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude, Alfred Emmerlich und Horst Ehmke damit beauftragt seien, bis zum Ende der kommenden Woche dazu die Grundlagen zu erarbeiten. Zwar gebe es die Möglichkeit, wie in der Kießling/Wörner-Affäre, den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß einzuberufen, da aber wahrscheinlich die Hauptverantwortlichkeit für den Verratsfall beim für die Sicherheitsüberprüfung in diesem Bereich zuständigen Bundeswirtschaftsministerium *anzusiedeln* ist, wird in der nächsten Sitzungswoche des Bundestages vorraussichtlich die Einsetzung eines „normalen" Untersuchungsausschusses von der SPD beantragt werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat zugegeben, daß die vorgeschriebenen regelmäßigen Sicherheitsüberprüfungen von Rotsch nicht vorgenommen worden seien. Es sei „offenbar geworden, daß der, der klein einsteigt, beim Aufstieg keine Überprüfungen" mehr über sich ergehen lassen müsse, sagte Vogel.

Wirtschaftsminister Martin Bangemann hat in einem Brief an den Unions-Abgeordneten Willy Wimmer *dazu unter dem 2. November* geschrieben: Die Übertragung der verschärften Sicherheitsmaßnahmen auf den „Bereich Geheimschutz wäre sicherlich sinnvoll gewesen".

FDP sieht Entspannung in deutsch-deutscher Lage

Bundestagsfraktion tagte im Berliner Reichstag

hrk. Berlin

Für die aus den Botschaften der Bundesrepublik in Prag, Bukarest und Budapest wieder nach Hause zu*rückgekehrten „DDR"-Flüchtlinge* gibt es offenbar die Hoffnung auf ein gutes Ende. Der Vizechef der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, sagte nach einer Sitzung im Berliner Reichstag: „Man darf darauf hoffen, daß sich die dramatische Situation entspannt." Die Liberalen hatten zuvor in Ost-Berlin mit dem Chef der Ständigen Vertretung, Hans Otto Bräutigam, konferiert.

Zur deutsch-deutschen Situation insgesamt sagte Hoppe: „Es gibt keine neuen Impulse, und es gibt keine neue Enttäuschungen." Die Flucht in Botschaften der Bundesrepublik schaffe immer wieder fast unlösbare menschliche Probleme.

Zum Thema der Offenlegungspflichten von Abgeordneten erklärte Fraktionschef Wolfgang Mischnick, noch sei „nicht sicher", ob es für die Bundestagssitzung am kommenden Freitag einen gemeinsamen Entwurf mit der Union geben werde. Die FDP knüpft *in ihren gestern* beschlossenen Grundsätzen verschiedene Bedingungen an die Auskunftspflicht: „Es geht darum, daß Abgeordnete aus freien Berufen oder dem Unternehmertum nicht durch diese Auskünfte praktisch konkurrenzunfähig werden und ihre berufliche Tätigkeit damit in Frage gestellt wird." Die FDP habe, so Mischnick, „kein Interesse daran, daß diese Kollegen dann nicht mehr kandidieren".

Es soll zur Pflicht gemacht werden, dem Bundestagspräsidium Einkünfte und Zuwendungen anzuzeigen. Spenden sollen mit dem Betrag und dem Namen des Spenders als Bundestagsdrucksache und im Bundesanzeiger veröffentlicht werden, wenn sie jährlich *20 000 Mark* übersteigen. Das FDP-Papier sieht bei Verstößen mehrere Sanktionen vor: Sie reichen von „öffentlichen Feststellungen" bis zur Kürzung der Kostenpauschale oder der Möglichkeit, „erlangte Vermögensvorteile einzuziehen". Das Präsidium soll überdies berechtigt sein, den betreffenden Abgeordneten ganz oder für eine bestimmte Frist von Ausschußsitzungen auszuschließen.

*Fraktionschef Mischnick berichte*te, einen breiten Raum bei der Berliner Zusammenkunft habe der Bericht des Berliner FDP-Landeschefs Walter Rasch über die Lage der Liberalen im Vorwahlkampf eingenommen: „Ich habe daraus den Eindruck gewonnen, daß wir durchaus eine Chance haben, wieder ins Parlament zurückzukehren", meinte Mischnick. Er verhehle aber nicht, daß sich die FDP in einer „schwierigen Phase" befinde.

Ausdrücklich verteidigte Mischnick die Rückzugs-Entscheidung von Jürgen Morlok in Stuttgart: „Es kann nichts Verwerfliches sein, sondern muß als etwas Normales betrachtet werden, wenn jemand mit Ende *dreißig* berufliche *Entscheidungen* trifft." Dagegen kritisierte Rasch ausdrücklich den Schritt des Landeschefs im Südwesten: „Dies hat weitere Verwirrung gestiftet. Wir sollten solche Entscheidungen vermeiden!"

*Hart ging Rasch mit den Verweige*rern in den eigenen Reihen ins Gericht: Es könne nicht angehen, daß „42 Hanseln" darüber entschieden, ob die Partei im März 1985 in Berlin gewählt werde oder nicht, sagte er in Anspielung auf den Antrag eines FDP-Bezirks, aus „Selbstachtung" keine FDP-Kandidaten aufzustellen.

In der Auffassung dieser „Parteifreunde" sammele sich eine „brisante Ignoranz" an. Er *forderte* sie auf, die FDP zu verlassen, wenn man die eigene Partei nicht mehr für wählbar halte. „Ich würde das bedauern, und ich will auch niemanden ausgrenzen oder aus der Partei treiben." Die CDU sei, weil „ohne jede Chance, allein zu regieren", auf die FDP angewiesen.

In einer *Erklärung* bewertete Hoppe als deutschlandpolitischer Sprecher seiner Partei die jetzt vorgelegten SPD-Thesen zu diesem Thema als „in weiten Teilen positiv". Die SPD halte damit an der „gemeinsamen Grundlinie" der Deutschlandpolitik fest.

„Zwangsanleihe": Modalitäten der Rückzahlung

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat nach mehrtägigen Beratungen gestern bekanntgegeben, wie die Investitionshilfeabgabe (Zwangsanleihe) zurückgezahlt werden soll. Der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages wird in seiner heutigen Sitzung voraussichtlich beschließen, diese Regelung in das Steuerbereinigungsgesetz 1985 einzubeziehen. Mit den Länderfinanzministern ist sich *Stoltenberg einig, so daß* Verzögerungen nicht mehr zu erwarten sind.

Die wichtigsten Bestimmungen der vereinbarten Regelung sind:

1. Bei der Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe für das Jahr 1983 ist wie folgt zu verfahren:

a) Wenn bereits eine Veranlagung durchgeführt worden ist, ist die gezahlte Investitionshilfeabgabe formlos – auch soweit die Festsetzung bestandskräftig ist – an den Abgabepflichtigen zurückzuzahlen. Ein Antrag ist nicht erforderlich. Einer förmlichen Aufhebung der Festsetzung bedarf es nicht.

b) Wenn eine Veranlagung oder ein Lohnsteuer-Jahresausgleich noch nicht durchgeführt worden ist, gilt *folgendes:*

aa) Hat der Abgabepflichtige eine Voranmeldung abgegeben, ist wie oben (a) zu verfahren;

bb) Soweit die Investitionshilfeabgabe vom Arbeitslohn einbehalten worden ist, wird sie zurückgezahlt, wenn die Bescheinigung nach Paragraph 6 Absatzz 6 des Investitionshilfegesetzes vorliegt (Anmerkung der Redaktion: In dieser Bescheinigung auf amtlichem Vordruck werden vom Arbeitgeber die vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträge *aufgeführt*).

2. Die für 1984 vom Arbeitslohn einbehaltene Investitionshilfeabgabe, die nicht vom Arbeitgeber zurückgezahlt worden ist ..., wird an den Arbeitnehmer gegen Vorlage der Bescheinigung über die einbehaltene Abgabe von dem für den Arbeitnehmer zuständigen Finanzamt zurückgezahlt.

3. Eine sofortige Verrechnung mit dem oder gegen den Rückzahlungsanspruch des Abgabepflichtigen ist zulässig. Bei einer Verrechnung durch den Abgabepflichtigen mit vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträgen ist der schriftlichen Verrechnungserklärung die Bescheinigung des Arbeitgebers beizufügen oder auf die dem Finanzamt bereits vorliegende Bescheinigung zu verweisen.

4. Die vom Arbeitgeber für 1983 einbehaltene und an das Finanzamt abgeführte Investitionshilfeabgabe wird nicht an den Arbeitgeber zu*rückgezahlt. Die vom Arbeitgeber für* 1984 einbehaltene und an das Finanzamt abgeführte Investitionshilfeabgabe kann an den Arbeitgeber zurückgezahlt werden, wenn dieser die Weiterleitung an die Arbeitnehmer nachweist.

5. Die Erstattungsbeträge werden nur verzinst, wenn beim Finanzgericht gegen die Erhebung geklagt wurde (analoge Anwendung von Paragraph 236 der Abgabenordnung).

Rumänen haben Bonn verlassen

AP, Bonn

Fünf rumänische Diplomaten, die politisch motivierter Straftaten verdächtigt werden, haben auf Druck des Auswärtigen Amtes in Bonn die Bundesrepublik Deutschland verlassen. Das bestätigte Regierungssprecher Peter Boenisch, der jedoch auf den genauen Zeitpunkt der Ausreise der Rumänen nicht eingehen wollte. Einer der drei Botschaftsräte und die vier Botschaftssekretäre waren verdächtigt worden, an der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages, einer Entführung und einem Raubüberfall beteiligt gewesen zu sein.

Langlebige Steuer

BH – Die Kfz-Steuerbefreiung für schadstoffarme Autos ist politisch beschlossene Sache. Was sich als Gewinn für die Umwelt darstellt, erweist sich als Niederlage auf einem anderen wichtigen Feld: der Steuervereinfachung. Die seit Jahrzehnten diskutierte Abschaffung der Kfz-Steuer dürfte nun mindestens für ein weiteres Jahrzehnt (so lange währt die Befreiung für Fahrzeuge mit bis zu 1400 Kubikzentimetern Hubraum) tabu sein, wenigstens aber auf erhebliche Widerstände und Schwierigkeiten stoßen.

Das ist aus zahlreichen Gründen mißlich. Es gibt kein Argument für die Kfz-Steuer, nur überzeugende Gründe für die Abschaffung. Die durch immer neue Aufgaben – Stichwort: Zwangsanleihe – belastete, zum Teil überlastete Finanzverwaltung muß sich gerade mit dieser Steuer auf vielfältige Weise herumschlagen: Rund 80 Prozent aller Vollstreckungsfälle haben hier ihren Ursprung und binden Personal, für das man eine weitaus sinnvollere Beschäftigung hätte.

Das „Steuern mit Steuern", vom Bund der Steuerzahler erst in diesen Tagen auf einem Symposium zu Recht kritisiert, erfreut sich bei zahlreichen Finanzpolitikern ungehemmten Zuspruchs. Auch bei Politikern, die bei anderer Gelegenheit die wachsende Undurchsichtigkeit der Steuerbelastungen (von System sollte man nicht sprechen) kritisieren. Diese Undurchsichtigkeit erhöht aber die Verdrossenheit des Steuerzahlers. Jede Vergünstigung mag im Einzelfall plausibel erscheinen – wie die hier erwähnte. In der Häufung ergibt sich das Chaos.

Zwei Stühle

J. Sch. (Paris) – Für die Wiederwahl Giscard d'Estaings und speziell gegen das Verstaatlichungsprogramm Mitterrands hatte sich vor dem 10. Mai 1981 der französische Unternehmerverband CNPF mit allem Nachdruck ausgesprochen. Für dieses rechtspolitische Engagement, das einer wirtschaftlichen und sozialen Organisation an sich nicht zusteht, muß jetzt der derzeitige CNPF-Präsident Yvon Gattaz büßen. Wenn er seine Attacken gegen die Nationalisierung nicht einstellt, riskiert er, daß die verstaatlichten Industrieunternehmen keine Mitgliedsbeiträge mehr bezahlen. Dies ist ihnen von der Regierung inzwischen ausdrücklich freigestellt worden. Gattaz steckte zurück und erklärte, er wünsche nicht, daß die Debatte über die Rationalisierung die französische Regierung von neuem paralysiere. Unter dem Druck meinte er, die verstaatlichten Unternehmen würden gegenwärtig in etwa wie private Gesellschaften verwaltet. Mit solchen Aussagen jedoch verärgert Gattaz seine private Klientel. Und so sitzt er nun zwischen zwei Stühlen.

Ein Herz für Gründer

Von HEINZ STÜWE

Es gibt eine neue Subvention. Nur allzu Naive konnten glauben, in Zeiten, da Politiker aller Couleur vom Abbau staatlicher Zuwendungen reden, sei solches unmöglich. Die Wirtschaftsexperten der Koalitionsfraktionen sprechen jedenfalls von „einem wichtigen wirtschaftspolitischen Schritt." Sie meinen damit das Existenzgründungssparen, das sie nach manchem Hin und Her (die FDP war lange Zeit dagegen) aus der Taufe gehoben haben.

Zunächst einmal wurden damit zwei alte Erfahrungen bestätigt. Erstens: Wer etwas politisch durchsetzen will, muß für das richtige Etikett sorgen. Mit „Förderung junger Unternehmen" und „Schaffung neuer Arbeitsplätze" bürgte in unserem Fall die Beschriftung für den Erfolg. Zweitens: Wenn Politiker die Wahl haben, zwischen dem Bohren dicker Bretter und dem publizitätswirksamen Verteilen von Steuergeldern, wählen sie allemal das letztere.

Der Grundgedanke des neuen Modells ist dabei durchaus vernünftig: Mit den 20 Prozent Prämie auf Sparverträge zwischen drei und zehn Jahren Laufzeit über maximal 50 000 Mark soll das Eigenkapital des Firmengründers spürbar vergrößert werden. Schließlich ist der fehlende finanzielle Rückhalt verantwortlich für das frühe Scheitern manch hoffnungsvollen Neu-Unternehmers.

Die mehrjährige Ansparzeit werde der junge Handwerker oder Kaufmann nutzen, um sich gründlich auf sein Projekt vorzubereiten, hoffen die Initiatoren. Doch wer weiß schon mehrere Jahre im voraus, ob und wann er sich selbständig machen will? Die Mehrzahl der Firmengründer entschließen sich spontan zu diesem Schritt. Dazu zählt gerade auch der viel umworbene innovative Gründer. Ein Wissenschaftler, der seine Ideen selbst vermarkten will, kann sich nicht viel Zeit lassen, will er seine Chance wahrnehmen. Der Kreis von Personen, die die Anspar-Prämie nutzen können, ist somit von vornherein recht begrenzt. Erfahrungen in Berlin mit einem ähnlichen Modell bestätigen dies.

Bezeichnend ist die Haltung der Wirtschaftsverbände. Sie waren es nicht, die nach einem zusätzlichen Förderinstrument gerufen haben. Und auch jetzt, da ihrer Klientel die staatliche Prämie winkt, reicht das Echo von verhaltener Zustimmung bis zur Ablehnung. Vorherrschend und unüberhörbar ist die Kritik an einer weiteren Zersplitterung der Förderung von Existenzgründungen.

Die Notwendigkeit öffentlichen Engagements in diesem Bereich wird dagegen nicht in Zweifel gezogen. Firmengründer seien schon immer auf Hilfe angewiesen gewesen, heißt es. Selbst wer dem zustimmt und dem Staat bei der Unterstützung junger Selbständiger die Rolle des Hilfs-Finanziers zuweist, darf einige Grundsätze nicht aus den Augen verlieren:

- Ob ein neu gegründetes Unternehmen überlebt, muß der Markt entscheiden. Der marktwirtschaftliche Suchprozeß nach neuen Produkten ist durch nichts zu ersetzen. Deshalb begibt sich der Staat dort auf Glatteis, wo seine Beamten den Unternehmer an die Hand nehmen und ihn auf „zukunftsweisende Technologien" aufmerksam machen wollen.
- Da der Staat ein schlechter Unternehmer ist, darf er nicht in die Lage versetzt werden, den Strukturwandel zu steuern. So groß die Versuchung auch sein mag, zwischen guten und schlechten Firmengründungen zu unterscheiden: Die öffentlichen Hilfen müssen alle offenstehen, Kneipen und Boutiquen eingeschlossen.
- Die Starthilfe für Existenzgründer darf nicht den Blick für die wichtigere Aufgabe verstellen. Ein erfolgreicher Unternehmer muß die Chance haben, das Kapital selbst zu verdienen, das er für die weitere Expansion braucht. Die Koalition sollte sich deshalb nicht scheuen, die schwierige Reform der Unternehmensbesteuerung in Angriff zu nehmen.

Inzwischen scheint auch die Opposition ihr Herz für den kleinen Unternehmer zu entdecken: Daß die SPD-Fraktion zum Gründungssparen einen eigenen Antrag vorgelegt hat, der sich von dem des Regierungslagers nur in Nuancen unterscheidet, mag mit dem Schielen auf Wähler im Mittelstand zu tun haben. Vor allem aber läßt es hoffen. Denn ein breiter Konsens über die Rolle des Selbständigen war ja in der Vergangenheit nicht eben der Normalfall. Eine gesellschaftliche Aufwertung des Unternehmers hätte aber eine größere Wirkung als jede staatliche Gründungs-Förderung.

ASEAN-LÄNDER / Eine Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums

Bonn mahnt die deutsche Wirtschaft, die Beziehungen zu verbessern

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die deutsche Wirtschaft hat die Beziehungen zu den Asean-Staaten, den Ländern mit den laut Weltbank mittelfristig besten Wachstumschancen aller Weltregionen, bisher vernachlässigt. Handel und industrielle Zusammenarbeit können nach einer Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums nur dann gesteigert werden, wenn mehr mittelständische Unternehmen die sich bietenden Möglichkeiten erkennen und nutzen. Die Industrialisierung in diesem Raum soll vor allem über den privaten Sektor forciert werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium ist der Auffassung, daß die bilaterale Zusammenarbeit der einzelnen EG-Staaten mit Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur, Thailand und dem Sultanat Brunei durch weitere Schritte der Gemeinschaft als Ganzes ergänzt werden müssen. Im Hinblick auf das EG-Außenministertreffen am 15. und 16. November ist die Bundesregierung um einen erneuten handelspolitischen Vorstoß in Brüssel bemüht. Dabei geht es in erster Linie um einen besseren Zugang für Asean-Produkte zum europäischen Markt, vor allem bei Agrar- und Textilprodukten.

Die Chancen deutscher Firmen, mit den Unternehmen in den Asean-Ländern besser ins Geschäft zu kommen, gründen sich nicht allein auf die durchweg günstigen Wachstumsaussichten, vielmehr auch auf die forcierte Industrialisierung, die verminderte Rolle des Staates und die Stärkung des privaten Sektors.

In den siebziger Jahren wurden in der Asean-Region durchschnittliche Wachstumsraten von acht Prozent registriert. Selbst 1982, dem Jahr der weltweiten Rezession, wuchs das Sozialprodukt um 4,3 Prozent. Mit rund fünf Prozent lag das Niveau 1983 bereits wieder erheblich über dem der meisten Industrie- und Entwicklungsländer, ein Tempo, das auch mittelfristig gehalten werden dürfte.

Die deutsche Außenwirtschaft hat Südostasien bislang „kein konzentriertes Interesse gewidmet". Der Anteil der Asean-Länder am deutschen Außenhandel ist seit 1975 lediglich von 1,1 auf 1,5 Prozent gestiegen. Da die traditionellen Exportmärkte der deutschen Unternehmen auf Sicht an Anziehungskraft verlieren, sollten sich die Firmen verstärkt diesem Markt zuwenden.

Dabei bedarf der Handel der Abstützung durch ein stärkeres Kapitalengagement. Nach der Bestandsstatistik waren Ende 1981 nur 1,4 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen in diese Länder geflossen, wobei rund 60 Prozent allein auf Singapur entfiel. Gefragt sind in erster Linie Investitionen in den Produktionssektoren, die die industrielle Kooperation fördern. Als günstiger Standort für deutsche Firmenniederlassungen bietet sich in erster Linie Singapur an, nicht nur wegen seiner gut ausgebauten Infrastruktur, sondern auch wegen seiner zentralen Lage und seiner günstigen Verkehrsverbindungen. Seine Anziehungskraft als Handels- und Finanzplatz ist ungebrochen.

Indonesien hat erste erfolgversprechende Schritte getan, um seine Ausfuhren zu diversifizieren und die einseitige Exportabhängigkeit von Erdöl und Erdgas zu vermindern. Malaysia hat schon jetzt Anschluß an frühere Wachstumsraten gefunden. Überdies wurden neue Erdöllager entdeckt.

Die Philippinen befinden sich als Folge der politischen Vertrauenskrise in der gegenwärtig wohl schwierigsten Situation aller Asean-Länder, obwohl der Rohstoffreichtum, die relativ weit vorangekommene Industrialisierung und der hohe Ausbildungsstand der Bevölkerung eine gesunde wirtschaftliche Basis darstellt. Thailand erlebt einen neuen Wirtschaftsaufschwung mit einem deutlichen Anstieg der Privatinvestitionen. Brunei ist aufgrund seines Ölreichtums ohnehin ungeschoren durch die Weltrezession gekommen.

Chancen speziell für den deutschen Maschinenbau sieht das Ministerium im Bereich der Rohstoffverarbeitung. Der Ausbau des Verkehrs- und Kommunikationsnetzes bietet den Werften, der Fahrzeugindustrie und dem Nachrichtenwesen Möglichkeiten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Weg frei für Überbrückung der Finanzierungslücke

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf Grundsätze für eine solidere Haushaltspolitik haben sich die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft verständigt. Sie sollen gewährleisten, daß die EG nicht länger mehr Geld ausgibt als sie hat, und in Zukunft besonders ein weiteres Ausufern der Kosten des Agrarmarktes verhindern. Die Verfahrensregeln bleiben weit hinter den Wünschen Großbritanniens und der Bundesrepublik zurück. Beide Nettozahler treten seit langem für eine striktere Haushaltsplanung ein. Doch müssen sich die einzelnen Fachministerräte künftig bei ihren Beschlüssen stärker an einen vorgegebenen Finanzrahmen ausrichten. Die Agrarausgaben sollen weniger schnell ansteigen als die Einnahmen der Gemeinschaft.

Der Text muß vor seiner formellen Verabschiedung noch dem Europaparlament zur Konsultation vorgelegt werden. Vorgesehen ist, daß der Finanzministerrat künftig zu Beginn des Haushaltsverfahrens (also nach Vorlage des Budgetvorentwurfs der EG-Kommission) mit qualifizierter Mehrheit einen Referenzrahmen für die Gesamtausgaben festlegt. Werden diese Ansätze im kommenden Jahr überschritten kann die Kommission beim Rat beantragen die kostenwirksamen Beschlüsse entweder nachträglich zu revidieren oder zu akzeptieren.

Der Finanzrahmen für die Agrarausgaben des Jahres 1986 soll sich nach den tatsächlichen Kosten des Jahres 1984 und den geschätzten Ausgaben für 1985 errechnen. Die Bundesregierung war für einen Dreijahresdurchschnitt eingetreten, was geringere Steigerungsraten zugelassen hätte. Sie stieß mit ihrer Forderung jedoch auf harten Widerstand Frankreichs und Dänemarks.

Auf französische Bedenken traf auch der Bonner Wunsch, den Mitgliedsregierungen ein Einspruchsrecht bei Überschreitung des Finanzplafonds einzuräumen. Frankreichs Agrarminister Michel Rocard wollte nicht zulassen, daß die Landwirtschaftsminister in ihrer politischen Handlungsfreiheit gleichsam durch ein Vetorecht einzelner Finanzminister eingeengt würden. Von der Kommission befürchten die Agrarpolitiker offenbar keine allzu strikte Auslegung der Sparbeschlüsse, da die EG-Behörde in der Regel an politischen Kompromissen im Rat interessiert ist.

Die neuen Grundsätze machen den Weg frei für die Zustimmung Londons und Bonns zu einer Überbrückung der gegenwärtigen Finanzierungslücke im EG-Haushalt durch Vorauszahlungen der Mitgliedsstaaten. Die Gemeinschaft braucht bis zum Jahresende noch rund 2,24 Mrd. DM um ihre Landwirtschaftspolitik finanzieren zu können. Auch die für 1986 geplante Aufstockung der EG-Einnahmen aus der Mehrwertsteuer von ein auf 1,4 Prozent kann den Parlamenten jetzt mit besserem Gewissen vorgeschlagen werden.

AUF EIN WORT

„Mir ist der Heilige Martin sehr sympatisch, weil er anders als mancher Politiker weiß, daß, bevor man einen Mantel teilen kann, man ihn erst haben muß."

Dr. Hans Günter Schultze-Berndt, Geschäftsführer der Gesellschaft für Geschichte und Bibliographie des Brauwesens e.V., Berlin FOTO: BINDER/THIELE

Post weist Kritik zurück

dpa/VWD, Bonn

Die Bundespost hat sich gegen den Vorwurf zur Wehr gesetzt, ihre Bankdienste durch Einnahmen aus dem Fernmeldebereich zu subventionieren und damit kostendeckend arbeiten zu lassen. Das Bundespostministerium wies gestern die Kritik des Bundesverbandes Deutscher Banken vom Vortag zurück, sie weite ihre Bankdienste in einer Weise aus, die mit ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag kaum noch zu vereinbaren sei. Das Ministerium erklärte, daß die Post ihre Bank- und Gelddienstleistungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erbringe. Sie passe ihre Bankdienste den Bedürfnissen des Marktes an, um dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Es sei aber nicht beabsichtigt, diese Bankdienste in Richtung auf eine „Universalbank" hin zu entwickeln.

KONJUNKTUR

Die Sparer setzen weiterhin auf die Stabilitätspolitik

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Wachstumsrate dürfte im nächsten Jahr eher bei drei als bei zwei Prozent liegen, wenn sich die Stabilitätspolitik nicht von ihrem „Pfad der Tugend" abbringen läßt. Dies erklärte der Vorsitzende der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Detlef Bierbaum, bei der Vorlage des Jahresberichts der von der Kreditwirtschaft getragenen Organisation.

Der Rückgang der Inflationsrate von 5,5 auf 2,5 Prozent innerhalb von zwei Jahren habe den Sparern Substanzeinbußen beim Geldvermögen in einer Größenordnung von 80 Milliarden Mark erspart. Die reale Verzinsung des verzinslich angelegten Geldvermögens der privaten Haushalte stieg dank der Stabilitätsgewinne von Null auf 2,5 Prozent seit 1981. „Die Stabilitätspolitik hat sich also für die Sparer bezahlt gemacht", so Bierbaum. Überdies seien die Realeinkommen der Arbeitnehmer wieder im Steigen begriffen. Sorge bereite im Hinblick auf die Preisstabilität der 1985 wieder zunehmende Druck der Arbeitskosten.

Die Sparer-Schutzgemeinschaft warnt vor einer antizyklischen Geldpolitik zur Konjunkturstützung. Die Bundesbank sollte vielmehr an dem bewährten Kurs einer moderaten Geldversorgung festhalten. Obwohl die Sanierung der Staatsfinanzen noch lange nicht erreicht sei, brauche trotzdem nicht auf eine zügige Steuersenkung in einem Schritt verzichtet zu werden, wenn damit der Abbau von Subventionen verbunden sein könnte. Sollte dies nicht der Fall sein, so gibt Bierbaum der Konsolidierung den Vorrang vor der Steuersenkung in einem Schritt.

KFZ-STEUER

Gibt es Befreiung auch für nachgerüstete Autos?

HEINZ HECK, Bonn

Für nachträglich umgerüstete Altfahrzeuge soll es in der Zeitspanne von 1985 bis 1987 eine einjährige Kraftfahrzeugsteuer-Befreiung geben. Das sieht ein Initiativantrag von Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz vor, der bereits am Freitag in der Bundesratssitzung zusammen mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über Steuervergünstigungen für schadstoffarme Neufahrzeuge erörtert wird.

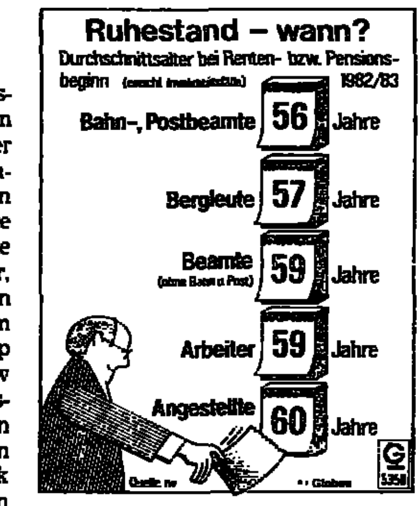
Im Bonner Regierungsentwurf ist eine entsprechende Prüfungsklausel für die steuerliche Behandlung nachträglich umgerüsteter Altfahrzeuge ausdrücklich vorgesehen, so daß der Länderantrag bei Zustimmung im Bundesrat (mit der gerechnet wird) noch in den Entwurf eingearbeitet werden kann. Um die Beratungsfristen abzukürzen, diskutieren die zuständigen Ausschüsse in diesen Tagen die Gesetzentwürfe in Sondersitzungen. Ein Inkrafttreten der Steuerbefreiung bereits zum 1. Januar oder sogar früher erscheint daher trotz des Zeitdrucks möglich. Die drei Länder haben vorsorglich beantragt, die Befreiung rückwirkend in Kraft treten zu lassen. Danach soll die Bundesregierung schon jetzt eine entsprechende Zusicherung geben, damit die Länder im Vorgriff auf eine gesetzliche Regelung ab sofort bei neu zugelassenen schadstoffarmen Pkw auf die Erhebung der Kfz-Steuer verzichten können.

Die Umrüstung bereits zugelassener Pkw soll dem Antrag zufolge dann steuerlich belohnt werden, wenn mindestens die von der EG-Kommission für 1989 vorgeschlagenen Stickoxidgrenzwerte erreicht werden. Das entspricht einer Schadstoffminderung von durchschnittlich schätzungsweise 40 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Stahlfusion: Bangemann fordert klares Konzept

Bonn (dpa/VWD) – Das Bundeswirtschaftsministerium verlangt von den Konzernen Krupp und Klöckner ein detailliertes Konzept für die Fusion ihrer Stahlbereiche, bevor in Bonn Entscheidungen über weitere Finanzspritzen gefällt werden. Wie aus dem Ministerium zu erfahren war, hat Minister Martin Bangemann den Chefs der beiden Konzerne, Wilhelm Scheider von der Fried. Krupp GmbH, Essen, und Herbert Gienow von der Klöckner Werke AG, Duisburg, sowie dem Vorsitzenden des an der Fusion beteiligten australischen Rohstoffkonzerns CRA, Roderick Carnegie, bei einem Gespräch in Bonn zu verstehen gegeben, daß die bisher vorgelegten Fusions-Pläne noch nicht prüffähig seien. Grundsätzlich habe das Ministerium die Fusion als Teil des Anpassungsprozesses an die gesunkene Nachfrage begrüßt. Weitere Hilfen seien aber nicht in Aussicht gestellt worden.



Der Regelfall – Rente oder Pension mit 65 Jahren – ist die Ausnahme. So sind in der gesetzlichen Rentenversicherung der Neurentner dieses Alter. Das durchschnittliche Rentenalter liegt heute bei 62 Jahren. Zählt man noch jene hinzu, die wegen Krankheit oder Invalidität vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden, sinkt es bei den Angestellten auf 60 und bei den Arbeitern auf 59 Jahre. QUELLE: GLOBUS

Eurokredit an „DDR"

München (AP) – Die „DDR" hat einen Kredit von 100 Mill. Mark am Euromarkt aufgenommen. Wie die Bayerische Landesbank Girozentrale gestern mitteilte, wurde der Kreditvertrag unter Federführung der Bayerischen Landesbank International s. A. zwischen der Außenhandelsbank der „DDR" und der Bayerischen Landesbank International s. A., der Bayerischen Vereinsbank International s. A. sowie der Hypobank International s. A. unterzeichnet. Der Kredit hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Klage erwogen

Bremen (dpa/VWD) – Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen erwägt im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) eine Klage gegen die Bundesregierung. Wie der Vorsitzende des Verbandes, Heinrich Frick, mitteilte, werde zur Zeit geprüft, ob damit die Gleichstellung der Freien mit den Genossenschaftsbanken erreicht werden könne. In dem Verband sind nach den Angaben zwölf freie Sparkassen zusammengeschlossen.

10 000 Versicherer

München (dpa/VWD) – Die Versicherungswirtschaft verfügte Ende 1983 weltweit über ein Prämienvolumen von 1,2 Billionen Mark. Wie der Vorstandsvorsitzende der Allianz Versicherungs-AG, Wolfgang Schieren, vor dem Exportclub Bayern in München mitteilte, sind in dieser Summe die Rückversicherer und die Ostblockstaaten nicht mitgerechnet. Mehr als 10 000 Unternehmen seien als Direktversicherer tätig und ihre Zahl steige, besonders in der Dritten Welt, ständig. Ende dieses Jahres rechnet Schieren mit einem Prämienvolumen in der Bundesrepublik von 100 Mrd. Mark, das sich etwa 300 Versicherungen teilen.

„Zinssenkung möglich"

Bonn (dpa/VWD) – Die deutschen Sparkassen halten binnen- und außenwirtschaftlich eine Senkung der inländischen Marktzinsen „in engen Grenzen" für möglich. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in seinem neuesten Konjunkturbericht weiter ausführte, sei allerdings nicht damit zu rechnen, daß die Deutsche Bundesbank vorerst die Leitzinsen senken werde. Als günstige Voraussetzung für den Trend sinkender Marktzinsen nennt der Verband die sich abzeichnende leichte Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte sowie nachgebende Zinsen in den USA.

Ein-Pfundnote ersetzt

London (AFP) – Die Britische Staatsbank wird Ende dieses Jahres den Druck von Ein-Pfund-Banknoten einstellen. Gleichzeitig wird die Halb-Penny-Münze außer Kurs gesetzt. Die Banknote im Nennwert von einem Pfund Sterling wird durch eine Münze ersetzt.

VOLKSWAGENWERK

Neue Impulse durch Vertrag mit der „DDR" erwartet

dos, Hannover

Der am Montag in Ost-Berlin unterzeichnete Vertrag zwischen der Volkswagenwerk AG und dem „DDR"-Außenhandelsbetrieb Industrieanlagen-Import eröffnet nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann auch für andere Unternehmen in der Bundesrepublik Chancen für eine bessere Zusammenarbeit mit der „DDR". Vor allem für die in den letzten Jahren zurückgegangenen Lieferungen von Investitions- und Ausrüstungsgütern dürfte der Vertragsabschluß positive Wirkungen zeitigen.

Von VW-Seite wurden auch am Dienstag nähere Einzelheiten zum Vertragsinhalt nicht mitgeteilt. Offenbar besteht der „DDR"-Partner weiterhin auf Stillschweigen. Fest steht lediglich, daß die Laufzeit des Vertrags bis Ende 1993 gilt. Entgegen früheren Meldungen, die von einem Volumen von 600 Mill. DM ausgingen, wird der „Liefer- und Leistungsumfang der geplanten Zusammenarbeit" nur bei 500 Mill. DM liegen.

Dennoch scheint es wesentliche Änderungen gegenüber den im Frühjahr bekanntgewordenen Zahlen nicht zu geben. VW wird wie vorgesehen die derzeit noch im hannoverschen Transporterwerk installierte Motoren-Fertigungsstraße mit einer Tageskapazität von 1300 Aggregaten in der „DDR" aufbauen und in Lizenz die 40 PS und 55 PS starken Motoren herstellen lassen.

Ferner sieht der Vertrag die Lieferung von VW-Transportern an die „DDR" vor. Ob es bei den jährlichen Stückzahlen von 2000 Fahrzeugen geblieben ist, will VW nicht sagen. Die „DDR" „bezahlt" mit Erzeugnissen der Maschinen- und Elektroindustrie.

BERUFSGENOSSENSCHAFTEN / Rückgang der Arbeitsunfälle konjunkturneutral

Erheblich weniger Berufskrankheiten

PETER JENTSCH, Bonn

Die Zahl der schweren Arbeitsunfälle und der Berufskrankheiten in der gewerblichen Wirtschaft hat im vergangenen Jahr mit 48 845 Fällen den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. Nach Mitteilung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften ging die Zahl der erstmals entschädigten Fälle gegenüber 1982 um 7000, das sind 12,4 Prozent, zurück.

Die Zahl aller angezeigten Arbeits- und Wegeunfälle geht bereits seit Jahren zurück; sie sank von 1,6 Millionen 1981 über 1,4 Millionen 1982 auf 1,27 Millionen 1983 (minus 6,9 Prozent). Dabei ist die Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle um 6,8 Prozent auf 1,14 Millionen und die der angezeigten Wegeunfälle um 7,7 Prozent auf 128 523 zurückgegangen. Auch die Zahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit nimmt seit Jahren ab, und zwar von 38 000 im Jahre 1981 auf 30 716 im vergangenen Jahr, was einem Rückgang von 7,3 Prozent gegenüber 1982 entspricht. Diese Tendenz bestätigt die Entwicklung der häufigsten Berufskrankheit, nämlich der Lärmschwerhörigkeit. Nur noch die Hälfte der Fälle führen zu einem verfrühten Ruhestand.

Die Normierung der Unfallzahlen auf jeweils 1000 Vollarbeiter und die Berechnung der Bezugszahlen auf die durchschnittlich geleistete jährliche Arbeitszeit bestätigen, daß der Rückgang der Arbeitsunfälle konjunkturneutral ist. So erreichte die Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle mit 59,4 angezeigten Fällen je 1000 Vollarbeiter im vergangenen Jahr den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik. Das gilt auch für die 6,7 angezeigten Wegeunfälle je 1000 Vollarbeiter. Schließlich liegt auch die Häufigkeit des Verdachts auf eine Berufskrankheit nach Jahren steten Anstiegs (insbesondere in der Zeit von 1970 bis 1977) im Trend: 1983 wurden nur noch 1,6 Fälle je 1000 Vollarbeiter angezeigt.

Die Zahl der erstmals entschädigten schweren Unfälle und Berufserkrankungen hat 1983 neben dem absoluten Tiefstand auch den stärksten Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dieser Rückgang betrug bei den Arbeitsunfällen elf Prozent (von 39 000 auf 35 119), bei den Wegeunfällen 16,3 Prozent (von 11 350 auf 9497) und bei den schweren Berufskrankheiten 14,6 Prozent (von 5000 auf 4229). Umgerechnet auf 1000 Vollarbeiter wurden 1983 also 1,82 Arbeitsunfälle, 0,49 Wegeunfälle und 0,22 Berufskrankheiten erstmals entschädigt. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ist im vergangenen Jahr um 86 auf 1406 zurückgegangen, die der tödlichen Wegeunfälle sank um 18 auf 898.

Kongresse · Tagungen · Konferenzen

FINANZANZEIGEN



EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

7½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1971
– WKN 459 291/300 –

6½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1972
– WKN 461 101/10 –

Auslosung

Entsprechend den Anleihebedingungen wurden am 6. November 1984 unter notarieller Aufsicht folgende Serien im Nennbetrag von je DM 10.000.000,– zur Tilgung per 1. März 1985 ausgelost:

a) 7½% DM Anleihe von 1971

Serie 7 – WKN 459 297 –

mit den Stücknummern
6 001 – 7 000 zu je DM 500,–
37 001 – 41 500 zu je DM 1.000,–
61 001 – 62 000 zu je DM 5.000,–

b) 6½% DM-Anleihe von 1972

Serie 9 – WKN 461 109 –

mit den Stücknummern
8 001 – 9 000 zu je DM 500,–
46 000 – 50 500 zu je DM 1.000,–
63 001 – 64 000 zu je DM 5.000,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1985 an zum Nennbetrag eingelöst. Die Stücke zu a) sind mit den Zinsscheinen per 1. September 1985 uff., zu b) mit den Zinsscheinen per 1. März 1986 uff. zwecks Einlösung bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken einzureichen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Bankhaus Hermann Lampe KG
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
J.H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 28. Februar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag einbehalten. Die zum 1. März 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen sind eine Anzahl noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden.

Restanten: Anleihe von 1971 – aus den Serien 1, 2, 6 und 10
Anleihe von 1972 – aus den Serien 1, 2, 4, 5 und 6

Frankfurt am Main, im November 1984 — EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



UNILEVER N. V. ROTTERDAM

DIVIDENDENBEKANNTMACHUNG

Der Verwaltungsrat der UNILEVER N. V. gibt bekannt, daß auf die Stammaktien zu hfl. 20,– eine Interimsdividende 1984 von hfl. 4,66 abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer zur Ausschüttung gelangt.

Demgemäß wird auf die von der N. V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor ausgegebenen Zertifikate von Stammaktien der Gesellschaft eine entsprechende Dividende von hfl. 4,66 abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer ausgeschüttet.

Die Dividende ist gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 113 zu den Stammaktien bzw. den Zertifikaten von Stammaktien ab 18. Dezember 1984 erhältlich; sie wird in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin bei folgenden Banken gezahlt:

Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin

Die Auszahlung erfolgt in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tagesgeldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Gutschrift in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% werden aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern baldmöglichst ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D" vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird.

Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die für diese Einkünfte zu zahlende deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

Amsterdam,
den 13. November 1984

UNILEVER N. V.
N. V. NEDERLANDSCH ADMINISTRATIE- EN TRUSTKANTOOR

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT

Probleme mit Akademikern

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Zeiten, da ein abgeschlossenes Studium geradezu eine Arbeitsplatzgarantie bedeutete, scheinen endgültig vorbei. „Längerfristig ist zu beobachten, daß sich die Arbeitslosenquote für Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluß der für alle Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufsausbildung allmählich annähert", erklärt Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

Noch liegt zwar die Arbeitslosigkeit der Akademiker mit 5 Prozent deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 9 Prozent. Doch ihre Quote steigt inzwischen sehr viel schneller als die des großen Feldes. Ende September 1983 (neuere Zahlen liegen der Arbeitsverwaltung noch nicht vor) waren 105 360 Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluß ohne Beschäftigung, 27 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor.

Es scheint nicht so, als habe sich das Tempo inzwischen wesentlich verlangsamt. Ursache der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit auch bei den Hochqualifizierten ist keineswegs eine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Gegenteil: „Hatten 1961 etwa 3 Prozent aller Erwerbstätigen eine Hochschulbildung und 1970 gut 5 Prozent, so betrug 1983 deren Anteil – zuzüglich der Personen mit Fachhochschulbildung – bereits fast 9 Prozent."

Schuld an den akademischen Arbeitsmarktproblemen ist also in erster Linie das Überangebot an Kräften, teilweise auch ihre wenig marktkonforme Qualifikation. Freilich: Wer schon fest im Berufs-Sattel sitzt, hat relativ wenig Sorgen. Hauptbetroffene des Überhangs sind die frischgebackenen Akademiker, in der Amtsstatistik unter „Berufsanfänger" eingruppiert.

Ihnen schreibt Franke vor allem zweierlei ins Stammbuch: „Erwerbspersonen mit einem Studium als Berufsausbildung müssen sich mehr und mehr darauf einstellen, auch Arbeitsplätze außerhalb traditioneller Akademikerbeschäftigungen anzunehmen." Diese Entwicklung sei bereits in vollem Gange. Zum zweiten sollten sich auch die „Hochqualifizierten" darauf einstellen, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen: „Starre Entlohnungsvorstellungen, wonach ein Studium mehr oder minder einen bestimmten finanziellen Rang bedeutet, würden die Ausgleichsvorgänge am Arbeitsmarkt hemmen."

Ein Appell aber auch an die Arbeitgeber: „Mit dem Stichwort Überqualifikation dürfen Erwerbspersonen Arbeitsplätze nicht vorenthalten werden, nur, weil sie ein Studium absolviert haben." Dabei entstehe dann allerdings das Problem, daß Nichtakademikern Arbeitsplatzchancen genommen würden.

Erleichterung würde es nach Frankes Ansicht auch bringen, wenn die Absolventen statt einer Schmalspurausbildung ein „breit verwertbares Können" mitbrächten, mit dem sie flexibler einzusetzen seien. Derzeit versucht die Bundesanstalt, mit Hilfe von Maßnahmen zur „Zusatzqualifikation" – da werden Soziologen zu Personalverwaltern oder Lehrer zu Informatikern umgeschult – die Einsatzfähigkeit ihrer Schützlinge zu verbessern. Für besser hielte man aber eine rechtzeitige Weichenstellung, beispielsweise bei den Studiengängen und Studienordnungen.

NAMEN

Fausto Gardeni (41), bisher Generaldirektor der Fiat Auto Sverige A. B., Stockholm, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der Fiat Automobil AG, Heilbronn, ernannt.

Dr. Horst Brinkmann (50), **Manfred W.D. Roh** (53) und **Dr. Heinrich Teitge** (46) wurden per 1. Januar 1985 von stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Chemischen Werke Hüls AG, Marl, bestellt.

Betty Brandt, geschäftsführende Gesellschafterin der Firmengruppe Brandt – Zwieback – Schokoladen – Biskuits, Hagen und Landshut, ist am 8. November im Alter von 77 Jahren gestorben.

Hans-Heinrich Firnges, Vorstandsvorsitzender der Varta AG, Bad Homburg v.d.H., wird das Unternehmen Ende dieses Jahres verlassen. Dr. **Günther Mordhorst**, langjähriges Vorstandsmitglied der Varta AG, wird per 1. Januar 1985 zum Sprecher des Vorstandes der Varta AG und des Vorstandes der Varta Batterie AG ernannt.

VENEZUELA / Nicht Schuldenhöhe, sondern kurze Tilgungsfristen bereiten Sorgen – Kreditwürdigkeit verbessert

Ein erster Erfolg auf dem Weg aus der Krise

KAREN SÖHLER, Bonn

Venezuela steht im Begriff, die Krise, in der das Land seit Anfang der achtziger Jahre steckt, zu überwinden. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tatsache, daß die amerikanische Bankenaufsicht inzwischen wieder für einen Teil der an Venezuela vergebenen Kredite eine „normale" Bewertung empfiehlt. Diese Einstufung ist sicher berechtigt, auch wenn die öffentliche und private Auslandsverschuldung zusammen nach wie vor 35 Mrd. Dollar beträgt.

Der entscheidende Punkt ist, daß die Höhe der Verschuldung angesichts eines – im allgemeinen – kräftigen Exportüberschusses ohnehin nie das entscheidende Problem war. Sorgen bereiteten vielmehr die kurzfristigen Rückzahlungsfristen. Für dieses Übel ist die Regierung allerdings selbst verantwortlich. Denn sie hat gesetzlich vorgeschrieben, daß mittel- und längerfristige Kredite die Zustimmung des Parlaments verlangen. Kurzfristige Darlehen, die als Roll-Over-Kredite gewährt wurden, boten die Möglichkeit, diese Vorschrift zu umgehen.

Die Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst, die durch diese Regelung entstanden waren, werden nun gelöst. Denn Ende September erreichte die Regierung des seit Anfang diesen Jahres amtierenden Staatspräsidenten Lusinchi eine prinzipielle Einigung mit den über 400 internationalen Gläubigern: Danach werden 20,75 Mrd. Dollar langfristig umgeschuldet – auf zwölfeinhalb Jahre. Der Vertrag wird unterzeichnet, wenn der Tilgungsplan erstellt ist; und dann wird Venezuela nach einer zweijährigen Pause wieder mit den Tilgungszahlungen beginnen.

Der Umschuldungsplan ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des südamerikanischen Landes. Daß die Ölpreise nicht abrutschen, ist eine weitere Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung. Denn rund 95 Prozent der Exporteinnahmen stammen aus dem Erdölsektor. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung ist aber die Wirtschaftspolitik. Die Hoffnungen auf den neuen Präsidenten sind groß, ein klares Konzept ist allerdings noch nicht zu erkennen.

Sicher ist nur, daß es für eine Änderung der Wirtschaftsstruktur höchste Zeit wird. Zuviel hängt seit Jahrzehnten vom Erdölreichtum ab. Diese Tendenz war schon Anfang des Jahrhunderts abzusehen, als Venezuela mit Hilfe der Amerikaner systematisch nach Öl zu bohren begann. Die Produktivität in dieser Branche stieg stetig, während andere, arbeitsintensive Bereiche vernachlässigt wurden.

Die Folge ist unter anderem, daß die Landwirtschaft heute nur noch etwa sechs Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Der Anteil an den Ausfuhren ist nicht mehr nennenswert. Statt dessen müssen zahlreiche Grundnahrungsmittel eingeführt werden. Aus der Gewißheit heraus, daß die Ölreserven noch lange Zeit vorhalten, wurden die landwirtschaftlichen Möglichkeiten vernachlässigt. Die anfänglichen Erfolge einer Landreform, die der erste demokratisch gewählte Präsident Romulo Betancourt 1960 eingeführt hatte, hielten nur kurze Zeit an. Seitdem ist nicht mehr viel unternommen worden. Dabei ließen sich beispielsweise die Kaffee-, Kakao-, Baumwoll- und Lederverarbeitung zu exportfähigen Branchen ausbauen.

Auch die Nutzung des Rohstoffreichtums – wie Aluminium, Eisenerz, Bauxit, Gold, andere Metalle und auch Diamanten – könnte helfen, die Wirtschaft auf ein breiteres Fundament zu stellen. Natürlich wird dies schon getan – mit der Aluminiumhütte Alcasa, der Venalum-Hütte, der Tonerdefabrik Interaluminia oder dem Stahlwerk Sidor. Doch all diese Staatsbetriebe schreiben rote Zahlen.

Beschleunigt würde der Aufbau der Wirtschaft durch Auslandsinvestitionen. Dies hat Venezuela erkannt. Auch in den anderen Staaten des Andenpaktes setzte sich die Einsicht durch, daß eine Liberalisierung des Paragraphen 24 des Andenpaktes nützlich sei. Dieser verlangt, daß bei einer Auslandsinvestition nach kurzer Anlaufzeit eine nationale Mehrheit besteht und limitiert den Gewinntransfer; außerdem bestimmt die Regierung die Investitionsschwerpunkte so, daß kein echter Wettbewerb zwischen den Unternehmen entsteht.

Franzosen kaufen wieder mehr Autos

J. Sch. Paris

Die Franzosen kaufen wieder mehr Autos. Im Oktober übertrafen die Pkw-Zulassungen (172 000) zum ersten Mal in diesem Jahr den Vorjahresstand (168 500). Dieses zweiprozentige Plus ist vor allem auf das Neuheitsinteresse des letzter Pariser Automobilsalons zurückzuführen.

Immerhin hat sich der Pkw-Absatz im Jahresvergleich der ersten zehn Monate um 11,5 Prozent vermindert, nach minus 12,9 Prozent bis September. Auch blieb der Ausländeranteil an den Oktober-Zulassungen mit 34,8 Prozent sehr hoch, nach allerdings 39,2 Prozent im September und 35,8 Prozent in den ersten neun Monaten des Jahres.

Aber die französischen Hersteller scheinen jetzt doch etwas Luft zu bekommen. Vor allem der Peugeot 205 „läuft" recht gut. Sein Marktanteil übertrifft mit zwölf Prozent den des Renault 5 von elf Prozent. Die Erfolgsaussichten für den neuen „Super 5" werden gegenwärtig noch zurückhaltend beurteilt.

PHILIPPINEN / Weltbank erhebt Vorwürfe – Zahlungsbilanz-Statistik angezweifelt

Wurden Kredite zweckentfremdet?

AFP, Manila

3,1 Milliarden Dollar, die den Philippinen in Form von Krediten gewährt wurden, sind ihrer Zweckbestimmung entzogen oder im Ausland angelegt worden. Dieser Vorwurf wird nach den Angaben der größten philippinischen Wirtschaftszeitung, der „Business Day", in einer vertraulichen Studie der Weltbank erhoben. In dem vom September stammenden Bericht stellt die Weltbank laut Angaben des Blattes fest, daß die zwischen 1978 und 1982 den Philippinen gewährten Neukredite eine Gesamthöhe von 13,7 Milliarden Dollar erreichten. In der gleichen Periode erreichte das Zahlungsbilanzdefizit des mit 25 Milliarden Dollar verschuldeten Landes nach den Statistiken des Internationalen Währungsfonds 8,6 Milliarden Dollar und nach den Berechnungen der Zentralbank der Philippinen 10,4 Milliarden Dollar. Der Unterschiedsbetrag von rund zwei Milliarden Dollar diente nach den Angaben der Weltbankexperten dazu, die Devisenreserven des philippinischen Bankensystems aufzustocken.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß von den 13,7 Milliarden Dollar Neukrediten 8,6 Mrd. Dollar zur Finanzierung des Zahlungsbilanzdefizits und knapp zwei Milliarden Dollar für die Außenreserven der Banken eingesetzt wurden, fehlt ein Betrag von 3,1 Milliarden Dollar, über die keine Erklärungen vorhanden sind. Von den Experten wird dazu erklärt, daß dieser Betrag möglicherweise indirekt zum Erwerb von Immobilien oder Wertpapieren im Ausland eingesetzt wurde, der in der Zahlungsbilanz nur teilweise ausgewiesen wird. Ob die Weltbank die Personen zu ermitteln vermochte, die für die Operationen verantwortlich sind, ist nicht bekannt.

Nach den Angaben des vertraulichen Weltbankberichts enthält der Abschnitt „Irrtümer und Auslassungen" der Zahlungsbilanz der Philippinen in der Periode von 1978 bis 1982 den „ungewöhnlich hohen" Betrag von 1,8 Milliarden Dollar. Wenn diese Summe mit der Differenz zwischen dem Saldo der kurzfristigen Kapitalbewegungen und der ausgewiesenen Zunahme der nichtmonetären Verschuldung addiert wird, kommt ein Betrag von 3,1 Mrd. Dollar heraus. Für die internationalen Finanzexperten sei damit ein weiterer Beweis für die Höhe der Summe erbracht, die ihrer Zweckbestimmung entzogen wurde.

Philippinische Finanzkreise sind von den im Weltbankbericht enthaltenen Vorwürfen nicht überrascht. Sie vertreten die Auffassung, daß zwischen 1982 und 1984 ähnliche Operationen fortgesetzt wurden und sie Ende vergangenen Jahres nach der Ermordung des bedeutendsten Oppositionsführers, Benigno Aquino, einen Höhepunkt erreichten. Nach dem Attentat gegen Aquino kam es zu einer regelrechten Panik unter den Investoren und zu einer auf eine Milliarde Dollar geschätzten Kapitalflucht.

COMMERZBANK

Niederlassung in Zürich geplant

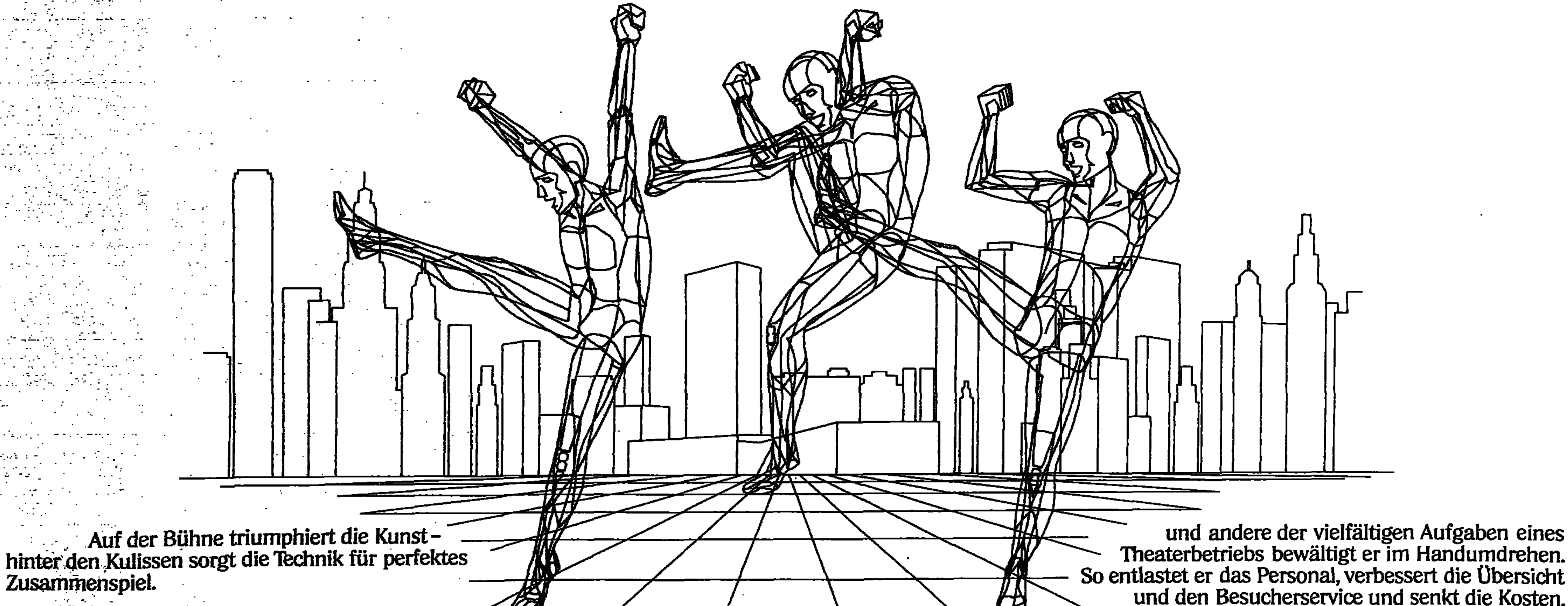
Zü. Zürich

Die Commerzbank will als letzte der drei Frankfurter Großbanken eine Niederlassung in der Schweiz eröffnen. Sie soll mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Franken ausgestattet werden und ihre Tätigkeit 1985 in Zürich aufnehmen. Nun sind die Anträge an die Eidgenössische Bankenkommission für die Betriebsgenehmigung eingereicht worden.

Wie auch die anderen deutschen Banken will die Commerzbank sämtliche Bankdienstleistungen anbieten.

Doch das Wertpapiergeschäft und die Vermögensverwaltung werden im Zentrum stehen, da vor allem deutsche Kunden vom Bankplatz Schweiz aus bedient werden sollen, wobei auch das Kredit- und Konsortialgeschäft sowie der Geld-, Devisen- und Edelmetallhandel von Bedeutung sein wird.

Bereits im Jahre 1981 hatte sich die Deutsche Bank als erste der drei Frankfurter Großbanken in Genf niedergelassen, mit einer Filiale in Zürich. Zu Beginn dieses Jahres folgte die Dresdner Bank, indem sie die Zürcher Niederlassung der Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank CLB in eine direkte Beteiligung von 80 Prozent des Frankfurter Stammhauses umwandelte.





DEUTSCHE SHELL / Neue Schmierstoff-Anlage

Ölgeschäft enttäuschend

JAN BRECH, Hamburg

Als einen wichtigen Schritt zur wirtschaftlichen Verbesserung der Gesamtlage der Deutschen Shell AG, Hamburg, hat der Vorstandsvorsitzende Hans-Georg Pohl die Inbetriebnahme einer neuen Anlage zur Schmierstoff-Herstellung bezeichnet. Für rund 50 Mill. DM hat die Shell in ihrer Raffinerie in Hamburg-Harburg einen dritten Luboil Hydrotreater errichtet, der eine weitere Konzentration der Schmierstoffproduktion in Hamburg darstellt. Die Kapazitäten besonders für Schmierstoffe auf Basis naphthenischer Rohöle (die Rohöle bezieht die Shell in erster Linie aus Venezuela) wird mit der neuen Anlage nahezu verdoppelt.

Den Schmierstoffmarkt bezeichnet Pohl zwar als relativ klein, für die Shell aber von einiger Bedeutung. Er *macht etwa ein Prozent des gesamten* deutschen Mineralölverbrauchs aus. In diesem Jahr werden nach Angaben von Pohl rund 1,04 Mill. Tonnen abgesetzt, davon zwei Drittel Schmierstoffe und ein Drittel Motorenöle. Die Deutsche Shell habe daran einen Marktanteil von rund 20 Prozent. Bei Schmierstoffen auf Basis naphthenischer Rohöle, von denen der deutsche Markt etwa 200 000 Tonnen abnimmt, liege der Anteil noch höher. Die Deutsche Shell zähle hier weltweit und auch in Deutschland zu den größten Lieferanten. Diese Positionen vor allem auf den Exportmärkten sollen durch die neue Anlage weiter ausgebaut werden.

Das größere Mengengeschäft werde, so betont Pohl, zudem einen Beitrag zur Verbesserung der Ergebnislage im gesamten Mineralölgeschäft bringen. Bislang trage sich der Schmierstoffbereich. Er mache keine Verluste aber auch keine nennenswerten Gewinne.

Im traditionellen Mineralölgeschäft ist Shell von diesem Zustand weiter denn je entfernt. Die Entwicklung im Jahr 1984 bezeichnet Pohl als „ganz große Enttäuschung". Trotz enormer Anstrengungen der gesamten Shell-Organisation werde in diesem Jahr ein Verlust in der Größenordnung des Vorjahres (rund 460 Mill. DM) anfallen. Vor allem in den Monaten August, September und Oktober sei man in ein Tal wie in schlimmsten Zeiten gerutscht. Die Bedingungen am europäischen Ölmarkt hätten sich gegenüber 1983 erheblich verschlechtert. Zum Gesamtergebnis der Shell machte Pohl noch keine Angaben, nannte den Zustand der Gruppe aber „profitabel und finanziell gesund". Mit Ausnahme des Mineralölgeschäfts gebe es keinen Grund zu klagen.

Die dringend notwendige Gesundung der gesamten Mineralölindustrie, *so erklärte Pohl, könne nur von* innen kommen. Die Probleme müßten grundsätzlich angefaßt und gelöst werden. Hilfe in Form von Subventionen habe die Shell stets abgelehnt und dabei bleibe sie. Auch Kooperationen innerhalb der Industrie machten nur Sinn, wenn sie die wirtschaftliche Lage der einzelnen Unternehmen verbesserten.

Pohl bestätigte in diesem Zusammenhang, daß Gespräche mit der Mobil Oil AG über Kooperations-Möglichkeiten geführt worden seien, um die 8-Millionen-Tonnen-Raffinerie in Wilhelmshaven zu retten. Tragfähige Modelle, etwa auch den gemeinsamen Bau eines Crackers, hätten sich aber nicht ergeben. Den Versuch der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Frau Breuel, das „Mobil-Problem" der Raffinerie Wilhelmshaven mit allgemeinen Fragen des Förderzinses für die inländische Gas- und Erdölförderung zu verquicken, nannte Pohl „ein höchst schlechtes Beispiel, das man auch umkehren könne."

FIAT / Agnelli feiert „Wiederauferstehen des Autobereichs"

Keine Klage in Sachen Katalysator

HARALD POSNY, Turin

Der italienische Fiat-Konzern wird *in der Frage der Einführung* der Abgasverringerung für Personenwagen keine Klage gegen die Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof erheben. Das erklärte der Generaldirektor der Fiat Auto S.p.A., Vittorio Ghidella, anläßlich des 60. Internationalen Turiner Autosalons. Ghidella sagte, man werde jede Regelung berücksichtigen die in der Bundesrepublik eingeführt werde. „*Es tut* uns nur leid, daß es in einem Land der EG derartige Vorfälle gibt wie das Vorpreschen Bonns in dieser Angelegenheit". Schon am Vortag hatte sich der italienische Umweltminister Alfredo Biondo gegen einen deutschen Alleingang mit dem Katalysator gewandt.

Die Katalysator-Frage sei der Prüfstand für das europäische Automobilsystem. Unterschiedliches Vorgehen in technischen Entwicklungen dieser Art würden zu Verzerrungen im Wettbewerb und möglicherweise zu Verunglimpfungen von Marken und Images führen. Notwendige Vereinbarungen müßten gemeinsam gefunden werden. Nach Aussagen Ghidellas arbeitet Fiat an einer Technik, die der des Katalysators überlegen sei. Die Katalysator-Lösung sei nicht optimal.

Für 1984 schätzt Ghidella die Fiat-Produktion auf 1,47 Mill. Einheiten und den Umsatz auf 12,5 Mrd. DM. Mit Sicherheit werde das Ergebnis höher ausfallen als 1983. Für 1985 äußerte sich der Fiat-Chef vorsichtig. Man rechne mit Produktion und Verkäufen im Gleichklang des europäischen Marktes, also etwa um zwei bis drei Prozent. In der Bundesrepublik erwartet Fiat für 1984 ein Verkaufsvolumen von 110 000 bis 120 000 (Vorjahr: 103 000) Einheiten und einen Umsatz von 1,5 (1,3) Mrd. DM.

Fiat-Präsident Giovanni Agnelli feierte das Wiederauferstehen des *Fiat-Autobereichs. „Als der Autob*ereich in einer schwierigen Lage war, haben die anderen Unternehmensbereiche ausgeholfen. Heute geht es dem Autosektor und den anderen Bereichen gut". Die Flexibilität der Produktion und der eingeleitete Rationalisierungsprozeß habe die Gewinnschwelle senken können. Die Verringerung des Umlaufvermögens habe es möglich gemacht, in den letzten jährlich ein neues Modell auf den Markt zu bringen.

Trotz des heimischen hohen Marktanteils von 55 Prozent und der schwarzen Bilanzzahlen betrachtet Agnelli den Weltmarkt nicht ohne Sorge. Der US-Markt sei wegen der japanischen Konkurrenz für Kleinwagen fast verschlossen. Der Ferne Osten und der pazifische Raum sei fast voll in japanischer Hand, der afrikanische Markt sei irrelevant, der südamerikanische biete wegen der Schwierigkeiten in der Staatsverschuldung nur einige wenige Aussichten. Deswegen konzentriere sich alles auf Europa.

Fiat wird in den nächsten drei Jahren rund 6,5 Mrd. DM investieren, von denen fast 4 Mrd. DM in den Autobereich fließen werden. Weitere 2,7 Milliarden werden für Forschung und Entwicklung ausgegeben, davon wiederum 1,3 Milliarden gezielt im Autosektor, der auch in diesem Jahr die Hälfte des Umsatzes bestreitet.

Ghidella skizzierte die erfolgrei*chen Anstrengungen der Autogruppe* des Konzerns, den angesichts nur 90 bis 95 Prozent Ersatzbedarf nur verhalten wachsenden europäischen Marktanteil in Europa zu halten. Das Marktwachstum werde hauptsächlich vom Kauf von Zweit- und Drittwagen gedeckt. Der Haupterfolg bei Fiat bestand, darin mit Mindestkosten Mindestvolumina herzustellen und das Risiko nicht ausgelasteter Kapazitäten auszuschalten. Die Gewinnschwelle von 1,65 Millionen Einheiten (1980) auf 1,28 Millionen Einheiten in 1984 gesenkt.

Im letzten Jahr wurde ein Ausgleich im Ergebnis erzielt, in diesem Jahr ein – wenn auch bescheidener – Gewinn. Grundlage dieser Erfolge waren vor allem die konsequente Erhöhung der Produktivität von 19,4 (1980) auf 26,6 Autos pro Mitarbeiter im laufenden Jahr. Die Kapazitätsauslastung liegt derzeit bei 89 (66) Prozent und nähere sich damit „japanischen Verhältnissen".

HOCHTIEF / Bauleistung auf Vorjahresniveau

Auftragspolster schrumpfen

HANS BAUMANN, Essen

Ein wieder zufriedenstellendes Ergebnis für das Geschäftsjahr 1984 signalisiert die Hochtief AG vorm. Gebrüder Helfmann, Essen, ihren Aktionären in einem Zwischenbericht für das vergangene Dreivierteljahr. Der noch heftigere Wettbewerb im Inland werde sicher auf das Ergebnis durchschlagen, doch vom Auslandsgeschäft verspricht man sich eine Stabilisierung auf dem Vorjahresniveau für das Gesamtergebnis. Die Finanzlage des Hauses bezeichnet der Vorstand als „gut".

In den ersten drei Quartalen 1984 erreichte die Bauleistung mit 3,47 Mrd. DM knapp das Vorjahresniveau. Im Inland wurden 2,29 Mrd. und im Ausland 1,18 Mrd. DM erbracht. Die Beteiligungsgesellschaften von Hochtief hatten an dieser Bauleistung einen Anteil von 28 Prozent, weitere 21 Prozent entfielen auf Arbeitsgemeinschaften. In der Berichtszeit waren die Auftragseingänge mit 3,96 Mrd. DM um 10,4 Prozent höher als im Vorjahr. Auf das Inland entfallen 2,34 Mrd. und auf das Ausland 1,62 Mrd. DM.

Der Auftragsbestand von Hochtief lag am 30. September 1984 mit 4,48 Mrd. DM geringfügig niedriger als im Vorjahr, 2,21 *Mrd. DM* entfallen auf Indlands- und 2,27 Mrd. DM auf Auslandsgeschäfte. Bezeichnend für die schwierige wirtschaftliche Lage der Bauindustrie ist der rasche Abbau der Auftragsbestände. Sie lagen bereits Ende Juni um real 6,9 Prozent unter der Höhe des Vorjahres. Die geringe Reichweite der Auftragsbestände und der heftige Wettbewerb haben gegenüber dem Vorjahr zu 12,5 Prozent mehr Insolvenzen geführt.

Diese Entwicklung schlug auch auf den Arbeitsmarkt durch. Die Zahl der Arbeitslosen lag im September mit 128 400 um 20,7 Prozent höher als im Vorjahr, und die Zahl der Kurzarbeiter stieg um 60,8 Prozent auf 32 800. Von diesem scharfen Rückgang blieb Hochtief verschont. Die Zahl der im Inland beschäftigten Mitarbeiter nahm nur geringfügig auf 19 947 ab. Für das Auslandsgeschäft waren 10 799 Mitarbeiter tätig, 9721 von ihnen wurden unter Vertrag genommen.

Chemetall wächst mit Spezialitäten

dpa/VWD, Frankfurt

Mit Spezialitäten in der Chemie und Metallurgie erzielte die zur Metallgesellschaft AG (MG) gehörende Chemetall GmbH, Frankfurt, im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) eine Umsatzsteigerung von 15 Prozent auf 550 Millionen DM. Die vor zwei Jahren aus der Technischen Abteilung der MG hervorgegangene Gesellschaft, die in den Bereichen Oberflächentechnik, Lithium/Feinchemikalien, Additive, Glas/Keramik und Gießereitechnik operiert, rechnet auch für die kommenden Jahre mit Zuwachsraten um zehn Prozent. Mit einer Umsatzrendite von etwa sechs Prozent liegt die Chemetall nach Angaben von MG-Vorstand H. G. Karus seit Jahren ständig in der Spitzengruppe der deutschen chemischen Industrie.

Die Chemetall-Gruppe produziert heute mit 1300 Mitarbeitern in zwölf Werken, davon zehn im Ausland, vor allem in Europa. In Übersee ist das Unternehmen bisher in Brasilien und Japan vertreten. Nach Karus sollen jetzt aber verstärkt auch schwierige Märkte wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Südostasien bearbeitet werden. In Nordamerika insgesamt sei Chemetall an Partnerschaften interessiert. Ein Gang an die Börse ist laut Karus nicht beabsichtigt.

Interimsdividenden werden erhöht

JB. Hamburg

Der niederländisch-britische Unilever-Konzern hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres das Ergebnis weiter verbessert. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, erhöhte sich der Umsatz um 12 Prozent auf fast 49 Mrd. hfl. Das Betriebsergebnis stieg um 16 Prozent auf 3 Mrd. hfl, der den Inhabern von Stammaktien zustehende Reingewinn ebenfalls um 16 Prozent auf 1,5 Mrd. hfl. Die Rendite erreichte 3,1 (3) Prozent. Berücksichtigt man einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von 256 Mill. hfl, der sich aus der Veränderung der englischen Steuergesetzgebung ergibt, stand den Aktionären ein um 35,6 Prozent höherer Gewinn von 1,8 Mrd. hfl zu.

Die Verwaltungsräte haben die Ausschüttung einer höheren Interimsdividende beschlossen. Bei der niederländischen Gesellschaft werden je 20-hfl-Stammaktie 4,66 (4,44) hfl gezahlt, bei der englischen 11,49 (10,57) Pence je 25-p-Aktie.

Wichtigstes Ereignis der letzten Monate war der Erwerb der Brooke Bond Gruppe. Nach Angaben von Unilever, ist nach dem endgültigen Angebot von Anfang Oktober, aufgrund dessen Brooke Bond mit 389 Mill. Pfund bewertet worden ist, ein ausreichender Kapitalanteil übernommen worden. Nun betrage der Unilever-Anteil mehr als 90 Prozent.

UNION INVESTMENT / Im nächsten Jahr eine neue Hausse an der Börse erwartet

Zuversicht für Chancen der Fonds

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts erlebe die Börse die dritte Super-Hausse dieses Jahrhunderts. Diese mutige Prognose gibt Klaus Kirstein, der für Fondsmanagement und Research zuständige Geschäftsführer der Union Investment-Gesellschaft; der Dow-Jones-Index werde schubweise auf 1800 bis 2000 Punkte steigen. Schon für das nächste Jahr erwartet die Union neue Aktienhöchststände in den USA und an der deutschen Börse. Sie sieht den Dow-Jones-Index auf rund 1400 und den Aktienindex der WELT auf 180 Punkte vorstoßen.

Ihren Optimismus begründet die Union mit der neuen Konstellation eines praktisch inflationsfreien Konjunkturaufschwungs, des ersten seit vielen Jahren. Eine Neueinschätzung der Börsenchancen sei auch wegen des raschen Wachsens der Pensionskassen in den USA gerechtfertigt; von deren riesigen Anlagemitteln könnte auch ein Teil ins Ausland fließen, wovon ausgesuchte deutsche Qualitätsaktien nicht zuletzt wegen ihrer relativen Marktenge profitieren würden. Als dritten Haussefaktor nennt die Union die im Vergleich zu den 60er Jahren niedrige Gewinnbewertung vieler Aktien. Zudem hätten weitgehend inflationsfreie Gewinne eine höhere Qualität, so daß höhere Kurse und auch eine höhere Gewinnbewertung gerechtfertigt seien. Da*mit wollte Kirstein freilich* keinen von US-Kapital ausgelösten kurzfristigen Superboom prophezeien. Im übernächsten Jahr sei allerdings eine starke Korrektur denkbar.

Zuversichtlich beurteilt die Union auch die Zinsentwicklung. Sie rechnet damit, daß die Rendite langfristiger US-Anleihen auf zehn Prozent und noch weiter sinkt, und daß die Durchschnittsrendite zehnjähriger deutscher Pfandbriefe und Kommunalobligationen zunächst in Richtung sieben Prozent tendiert.

Vor dem Hintergrund der positiven Rentenmarktprognose sieht Wolfgang Demel, Sprecher der Geschäftsführung, gute Absatzchancen für die beiden Rentenfonds Unizins und Unirenta. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der Unirenta in einen internationalen Rentenfonds umstrukturiert, dessen Vermögen zu 57 Prozent aus Dollaranleihen besteht. Der im Mai dieses Jahres aufgelegte und ausschließlich in deutsche Renten investierende Unizins hat sein Vermögen gut zur Hälfte in Pfandbriefen und Kommunalobligationen angelegt.

Zuversichtlich beurteilt Demel auch die Absatzchancen der Aktienfonds. Er verspricht sich langfristig *Impulse von Anlagen nach dem 936-*DM-Gesetz. Die Union ist jetzt dabei, den genossenschaftlichen Vertriebsapparat zu einem aktiveren Verkauf, vor allem des Unifonds, zu motivieren. Dieser größte deutsche Aktienfonds, der auf Grund der positiven Börseneinschätzung während des ganzen Geschäftsjahres voll investiert war, hat seine Engagements im Investitionsgüter- und Exportbereich verstärkt, die Neuemissionen Nixdorf und Porsche erworben und Aktienbestände konsumorientierter Unternehmen verringert.

Der internationale Aktienfonds Uniglobal konzentrierte seine Anlagen noch mehr als bisher auf US-Werte (74 Prozent) und halbierte sein Japanengagement auf 4,7 Prozent. Der im Ausland und in der Bundesrepublik anlegende Mischfonds Unirak setzte neue Schwerpunkte bei den Auslandsaktien durch Verkauf von Rohstoffwerten sowie den Erwerb von Technologieaktien und zinsreagiblen Papieren. Unter den Aktienanlagen dominieren US-Werte.

	Unifonds 1984 (30.9.)	Unifonds 1983	Unirenta 1984 (30.9.)	Unirenta 1983	Uniglobal 1984 (30.9.)	Uniglobal 1983	Unizins[1] 1984 (30.9.)	Unizins[1] 1984 (1.6.)
Fondsvermögen (Mill. DM)	1596	1622	2740	2497	148	149	96	45
Netto-Mittelzufluß (Mill. DM)	- 135	- 112	96	102	3	- 10	48	–
Anteilwert (DM je Anteil)	20,41	19,07	41,03	39,02	89,44	92,46	101,32	97,09
Gesamtausschüttung (DM je Anteil)	1,25	1,23	3,45	3,40	4,09	6,10	–	–
Wertveränderung in % einschl. letzte Aussch.	+ 14,0	+ 30,3	+ 15,1	+ 9,0	+ 3,8	+ 43,5	+ 4,4	–

[1] 1984 aufgelegt; erste Ausschüttung 1985

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag für Berlin-Consult

Berlin (tb.) – Die BC Berlin-Consult GmbH hat von der UdSSR den Auftrag zur Lieferung einer kompletten Fabrik zur Herstellung von tiefgekühlten Fertiggerichten erhalten. Der Auftragswert beläuft sich auf 52 Mill. DM. Know-how-Partner des Berliner Unternehmens ist die Firma Apetito in Rheine/Westfalen.

Vorstandwechsel bei T/A

Nürnberg (Wb.) – Nach Peter Niedner, zweieinhalb Jahre lang Vorstandschef der VW-Tochter Triumph-Adler AG, Nürnberg, nimmt zum Jahresende auch Vertriebsvorstand Harro D. Welzel (50) „auf eigenen Wunsch und im gegenseitigen freundschaftlichen Einvernehmen" seinen Hut. Ein Nachfolger für Welzel ist noch nicht benannt – Institutionen-Vorstand Martin Hebel wird das Ressort kommissarisch übernehmen. Neu im Vorstand ist Klaus Fritsch (45), zuständig für das Ressort Forschung und Entwicklung, das er schon zuvor als Generalbevollmächtigter geleitet hat.

Unveränderte Dividende

Köln (VWD) – Die Verwaltung der Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, schlägt der Hauptversammlung am 19. Dezember vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 in Höhe von 7,21 (5,78) Mill. DM unverändert 18 Prozent Dividende auf 40 (32) Mill. DM Aktienkapital zu verteilen.

Neue PWH-Beteiligung

Köln (VWD) – Die PHB Weserhütte (PWH) hat über die zur Gruppe gehörende PHB Transport- und Lagersysteme GmbH einen 80-Prozent-Anteil an der niederländischen Förderanlagengesellschaft BBT Transportsystemen erworben. Durch die Beteiligung erhofft sich PWH einen leichteren Zugang zu den Märkten der Benelux-Länder.

Höherer Gewinn

Aachen (dpa/VWD) – Der Schokoladenproduzent Leonard Monheim AG, Aachen, weist für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. Juni) einen Bilanzgewinn von rund 6,2 (1982/83: 4,9) Mill. DM aus. Nach der Pflichtveröffentlichung des Familienunternehmens zahlt es wieder fünf DM Dividende je 50-DM-Aktie auf das voll berechtigte Kapital von 43,58 Mill. DM. Ferner werden 4,375 DM auf das zu 7/8 berechtigte Kapital von 8,72 Mill. DM (Kapitalerhöhung 1981) und eine DM auf das zu 1/5 berechtigte Kapital von 45 Mill. DM (1983) ausgeschüttet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Elektroinstallationsfirma Heinrich Felden, *Stolberg;* ***Krefeld:*** *Horizont-Tours-*Flugreisen GmbH; Weichsel GmbH; **Ludwigsburg:** Nachl. d. Siegfried Freiwald, Asperg; **Neumünster:** Baugeschäft Peters Inh. H.-J. Specht; **Norderstedt:** Ferdinand Rapp (GmbH & Co. KG); **Rheine:** Nachl. d. Werner Nieweler - Alleininh. d. Nieweler u. Sohn; **Wesel:** Hermann Cronsfoth, Dinslaken.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Jever: B + K Heizung Wolfgang Brühmann u. *Wolfgang Kersten oHG, Sande/Mari*ensiel; Wolfgang Kersten, Sande/Mariensiel; **Lüdenscheid:** Otto Brunke GmbH & Co. KG - Fleischwarenfabrik, *Fleisch-Import-Export-Schlachthof;* ***Meppen:*** *Bauunterneh*men Hermann Steffens, Haren (Ems).

Vergleich beantragt: Fürth: Monique Lipp, Inh. d. Philipp Lipp, Holzhandel Bauelemente Baustoffe Baustahl Eisenwaren, Wald-Michelbach; Monique Lipp, Geschäftsführerin d. ML-Bau GmbH, Wald Michelbach; **Wesel:** Widotherm-Fenster Türenfabrik Verwaltungsges. mbH; Widotherm-Fenster Verkaufsges. mbH; Widotherm-Fenster Türenfabrik GmbH & *Co. KG; Dorid Ges. f. computergesteu*erte Produktionsstraßen mbH; Niehaves GmbH.

Härtetest.

Zuverlässige Qualität
und hoher Komfort zeichnen die
Triumph-Adler Kopiergeräte aus.

Ob Arbeitsplatzkopierer oder komplette Kopierstation:
Im täglichen Einsatz zeigen sie ihre Stärke –

auch unter härtesten Bedingungen.



Qualität aus einer Hand mit TA Original-Zubehör.

TA TRIUMPH-ADLER

Dahinter steht der qualifizierte Fachhandel.

Aktien drängen leicht aufwärts

Weiterhin Nachfrage nach Banken

DW. – Ausgehend von den Bankaktien setzte sich im Verlaufe bei den Aktien eine überwiegend freundlichere Tendenz durch. Dabei spielten die Hoffnungen auf sinkende Zinsen eine Rolle. *Spekulative Erwartungen werden* insbesondere an die in diesem Monat stattfindenden Herbstpressekonferenzen der Commerzbank und der Dresdner Bank geknüpft. Die Bevorzugung der Dresdner Bank-Aktien bringt die Erwartung auf eine höhere Dividende als Voraussetzung für eine Kapitalerhöhung zum Ausdruck.

Der wieder stärker schwankende Dollarkurs beeinflußte den Handel bei den Aktien kaum. Ausländische Kauf- und Verkaufaufträge spielten keine wesentliche Rolle. Für die teilweise festere Tendenz der Elektrowerte werden wieder Anlagekäufe von Publikumsfonds verantwortlich gemacht, die sich auch auf den anderen Feldern als stabilisierend erweisen. Nachfrage zu steigenden Kursen bestand insbesondere für Kabelmetal. Autoaktien litten weiterhin unter der allgemein erwarteten Käuferzurückhaltung bei Pkws, zu der jetzt auch der ADAC aufgefordert hat. Kurseinbrüche wie am Wochenbeginn gab es indessen nicht mehr. Porsche-Aktien konnten sich sogar deutlich erholen. Bei den Versicherungsaktien ist wieder Ruhe eingekehrt. Minimale Veränderungen gab es bei den Großchemiewerten.

Düsseldorf: Aseag verbesserten sich um 10 DM und Hagen Batterie um 3,50 DM. VGT stockten um 3 DM und Düwag um 6 DM auf. Nachgeben mußten Alexander um 4 DM, Audi NSU um 5 DM und Deutsche Atlanten um 10 DM. Bei den Versicherungen verminderten Agrippina um 10 DM und Aachen Münchner Vers. um 5 DM.

Frankfurt: Chemieverwaltung stockten um 7 DM auf 288 DM auf und Deutsches Steinzeug gaben um 4,50 DM auf 190,50 DM nach. Dywidag verloren 5 DM. Eichbaum-Brauerei erhöhten um 5 DM und Hartmann & Braun-Vorzüge verminderten um 15 DM.

Hamburg: HEW blieben bei 80,50 DM unverändert und NWK-Vz. gaben bruchteilig um 0,40 DM auf 167,10 DM nach. Phoenix Gummi wurden mit 118 DM und Bremer Vulkan mit 68,10 DM bis 69 DM gehandelt.

München: Agrob St. verloren 5 DM, Heilit und Zahnräder Renk je 3 DM und Gehe AG 2,90 DM. Brauhaus Coburg verminderten um 15 DM. Electronic 2000 stockten um 4 DM, Erlus AG um 14 DM und Flachglas um 1 DM auf. Leonische Draht verbesserten sich um 4 DM und Wanderer um 3 DM.

Berlin: Kempinski wurden um 7 DM heraufgesetzt. Schering verbesserten sich um 2,50 DM, Berliner Elektro um 2 DM und Orenstein um 1 DM. Bergmann schwächten sich um 13 DM und Rheinmetall um 8 DM ab. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert. DeTeWe büßten 3 DM ein.

Nachbörse:* *uneinheitlich

Welt-Aktienindex: 157,4 (157,4)
WELT-Umsatzindex: 2410 (2225)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Kurswert in 1000 DM

Aktien-Umsätze

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart.

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Zürich

Brüssel

Kopenhagen

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Optionshandel

Frankfurt: 13. 11. 84: 1257 Optionen = 64 500 (71 250) Aktien, davon 208 Verkaufsoptionen = 10 250 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-110/4, 1-120/1,5, 4-110/8, 7-110/9,4, BASF 1-160/14, 1-170/7, 1-190/1,5, 4-170/12, 4-180/7, 4-190/4,4, 4-200/3, 7-180/11,5, 7-190/8, 7-200/5,6, Bayer 1-160/25,6, 1-170/16,4, 1-181/9, 1-190/3,5, 1-200/1,9, 4-160/29, 4-180/13,6, 4-190/8,95, 4-200/4,8, 4-210/2, 7-180/16,6, 7-190/12,6, 7-200/10, 7-210/6,4, BBC 4-210/4, Bay. Hypo 4-320/15,55, Commerzbank 1-160/16,55-16,8, 1-170/8,2, 1-180/5, 1-190/2,5, 4-170/14, 4-180/8,6, 4-190/5, 7-180/14, 7-190/8, Conti 1-130/2, 4-130/4,5, Deutsche Bank 1-360/28,8, 1-370/23, 1-400/4, 4-350/41,5, 4-390/18, 7-420/7,4, Dresdner Bank 1-170/20,35, 1-180/11,5, 1-190/6, 1-200/2,6, 4-160/32, 4-170/28, 4-180/17, 4-190/12,5, 4-200/6,8, 7-190/14,6, 7-200/10,4, 7-210/7, GHH St. 1-161/5,2, GHH Vz. 4-150/10,4, Hoechst 1-180/6, 1-190/2,5, 4-181/11,1, 4-190/5,4, 4-200/3, 7-190/14, 7-200/7, Hoesch 1-110/4,5, 4-110/7,6, 4-120/3,5, 7-110/11, 7-130/4, Kaufhof 1-230/12,9, 1-240/5,5, Klöckner 1-65/8,7, 1-70/5, 1-75/4, 1-80/2, 4-70/10, 4-75/8, 4-80/6, 4-85/4,4, 4-90/2,8, 7-85/6, 7-90/3,7, Lufthansa St. 1-180/6,4, 4-170/15,6, 4-190/5,4, Lufthansa Vz. 1-180/7, Mannesmann 1-150/7,9, 1-160/2,15, 4-140/19, 4-160/7, 4-170/3, 7-160/10,9, RWE St. 4-170/6,3, RWE Vz. 4-180/2,5, Kali + Salz 1-230/8,9, 4-230/16, 4-250/11, 4-260/6, Siemens 1-400/55,1, 1-410/46, 1-430/31, 1-440/21,2, 1-450/16, 1-480/5, 1-500/2, 4-450/28, 4-480/13, Thyssen 1-80/6, 1-85/3,4, 4-75/14, 4-85/6, 4-90/5, 4-95/3,5, 7-90/6, 7-95/4,2, Varta 1-170/8, Veba 1-162,5/9,95, 1-170/5, 1-180/1,7, 4-170/7,8, VEW 1-120/3,7, VW 1-190/11, 1-200/6, 1-210/3,5, 4-180/27,8, 4-190/19,4, 4-200/10,5, 4-210/8, 4-220/4,5, 7-200/16,2, 7-210/13,1, 7-220/8,5, Alcan 7-65/10,2, Chrysler 1-90/5, IBM 4-420/15, 7-420/16, Norsk Hydro 1-45/1,4, 4-40/5,6, 4-45/2,9, 7-40/7,5 Philips 4-45/7, 4-50/4,65, 7-50/6. Verkaufsoptionen: AEG 1-95/1,4, 1-100/2,5, 4-95/2,5, 4-100/4, 4-110/87,8, 7-95/3, 7-100/5,6, BASF 1-170/2, 1-180/12, 4-170/3,5, 7-170/4,4, Bayer 1-180/1,8, 4-170/1, 4-180/3,4, 7-180/4,7, Bay. Vereinsbank 4-320/5, Commerzbank 1-170/2, 4-160/1,8, 4-170/3,4, Conti 1-120/3,5, 4-120/4,5, 4-130/13, 7-120/5,8, Daimler 4-560/18, Dresdner Bank 1-180/3, 4-170/2,4, 4-180/4,5, Hoesch 1-110/3,5, 4-110/5, Karstadt 4-220/3, Klöckner 1-75/4, 7-70/3,6, Lufthansa St. 4-170/4,5, Lufthansa Vz. 4-170/4, MAN 1-160/13, Mannesmann 4-150/3,5, Siemens 4-400/1,6, 4-410/2,5, Veba 7-160/2, 7-170/6,4, VW 1-180/2, 4-180/3,7, 4-190/5,4, 4-200/9, Chrysler 4-90/5,6, 7-90/7, General Motors 7-230/17, Litton 1-190/4,1 Norsk Hydro 7-40/3, Philips 4-50/3. (1. Zahl Verfallsmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅜– 9½	5⅜–5½	4⅛–4⅜
3 Monate	9⅝– 9¾	5⅝–5⅞	4¾–5⅛
6 Monate	9⅞–10	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
12 Monate	10¼–10⅜	5¾–6	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel(*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1415,00	1761,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1165,00	1423,10
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	615,60
1 £ Sovereign alt	235,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	231,00	286,14
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	230,00	285,00
Krüger Rand, neu	1040,00	1225,50
Maple Leaf	1040,00	1225,50
Platin Noble Man	1009,00	1190,16
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz Franken „Vreneli"	186,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	960,00	1158,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	449,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York3)	2,9242	2,9322	2,8985	2,86	2,97
London1)	3,735	3,749	3,697	3,67	3,82
Dublin1)	3,091	3,105	3,042	3,01	3,16
Montreal3)	2,2263	2,2343	2,1959	2,17	2,27
Amsterd.	88,570	88,790	88,635	87,50	89,50
Zürich	121,500	121,700	121,61	120,25	123,00
Brüssel	4,933	4,953	4,863	4,80	5,00
Paris	32,495	32,655	32,15	31,75	33,50
Kopenh.	27,615	27,735	27,29	26,50	28,25
Oslo	34,215	34,335	33,65	33,25	35,00
Stockh.**)	34,630	34,790	34,16	33,75	35,50
Mailand2) **)	1,588	1,608	1,567	1,55	1,66
Wien	14,204	14,244	14,165	14,13	14,35
Madrid**)	1,777	1,787	1,747	1,67	1,79
Lissabon**)	1,815	1,835	1,721	1,40	2,20
Tokio	1,2190	1,2230	–	1,18	1,24
Helsinki	47,540	47,740	46,54	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,363	2,437	–	1,86	2,65
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5225	2,5415	–	2,46	2,56
Johannesbg.*)	1,685	1,704	–	1,55	1,80

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

In einem wenig veränderten Umfeld fiel der US-Dollar zur Notiz um knapp 1 Prozent auf 2,9282 zurück. Die schwächere Tendenz zeichnete sich am 13. 11. bereits im asiatischen Markt ab. Nach der europäischen Eröffnung von 2,9395 wurde zeitweise nur noch 2,9225 bezahlt, ehe gegen Geschäftsschluß 2,9310 erreicht wurde. Der einzige negative Faktor des Tages war in einer weiteren Rückbildung der Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkt zu finden. Man kann davon ausgehen, daß immer noch große Hoffnungen auf eine leichtere Geldpolitik in den USA vorhanden sind. Stärkere Kursrückgänge verzeichneten auch der Yen mit 4,9 Promille auf 1,2205, der Canadische Dollar und der Schweizer Franken. *Gut hielt* sich erneut das Britische Pfund mit einem Tagesgewinn von 1,9 Promille auf 3,742. US-Dollar in: Amsterdam 3,3015; Brüssel 59,20; Paris 8,9870; Mailand 1826,00; Wien 20,5870; Zürich 2,4081; Ir. Pfund/DM 3,098; Pfund/Dollar 1,2850; Pfund/DM 3,742.

Ostmarkkurs am 13. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Von Montag auf Dienstag gaben die Euro-Dollar-Zinsen nochmals ⅛ Prozent nach, am Terminmarkt ergaben sich deutlich geschrumpfte Dollar-Abschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,08/0,93	2,78/2,68	5,55/5,35
Pfund/Dollar	0,09/0,07	0,08/0,06	0,06/0,10
Pfund/DM	2,20/0,80	4,40/3,00	7,60/6,20
FF/DM	23/07	52/36	93/77

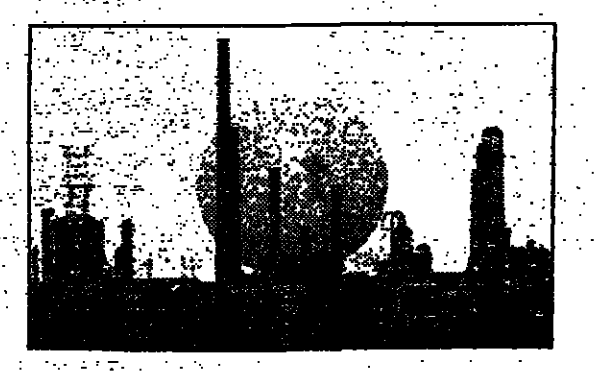
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 11.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. *Diskontsatz der Bundesbank am 13. 11.:* 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,85, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4; Rendite 6,90.

WAS WIR VON DEN JAPANERN GELERNT HABEN.



Keine Frage: Die Japaner haben uns gehörig aufgeschreckt. Durch ihre Angriffe in Wirtschaftsbereichen, die die deutsche Industrie als ureigene, sichere Domäne vermutet hatte. In der Werkzeugmaschinen-Branche, zum Beispiel, haben sie uns in einzelnen Bereichen mit standardisierten, computergesteuerten Maschinen attackiert.

Hier waren wir uns wohl unserer Sache zu sicher. Und haben die Chancen in diesem speziellen Markt unterschätzt.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Wir haben gelernt, uns auch der neuesten Herausforderung zu stellen. Weil wir das Beste daraus machen mußten. Und machen konnten. Dazu hatten wir die besten Voraussetzungen.

Denn wir haben gelernt, uns auf unsere traditionellen Fähigkeiten zu besinnen: Erfindungsgeist, Zuverlässigkeit, Präzision und Beweglichkeit.

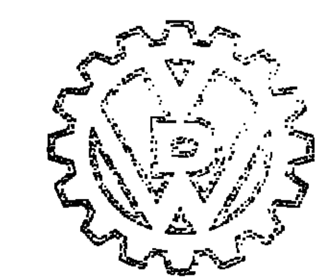
Und wir haben gelernt, daß auch im Bereich der Serienfertigung auf Dauer nur unsere Qualitäten höchste Wertschätzung genießen.

Die Exportbilanz beweist es: Bei der Ausfuhr von Werkzeugmaschinen steht die Bundesrepublik nach wie vor mit weitem Abstand vor Japan an der Spitze. Dank individueller Problemlösungen, dank Perfektion und Langlebigkeit unserer Maschinen.

Wir haben aber auch gelernt, was wir nicht aufgeben dürfen: Unsere Aufgeschlossenheit gegenüber allen internationalen Produkten. Denn wer seine Grenzen dichter macht, begrenzt auch die eigene Leistung und Kreativität.

Nur durch unsere Lernfähigkeit bekommen wir die Anstöße, die wir brauchen, um vorzumachen statt nachzumachen. Und um unsere Spitzenposition im Weltmarkt zu behaupten.

Denn Konkurrenz belebt das Geschäft. Und was hätten wir lieber als Belebung?



Verein Deutscher
Werkzeugmaschinenfabriken e.V.
Frankfurt am Main.

Renten kaum verändert

Bei freundlichem Unterton, der die Erwartung auf weiter sinkende Zinsen zum Ausdruck bringt, veränderten sich die Kurse der öffentlichen Anleihen um 0,10 Prozentpunkten nach beiden Seiten. Das ruhige Geschäft wird mit den Jahresschlußarbeiten der Großanleger begründet, die an größeren Bestandsveränderungen nicht mehr interessiert sein sollen. Das trifft auch für den Pfandbriefmarkt zu, wo sich die Renditen im Handel unter Banken für fünfjährige Titel zwischen 7,07 und 7,10 Prozent, für zehnjährige bei 7,15 Prozent einzupendeln beginnen.

Bundesanleihen

		13. 11.	12. 11.
F 6 Bund 78 IV	12/84	99,95	99,95
6¾ dgl. 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	100,7	100,7
7 dgl. 79	4/85	100,35	100,35
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,65
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101,05
8 dgl. 76 IV	10/85	101,6	101,6
5½ dgl. 78 II	3/86	99,15	99,15G
5¼ dgl. 78	5/86	98,9G	98,9
7¾ dgl. 76 I	12/86	101,85G	101,85
6½ dgl. 79	1/87	100,4	100,4bG
7¼ dgl. 78 II	1/87	101,7	101,7G
6¾ dgl. 77	4/87	100,9G	100,9bG
6½ dgl. 77	7/87	100,3	100,3
6 dgl. 77	10/87	99,25	99,3
6 dgl. 78 I	1/88	99,10	99,05
6½ dgl. 78 I	9/88	100,2	100,2
6½ dgl. 78 II	12/88	99,95	99,95
6¾ dgl. 79	1/89	101,1	100,15
7¼ dgl. 79 I	4/89	101,3	101,4
10 dgl. 81	4/89	110,55	110,55
7½ dgl. 79 I	6/89	102	102,1
8 dgl. 79 I	7/89	103,75	103,75
8 dgl. 79 II	8/89	103,65	103,65
7½ dgl. 79 II	9/89	102,05	102G
7¾ dgl. 79 II	11/89	103,05	103,05
7¼ dgl. 80 I	1/90	102,2	102,2
10 dgl. 80	4/90	111,85	111,85
5¾ dgl. 78	5/90	96,1	96
8¼ dgl. 80 I	7/90	104,75	104,75
8¾ dgl. 80 II	11/90	105,1	105,1
7¾ dgl. 82	11/90	102,95bG	103
9 dgl. 81	2/91	108,05bG	108,05
10¼ dgl. 81	7/91	114,5	114,4
10¾ dgl. 81	9/91	117,35	117,3G
10 dgl. 81 II	12/91	113,75bG	113,65
9¾ dgl. 82 I	1/92	112,3bG	112,2
9¾ dgl. 82 II	3/92	112,45	112,35G
6 dgl. 78 II	3/93	95,55	95,55
9,5 dgl. 82	4/92	111,1	111,05
9 dgl. 82	5/92	108,33	108,3bG
8¼ dgl. 82	6/92	106,4	106,3G
9 dgl. 82	8/92	108,55G	108,55
8¾ dgl. 82	8/92	107,6G	107,6
7¾ dgl. 82	12/92	102,6G	102,6
7½ dgl. 83	1/83	101,45	101,45
7½ dgl. 83 II	3/93	101,45	101,4
7½ dgl. 83 III	6/91	101,6	101,5
8¼ dgl. 83	6/93	105,6	105,5
8 dgl. 83	7/93	103,95	103,95
8¼ dgl. 83 II	8/93	105,5	105,5
8¼ dgl. 83 III	10/93	105,5	105,55
8¼ dgl. 83 IV	11/93	105,5	105,5
8¼ dgl. 83 V	12/93	105,55	105,5
8¼ dgl. 84	1/94	105,65bG	105,6
8¼ dgl. 84 II	2/94	105,7	105,7
8 dgl. 84	3/94	104,15	104,1bG
8¼ dgl. 84	6/94	105,65bG	105,6
8¼ dgl. 84 IV	7/94	105,65	105,6
8¼ dgl. 84 V	8/94	105,75	105,75
7½ dgl. 84	10/94	101,4	101,4
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,1	100,1
8 dgl. 80 S 2	2/85	100,4	100,4
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	100,45	100,5G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	100,9	100,9
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	100,95	100,95
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101	101
8 dgl. 80 S.7	6/85	101	101
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,95	100,95
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,8	101,8bG
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,8	102,8
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,95	103
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,3G	104,3
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,6	104,6
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,25	104,25G
10 dgl. 81 S 15	4/86	104,95	104,95
10½ dgl. 81 S.16	6/86	106	106
11 dgl. 81 S 17	8/86	107,45	107,45
10½ dgl. 81 S 18	10/86	107,15	107,15
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,25	106,25
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,6G	105,6G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,95G	106,95
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,5	106,5G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,75	105,75
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	106,15	106,15
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,95	105,95
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,6	105,55
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,1	105
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104	104
9½ dgl. 82 S.29	7/87	106,65	106,55
9 dgl. 82 S.30	8/87	105,65bG	105,65
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	105,2	105,15
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	104,1	104,1
8 dgl. 82 S.33	11/87	103,6	103,65
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	102,9bG	102,9
7½ dgl. 82 S.35	12/87	102,35	102,35
7¼ dgl. 83 S 36	1/88	101,6	101,6
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	100,15	100,15
7 dgl. 83 S.38	5/88	100,65	100,65
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	101,4G	101,4
7½ dgl. 83 S.40	6/88	102,2	102,2
9 dgl. 83 S 41	6/88	103,35bG	103,3
8 dgl. 83 S.42	9/88	103,55bG	103,5
8 dgl. 83 S.43	12/88	103,8	103,7
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	104,75G	104,65
8 dgl. 84 S 45	3/89	103,6	103,6
7½ dgl. 84 S.46	4/89	101,9	101,9
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	102,55	102,5
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	102,5bG	102,5
7½ dgl. 84 S.49	10/89	101,65	101,65G
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	100,75	100,75

Bundesbahn

		13. 11.	12. 11.
6½ Bdbahn 79	2/85	100G	100
8½ dgl. 73	2/85	100,45	100,45
7 dgl. 77	2/87	101,1	101,15
6 dgl. 77	9/87	99,05	99,05
6 dgl. 78 II	7/88	98,55	98,55
F 6½ dgl. 77	5/89	98,6	98,6
8 dgl. 79 I	7/89	103,9	103,9
6 dgl. 78 I	2/90	96,8	96,7
8 dgl. 80 II	7/90	103,85G	103,85G
9 dgl. 81	3/91	108,1G	108
10½ dgl. 81	9/91	115,9	115,9
10¼ dgl. 81	11/??	115,2	115,2
8 dgl. 80 I	2/92	103,6	103,6
10 dgl. 82	2/92	113,5	113,5
9½ dgl. 82	7/92	111,75	111,16
8 dgl. 82	11/92	103,55	103,65G
7¾ dgl. 83	1/93	102,5G	105,55G
8¼ dgl. 83	10/93	105,5	105,5
8¼ dgl. 84	6/94	105,6	105,6
7¼ dgl. 84	10/94	100,05G	100,05G

Bundespost

		13. 11.	12. 11.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99,65	99,65G
8 dgl. 72 I	9/87	103,3	103G
10 dgl. 81	3/89	110,7	110,7
10¼ dgl. 81	8/89	112	112,1
8 dgl. 90	3/90	103,8	103,8
7¾ dgl. 80	9/90	102,8	102,8G
8¾ dgl. 80	12/90	107,4G	107,4
10½ dgl. 81	10/91	116,2	116,05G
9¾ dgl. 82	2/92	112,4	112,3
8¾ dgl. 82	6/92	107,35G	107,3
8½ dgl. 82	10/92	106,1	106,1
7¾ dgl. 83	2/93	102,65	102,65
8½ dgl. 83	9/93	105,55	105,55
8¼ dgl. 84	2/94	105,4	105,4
8 dgl. 84	9/94	103,9	103,95

Länder – Städte

		13. 11.	12. 11.
S 6½ Bd.-Wttbg 78	86	99,6	99,75
8¼ dgl. 82	92	104,5	104,5G
M 7 Bayern 66	86	101	101G
6½ dgl. 67	97	102G	102G
6 dgl. 68	85	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	88	97,7	98
8¾ dgl. 80	90	105,75G	105,75G
8¾ dgl. 82	92	106,75	106,5
7½ dgl. 83	93	101G	100,75
8 dgl. 84	94	102,8G	102,8
B 8½ Berlin 70	85	101,8G	101,8G
8 dgl. 72	85	101G	101G
7 dgl. 77	85	100,1G	100,1G
6½ dgl. 78	88	99G	99G
8¾ dgl. 80	88	105,75G	105,5
Br 7¾ Bremen 71	87	101,75G	101,75G
8 dgl. 72	87	102,4	102,4G
7½ dgl. 83	93	100,25bG	100,2
H 8½ Hamburg 70	85	101,9G	101,9G
6¼ dgl. 77	92	99	99,1G
8 dgl. 80	92	103,4G	103,4G
9¾ dgl. 82	92	111,75	111,15G
7½ dgl. 83	92	100,4	100,3G
8¼ dgl. 84	94	104,3	104,15G
F 8 Hessen 71	86	101,5	101,5G
6¼ dgl. 78	88	98,2	98,2
Hn 8½ Nieders. 70	85	102G	102G
7½ dgl. 72	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	87	102,1	102,1G
7½ dgl. 79	87	102	102
7¾ dgl. 82	92	101,7G	101,7G
8 dgl. 83	93	102,5G	102,5
8 dgl. 84	94	102,75G	102,7G
7¾ dgl. 84	94	101,15G	101,1G
D 7½ NRW 83	93	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 83	93	101,6G	101,6G
8½ dgl. 83	93	105,85G	105,85
8¼ dgl. 83	93	104,6G	104,6G
8¼ dgl. 84	92	104G	104,4
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	101,9	101,75G
F 8½ Saar 70	85	102,1G	102,1
7 dgl. 72	87	100,1G	100G
6 dgl. 78	88	97,8	97,5
H 7¼ Schl.-H. 72	87	101G	101G
8½ dgl. 73	85	100,4	100,4
8 dgl. 84	94	102,75G	102,75
D 7 Essen 72	85	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	101G	101G
7¾ dgl. 72	87	101,5G	101,5G
8 dgl. 83	93	102,25	102,25

Bankschuldverschreib.

	13. 11.	12. 11.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	85	85G
6½ dgl. Pf 5	91G	91G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bzkola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	104,95G	104,95G
10 dgl. Pf 108	111,75G	111,75G
7 dgl. KS 132	100G	100G
8 dgl. KS 155	103,25G	103,25G
9 dgl. KS 169	102,6G	102,6G
M 5½ Bayer Haba Pf 14	96,5bG	96,75G
6 dgl. Pf 20	84,5G	84,5G
6¾ dgl. Pf 2	99,75bG	99,75bG
7 dgl. Pf 3	100G	100G
6½ dgl. KS 14	100bG	100bG
7½ dgl. KS 27	101,75G	101,75G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	124G	124G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	81G	81G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	87,5G	87,5bG
6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,1G	99,1G
6 dgl. IS 16	98,5G	98,5G
6 dgl. IS 17	98G	98G
8½ dgl. KO 49	101,7G	101,7G
8½ dgl. KO 48	101,4G	101,4G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	101,5G	101,5G
9½ dgl. IS 726	100,55bG	100,55G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	119,5G	119,5G
6 dgl. Pf 4	94,75G	94,75G
6½ dgl. Pf 3	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 12	91,5G	91,5G
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101T	101T
6 dgl. Pf 34	97,5	97,5
6½ dgl. Pf 37	–Zhg	–Zhg
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KS 29	85,75G	85,75G
7 dgl. KS 30	100,85G	100,85G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	118G	116G
6 dgl. Pf 109	83G	83bG
6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 141	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 143	97G	97G
7 dgl. KO 113	100,5bG	100,5G
9 dgl. KO 217	100,4G	100,4G
9 dgl. KO 215	100,25G	100,25G
9¼ dgl. KO 218	100,1G	100,1G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 50	77,5G	77,5G
9 dgl. KS 139	103,4G	103,4G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,3G	101,3G
9 dgl. Pf 239	104,7G	104,7G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	101,5G	101,5G
7 dgl. KS 35	100,81	100,81
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	96,5T	96,5T
8¼ dgl. IS 73	99,45G	99,45G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	86,5G	86,5G
6 dgl. KO 46	83G	83G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 165	100,8G	100,8G
9 dgl. KO 129	100,8G	100,8G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	81G	81G
7 dgl. KS 101	100,6G	100,6G
10 dgl. KS 134	100G	100G
8¾ dgl. KS 140	100,5G	100,5G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	82G	82G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	77,5G	77,5G
5½ dgl. Pf 59	84,5G	84,5G
6 dgl. Pf 162	83G	83G
B 9 Dt.Pf.Wi. Bri. 482	108,5G	108,5G
Br 5½ Dt. Schiffbk. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
6¼ dgl. Pf 60	98,3G	98,3G
6¼ dgl. Pf 74	99,8G	99,8G
6¼ dgl. Pf 76	99G	99G
Br 6½ dgl. Pf 77	96,55G	96,55G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,9G	101,9G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	74,5G	74,5G
5½ dgl. Pf 53	80,5G	80,5G
6 dgl. Pf 79	81,5G	81,5G
6 dgl. Pf 130	96T	96T
6½ dgl. Pf 133	90,5G	90,5G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	95,25G	95,25G
6 dgl. 47	85G	85G
F 5 Helaba Pf 8	116G	116G
6 dgl. Pf 80	98,05G	98,05G
8 dgl. Pf 73	102,4G	102,4G
4 dgl. KO 5	105G	105G
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	87	87
6½ dgl. Pf 80	94,85	94,85
8 dgl. KO 175	101,85	101,85G
9 dgl. KO 259	102,85G	102,85G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	117G	117G
5 dgl. Pf 12	75G	75G
7 dgl. Pf 25	98,5G	98,5G
10 dgl. Pf 40	100G	100G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	100,2G	100,2G
F 5½ Lbk. Saar Pf 11	92,25G	92,25G
7 dgl. Pf 12	97,25G	97,25G
4½ dgl. KO 6	100	100
8½ dgl. KO 81	104G	104G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	102,25G	102,7G
6 dgl. Pf 28	94G	94G
6 dgl. Pf 49	90,75G	90,75G
8¼ dgl. KS 8	102,25G	102,25G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	85,5	85,5
7 dgl. Pf 97	94,75	94,75
10 dgl. Pf 33	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 78	99G	99G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	89G	89bG
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105	105
6½ dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	99G	99G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,7bG	100,7G
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 5	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126	125
5½ dgl. K	109,5G	109,5bG
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97G	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	76G	76TG
7 dgl. Pf 125	100,75G	100,75G
7 dgl. Pf 128	96G	96G
8 dgl. Pf 177	103G	103G
8 dgl. KS 77	84,5G	84,5G
8½ dgl. KS 110	102G	102G
Br 5 St. Kr. Dl-Br Pf 17	123G	123G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 38	92,75G	92,75G
5½ dgl. Pf 43	91G	91G
6 dgl. Pf 56	83,9G	83,9G
7 dgl. Pf 61	93,65G	93,65G
8 dgl. Pf 70	102,45G	102,45G
9 dgl. Pf 66	100,75G	100,75G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99,75G	99,75G
7½ dgl. Pf 45	101,1G	101,1G
M 6 Südboden Pf 41	94,25bG	95bG
5½ dgl. Pf 57	81G	81G
6½ dgl. Pf 143	99,25G	99,25G
7 dgl. Pf 87	98bG	98bG
7½ dgl. Pf 104	100G	100G
7 dgl. KS 49	97G	97G
7½ dgl. KS 61	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	102G	102G
8½ dgl. KS 132	100,35G	100,35G
9 dgl. KS 185	104,5G	104G
9½ dgl. KS 171	106,5G	106G
M 5 Verbank Mbg. Pf 56	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	81G	81G
7 dgl. Pf 100	100,75G	100,75G
D 8 WestLB Pf 350	100,9G	100,9G
6¾ dgl. Pf 403	100,25G	100,25G
9½ dgl. Pf 1007	109,65G	109,65G
8 dgl. Pf 1015	103,05G	103,05G
7 dgl. KO 556	100,15G	100,15G
6¾ dgl. KS 420	99,15G	99,15G
9¼ dgl. KO 1301	109G	109G
8½ dgl. KS 1278	101,05G	101,05G
8 dgl. IS 1512	103,3G	103,3G
9¼ dgl. IS 1520	101G	101G
6½ dgl. IS 679	98,65G	98,65G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	97G	97G
6½ dgl. Pf 19	87,5bG	87,5bG
7 dgl. Pf 20	92G	92bG
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,9G	100,9G
9¼ dgl. Pf 564	103,4G	103,4G
9¾ dgl. KS 294	101,1G	101,1G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	80,5G	80,5G
7 dgl. KS 56	100,75G	100,75G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	94,05G	94G

Sonderinstitute

	13. 11.	12. 11.
D 6 DSLB Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 47	85G	85G
7 dgl. Pf 63	94,5G	94,5G
7½ dgl. Pf 99	98,5G	98,5G
8 dgl. Pf 104	103,5G	103,5G
8 dgl. Pf 165	103G	103G
5½ dgl. RS 45	–Zhg	–Zhg
6 dgl. RS 73	98,5G	98,5G
8 dgl. RS 120	102,5G	102,5G
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	99,75G	99,75G
9½ dgl. RS 172	104bG	104G
9 dgl. RS 186	107,25G	107,25G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	106,85bG	106,85G
F 7½ KfW 70	100,3G	100,3G
8 dgl. 70	101,7G	101,7
7¼ dgl. 79	101,5	101,6G
8 dgl. 84	102,5	102,4
F 10 Kredit 81	112,3G	112,3
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	106	105,9
7½ dgl. 83	100,65G	100,65
8¼ dgl. 83	103,85	103,75
7½ dgl. 84 I	101,9G	101,9G
7½ dgl. 84 II	102,25	102,25G
F 6 Lastenausgl.Rentbk. RS 14	98,7G	98,7G
6 dgl. RS 15	99,15G	99,15G
6 dgl. RS 16	99,1	99,1
6 dgl. RS 19	99G	99G
6 dgl. RS 21	–Zhg.	–Zhg.
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,5	99,5
7 dgl. 94	100,5	100,5G
7 dgl. 99	100,2	100,2
8 dgl. 101	103	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9¾ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,7G
6½ dgl. TS 77	100,5	100,5
5½ dgl. 78	97,2	97,2
7 dgl. 79	101G	101G

Industrieanleihen

	13. 11.	12. 11.
F 6 Badenwerk 78	97	97
F 8 Chem. Hüls 71	100,25G	100,25G
7¾ Cont. Gum. 71	100,4G	100,6bB
5¾ HEW 62	97,5G	97,5G
7½ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	2035T	2035T
7½ Hoesch 71	100,25T	100,25T
7½ Karstadt 71	-Zhg.	100G
7½ Kaufhof 71	-Zhg.	-Zhg.
7¾ dgl. 71	100,25G	100,25G
7½ dgl. 76	100,6bG	100,6
7½ Klöckner W. 71	100G	100G
8 dgl. 72	100,9	100,5T
6 NWK 61	98,85G	98,85G
6 dgl. 62	97,75G	97,75G
6 ObDon. Krwk. 64	97G	97G
F 6 Rh.Braw. 63	97,25G	97,25G
6 dgl. 65	97,25G	97,25G
6 RWE 63	97,85G	97,85G
6 dgl. 65	97,5T	97,5T
7¾ dgl. 71	100,75	101
7 dgl. 72	99,7T	99,7
6 Rh.-M.-Don. 62	98,95G	98,85G
6½ dgl. 68	101,45G	101,35G
8 Schleswag 71	100,25G	100,25
7½ Thyssen 71	100,25G	100,25G
8 dgl. 72	100,7G	100,7G
7¼ dgl. 77	99,7	99,6T
8 VEW 71	100,3	100,75bG
6¾ dgl. 77	98,3T	98,3T
7 VW 72	99,75G	99,75

Optionsscheine

	13. 11.	12. 11.
F 11 BASF Over Zee 82	89,1	89
7¼ Bayer Fin. 79	77,8	77
10½ Bayer Fin. 82	87,8	86,5
7½ BHF Bk. Int. 83	116,4	115
6¾ Ciba-Geigy 75	1284	1287
3½ Commerzbk. 78	46,4	46,5
7 Combk. Int. Lux. 83	55,3	54,5
Combk. Int. Lux. 84	71	71
4½ Dt. Bk. Comp. 77	150,2	149
3½ Dt. Bk. Int. 83	148,8	148,1
8¼ Degussa 83	155,5	157,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	57,7	54,7
4 dgl. 83 II	62,9	61
10 Hoechst 75	379	376
6¾ dgl. 79	76,8	76
8 Hoechst 83	90,5	90,1
Itoh Fuel 84	370	380
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2440T	2498
5¾ Jusco 83	3300T	3300T
Kansai Paint 84	430	425
Mitsubishi 84	676	671
Mitsui 82	165bB	161
Nippon Fluor 84	645	615
Rhythm W	1800G	1800G
7¾ Siemens 83	236,8	235
6,875 Schering 83	137,1	137,9
Tsumura „A 84	200bG	205G
dgl. „B 84	215	207
4 Veba 83	54,1bG	54,8
6½ Wells F. 73	488	500
F 8½ BASF 74	78,5	77,9
Bayer 84	78,6	78,4
5 Conti 84	54,7	54,5
Stumpf 78	89bG	91,8

Optionsanleihen

	13. 11.	12. 11.
F 7½ BHF Bk.Int.83 m0	111T	110G
7½ dgl. 83 o0	77,5	77,5
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	112,6 G	112,75G
F 3½ dgl. 78 o0 DM	94,5	93,75G
4½ C F Dt. Bk. 77 m0 $	125,25G	125,25G
4½ dgl. 77 o0 $	85	84,25
3¾ Dt. Bk. 83 m0	133,5bG	133,5
3¾ dgl. 83 o0	89,2	89,5bG
6½ Dt. Bk. 83 m0	106,75	106,5G
6¼ dgl. 83 o0	75,15	74,25
4 Dresd. Bk. 83 m0	114	112,25
4 dgl. o0	91	91
3½ Itoh Fuel 84 m0	97G	97
3½ dgl. 84 o0	89,25G	89,25bG
7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
7½ dgl. 82 o0	102	102,5T
5¾ Jusco 83 m0	147,5G	147,5G
5¾ dgl. 83 o0	95,5	95,25G
F 3½ Kansai Paint 84 m0	96,75	96,75
3½ dgl. 84 o0	88,75bG	88,75G
3½ Mitsubishi 84 m0	104	104bG
3½ dgl. 84 o0	91,2	91,2
3½ Nippon Fluor 84 m0	101,5	101,5T
3½ dgl. 84 o0	89G	89G
5¾ Rhythm Watch 84 m0	137G	137G
5¾ dgl. 84 o0	96,2G	96,2bG
3¾ Tsumura Juntendo 84 m0	97	96,75
3¾ dgl. 84 o0	89,25	89
4 Veba 84 m0	127	127,4
4 Veba 84 o0	84,5	84,45
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	147,5T	147T
6½ dgl. 73 o0 DM	97,2G	97,2
F 8½ BASF 74 m0	151	151
8½ BASF 74 o0	102bG	101,9
3¼ Bayer 84 m0	135,25	135,25
3¼ Bayer 84 o0	81,4	81,3
5 Conti 84 m0	140,5	140,5
5 Conti 84 o0	86,75	87,75
M 3½ Stumpf 88 m0	169TG	162TG
M 3½ Stumpf o0	93B	94B

Währungsanleihen

	13. 11.	12. 11.
6¼ Kopenhagen 72	97,2G	97,2G

Wandelanleihen

	13. 11.	12. 11.
H 6 Beiersdorf 82	174G	174G
4 Deutsche Bank 84	132,75	132,7
6¼ KSB 83	131	127,5
F 6 Pfaff 84	125	125

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	13. 11.	12. 11.
D 8¼ Aeroport 82	104,50T	104T
7¼ B.N.D. 79	97,50	97,5T
7¾ Bayer Cap. 82	104,70T	103,2bG
8½ Caisse N.T. 70	101,2bG	101,2G
7¼ CFE 77	100,5bG	100,5G
6¾ CFE 78	95,25	95bG
8½ Cons. Cred. 70	102,2bG	102T
6½ Cred. Nat. 79	98,35G	98,35G
6¾ Dänemark 72	99,6G	99,6G
9¾ Dänemark 74	103,1bG	103,1bG
7¼ Dänemark 77	100,6G	100,6G
6 Dänemark 78	96,5	96,3bG
5¾ Dänemark 79	99,85bG	99,6G
6½ Dänemark 79	97,30	98,8bG
7¾ Dänemark 80	101,25G	101,25G
8¼ Dänemark 80	102,25	102,25
10 Dänemark 82	110	110T
10¼ Dänemark 82	112,50	111,75bG
7¾ Dänemark 83	101,60	101,75
8 Dänemark 83	102,60bG	102,5T
7¾ Dänemark 84	102,25	102,25
7½ Dänemark 84	100,45bG	100,4bG
5¾ DenNorsk. 77	99,15bG	99,45
6 DenNorsk. 78	97,35bG	97,4
8½ ENEL 82	104,75G	104,75G
7¾ Fuji Int. 84	100,9	100,8G
10¾ GZ Wien 81	113,8	113,75T
7 H.-Bk. Dän. 73	99G	99G
8½ H.-Bk. Dän. 80	102,7	102,7
10½ H.-B. Dän. 81	111,75	111,25bG
8½ H.-Bk. Dän. 83	102,5G	102,5G
8 Imatran 72	101bG	101,1T
7¾ ISCOR 71	100,1G	100,1G
7 ISCOR 72	99,1G	99,1bG
7 ISCOR 73	98,4G	98,4bG
8½ ISCOR 73	101,75	101,25bG
9 ISCOR 83	103,7	103,7
7¾ Island 77	101bG	102G
9¼ Island 82	107T	106,5bG
6¾ Light-S. 78	96	96,1
8½ Light-S. 80	97,8	97,7
7¾ Manitoba 83	101,9	101,7bG
6¾ Man. Hyd. 72	100,75	100G
7 Metrop. 73	99,2G	99G
8 Nat. West. 73	104,65G	104,65bG
11 Nat. West. 81	118,5	119G
9¾ Nat. West. 82	110,25G	110,25G
7¼ Nop. Cred. 83	98,30G	98,25
7¼ Norges H. 77	100,6	100,6
6 Norges H. 77	96,75G	96,7bG
8½ Norges K. 70	103T	103T
7 Norges K. 77	99,75	99,75
6 Norges K. 77 I	98,75G	98,75G
6 Norges K. 77 II	97,3bG	97,3bG
6 Norges K. 78	97G	97G
6¼ Norges K. 79	99bG	99,25bG
7¾ Norges K. 79	102,15bG	102,1
8¼ Norges K. 79	104,25G	104,25bB
7½ N. Scotia 71	101,25	101,75
7 N. S. Pow. 72	100,25G	100,25G
6¾ Occid. Fin. 76	96,5G	96,6bG
7 Petrobras 78	94,50	94bG
8 Petrobras 79	97	96,5
6¼ Pyhrn Autob. 77	97,75	97,75
8½ Queensl. A. 70	101bG	102T
7 RENFE 75	99,75bG	99,5
10 RENFE 82	110,25bG	110G
8¼ RENFE 83	102,75bG	103,25
8¾ Stockh. G. 75	101,5	101,5
7¾ Sumito F. 82	100,9	100,85
7½ Sun Int. 73	101,25bG	101,25bG
7¼ Svenska C. 73	99,5G	98,5G
9¾ Svensk Ex. 80	101,5T	101,5bG
10¼ Svensk E. 81	108,75G	108,5G
9½ Svensk Ex. 82	105G	105G
5½ Tauernaut. 78	92,25bG	92,5
9¾ Tauernaut. 82	114	114T
7¼ Tokyo El. 69	100G	100G
6½ Tokyo El. 79	100G	100G
6 TVO-Kraftw. 78	96,5G	96,50

Wandelanleihen

	13. 11.	12. 11.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
F 5 Asics Corp. 83	103,75	103,25
F 3½ All Nippon 78	105,5	103,5
F 3½ Asahi Opt. 78	119G	122G
F 4¾ Canon Inc. 77	475G	470G
F 3½ Cas. Comp. 78	370G	360G
F 5¾ Daiei Inc. 80	130G	129bG
F 3 Daiken Ind. 84	102	103
F 4½ Fujitsu Lim. 78	807G	807
F 5¾ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	125G	125G
F 3½ Jusco Co. 78	105G	105G
F 4 Kawashima Tex. 84	104G	104bG
F 6 Komatsu 78	148G	148G
F 6 Konishiroku Pho. 81	119G	119G
F 6¾ dgl. 82	114G	114G
F 3½ Koraluan 78	107G	103G
F 7½ Kraft Inc. 70	171	171G
F 3½ Marudai F 78	100,75G	100,25G
F 6 Michelin Int. 70	95,5G	95,5G
F 5¾ Minolta 77	217G	210G
F 4 dgl. 79	166,5G	160G
F 6,75 Mitsub. H 81	149G	151G
F 6 dgl. 81	113,5	114T
F 6 Nichii Co Ltd 80	141,25	141,25G
F 3¾ Nippon Sh. 78	143G	144B
F 3½ Nissan Mot. 78	97,5	97,5G
F 4 Nisshin Steel 78	183G	183G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	110T	110T
F 3½ Olympus 78	278G	278G
F 3¾ Omron Tat 79	455G	450G
F 4¾ Orient Fin 79	235G	235G
F 3½ Ricoh Comp. 78	225G	228G
F 6¼ Rothm. Int. 72	103,5G	106,75
F 3¾ Sanden Corp. 78	132G	125G
F 6¼ Sekisui 78	140G	140G
F 3½ Stanley 78	200G	195G
F 6 Taiyo Yuden 82	129G	130
F 5 Texaco Int. 66	98	97,9
F 3½ Tok. Elec. 78	445G	445G
F 4 Tokyu Land 79	103,5G	104,5G
F 3½ Trio Kenw. 78	98,5G	99,5G
F 6½ Uny Ltd. 79	233	233G

Anmerkungen: * Zinsen steuerfrei. Pf = Pfandbriefe, KO = Kommunalobligationen, KS = Kommunalschuldverschreibungen, IS = Industrieschuldverschreibungen, RS = Rentenschuldverschreibungen, S = Schatzverschreibungen (Kurse ohne Gewähr), B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

	13. 11.	12. 11.
F L'Air Liquide	175	180G
D Akzo	86,5	88,5
F Alcan	85,5	86
F Alcoa	107	109,4
F Alg.Bk.Nedl.	306	309
F All Nippon Air	4,2T	4G
F Allied Corp.	104	105
M ALPS El.	25,4	25,3
F Amax	55,1	55,9
F Am. Cyanamid	143G	142G
F Ameritech	215	217,5
D American Expr.	105,5G	107G
D Am Motors	12,2	12,55
F Am. T & T	54,8	54,9
F Amro Bank	58	57
F Anglo Am. Corp.	41	41,5
M Anglo Am. Gold	28,1	28,6
F Arbed	82	82G
D Armco	33	34,1
F Asahi Chem.	6,8T	6,7T
M Atl. Richfield	133,3	135
H Atlas Copco	36G	37
M Avon	64,5	65,5
D Baker Int.	48	47
F Ball Canada	22,45	22,5
F Banco de Bilbao	28	27,6
F Banco Central	28,2	28,4
F Banco Hisp. Americ.	20,7	20
F Banco de Santander	22,1	22,3
F Banco de Vizcaya	36,8	36,5
F Barlow Rand	18,6	18,7
M Baxter Trav. Lab.	41,3	42
D Beatrice Foods	87G	97G
F Bell Atlantic	225	227,5
D Bell Canada	77G	77G
F Bell South	93	94
D Bethlehem Steel	52,8	54
F Black & Decker	58G	65,5
F Boeing	166	169
M Bougainville Copper	5	4,85
F Bowater	6,8bB	6,7T
D BP	17,5	17,3
M Broken Hill	26,9	26,4
F Bull	10,85	10,65
F Can Pacific	110	110
F Canon	19,2	18,4
F Case Comp.	19,5	19,2
F Caterpillar	99,3	99,9
D Ch. Manhattan	129	128
F Chrysler	87	89,8bG
M Citicorp.	106,5	106,1
F City Investing	122G	124,5
F Coca-Cola	188G	188
D Colgate	73,8	73G
M Commodore Int.	70,4	71,4
M Comm. Satellite	68,5	71
F Cons. Gold F.	19,4	19,25
D Cont. Group	–	–
F Control Data	102,1	102,5
H Courtaulds	4,55B	4,95D
M CRA	13,75	13,7
M CSR	7,7	7,75bG
F Daiei	8G	8G
F Dart & Kraft	247G	248
M De Beers Cons.	15,1bB	15bB
F Deere Comp.	89,5	91
F Delta Air Lines	111	111,5
F Diam. Shamrock	55	55,9
M Digital Equipm.	307,4	307,5
M Disney Prod.	171	170,8
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	5,85	6,05B
D Dow Chemical	88,5	87
D Dresser	56	57G
M Driefontein Cons.	93	91
D DuPont	140G	140G
H Dunlop	1,39	1,4
D Eastern Air Lines	14,3	13,8
F Eastman Kodak	217,2	215,5
F Eaton	152G	155G
F Elf Aquitaine	76	75,5
F Enhart	93G	94G
D Ericsson	116G	115G
D Exxon	127	129
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	2,85	2,9T
D dgl. Vz.	2,5TG	2,5T
F Finsider	0,07G	0,07
D Fisons	10,3G	9,5exD
M Fluor	49,7	49,5bG
D Ford	139G	140
F Fujitsu	17,2	17,4
F General Electric	171	169,5
F General Foods	169T	173T
F General Mining	44,5	43,5
D General Motors	231	227
D Gen. Shopping	400T	402T
D Gevaert	176G	175G
F Goodyear	78	76,5exD
H Grace	127	128,5
F Greyhound	68	69G
D GKN	6,5G	6,4G
F Gulf Canada	39	39
D Halliburton	93,5	93,5
F HCA Hospital	117	120G
M Hewlett Packard	100,3	102,2
D Highveld Steel	8T	–
D dgl. o.O.	8T	–
F Hitachi	1065	1057
M Holiday Inns	122,3	124,4
F Homestake	75,5	75,1
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,45bG	2,58
D Hoogovens	57,5	57,5
D Hughes Tool	41	42,5
F IBM	362,5	364,5
F ICI	24,5G	24,5
M Impala Plat. Hold.	40,7	40bB
M Imperial Oil	96,7	96,7
M Intern. Harvester	21,3	21,4bG
F Inco	33,5	34
F Int. T & T	83,7	85,3
D Istituto Fin. Ind.	7,4G	7,4G
F Italcementi	92,1	92,1
F Izumiya	11G	11G
F Japan Line	1,4T	1,4
D Jusco	98	98
F Kawasaki Kisen	1,4G	1,4G
F Kawasaki Steel	1,9T	1,9T
M Kloof Gold Min.	130,6	126,5
F Komatsu	5,15-	5,4G
D KLM	38	37,5
F Konishiroku Photo	7G	7G
F Kubota	3,6G	3,6G
D Lafarge	120T	121G
D Litton Ind.	192	193
F Lone Star	72G	72G
D LTV	32,5	33,1
M M.I.M. Hold.	7,45	7,20
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,6G	3,6G
F Marudai Food	7,2G	7,20
D Matsushita El.	19,8	19,7
M McDonald's	158,5	155,1
M Merril Lynch	85,5bB	87,9
F McDonnell D.	204,5G	210,2
M Minerals & Res.	23,1bB	22,7
D Minnesota M.	241G	241T
D Minolta Camera	7B	6,97
F Mitsubishi Chem.	3,75T	3,75T
F Mitsubishi El.	5,1	5G
F Mitsui Bk.	10,5G	10,5G
F Mitsui & Co.	3,8G	3,8G
F Mitsui Engin.	1,7T	1,7T
F Mitsui O. S. K.	1,9G	1,9G
F Mitsumi El.	13,5	13,5
H Mobil Corp.	85	87
F Monsanto	132	135
F Montedison	1,82	1,81
F Murata	32G	32
M Nat. Semicond.	35,8	35,9bG
D Nat. Westminster	21T	21T
F NEC Corp.	15,8	15,8
F Nestlé	6450	6450
D Nikko Sec.	6,2G	6,2G
F Nippon Kokan	1,8T	1,8bG
F Nippon Shinpan	6,8T	6,87
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	7,5G	7,5G
F Nisshin Steel	1,95	1,95
F Nissho - Iwai	3T	3T
D NL Industries	38	38G
F Norsk Hydro	40,1	40,4
F Novo Ind.	360	350
F Nyaser	214	216
H Occ. Petroleum	89,5	89,8
F Océ v. d. Grint	–	–
F Olivetti St.	9,85	9,5bG
F Olivetti Vz.	8,15	8,1
F Olympus Optical	13,5G	13,5G
H v. Ommeren	–	–
F Omron Tateisi	25T	25T
F Pacific Telesis	192	194
F Pakhoed	52,5	52,5G
F PanAm	14,4	14,85
D Parker Drilling	–	19,95
F Parker Hannifin	99G	101G
F Peko Wallsend	14	14
M Pepsi	131,9	133,5
F Pernod-Ricard	342G	345G
F Peugeot	64,5	64
F Philip Morris	238	239
H Philips	49,3	49,4
D Phoenix Ass.	–	–
M Pioneer El.	28,3	28,3
F Pirelli	2,75	2,70G
M Polaroid	81,4	82,4
M Prime Computer	48,9	48,8
F Procter & G.	168G	168,5
D Ramada Inns	18,5G	18,5
M Ranger Oil	16,2	17,2
F Racal	12,2G	12,2G
F Rio Tinto NA-St.	23,5	22,9
F Rio Tinto Kon.	22,5T	22,5T
H Robeco	60	60,5
F Rockwell	86,1exD	88
H Rolinco	56,7	57
F Rorento	39	39
F Rothmans Int.	5,8T	5,75T
D Rowan Cos	29,1	30
H Royal Dutch	152	152,3
M Rustenburg Plat. Hold	27,2	25,8
F Sankyo Steamship	1,7	1,7G
F Sanden Corp.	7,5T	7,5T
M Santos	16,1	16
F Sanyo Elec.	6,25	6,25
F Sanwa Bk.	12T	12T
M SASOL	8,55	8,45
F Schering Plough	114,5	116,5
F Schlumberger	120,1	120,5
F Schw. Alum.	900	910
F Schw. Bankverein PS	380	382
F Schw. Bankverein OR	5,75	5,8
M Sears, Roebuck	93,9	94,7bB
F Seiyu Stores	7,8T	7,5T
F Sekisui House	6,7T	6,7T
F Selected Risk	45G	45G
F Shell Canada	55	55
H Shell T & T	23,5	24
D Singer	91,1	92,5G
F Snia Bpd.	3	2,98
D Solvay	217TG	218T
D Sony Corp.	46,3	46
F Southwestern Bell	189,5	192
D Sperry Corp.	111	114
F Squibb	152	148exD
F Standard Oil	131exD	132
F Stanley Elec.	11,8G	11,8G
F Steyr-Daimler-P.	21	20,6
F Sumitomo	6,3G	6,3
F Sumitomo Heavy	2,4G	2,4G
D Sumitomo Metal	1,8G	1,8T
D Sun	137T	143G
M Sunshine Mining	31,3	31,9
F Swissair	1220G	1210G
F Tasei Kens	2,4G	2,4G
M Tandy	71,1	71,6
F Taiyo Yuden	14T	14T
F Tenneco	108	110G
D Texaco	100,5	101,5
F Texas Instruments	361	365
D Thomson-CSF	120TB	120T
D Thorn Emi	17TG	18T
F Tokyo El.	17T	17T
D Tokyo Pac.	403G	–
F Tokyo Sanyo El.	8,8T	8,8T
D Toray	5G	4,95G
D Toshiba	5,2G	5T
D Trans World Airlines	28,5G	29G
F TRIO Kenwood	7G	7G
F TRW	215G	215G
F Tsumura Juntendo	18,7G	18,7G
D UAL	123	123,5T
H Unilever	269,5	269
F Union Carbide	148	150
B Uniroyal	36	39
F United Techn.	108	110
F US Steel	73,8	74
F US West	193	194,8
M Vaal Reefs Expl.	31,5	31
D Vmf-Stork	120TB	119T
D Volvo A	86T	86T
D dgl. Nam B	75G	77G
F Warner Commun.	59,9	59,7
F Warner Lambert	100	104
F Wells Fargo	135,5	138
M Western Deep L.	139	134
M Western Mining	8,6	8,5
M Westinghouse El.	77	76,5
F Westl.-Utrecht H.	92,5	93
D Xerox Corp.	110G	109

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zulegen konnten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 11.	9. 11.
Dez.	359,50	361,25
März	360,75	363,00
Mai	355,50	357,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 11.	9. 11.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	238,89	238,87
Amber Durum	252,03	251,22
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	geschl.	144,00
März	geschl.	151,00
Mai	geschl.	155,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	geschl.	123,00
März	geschl.	125,50
Mai	geschl.	128,50
Hafer Chicago (c/bush)	12. 11.	9. 11.
Dez.	184,50	184,25
März	182,00	181,50
Mai	179,25	179,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	278,25	276,50
März	285,00	283,50
Mai	290,75	289,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 11.	9. 11.
Dez.	geschl.	134,00
März	geschl.	134,30
Mai	geschl.	135,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 11.	9. 11.
Terminkontr. Dez.	143,50	140,69
März	139,60	137,30
Mai	138,20	136,25
Kakao New York ($/t)	12. 11.	9. 11.
Terminkontr. Dez.	2295	2275
März	2248	2223
Mai	2250	2220
Umsatz	3079	1987
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,23	5,35
März	5,75	5,87
Mai	6,04	6,70
Juli	6,32	6,47
Sept.	6,57	6,70
Umsatz	4335	5875
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 11.	9. 11.
	4,79	4,89
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	12. 11.	8. 11.
Nov	2585-2589	2576-2594
Jan.	2361-2363	2335-2336
März	2235-2239	2214-2217
Umsatz	2682	2381
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1900-1904	1883-1884
März	1869-1870	1855-1856
Mai	1872-1873	1859-1862
Umsatz	2848	7535
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez	135,00-136,40	137,00-140,00
März	154,20-154,40	157,60-157,80
Mai	161,00	164,60-165,00
Umsatz	1842	2166
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 11.	8. 11.
schw. Sarawak spez.	unerh.	437,50
weißer Sarawak	unerh.	677,50
weißer Muntok	unerh.	685,00
Orangensaft New York (c/lb)	12. 11.	9. 11.
Nov.	165,00	164,00
Jan.	168,00	167,80
März	169,20	168,60
Mai	169,10	168,50
Juli	169,00	168,40
Umsatz	300	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 11.	9. 11.
Südstaaten fob Werk	40,00	40,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	33,50	34,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	29,30	28,32
Jan.	27,80	26,80
März	26,50	25,80
Mai	25,95	25,40
Juli	25,60	25,15
Aug.	25,10	24,80
Sept.	24,80	24,50
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	31,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	33,50	33,50
Choise white hog 4% fr. F	22,00	21,50
Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F	17,75	17,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	50,75	50,20
Febr.	51,95	51,50
April	48,10	47,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr	69,75	67,70
März	69,80	67,85
Mai	70,70	68,90
Häute Chicago (c/lb)	12. 11.	9. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov	625,50	621,00
Jan.	637,50	632,50
März	652,00	647,00
Mai	664,75	660,50
Juli	674,00	668,50
Aug	674,00	669,00
Sept.	659,00	657,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	155,40	154,80
Jan.	158,30	157,80
März	164,20	164,20
Mai	170,00	169,70
Juli	175,80	175,30
Aug.	175,50	176,00
Sep.	175,50	178,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 11.	9. 11.
Dez.	geschl.	355,00
März	geschl.	368,10
Mai	geschl.	376,10
Kokosöl New York (c/lb)	12. 11.	9. 11.
Westküste fob Werk	49,00	50,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 11.	12. 11.
jegl. Herk. cif	925,00	925,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	635,00	625,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	680,00	675,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	252,00	254,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1125,00	1125,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	294,75	300,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	12. 11.	9. 11.
Dez.	64,05	65,75
März	65,75	67,55
Mai	67,20	68,67
Juli	68,85	70,15
Okt.	68,90	69,60
Dez	68,90	69,65
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,75	42,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr 2	12. 11.	9. 11.
Dez.	516-520	517-521
Jan.	519-523	518-523
März	528-530	526-529
Umsatz	126	94
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	12. 11.	9. 11.
Dez.	unerh.	51,40
März	unerh.	53,40
Mai	unerh	53,50
Juli	unerh.	53,50
Umsatz	–	0
		Tendenz: –
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 11.	9. 11.
Dez.	566,5-568,0	566,5-567,0
März	583,0-584,9	591,0-594,0
Okt.	590,5-593,0	596,5-600,0
Umsatz	20	26
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 11.	9. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 11.	9. 11.
Nov	13 200	13 200
Dez.	12 400	12 600
Kautschuk London (p/kg)	12. 11.	8. 11.
Nr. 1 RSS loco	61,00-65,00	62,00-65,00
Dez.	–64,50	62,00-64,00
Jan.	63,00-65,50	64,00-66,00
Feb.	–66,50	64,00-66,00
Tendenz: nominell		
Kautschuk Malaysia (mal c/kg)	12. 11.	8. 11.
Dez.	unerh.	197,50-199,00
Jan.	unerh	201,50-203,00
Nr. 2 RSS Dez.	unerh.	189,50-190,50
Nr. 3 RSS Dez.	unerh.	185,00-187,00
Nr 4 RSS Dez.	unerh.	179,63-180,00
Tendenz:		
Jute London (£/lgt)	12. 11.	8. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 11.	12. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	136,09-136,28	136,02-136,40
drittfolg. Monat	134,78-134,96	133,96-134,15
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,69-237,87	237,24-237,43
drittfolg. Monat	239,94-240,12	239,11-239,30
Produz.-Preis	263,90	268,29
Reinzinn 99,9%	3979-4018	3946-3985

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 11.	12. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*	413,70-415,57	409,94-411,81
Blei in Kabeln	143,75-144,75	143,75-144,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	13. 11.	12. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	391,00-394,00	389,00-391,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	435,00-437,00	432,00-437,00
MS 63	423,00-428,00	420,00-425,00

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	12. 11.	9. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,26	29,27

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 11.	12. 11.
Leg. 225	372-378	372-378
Leg. 226	374-380	374-380
Leg. 231	407-411	407-411
Leg 233	417-421	417-421

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 11.	12. 11.
Platin (DM je g)	34,15	34,208
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 350	33 350
Rücknahmepr.	32 600	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 690	33 580
Rücknahmepr.	32 840	32 720
verarbeitet	35 340	35 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 950	32 950
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr	756,40	747,90
Rücknahmepr.	734,10	725,80
verarbeitet	789,60	780,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	13. 11.	12. 11.
10.30	350,00	345,80
15.00	350,45	345,75
Zürich mittags	349,80-350,30	345,90-346,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 800	101 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	612,50	606,55
3 Monate	626,65	621,15
6 Monate	640,05	634,75
12 Monate	669,05	663,70
Platin (£-Feinunze) London	12. 11.	9. 11.
fr. Markt	264,05	265,55
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	115,25	116,15

New Yorker Preise	12. 11.	9. 11.
Gold H & H Ankauf	345,75	346,80
Silber H & H Ankauf	768,00	769,00
Platin fr. Händlerpr	337,00-340,00	337,00-340,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	145,00-146,00	146,50-147,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov	772,50	765,50
Dez.	775,00	768,50
Jan.	782,20	775,20
März	794,00	787,00
Mai	807,70	800,50
Juli	820,90	813,00
Sept.	835,50	828,30
Umsatz	13 000	23 000

New Yorker Metallbörse

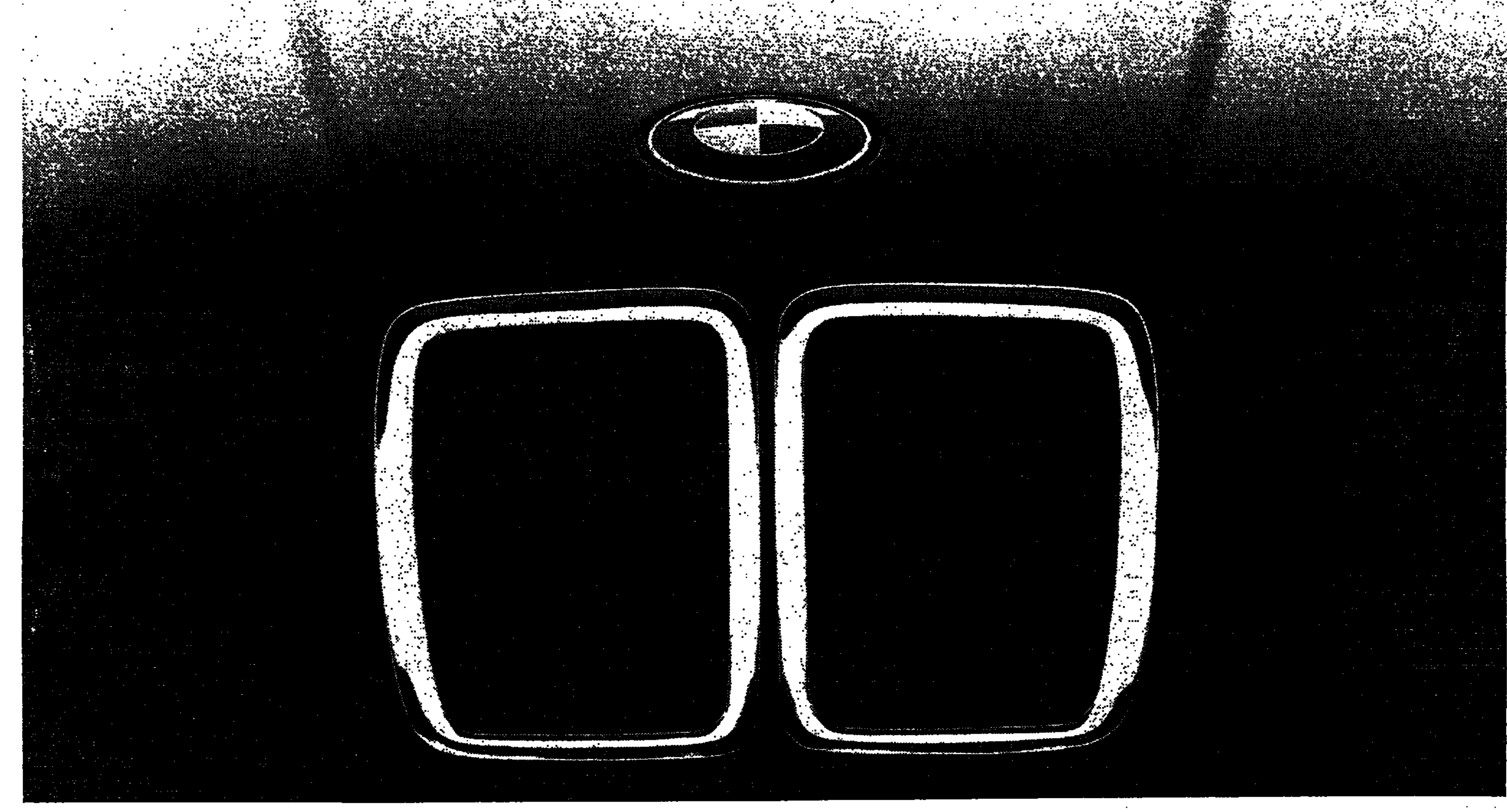
Kupfer (c/lb)	12. 11.	9. 11.
Nov	61,15	60,50
Dez.	61,35	60,70
Jan.	61,95	61,30
März	62,90	62,30
Mai	64,00	63,35
Juli	65,10	64,45
Sept.	66,20	65,55
Umsatz	7000	8000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	13. 11.	12. 11.
Kasse	942,00-943,00	937,00-937,50
3 Monate	968,50-969,50	962,50-963,00
Blei (£/t) Kasse	363,00-363,50	367,00-368,00
3 Monate	359,50-360,00	362,00-363,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1091,0-1091,5	1083,0-1083,5
3 Monate	1114,5-1115,0	1107,0-1107,5
abends Kasse	–	1083,0-1084,0
3 Monate	–	1106,0-1107,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1095,0-1098,0	1088,0-1090,0
3 Monate	1115,0-1115,5	1108,0-1110,0
Zink (£/t) Kasse	634,00-634,50	630,00-631,00
3 Monate	640,00-640,50	636,50-637,00
Zinn (£/t) Kasse	9495-9500	9460-9465
3 Monate	9500-9501	9465-9470
Quecksilber ($/Fl.)	–	305-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80-85

Auf die Frage nach dem richtigen Weg zu umweltfreundlichsten Automobilen gibt es verschiedene Antworten.
Falsche. Unzureichende. Unüberlegte.

Und diese.



BMW beendet den aktuellen Interessenkonflikt beim Automobilkauf: Hier sind 6 überzeugende Konzepte, mit denen Sie die Interessen der Umwelt optimal mit Ihren eigenen verbinden können.
Übernehmen Sie die Initiative als Autofahrer und Autokäufer. BMW hat die Voraussetzungen dafür geschaffen. Gemeinsam können wir damit offensiv und schnell einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Schadstoff-Emissionen von Automobilen leisten.

Der erste Weg zum Handeln: Katalysatortechnik.

BMW hat mit die größte Katalysator-Erfahrung aller europäischen Automobilmarken.
Und besitzt ein einzigartiges Know-how beim Einsatz der dafür notwendigen intelligenten elektronischen Triebwerkssteuerungen.
Diesen Vorsprung haben wir genutzt und mit erheblichem konstruktivem und finanziellem Aufwand ein umfassendes Programm von Katalysator-Fahrzeugen für die unterschiedlichsten Anforderungen entwickelt.

318i	/ 318i	Automatic	2 Türen
318i	/ 318i	Automatic	4 Türen
325e*	/ 325e	Automatic*	2 Türen
325e*	/ 325e	Automatic*	4 Türen
525e	/ 525e	Automatic	
535i	/ 535i	Automatic	
M 535i	/ M 535i	Automatic	
735i	/ 735i	Automatic	
635 CSi	/ 635 CSi	Automatic	

*) Der neue BMW 325e ist im übrigen ein besonders eindrucksvoller Beweis für das zukunftweisende BMW Engagement für umweltfreundlichste Automobiltechnik.
Der BMW 325e ist ein eigens und speziell für den Katalysatorbetrieb ausgelegtes Fahrzeug.
Seine gesamte Charakteristik mit sehr hohem Drehmoment bereits bei geringen Drehzahlen macht umweltfreundliches und zugleich sehr wirtschaftliches Fahren besonders leicht.

Sie können zwischen 18 Modellvarianten aus 4 Fahrzeug-Baureihen und ganz individuellen Ausstattungen wählen.

Und sind dabei selbstverständlich nicht – wie bei manchen anderen – gezwungen, preiserhöhende Zwangsausstattungs-Pakete mitzukaufen.

Der zweite Weg zum Handeln: Umrüst-Lösung für Katalysator-Automobile.

Das gesamte Katalysator-Modellprogramm liefern wir auch zur späteren Umrüstung aus.
Sie kaufen also ein Katalysator-Automobil jetzt, fahren es mit einem Katalysator aber erst dann, wenn der gegenwärtige Engpaß bei der Versorgung mit bleifreiem Benzin überbrückt ist.
Vom Zeitpunkt der Umrüstung an ist geplant, daß Sie natürlich auch den entsprechenden Steuervorteil nutzen können.
Vor der Umrüstung erreichen Sie zwar nicht die günstigen Abgaswerte eines normalen Modells, bewegen sich aber innerhalb der gesetzlichen Auflagen – ein Punkt, den wir im Gegensatz zu anderen Anbietern solcher Lösungen nicht verschweigen wollen.

Der dritte Weg zum Handeln: Katalysator-Nachrüstung.

Die modernste Triebwerks-Elektronik eines BMW ist nicht nur dafür verantwortlich, daß ein neuer BMW auch ohne Katalysator ein wichtiger Beitrag zur Entlastung unserer Umwelt ist.
Sie bietet auch die technische Option, einzelne BMW Typen (ab Herbst '79) bei Ihrem BMW Händler nachträglich mit der Katalysatortechnik ausrüsten zu lassen.
Eine zugegeben wirtschaftlich etwas aufwendigere Lösung, aber mit dem Vorteil, daß Sie bis zum Umbau maximale Leistungsfähigkeit bei günstigstem Energieverbrauch zu Verfügung haben. Zudem ist davon auszugehen, daß die Steuerentlastung vom Gesetzgeber auch auf nachgerüstete Fahrzeuge ausgedehnt wird.

Der vierte Weg zum Handeln: BMW NO_x-Control zur Schadstoff-Reduzierung.

Wir bieten auf der Basis der hochentwickelten BMW Triebwerkstechnik eine Maßnahme zur Schadstoff-Reduzierung an, die gerade für bereits zugelassene BMW relativ preiswert bei Ihrem BMW Händler eingebaut werden kann (die meisten BMW Modelle ab Herbst 1979).
Die damit erzielbare Abgasreinigung erreicht zwar nicht den Wirkungsgrad des Katalysators, es lassen sich aber kurzfristig und sehr wirtschaftlich die Stickoxide deutlich reduzieren – allerdings bei etwas höherem Verbrauch.
Diese Maßnahme kann damit besonders schnell und wirksam zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen – viel mehr übrigens als eine Tempobegrenzung.
Im übrigen sind vom Gesetzgeber auch für diese Maßnahme Förderungsmöglichkeiten geplant.

Der fünfte Weg zum Handeln: Diesel auf BMW Niveau.

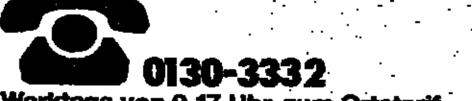
Diesel arbeiten bekanntlich von Haus aus relativ umweltfreundlich. BMW bietet darüber hinaus einen Diesel, der das, was ein anspruchsvoller Autofahrer an aktiver Sicherheit und Fahrkomfort erwarten muß, in einzigartiger Weise realisiert.
Wer also aus Gründen der Umweltfreundlichkeit zu einem Diesel wechselt, sollte auf keinen Fall Kompromisse machen.
Komfort durch 6-Zylinder-Fahrkultur und unverzichtbare Fahrsicherheit durch bestmögliches Beschleunigungsvermögen sind zwar bei anderen Diesel noch ein Wunschtraum – beim BMW 524td Turbo-Diesel aber Realität.

Der sechste Weg zum Handeln: BMW Leasing.

Der hohe Wiederverkaufswert von BMW Automobilen ermöglicht günstige Leasing-Raten. Nach einer Laufzeit, die Sie bestimmen, nehmen wir Ihr Fahrzeug einfach zurück. Zu einem Wert, der heute schon feststeht.
Das BMW Leasing-Angebot gibt Ihnen die Möglichkeit, mit einem neuen, auch ohne Katalysator bereits umweltfreundlichen BMW jetzt sofort zur Umweltentlastung beizutragen und sich dabei alle Optionen offenzuhalten.

Werden Sie jetzt ganz im Sinne der Allgemeinheit für die Umwelt aktiv – ohne Ihre ganz individuellen Interessen außer acht zu lassen:
BMW hat für die Ansprüche der Umwelt genauso wie für Ihre eigenen das richtige Konzept.

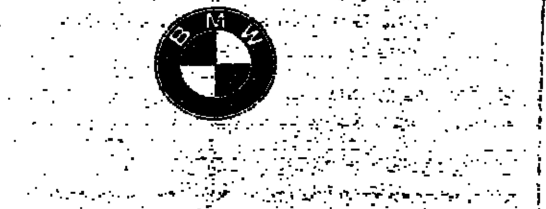
Nutzen Sie das BMW Umwelt-Telefon



Werktags von 9-17 Uhr, zum Ortstarif.

Wir informieren Sie über die für Ihre Anforderungen beste Lösung.

Oder wenden Sie sich an Ihren BMW Händler.
Er berät Sie gern ausführlich.



Vorarbeit kostet zwei Drittel des Aufwands

Ziel zeitgerechten Verhaltenstrainings muß es sein, dem Unternehmen durch die Mitarbeiter bei der Realisierung der Unternehmensziele zu helfen und dem Teilnehmer Hilfe zur Selbsthilfe an die Hand zu geben, um situationsgerecht und frei agieren zu können. Deshalb müssen grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten trainiert werden, um Verhaltensalternativen aufzuzeigen, die situationsspezifisch geübt werden.

Die Trainingsinhalte müssen also mit Fachwissensbereichen und Fachausbildung abgestimmt sein. Sie müssen sich an den die Tätigkeit beeinflussenden Kriterien (Markt/Mitarbeiter, Unternehmensziele und -philosophie u. a.) orientieren und zielgruppengerecht vermittelt werden.

Erst wenn allerdings das Problem, die IST/SOLL-Abweichung definiert ist, können Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und unter Beachtung des Ziels bewertet werden. Experten sagen, daß ca. zwei Drittel des Aufwands für Analyse und Definition, ein Drittel für die Lösung erforderlich seien. Die Relation kann bei Trainingsmaßnahmen etwas anders sein.

Entsprechende Maßnahmen und Vorgehensweisen ermöglichen es, aus den Unternehmenszielen, der Unternehmensphilosophie, dem Markt, den Mitarbeitern und weiteren Bedingungsfeldern Anforderungen an die zu trainierende Zielgruppe abzuleiten und entsprechende Maßnahmen kostengünstig und zeitsparend zu entwickeln. Solche Vorarbeiten können zusätzlich Informationen für Stellenbeschreibungen, Beurteilungs- und Förderungsgespräche geben.

Wenn die Geschäftsleitung hinter derartigen Maßnahmen steht, kann Verhaltenstraining

- die persönlichkeitsbezogene kommunikative Kompetenz steigern;
- die Einstellung der Teilnehmer zu sich selbst, zum Unternehmen, zum Kunden, zum Mitarbeiter ändern oder bestätigen;
- die Verzahnung mit Fachwissensvermittlung und an Unternehmenszielen orientierte Verhalten liefern.

HORST RÜCKLE

Bei Fortbildung nicht gespart

Wartelisten für Management-Seminare / Neue Angebote greifen aktuelle Probleme auf

Viele Unternehmen scheinen trotz der schwierigen konjunkturellen Zeiten weiterhin dem Erfordernis Rechnung zu tragen, in die Management-Weiterbildung zu investieren. Ein Indiz dafür ist, daß beispielsweise einer der großen Anbieter, das „Universitätsseminar der Wirtschaft Schloß Gracht", unverändert einen deutlichen Nachfrage-Zuwachs verzeichnet. Viele Seminare sind einige Monate vor Beginn ausgebucht. Regelmäßig werden deshalb nicht nur Wartelisten sondern auch zusätzliche Seminarangebote eingerichtet.

Neben branchenübergreifenden, in der Regel mehrwöchigen Management-Seminaren und betriebswirtschaftlichen Spezialseminaren umfaßt die Angebotspalette in Erftstadt auch maßgeschneiderte firmeninterne sowie Branchen-Seminare. Darüber hinaus werden in Schloß Gracht unter anderem Fernplanspiele sowie Symposien und Kolloquien zu aktuellen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen durchgeführt.

Die wichtigste Veranstaltung in dieser Reihe ist das früher als „Zehnwochen-Seminar" bekannte „General Management-Seminar", das inzwischen jährlich jeweils einmal als sechswöchige Veranstaltung auf dem Plan steht. Daß darüber hinaus Marketing- und Planungsseminare, Programme über partizipative Veränderungsstrategien und „Das Unternehmen in seinem ökonomischen, rechtlichen und sozialen Umfeld" stattfinden, ist bei Anbietern dieser Größe fast selbstverständlich.

Für 1985 ist das Angebot des Universitätsseminars um drei weitere Veranstaltungen erweitert worden: Zum einen um „Arbeitsrecht und Personalmanagement", womit man sich an Führungskräfte richtet, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Personalentscheidungen zu treffen haben. Zum anderen geht es um „Neue Techniken in der Wirtschaft – Mikroelektronik – Technische Grundlagen, wirtschaftliche Chancen und Risiken". Diese Seminar-Veranstaltung richtet sich in erster Linie an das mittlere Management der mittelständischen Wirtschaft sowie an Mitarbeiter in Großbetrieben und in Banken; insgesamt also an technische Non-Professionals.

Das dritte Neu-Angebot unter dem Titel „Strategisches Management in Versicherungsunternehmen" will im Rahmen einer umfassenden Darstellung und Diskussion über die wichtigsten Umwelttrends der Assekuranz orientieren. Dabei sollen das Konzept der strategischen Planung praxisorientiert vermittelt sowie an Hand von Fallbeispielen die wesentlichen strategischen Optionen der Zukunftsbewältigung abgeleitet werden. Angesprochen sind obere Führungskräfte der Versicherungswirtschaft, insbesondere aus den Vorstandsbereichen Planung, Vertrieb und Führungskräfteentwicklung.

Paul Andrykowsky, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand von Schloß Gracht, erklärt, „die Tatsache, daß die breite Angebotspalette des Universitätsseminars der Wirtschaft vom Markt angenommen wird, läßt die Interpretation zu, daß der Bedarf der Praxis bei der Weiterbildung seiner Führungskräfte sowohl im General-Management-Bereich als auch bei betriebswirtschaftlichen Spezialgebieten und auch bei besonderen Branchenproblemen liegt". Die Entwicklung des Weiterbildungsmarktes sei „stets sorgfältig zu beobachten und das Seminar-Angebot entsprechend auszurichten". Sein Unternehmen versuche „der Verpflichtung Genüge zu tun, im Sinne einer angebotsorientierten Politik langfristige Aspekte zu berücksichtigen, die zu einer weitschauenden, die Entwicklung der Zukunft vorbereitenden Unternehmensführung beitragen".

GEORGE P. OGDEN

Technologie und Management

J. R. Aachen

Vor allem an Ingenieure richtet sich das Aachener Wirtschaftsforum „Technologie und Management" am 22. und 23. November, das im Klinikum der Hochschule veranstaltet wird. Dabei werden Fachleute aus Industrie, Wissenschaft und Politik auf Themen eingehen wie „Die Werftindustrie – Probleme der strukturellen Anpassung", aber auch „Innovation, Technologietransfer und Existenzgründung". Mit diesem Forum tritt zum ersten Mal auch der kürzlich gegründete „Verein zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung" der Technischen Hochschule an die Öffentlichkeit.

Blick über den Zaun ins Ausland

-ei, Berlin

Der Stand der Management-Systeme und die Möglichkeit internationalen Erfahrungsaustauschs unter strategischen Aspekten sind die Ziele des Internationalen Symposiums „Technologie-Management" des VDI-Technologiezentrums am 27. und 28. November im Berliner Congreß Centrum. Im Mittelpunkt des ersten Tages werden detaillierte Darstellungen von Management-Systemen in den USA, Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik stehen. Der zweite Tag wird der Diskussion mit den Referenten dienen, die aus Unternehmensberatungen, Wissenschaft und Unternehmen kommen.

Reden wird vor der Kamera geübt

-nick, Wuppertal

Der Videorecorder ist als unbestechlicher Beobachter immer dabei, wenn die Rhetorik-Seminare ablaufen. Als Ausbildungsziel haben die „Management- und Wirtschaftsseminare" in Wuppertal das Einüben in selbstsicherem Auftreten und konzentriertem Denken gesetzt. Denn „ein Führender, der überzeugen will, muß diskutieren und reden können". Neben rhetorischen Mitteln wie dem wirksamen Aufbau einer Rede werden in den dreitägigen Seminaren Mimik und Gestik, Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit geschult. Auch in anderen Städten außerhalb Wuppertals werden Kurse angeboten.

Grundlagen für einen operativen Führungsstil

dp. Nürnberg

In fast allen Unternehmen haben sich im Verlauf der vergangenen Jahre moderne Führungsmethoden durchgesetzt; das heißt vor allem ein kooperativer Führungsstil. Dabei spielt naturgemäß die richtige Gesprächsführung, die Rhetorik-Dialektik, eine immer größere Rolle, vor allem auch in der Mitarbeiter-Motivation. Dieser Trend hat zur Gründung des „Nürnberger Rhetorik Clubs" geführt, in dem Führungskräften mit rhetorischen Grundkenntnissen die Gelegenheit geboten wird, die Gesprächsführung noch stärker als bisher in den Führungsprozeß im Unternehmen einzusetzen. Dabei spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle auch das Training der Kinesik. Damit die Fitness nicht zu kurz kommt, bietet Seminar-Chef Siegfried Peters auch eine Verbindung von Rhetorik und Skisport als Wochenseminar an.

Ins Ausland zur Profil-Bildung

G.P.O. Bonn

Daß die letzte Rezession in der Bundesrepublik Deutschland auch Management-Schwächen offenbart hat, ist weitgehend unbestritten. Die „Carl-Duisberg Gesellschaft" zieht als „Lehren aus der Krise", daß gerade die Firmen derartige Situationen am besten überstehen, der Führungskräfte „Persönlichkeitsmerkmale wie Toleranz, Selbstverantwortung, Lernbereitschaft und kritische Distanz zur eigenen Person aufweisen". Dies seien Eigenschaften, die vor allem während längerer beruflicher Tätigkeit im Ausland erworben würden. Die Duisberg-Gesellschaft hat sich genau dies zum Ziel gesetzt, „Persönlichkeitsbildung durch Auslandserfahrung". So wird im großen Programm auch ein zwölf Monate langer Aufenthalt in Brasilien angeboten, vor allem für Führungsnachwuchs aus der mittelständischen Wirtschaft, in dessen Zentrum vor allem die praktische Tätigkeit in brasilianischen Firmen steht.

Gehirnforschung hilft, Kreativität zu steigern

Brain-Dominance-Test ermöglicht praktische Nutzung

Links kann besser planen, organisieren, ist im logischen, analytisch-mathematischen Bereich eindeutig besser – zumindest für die Betrachtung der Gehirntätigkeit gilt dies bei den meisten Menschen. Die rechte Gehirnhälfte ist hingegen eher zuständig für die musischen, visuellen, künstlerischen Impulse, auch für Instinkte. Zwar kommunizieren beide Hälften miteinander, doch bei jedem Menschen dominiert in unterschiedlicher Weise eine der beiden.

Der Amerikaner Ned Herrmann, früher Chef der Aus- und Weiterbildung beim US-Konzern „General Electric" hat auf dieser Basis ein Modell entwickelt, das den unterschiedlichen Arbeitsweisen der Gehirnhälften, aber auch den verschiedenen Ausdrucksweisen der limbischen bzw. cerebralen Region gerecht werden soll. Er hat bei systematischen Tests an mehr als 4000 Personen versucht, die dem jeweils bevorzugten Gehirnmodus entsprechenden signifikanten Eigenschaften herauszukristallisieren, und kam dadurch zu einem Brain-Dominance-Test, mit dessen Hilfe für jede Testperson ein Dominanz-Profil erstellt werden kann, unverwechselbar wie ein Fingerabdruck. Inzwischen haben mehr als 25 000 Menschen aus den verschiedensten Ländern der Erde an den Tests teilgenommen.

Zwei Folgerungen können für die Aus- und Weiterbildung von Managern daraus gezogen werden: Zum einen kann anhand von Tests eine Gruppe oder Führungscrew so zusammengestellt werden, daß sie sich in ihren Dominanzen wie ein voll genutztes Gehirn ergänzt. Bei der Kölner Personalberatungs-Gesellschaft „Team Training", die in der Bundesrepublik die Methode des Brain-Dominance-Tests anwendet, werden dafür Seminare für angewandtes kreatives Denken durchgeführt. „Die Gruppenmitglieder lernen, ihren persönlichen Leistungsbereich funktionsdifferenziert zu erweitern sowie ihr Kommunikationsverhalten im Team auf Zielsetzung und Zusammensetzung hin zu harmonisieren." Aber zum anderen ergibt sich auch die Möglichkeit, die eigene „Fähigkeit zur Kreativität" zu trainieren, in den Bereichen, in denen erst einmal keine Präferenz vorhanden ist, die Kompetenz zu verbessern.

p. p.

Chance des Wachstums

Konjunkturgespräch der Harzburger Akademie in Köln

p. p. Bonn

Unter hochkarätiger Beteiligung von Wirtschafts-Experten wird am 30. November im Kölner Gürzenich das 17. Konjunkturgespräch der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft aus Bad Harzburg ablaufen können. Die Liste der Teilnehmer an der Podiumsdiskussion reicht von dem Wirtschaftswissenschaftler Harald Jürgensen über den Landeszentralbank-Präsidenten Dieter Hiss bis zu Abteilungsleitern aus den Bonner Wirtschafts- und Finanzministerien sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen: Was wird aus unserer Wirtschaft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre? Bekommen wir möglicherweise ein nachhaltiges Wachstum ohne Inflation?

Nach den Intentionen der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" in Bad Harzburg soll das „neutrale Forum eine in der Öffentlichkeit selten gewordene Chance eines Gedankenaustauschs zwischen den insgesamt für die wirtschaftliche Entwicklung Mitverantwortlichen" bieten. Der „Sachzwang der Fakten" und die „kritische Würdigung der vorliegenden Prognosen und Projektionen" allein sollen die Diskussion bestimmen. Von 10 bis 18 Uhr soll das Forum über die Konjunkturpolitik der kommenden Jahre dauern.

Auch die Pleite kann spielend erwirtschaftet werden

IHK-Reutlingen trainiert Management-Nachwuchs mit marketingorientiertem Planspiel / Technik rationalen Entscheidens soll gelernt werden

Die Situation der Firma ist katastrophal: In der Fertigung zwingt eine Grippewelle zu Produktionseinschränkungen, in der Materialbeschaffung gibt es Nachschubprobleme, und dazu hat ein Konkurrenz-Unternehmen ein technisch hochmodernes, preiswertes neues Produkt auf den Markt gebracht, das nun mit dem älteren, teureren, aber ausgereifteren eigenen konkurriert. Diese Situation erscheint real, sie ist aber nur Fiktion in einem Unternehmens-Planspiel, in dem die Fähigkeiten des Management-Nachwuchses trainiert werden.

Siegfried Höwelmann, Betriebswirtschafts-Professor im Fachbereich Außenwirtschaft der Fachhochschule Reutlingen, ist gemeinsam mit seinem Informatik-Kollegen Ashok Ullal der Vater eines solchen, vor allem marketingorientierten Planspiels, das von der Industrie- und Handelskammer in Reutlingen – als bundesweit einziger IHK – seit 1980 zur Management-Schulung den Unternehmen angeboten wird. Höwelmann kennt die Grenzen dieser Schulungsart, deren Qualität mit der simulierten Realitätsnähe steht und fällt. Aber er weist auch auf die unbezweifelbaren Vorteile dieses Management-Trainings hin, das vor allem „die Technik rationaler Entscheidungsfindungen" schule. Wer unter den modellartig vereinfachten Bedingungen ein systematisches Vorgehen gelernt habe, der sei auch in der Lage, „unter dem Zeitdruck und der starken Anspannung bei weniger übersichtlichen, komplizierteren Verhältnissen in der Praxis mit größerer Sicherheit zu arbeiten" und sei damit „ein beweglicher und vielseitig einsetzbarer Mitarbeiter".

Die Unternehmen, die ihren Führungskräfte-Nachwuchs an dem IHK-Planspiel schulen lassen, scheinen dies genauso zu sehen: Mit acht Teams begann die Veranstaltung im Jahre 1980, jährlich stieg die Zahl seitdem um bis zu 100 Prozent. 400 Teilnehmer aus mehr als 100 Unternehmen – von Daimler Benz über VEBA und SEL bis Varta – haben sich bisher an dem qualifizierten Management-Training beteiligt, deren realitätsnahe Simulation nur durch Computer-Unterstützung möglich ist. Und die Firmen legen sehr viel Wert darauf, daß ihre Mitarbeiter auch den Jahrgangs-Wettbewerb gewinnen. Die Siegerliste verzeichnet nicht nur Nachwuchs großer, sondern auch mittelständischer Unternehmen.

Höwelmann erläutert die Grundstruktur seines Spiels so: „Die Teilnehmer sollen die Stellung ihres (simulierten) Unternehmens am Markt verbessern, eine zufriedenstellende Rentabilität erwirtschaften und langfristig die Existenz ihres Unternehmens sichern." In der Regel sind es vier Firmen, die in dem Spiel miteinander konkurrieren. Die Ausgangssituation ist vom Erstaufbau der Produktionsanlagen über Preis, Absatz, Umsatz und Material- wie Warenbeständen bis zu den liquiden Mitteln für alle gleich. Hergestellt werden in jedem Unternehmen zwei „branchenneutrale Konsumgüter", die auch dem „Produktlebenszyklus" unterliegen. Das heißt, das Sortiment kann durch Eliminierung oder durch die Entwicklung neuer Erzeugnisse verändert werden.

Im Team ist je ein Teilnehmer für ein Ressort zuständig. Und im Gegensatz zu manchem realen Betrieb, in dem oft nur der „Kirchturm" der eigenen Abteilung gesehen wird, erkennen im Team-Planspiel die Bereichsleiter auch die Probleme ihres Nachbarn. Simuliert werden kann nahezu jede Situation. Sehr viel einfacher als in der Praxis können auch Marktanalysen und Informationen über die Konkurrenz gekauft werden. Zu den zu treffenden fertigungsbezogenen Entscheidungen gehören die Bereitstellung von Material, Halbfertigwaren, Personal- und Maschinen-Kapazität sowie die Frage von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, z. B. zur Rationalisierung. Werbung und Preisvariationen sind ebenso im Entscheidungsköcher wie die Möglichkeiten von Währungsgewinnen und -verlusten, Überstunden- und Schichtarbeit sowie die Bildung von Oligopolen.

Jede Periode in diesem Spiel entspricht einem Quartal. Höwelmann: Die Geschäftsleitungen treffen ihre Entscheidungen jeweils zu Beginn einer Periode. Die Auswirkungen werden zum Ende jeder Periode im sogenannten Management-Report mitgeteilt. Er enthält auch die Informationen über den Erfolg der Periode sowie über den Stand des Unternehmens. Ins EDV-Programm eingebaute zusätzliche Schwierigkeiten können dabei durchaus für Überraschungen sorgen: Plötzliche konjunkturelle Veränderungen lassen dann die Preisplanung oder Produktionsmengen unter einem ganz anderen Licht erscheinen.

In der Abschlußbesprechung werden auch die mit dem Spiel verbundenen Ausbildungszwecke den gemachten Erfahrungen gegenübergestellt. Die Unternehmensleitungen stellen dar, welche Ziele sie verfolgt haben, erläutern ihre Strategie sowie ihre Reaktionen auf die unvorhergesehenen Maßnahmen der Spielleitung und der Konkurrenz. Die realen Firmen, die ihren Führungsnachwuchs in Reutlingen regelmäßig schulen lassen, berichten unisono von einer zunehmenden Leistungsmotivation.

Es gehe, so Höwelmann, natürlich nicht nur um den Sieg, den maximalen Gewinn. Auch der Lerneffekt, eine Fehlentscheidung in der folgenden Periode zu korrigieren, sei hoch zu veranschlagen. Die Teilnehmer hätten in gemeinsamer Arbeit gelernt, aus einer Fülle verschiedener Informationen die zur Entscheidung notwendige Lösung herauszuarbeiten, zu alternativen Lösungsmöglichkeiten zu kommen und die künftige Entwicklung ihres Unternehmens festzulegen. Aber sie hätten eben auch die harte Wirklichkeit gelernt, daß man Fehlentscheidungen nicht rückwirkend korrigieren könne.

Am Ende des Spiels steht dann zusätzlich zum Gelernten der Sieg mit dem – nach Steuern – größten kumulativen Gewinn; vielleicht allerdings auch die in diesem Fall folgenlose Pleite.

PETER PHILIPPS

Rohmaterial 1 – Rohmaterial 2 – Rohmaterial 3 – ALPHA – BETA – Handelsware ALPHA, BETA – Markt 1 – Markt 2 – Markt 3 – Markt 4

Eigene Vertriebsanstrengungen: Vertriebsorganisation, Verkaufspreise, Produktwerbung, Verkäuferschulung, Produktforschung / Qualität, Image

Vertriebsanstrengungen konkurrierender Unternehmen: Vertriebsorganisation, Verkaufspreise, Produktwerbung, Verkäuferschulung, Produktforschung / Qualität, Image

Marktspezifische Besonderheiten – Sättigung, saisonale Einflüsse udgl. – Allgemeine Wirtschaftslage

Nach diesem Schema funktioniert das Planspiel, wirken aber auch real Angebot und Nachfrage auf Märkten.

Zuhörer müssen immer wieder aktiviert werden

an. Münster

Lange Vorträge sind in Seminaren die sicherste Möglichkeit, die Teilnehmer zu langweilen und einzuschläfern. Das „Management-Institut Dr. A. Kitzmann" in Münster setzt deshalb vor allem teilnehmeraktivierende Methoden ein, beispielsweise die Mataplantechnik. Laufender Wechsel von Einzelarbeit zur Partnerarbeit, zur Kleingruppenarbeit, zur Plenumsdiskussion wird von Kitzmann zum „Know-how eines guten Seminars" gerechnet. Aber, so kritisiert er, „neben anerkannten Fachleuten tummeln sich im Trainingsbreich eben auch nachweisliche Scharlatane, die häufig das Image der großen Schar von kompetenten Trainern schädigen". Denn der Markt ist lukrativ. Man schätzt, so Kitzmann, daß „sämtliche Bildungsetats in der Bundesrepublik zusammen bei etwa acht Milliarden Mark liegen". Zwar sind aufgrund der Kostensituation in vielen Unternehmen in letzter Zeit die Bildungsetats gekürzt worden, doch haben sich diese Ausgaben ingesamt seit 1971 vervielfacht. Dabei liege das Verhältnis von überbetrieblichen zu internen Seminaren bei 20 zu 80.

Angebots-Service im Btx-System

f. r. Hamburg

Bildungsexperten aus Unternehmen haben seit jeher die Schwierigkeit, sich schnell und zielgerichtet die notwendigen Informationen für ihre Arbeit zu beschaffen. Die „A + L Infocenter GmbH" in Hamburg hat damit begonnen, diese Marktlücke zu schließen: Als erster branchenübergreifender und firmenneutraler Service bietet es im Btx-System auf der Seite *20184# eine kostenlose und regelmäßig aktualisierte Suchhilfe für Dienstleistungen rund um die betriebliche Bildungsarbeit an. 52 namhafte Unternehmen – von Honeywell Bull bis Nixdorf – präsentieren in diesem Btx-Pool mehr als 500 Dienstleistungen für alle Aufgaben der Weiterbildung von Trainingshardware bis zu Seminarveranstaltern. Neben der Marktübersicht erleichtert der Service den Vergleich der Angebote.

Musik entspannt bei Superlearning

E. S. Böblingen

Zu den ungewöhnlichsten Erfolgen beim Fremdsprachen-Lernen führt die von Professor Lozanov in den sechziger Jahren entwickelte Methode des „Superlearning": Durch musikalisch erleichterte tiefe Entspannung, rhythmische Atemtechnik und abgestimmte Lernmethodik wird ein Teil der überwiegend sonst nicht genutzten Gehirnkapazität aktiviert. Das Gehirn registriert alles, auch wenn es nach einiger Zeit vom Bewußtsein verdrängt wird. Angeboten wird vom Böblinger „Studio für modernes Lernen" u. a. ein Zehn-Tage-Intensivkurs nach dieser Methode in einem First-Class-Hotel am Bodensee, in dessen Rahmen auch gezielte Management-Sprachkurse in Englisch und Französisch durchgeführt werden. Zu den bisher prominentesten Schülern der Böblinger gehörten Spitzenmanager von Audi.

Auf dem Lehrplan stehen die Management-Techniken

Ausbildung von Ingenieuren zum Industrial Engineering

Wie ein Evergreen ist heute überall in der Wirtschaft die Klage zu hören, daß die Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik nicht in der Lage sind, genügend praxisnah auszubilden, das heißt auch, ihre Absolventen so zu schulen, daß sie sich auf die immer schneller wechselnden Anforderungen ihres beruflichen Lebens auch einstellen können. Da die Universitäten darüber hinaus durch die staatlich verordnete, aber nicht entsprechend abgefederte Überbelastung durch immer mehr Studenten auch nicht ausreichend in der Lage sind, ihren Weiterbildungsauftrag zu erfüllen, sind private Anbieter gefordert. *Größter auf diesem Markt ist der* Verband für Arbeitsstudien und Betriebsorganisation, besser bekannt als REFA, der das Ausbildungsvolumen einer größeren Fachhochschule erreicht.

Zu den zur Zeit am stärksten nachgefragten Kursen gehört das „Seminar Industrial Engineering". Gelernt wird im Ganztagsunterricht, siebenmal eine Woche lang mit jeweils drei bis vier Wochen Abstand. Eingangsvoraussetzung sind eine abgeschlossene Ingenieur-Ausbildung sowie eine Reihe Seminare über REFA-Grundlagenwissen.

Industrial Engineering ist, so die gängige Definition, „das strategische Konzept zur Analyse und Gestaltung von Arbeitssystemen". Durch die Anwendung eines breiten, in der Praxis erprobten Spektrums von Methoden soll „der Einsatz von Menschen, Arbeitsmitteln und Stoffen so kombiniert werden, daß ein gewünschtes Ergebnis nach Qualität, Menge und Termin unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Zielsetzung erreicht wird".

Zu den Dingen, die von den vor allem angesprochenen Führungskräften des operativen Managements zuerst in dem Seminar bewältigt werden müssen, gehört die „Einführung in das aktive und lebendige Lernen" mit der Vermittlung von Konzentrationstechniken und Methoden zur Überwindung von Prüfungsängsten. Management-Techniken stehen ebenso auf dem Lehrplan wie „Motivation in der Führungspraxis" und Projektorganisation. Grundlagen des Personalwesens stehen anschließend auf dem Stundenplan, Plankostenrechnung und Produktentwicklung. Über Aufbauseminare kann das Wissen auch für die Zukunft laufend auf dem neuesten Stand gehalten werden.

GEORGE P. OGDEN

Ausbilder gehen selbst in ein Trainingslager

E. SCROOGE, Bubenreuth

Zu den Problemen für die Ausbildungs-Führungskräfte in Unternehmen gehört auch, daß in ihre eigene Weiterbildung zum Teil zu wenig investiert wird – insbesondere außerhalb ihres eigenen, engeren Fachgebietes. Die Trainer der „tpm GmbH" in Bubenreuth haben deshalb ein Programm-Konzept zur Weiterqualifizierung entwickelt, das sowohl bei der Fachkompetenz der Führungskräfte ansetzt als auch in der Methoden- und Sozialkompetenz.

Die Seminare sind als „längerdauernde Entwicklungsmaßnahmen" angelegt. Beispielsweise werden dabei Themen bearbeitet wie „Optimierung der Auswahlstrategie für jugendliche Bewerber", „Firmenspezifische Entwicklung lernwirksamer Medien" oder „Gestaltung der Orientierungsphasen während und nach der Berufsausbildung". Aber, sagt tpm-Geschäftsführer Hans-Georg Uhlenbrock: „Sehr gute Erfahrungen haben wir auch mit Projektarbeiten, autonomen Erfahrungsaustausch-Gruppen und Supervision gemacht." Welche Form auch gewählt wird, auf jeden Fall bleibt der Teilnehmerkreis über den ganzen Entwicklungszeitraum hinweg konstant, so daß auch Integrationsprozesse angestoßen werden.

Mißerfolg der Exporteure in Südostasien wird erforscht

Beeinträchtigt der EG-Markt die Konkurrenzfähigkeit?

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat erst in diesen Tagen wieder die deutschen Manager auf die Erfolge der japanischen und amerikanischen Unternehmer auf einem der am schnellsten wachsenden Exportmärkte, den Staaten Südostasiens, hingewiesen. Rohstoffreichtum und erfolgreiche Industrialisierung haben die ASEAN-Länder zu interessanten Standorten für ausländische Investoren gemacht und auch die Importnachfrage dort nach industriellen Zwischenprodukten und Investitionsgütern rapide ansteigen lassen. Die Marktanteile der US-Anbieter steigen kontinuierlich, die *Japaner haben sich den Löwenanteil* von 40 Prozent an diesem Zukunftsmarkt gesichert. Die Anteile der EG-Exporteure gehen seit dem Jahre 1970 kontinuierlich zurück.

Die europäische Spitzenposition auf der internationalen Einkommensskala hängt jedoch maßgeblich auch davon ab, ob sich die Europäer neue Exportmärkte erschließen können. Noch gehören sie weltweit zu den erfolgreichsten Anbietern. Aber diese Stellung können sie nicht halten, wenn sie sich auf die relativ langsam wachsenden Märkte in Europa konzentrieren und spezialisieren. Sie laufen Gefahr, ihre internationale Konkurrenzfähigkeit einzubüßen.

Um Abhilfe schaffen und erfolgreiche Strategien entwickeln zu können, müssen die Gründe für die bisherige Entwicklung empirisch aufgearbeitet werden. Die Stiftung Volkswagenwerk hat deshalb im Rahmen ihres Schwerpunktprogramms „Gegenwartsbezogene Forschung zur Region Südostasien" 380 000 Mark für ein Projekt zur Verfügung gestellt: Unter der Leitung von Ulrich Hiemenz soll der wirtschaftliche Mißerfolg der Europäer in Südostasien vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in einem vergleichenden Forschungsprojekt untersucht werden. 18 Monate sind als zeitliche Zielvorgabe dafür angesetzt worden.

Natürlich haben die Japaner auf dem Markt der Zukunft den Vorteil der Nachbarschaft. Aber dies reicht als Erklärung wohl kaum aus. Erforscht werden soll deshalb beispielsweise, ob die EG-Regierungen ihren Export-Unternehmen ein unzureichendes Förderungsinstrumentarium zur Verfügung stellen oder ob wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen die Wettbewerbsfähigkeit außerhalb des geschützten EG-Marktes beeinträchtigt haben.

JAMES ROVER

Schweiz: Armee und Wirtschaft als enge Partner

J. R. Genf

In der Schweiz hat sich seit einiger Zeit eine systematische Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Armee bei der Ausbildung von Führungskräften herausgeschält. Denn das Milizsystem hat hervorragende Möglichkeiten, ziviles Know-how im Bereich von Führung und Ausbildung zu nutzen. Wie z. B. die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet, hätten andererseits „seit je die Wirtschaftsführer und Spitzenfunktionäre immer wieder betont, sie hätten ihre persönliche Führungsschulung nicht in ihrem Beruf, sondern im Militärdienst erhalten". In beiden Bereichen setzt man auf starke Führungspersönlichkeiten und hat gemeinsam in den vergangenen Jahren Konzepte zur Optimierung von Entschlußfassungs- und Entscheidungsverläufen wie auch zur Führungstechnik entwikkelt. In Perfektion präsentiert sich die Symbiose in der „Kaderschmiede" der Schweizerischen Bankgesellschaft auf dem Wolfsberg in Ermatingen. Im „Führungsbrevier" der Gesellschaft heißt es u. a.: „Die überzeugende Führungskraft wird vor allem im Verhalten als Vorgesetzter, Mitarbeiter, Gruppenmitglied, Geschäftspartner und Staatsbürger sichtbar."

Stiftung als Träger eines Unternehmens

lm. St. Gallen

Die Hochschule St. Gallen nimmt sich am 23. November in einem Seminar in Zürich des Themas „Stiftung und Unternehmen" an. Im Vordergrund steht dabei das Problem, inwieweit eine Stiftung als privatrechtliche Anstalt auch Träger eines Unternehmens sein kann. In erster Linie taucht diese Frage meistens auf, um die Erhaltung eines Betriebs aus erbrechtlichen oder mitarbeiterbezogenen Gründen auf diese Weise zu sichern. Außerdem soll in dem Seminar auch auf die Möglichkeiten der Anlage von Stiftungskapitalien in Unternehmen eingegangen werden. Denn hierbei werden z. B. Risikoprobleme einzelwirtschaftlicher Natur aufgeworfen. Zu beiden Aspekten stehen ausgesuchte Fachleute zur Verfügung. Angesprochen sind vor allem Rechtsanwälte, Stiftungsorgane und Aufsichtsbehörden.

Abbau von Defiziten bei Verlagsleitern

j. m. Wuppertal

Für Verlagsleitungen ist das nächste Seminar der „Technischen Akademie Wuppertal" gedacht, das sich am 30. November mit dem „aktuellen Verlagsrecht in der Praxis" beschäftigen wird. Das Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen will mit dieser Veranstaltung Verlagsmanagern helfen, Defizite abzubauen in diesem wichtigen Bereich die tägliche Routine-Arbeit a. leicht entstehen. Im Mittelpunkt de. Veranstaltung stehen die „Sinnvolle Gestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Urhebern und Verlag" ebenso wie z. B. presserechtliche Probleme des Anzeigengeschäfts. Spezielle Fragen können vor Seminarbeginn eingereicht werden.

Am 11. November 1984 verstarb plötzlich und unerwartet das Mitglied unseres Aufsichtsrates

Walter Carstens

Vorsitzender des Betriebsrates der Motorenwerk Bremerhaven GmbH

Herr Carstens gehörte dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft seit dem Jahre 1982 an.

Dank seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Betriebsrates unserer Tochtergesellschaft Motorenwerk Bremerhaven GmbH verfügte er über eine reiche und praktische Erfahrung, die er zugunsten des Unternehmens und der von ihm vertretenen Arbeitnehmerschaft wirkungsvoll zur Geltung bringen konnte.

Wir verdanken ihm viel und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft
der
Industrieverwaltungsgesellschaft mbH
Bonn-Bad Godesberg

Hans Milchsack

ist für immer von uns gegangen.

Lilo Milchsack
Familie und Freunde

4000 Düsseldorf-Wittlaer, An der Kalvey 11

Die Einäscherung fand im Familienkreis statt.

Am 22. Oktober 1984 verstarb unser früherer Mitarbeiter, Herr

Wilhelm Herrmann

geboren am 27. Juni 1907

Herr Herrmann war 41 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1972 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 15. November 1984, um 12.00 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Kapelle 3, statt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung trauert um

Professor Dr. Hans Reif

der am 11. November 1984 im Alter von 85 Jahren verstarb.

Seit 1959 war Hans Reif Mitglied im Kuratorium der Stiftung, an deren Gründung und weiterer Arbeit er ideell und programmatisch wesentlichen Anteil hatte.

Mit uns trauern die deutschen Liberalen um einen aufrechten, zuverlässigen Gefährten in guten und bösen Zeiten.

Friedrich-Naumann-Stiftung

Vorstand	Kuratorium	Beirat	Geschäftsführung
Ralf Dahrendorf	Walter Scheel	Barthold C. Witte	Fritz Fliszar

Königswinter, den 14. November 1984

Am 8. November 1984 verstarb

Ministerialdirigent a. D.

Hubert Grünewald

Als Mitglied unseres Aufsichtsrates hat Herr Grünewald uns viele Jahre mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen zur Seite gestanden.

Wir trauern um einen guten Freund, den wir besonders wegen seiner herzlichen Anteilnahme an dem Wohlergehen unserer Gesellschaft geschätzt haben.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat
Salzgitter Industriebau GmbH

Am 10. November 1984 starb in Frankfurt/Main im 71. Lebensjahr

Professor Dr. med., Dr. med. h.c. Rolf Hassler

Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des
Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, Frankfurt/Main

Die Max-Planck-Gesellschaft trauert um einen bedeutenden Forscher, Lehrer und Arzt. Rolf Hassler hat der neurobiologischen Forschung neue Wege gewiesen. Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse führten zur Anwendung neuer Methoden im klinischen Bereich.

Rolf Hassler hat der Max-Planck-Gesellschaft ein Vierteljahrhundert angehört. Von 1959 bis 1982 leitete er als Direktor die Neurobiologische Abteilung am Max-Planck-Institut für Hirnforschung.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Dankbarkeit Abschied von Rolf Hassler, dem sie stets ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Heinz A. Staab
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e. V.

München, den 13. November 1984
Residenzstraße 1a

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 16. November 1984, um 11.30 Uhr auf dem Waldfriedhof in Zeppelinheim statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, -39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

IHRE CHANCE
– unser Angebot –

W WARSTEINER MODELL zur
I INNOVATIONSFÖRDERUNG und
E EXISTENZGRÜNDUNG

IHR PROBLEM
Sie befürchten hohe Risiken bei der Existenzgründung oder bei der Entwicklung von Innovationsvorhaben.

WIR BIETEN
- Ein günstiges Umfeld für den Technologietransfer
- Beratungs- und Finanzierungshilfen
In einem INNOVATIONS- und GRÜNDERZENTRUM
- *Räume zu günstigen* Konditionen
- zentrale Dienstleistungseinrichtungen

WEITERE INFORMATIONEN: STADT WARSTEIN – Ref. Wirtschaftsförderung – z. H. Herrn Heppekausen, Postfach 13 09, 4788 Warstein

---

Ihr Büro in der Schweiz bietet Ihnen Seriosität
Wickeln Sie Ihre Geschäfte
steuerfrei
über die Schweiz ab. Wir bieten Ihnen dazu die optimalen Voraussetzungen: Postanschrift, Telex, Amtsleitung, Sekretariat usw., Übersetzungen D., E., I., absolut diskret und zuverlässig. Wir gründen Ihnen auch Firmen in Steuerdomizilen.
J. Richter, CH-6825 Capolago, P. Box 50

Schach dem Finanzamt!
Erfahrener Spezialist für Betriebsprüfungen, Steuerfahndungsfälle u. steuerbegünstigte Kapitalanlagen mit zwanzigjähriger Berufserfahrung sucht Kontakte zwecks Veranstaltung von Seminaren zu Seminarveranstaltern, Banken, Handwerkskammern, Industrie- u. Handelskammern, Steuerfachverlagen u. ä. Organisationen.
Angebote unter B 11258 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

ZÜRICH
Firmengründungen, Geschäftsführung, Domizile
Verwaltungen, Treuhandmandate
in renommierter, steuergünstiger Züricher Vorortgemeinde.
Deutsche Geschäftsleitung.
Baumgärtner Treuhand
Hintergasse 13
CH-8803 Rüschlikon ZH
Tel. 00 41 / 1 / 7 24 24 84

Schreiner-Montageteam
mit „1a" Werkstattwagen
führt Schreinermontagen im Bundesgebiet und im Ausland aus.
Fa. JURO-MONT
Sägewerk 5/1
7252 WEIL DER STADT
Tel. 0 70 33 / 79 94

Ingenieurbüro

leistungsfähig in **Planung, Entwicklung und Konstruktion** von Maschinen und Anlagen, vorwiegend Schwermaschinenbau, bestens ausgestattet (Digital-Rechnersystem), erfahrenes Team, Sitz zentral in Nordwestdeutschland, übernimmt entsprechende *Projektaufträge, auch als* **technisches Außenbüro.**

Kontaktaufnahme bitte unter A 11257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Freie Vertriebsgruppe oder Einzelkämpfer
für neuen Anlagesektor gesucht.
„GRIFFIK" GmbH
Tel. 0 28 21 / 6 92 30-5

Ihre Geschäftsadresse in Frankfurt
Büroservice, 5sprachiges Sekretariat, Telex, Telefon, Schreibautomat u. Postverteilung usw.
Tel. 0 69 / 59 53 47, Tlx. 4 170 194

PRODUKTIONSANLAGEN – ENGINEERING – KNOW-HOW
zur Herstellung pulverförmiger u. flüssiger Wasch- u. Reinigungsmittel liefert weltweit
TELSCHIG
Verfahrenstechnik GmbH
Postfach 11 51, D-7157 Murrhardt
T.0 71 92/80 51 / 53, Telex 7 24 474 tevad

Wir verkaufen für Sie im PLZ-Gebiet 5
Verpackungsmaterial und -geräte
oder ähnl. Produkte, auf Basis einer exklusiven Gebietsvertretung, evtl. mit Auslieferungslager. Wir bieten: ca. 1500 Kunden (Industrie, Großhandel etc.), Personal, Lager- u. Büroräume, Lieferfahrzeuge
Kontaktaufnahme unter Y 11255 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Machen Sie sich selbständig
mit einer neuen Dienstleistung im kaufmännisch-organisatorischen Bereich. Wir erwarten zweistellige Zuwachsraten. Ein riesiger aufnahmebereiter Markt wartet auf Sie und garantiert Ihnen über Jahre hinaus ein wirklich überdurchschnittliches Einkommen. Wir geben vertriebsorientierten Damen und Herren die Chance, in einem geschützten Gebiet als unser
Gebietsverkaufsleiter/in
sich innerhalb kürzester Zeit eine lukrative selbständige Existenz aufzubauen. Sie benötigen etwas Umlaufkapital und sollten kurzfristig starten können. Schreiben Sie uns formlos, wer Sie sind und was Sie tun, und nennen Sie uns Ihre Telefonnummer. Wir melden uns umgehend. Jetzt sollten Sie sie kennenlernen,
die wirtschaftliche Alternative
Unsere Anschrift: RDK, Mailänder Straße 9, 6000 Frankfurt am Main 70

Verkaufsorientierte Radio-Werbung
Mit unserer gezielten, fachkundigen Unterstützung einer Radio-Werbung im Ausland (Spanien), *steigen auch Ihre Umsatzzahlen.* Ihr täglicher Werbetext in Deutsch, Englisch oder Spanisch von 30 Sek., kosten pro Monat 1000,– DM. Dazu bieten wir noch eine Büroanschrift in Malaga.
Zuschriften unter R 11270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Luft, die Spaß macht
Aufblasbare Badeartikel für die Sommersaison 1985 in allen Farben, Formen und Größen, sehr günstig zu bestellen bei:
S. K. NOWLAKHA
Import – Export
Rothenbaumchaussee 30
2 Hamburg 13
Fordern Sie uns. Gratisprospekt an. Keine Vertreterbesuche!

Wir suchen zur besseren Auslastung Verbindungen.
Wir bieten im Raum 493: Halle, 200 m², Werkstatt, 120 m², Büro, 60 m², sonst. Lagerfläche, Stapler, 7,5 t Lkw.
Angeb. erb. unt. R 11116 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Freier Handelsvertreter
mit guten Verbindungen zum Einzel- u. Großhandel im Dienstleistungsbereich kann noch Vertretung für PLZ 4 u. 5 übernehmen. Zuschr. unt. A 11 323 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ingenieurgruppe für EDV-Anwendung und techn. Gebäudeausrüstung sucht:
Repräsentanten
als freiberuflich Tätigen
mit sehr guten Verbindungen zur Industrie, Baubehörden, Bauträgern, Architekten,
Dotierung: auftragsbezogen,
für die Postleitzahlen:
1, 2, 23, 24, 28, 29, 3, 32, 33, 35, 4, 415, 43, 44, 45, 46, 463, 47, 48, 49, 5, 51, 527, 53, 54, 55, 56, 58, 588, 59, 6, 61, 62, 63, 65, 66, 675, 68, 69, 7, 71, 75, 775, 78, 79, 8, 84, 858, 86, 87, 875, 89.
Bewerbungen mit den entspr. ausführlichen Unterlagen unter Z 11256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

OFFSHORE
NON RESIDENT
U. K. LIMITED COMPANIES
NO LIABILITY TO U. K. TAX
NOTE – BEARER SHARE COMPANIES now available ready-made or incorporated to your requirement
Contact:
IMPERIAL COMPANY FORMATIONS
ICF

Ingenieur
(Maschinenbau/Elektrotechnik)
übernimmt Vertretung/Service für Hamburg u. Norddeutschl., Büro, Tlx., Telefon, Lagerräume vorh.
Zuschr. unter H 11 286 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fertighaus-Gebietsvertretung
zu vergeben! Tel. 0 22 72 / 8 17 76 (auch Sa./So.). Vermittlungs- u. Beratungsagentur

---

Geschäftsmann
ist in der Zeit vom 29. 12. 84 bis 10. 1. 85 in New Delhi/Indien. Übernehme noch Kurierdienste. *Anfragen unter Postfach 35 21,* 8520 Erlangen.
Fa. Import-Versand

Möchten Sie Ihre Kenntnisse im Ausland anwenden? Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, in der Schweiz Ihre Berufserfahrung auszubauen.
Wir suchen per sofort
Krankenschwester/Pfleger
für Altersheim.
Setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf.
I. S. ARBER AG STEINENVORSTADT 79 CH – 4051 BASEL
Ruf 00 41 61 / 23 43 65

Für das nördliche und westliche Niedersachsen, die Räume Bremen, Osnabrück und Münster suchen wir für den Außendienst
erfolgsgewohnte Verkaufspersönlichkeiten
Wir bieten ein exklusives Vertriebsgebiet. Ihre Ansprechpartner sind in der Industrie, im Handel und Handwerk und in der Dienstleistungsbranche zu finden. Nach kurzer Einarbeitungszeit können Monatseinkommen bis zu 10 000,- DM erzielt werden.
Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen unter M 11 245 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Experte des Fernostgeschäftes

Mit über 20jähriger *Erfahrung, vor allem* im südostasiatischen Raum, und Schwergewicht in der Papier-, Zellstoff- und Asbestzementindustrie sowie im allgemeinen Handelsgeschäft suche ich im Alter von 48 Jahren eine neue Herausforderung als

Vertriebsrepräsentant

Kaufmännische und technische Voraussetzungen sind ebenso gegeben wie die Beherrschung der relevanten Sprachen sowie Export-, Import-, Projektierungs- und Finanzierungserfahrung.

Wenn Sie an einer Kontaktaufnahme interessiert sind, wenden Sie sich bitte unter der Kennziffer 990 285 an die von mir mit der Weiterleitung beauftragte

Werbeagentur Terra, Postfach 31 01 86, 5270 Gummersbach 31, Telefon 0 22 61 / 70 31 44

Technischer Geschäftsführer

Metall-, Gummi-, Kunststoff-Industrie

Zielvorstellung: Geschäftsführer Technik bzw. Werks- oder Produktbereichsleiter mit Schwerpunkten Produktion, Produktentwicklung, techn. Marketing in einem mittelgroßen Unternehmen (50 bis 200 Mio. DM) der metall- od. verbundwerkstoffverarbeitenden Industrie.

Mobil in der Standortwahl.

Qualifikation: Dr.-Ing. (Vertiefungen Fertigungs- und Umformtechnik, Werkzeugmaschinen). 3 J. Betriebsleiter Umformtechnik (Massenfertigung). 6 J. Leiter Fertigung/Fertigungsent*wicklung Kunststoff-Präzisionsteile (Kleinserie). 3 J. TGF in* einem Familienunternehmen der Kautschuk-/Kunststoff-Industrie mit großer Produktpalette. 43 J., verh., Ist-Einkommen 125 TDM.

Zuschriften erbeten unter PY 48 506 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Ing. Maschinenbau

FH Hamburg, 44 Jahre

Schwerpunkte: Konstruktion, Kalkulation, Projektierung, Verkauf, sucht anspruchsvolle Aufgabe im Verkauf.
Angebote erb. u. Z 11 278 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen.*

Geschäftsführer/Vorstand

Dipl.-Ing., 49 J., nach 7 J. Elektronik-Entwicklung und 5 J. Produktion seit 10 J. Geschäftsführer mittlerer und großer Unternehmen in internationalen Konzernen (Konsumgüter), sucht neue Aufgabe mit den Schwerpunkten:

Rationalisierung/Restrukturierung

von Betrieb und Verwaltung, Entwicklung markt- und kostengerechter Produkte, Einführung modernster Fertigungstechnologien und Einsatz effektiver Controlling- und DV-Systeme.

Zuschriften erb. unt. B 112 80 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter
48 J., langjährige Praxis im internationalen Marketing u. Vertrieb mit Ertrags- u. Umsatzverantwortung, im Projektgeschäft sowie Serienproduktion des Maschinenbaus, erfolgreich beim Aufbau von Verkaufsorganisationen und bei Lizenz- u. Know-How-Vertragsabschlüssen, verhandlungsgewandt, belastbar u. führungserfahren, sichere Englisch- u. Französischkenntnisse, spanische Grundkenntnisse, su. neuen Wirkungskreis im Großraum Hamburg, auch Teilhaberschaft.
Angeb. u. T 112 72 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Seriöse Masseurin – Kosmetikerin – Heilpraktikerin
su. Aufgabe. Geboten wird: Massage, Kosmetik- u. Gesundheitsberatung, Haus- u. Firmenbesuche. Zuschriften unter E 11261 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufmännischer Leiter
erfolgsorientierter, belastbarer Organisations-Praktiker, verantwortlich für Rechnungswesen, EDV-Kenntnisse, sucht neues Aufgabengebiet.
Angebote erbeten unter C 11259 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dr.-Ing., 38
konstruktiver Ingenieurbau, 8 J. *Berufserfahrung als Assistent* der Geschäftsführung eines mittelständ. Bauunternehmens und Bauträgers, sucht neuen, erweiterungsfähigen Verantwortungsbereich.
Ang. u. V 11 274 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

UdSSR/Osteuropa, deutsch. Ehepaar, Dipl.-Ing. Masch.-Bau, 38 J., u. Betriebswirtin/Buchh., 32 J., russ./engl., Comecon-Erf., su. neues Aufgabengebiet. Auch einzeln. Ang. u. W 11 275 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Torremolinos
Frau sucht ab 1. 7. 85 Arbeit (z. Z. Datentypistin/Schreibkraft).
Zuschr. erb. u. M 11 267 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fahrer
42 Jahre, mit 190 D, für In- u. Ausland. Auch Interessenvertretung.
Tel.: 0 24 49 / 72 06

Kaufmännischer Angestellter
Getreide- u. Futtermittelbranche, spez. Exp., m. guten Englischkenntn., 37 J., selbst. Arbeiten gewohnt, Tlx. u. Schreibmaschine, einsatzfreudig, m. Auslandserfahrung, sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet im Raum Norddeutschland.
Angeb. erb. u. G 11 263 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Kaufmann
38 J., belastb. u. flexibel, langj. Tätigk. i. intern. Hdl. v. Futterm. u. and. Rohst., gt. Engl.- u. Börsenkenntn., devisenerf., su. z. 2. 1. 85 neue selbst. u. verantw. Pos.
Angeb. u. PT 48495 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hbg. 36.

Immobilienfachwirtin
40 J., 12 J. Berufserfahrung, an selbst. Arbeiten gewöhnt, sucht sich zu verändern.
Wirkungskreis: Raum Düsseldorf, Aachen, Köln
Angebote erbeten unter D 11280 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Chefsekretärin/Assistentin
35 J., engagiert, loyal, entlastet Chef durch Belastbarkeit, Entscheidungsvorbereitung und Verantwortungsbereitschaft.
Großraum Köln/Bonn.
Ich freue mich auf Ihre Zuschrift unter N 11 268 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann
wbl., 28 J., led., mit Studienschwerpunkten RuT, Steuern u. *Recht*, **sucht Erstanstellung zum Frühjahr 85** beim WP/Stb. Raum *Hamburg*. Zuschr. erb. unt. PH 48 505 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Techn. Betriebswirt (HWL), 43 J., verh., Betr.-Techn., staatl. gepr., REFA-Scheine, EDV-Ausb., Engl., FS I+II, langj. Berufserf. (Masch.-Anlagenbau) im In- u. Ausl., sucht per 1/85 neue Aufg. (vorzugsw. Ausl.). Zuschr. u. K 11 265 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dynamischer Dipl.-Kaufmann
28 Jahre, Erfahrungen in Kreditsicherung In- und Ausland, fließend Englisch, Berufserfahrung in Controlling, Verkauf mit Außendienst in der Branche Investitionsgüter, sucht neue Herausforderung nach zweijähriger Selbständigkeit in verantwortungsvoller Position mit Kompetenzen.
Ang. u. X 11 276 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Lehrerin
41 J. (Engl., Franz.), unabhängig, übernimmt Tätigkeit als Hauslehrerin o. ä. *Referenzen vorhanden.*
Zuschr. unt. C 11 325 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Software-Manager
Dr. rer. pol., MS (Operations Research), 41 J., seit 1975 in USA bei Weltfirma international tätig in Forschung, Entwicklung und Einführung von komplexen, entscheidungsorientierten Software-Systemen in mathematischer Optimierung, Prozeßplanung, Ablaufplanung, Logistik etc., sucht Führungsaufgabe in Unternehmensplanung, Operations Research oder Software-Management.
P. O. Box 9227, Morristown, NJ 0 79 60 (New Jersey), USA

Studierender
Maschinenbau-Ing.
FH, m. Vorausbildung zum Korrosionsschutztechniker (Verzinkungstechn.), sucht für Febr./März Anfangsstellung. Weitere Qualifikation: *abgeschl. Berufsausbildung,* Ausbildereignungsprüfung.
Zuschr. u. A 11 147 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Leiter Materialwesen
50 J., ungek., m. mehrj. Erf. i. d. Bereichen Auftragserfassung u. Steuerung, Bestell- u. Bestandswesen, Lagerwirtschaft, Fuhrpark u. Versand, sucht zum 1. 7. 1985 neue Führungsaufgabe.
Ang. u. K 11 287 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industrie-Kaufmann
49 J., 14 J. im Revisionsdienst tätig, Groß- u. Einzelhand.-Erf., Kenntn. in allen Bereichen des kfm. Innen- u. Außend., sucht neuen Wirkungskr.
Angeb. erb. u. F 11 282 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Trainer Quality Circle
(US-Ausbildung, Deutschland-Praxis) richtet Qualitätszirkel ein. Zuschr. unter P 11 269 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, *4300 Essen.*

Management Immobilien
Unternehmerisch veranlagter Jurist, erfolgsorientiert, Mitte 30, *steuerrechtliche Ausbildung (Finanzverwaltung),* Zulassung als Anwalt möglich, seit mehreren Jahren in der Immobiliensteuersparbranche tätig, u. a.: Konzeption, Vertriebskoordination, Schulung von *Anlageberatern, eigenständige* Arbeitsweise gewohnt, sucht unternehmerisch orientierte Tätigkeit.
Angeb. erb. u. L 11 266 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Exportkaufmann
51 J., langj. Erf. i. weltw. Export Masch./Anl., Handel + Industrie, Engl./Span. diktat- und verhandlungss., Portug. gut, Grundk. Franz., s. *baldmögl. neue, selbst.* Pos., Großr. Hamb.
Angeb. u. U. 11 273 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

PR-Manager
(37), gel. Verlagskaufmann, z. Zt. tätig in der Musikbranche, sucht verantwortungsvolle Position im Bereich Neue Medien.
Angeb. erb. u. H 11 264 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Elektrotechniker
mit Kenntnissen in Elektronik, Klimatechnik, Prozeßautomatisierung, Meß- und Regelungstechnik sucht technische Vertretung Raum Jugoslawien für Montage und Kundendienst. Zuschr. unt. S 11 271 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---



„GEFÄHRLICHE UNART: ZU LANGE SEITENBLICKE"



Schleswig-Holstein e. V.

STELLENANGEBOTE

Wir sind eines der führenden Unternehmen im Bereich des pharmazeutischen Großhandels. Wir haben für die nächsten Jahre noch große Pläne. Deswegen suchen wir mehrere

GEHE

APOTHEKEN-BERATER

für die Gebiete Hamburg/Schleswig-Holstein

Ihr Profil
- 30–45 Jahre alt
- positive Einstellung zum Verkauf
- hohes Maß an Einfühlungsvermögen
- gute kommunikative Fähigkeiten
- ausgeprägtes analytisches Denkvermögen
- Erfahrung im Bereich ‚Apotheke, Drogerie' kann von Vorteil sein.

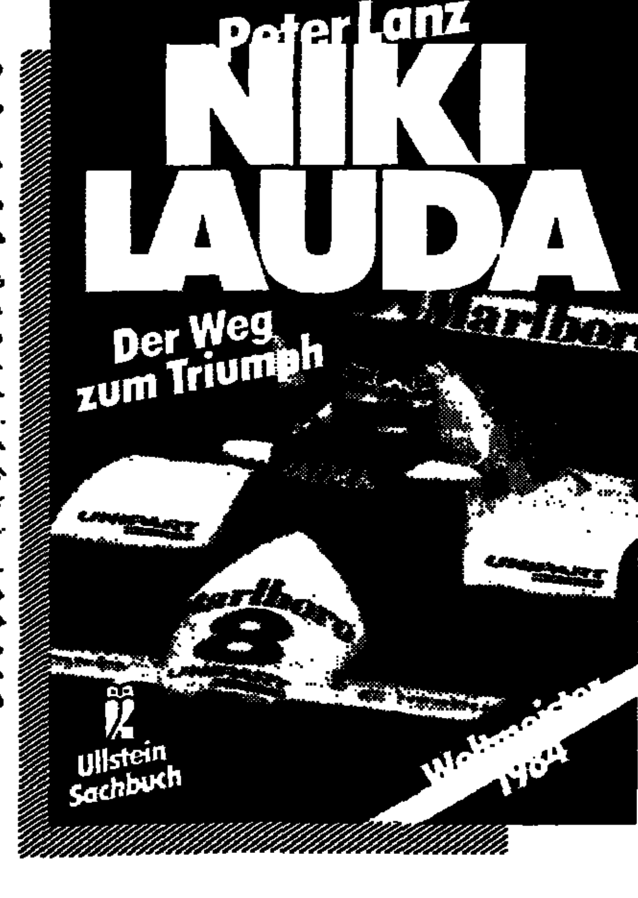
Unser Angebot:
- sehr gute Honorierung
- Dienstwagen der Mittelklasse auch zur privaten Nutzung
- gründliche Einarbeitung
- die üblichen Leistungen eines Großunternehmens
- nettes Kollegenteam
- über ein eventuell entfallendes Weihnachtsgeld lassen wir mit uns reden.

Wollen Sie weiterkommen?
Dann schicken Sie die üblichen Bewerbungsunterlagen unter Angabe der Kennziffer 15 052 an den von uns beauftragten Anzeigendienst zu Händen Herrn Herget, der Ihre telefonischen Anfragen gern beantwortet.

Mercuri Urval
Anzeigendienst
Baumwall 7 · 2000 Hamburg 11
☎ 040/36 50 28

November 1984





ein Ullstein Buch/ Belletristik

Hans Nicklisch
Familienalbum
Ein heiterer Roman
20488/DM 6.80

Heinrich Hauser
Pamir
Die letzten Segelschiffe
Mit vielen Fotos
20492/DM 8.80

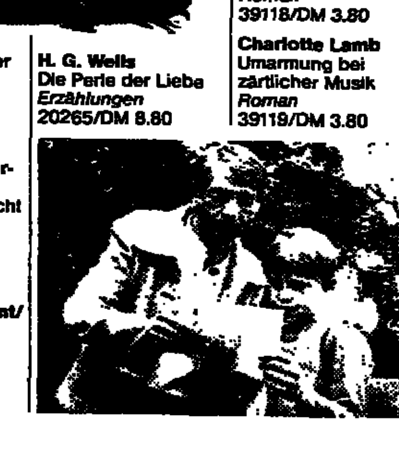


Julika Oldenburg
. . . über alles in der Welt
Ein Roman zur deutschen Teilung
20489/DM 12.80

Annemarie Gregor-Dellin (Hrsg.)
Ein Stern in der Nacht
Weihnachtsgeschichten für unsere Zeit
20490/DM 6.80

Hans Georg Thiemt/ Hans Dieter Schreeb
Johannes
Roman
20491/DM 8.80

H. G. Wells
Die Perle der Liebe
Erzählungen
20265/DM 8.80



Joseph Polansky
Glückszeichen der Sterne
Der astrologische Wegweiser zu besseren Chancen für ein reicheres Leben
20493/DM 6.80

Happy End

Linda Harrel
Wunderbare Zeit in Buenos Aires
Roman
39118/DM 3.80

Charlotte Lamb
Umarmung bei zärtlicher Musik
Roman
39119/DM 3.80

Abenteuer

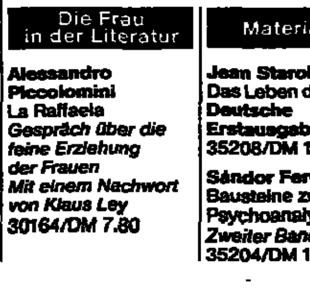
Gavin Lyall
Land der Verräter
Roman
Deutsche Erstausgabe
21008/DM 9.80

Lebensbilder

Siegfried Obermeier
Richard Löwenherz
König · Ritter · Abenteurer
Mit Abbildungen
27531/DM 12.80







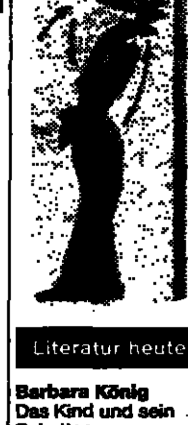
Die Frau in der Literatur

Alessandro Piccolomini
La Raffaela
Gespräch über die feine Erziehung der Frauen
Mit einem Nachwort von Klaus Ley
30164/DM 7.80

Materialien

Jean Starobinski
Das Leben der Augen
Deutsche Erstausgabe
35208/DM 16.80

Sándor Ferenczi
Bausteine zur Psychoanalyse
Zweiter Band
35204/DM 16.80



Literatur heute

Barbara König
Das Kind und sein Schatten
Erzählung
26103/DM 7.80

Sachbuch

Christian Jungblut
Es war einmal ein Fluß . . .
Der Ausverkauf der Elbe
34250/DM 8.80

Josef Nyáry
Die Gladiatoren
Zum Töten erzogen, zum Sterben bestimmt
Mit Abbildungen
34251/DM 12.80

Hans Herlin
»Achtung Welt. Hier ist Kreuzweg.«
Die Flieger von Hiroshima
Mit Abbildungen
34252/DM 8.80

Werner Filmer/ Heribert Schwan (Hrsg.)
Verzichten lernen
Originalausgabe
34253/DM 9.80

Krimis

William Wingate
Crystal
10274/DM 9.80

Robert B. Parker
Wildnis
Deutsche Erstausgabe
10275/DM 6.80

James Hadley Chase
Geld stinkt nicht
10276/DM 5.80



Ross Thomas
Unsere Stadt muß sauber werden/ Wahlparole: Mord/ *Nur laß dich nicht* erwischen
Drei Romane in einem Band
10294/DM 7.80

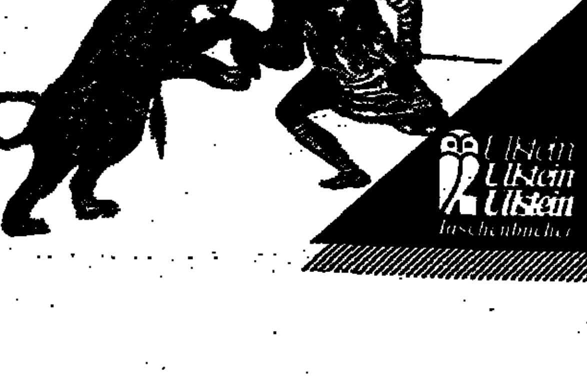
Alfred Hitchcocks
Kriminalmagazin
Band 165
10277/DM 6.80

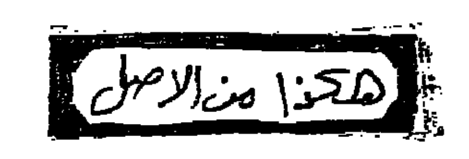
Science Fiction

Barrington J. Bayley
Die Saat des Bösen
Stories
Deutsche Erstausgabe
31088/DM 7.80

Arthur Sellings
Schrottwelt
Roman
Deutsche Erstausgabe
31089/DM 6.80







Leben wie im ZDF

VL – Zwei deutsche Knaben geraten auf Raub aus. Beide werden schließlich von der Polizei erwischt. Der eine ist der Sohn reicher Eltern, der andere ist der Sohn armer Eltern. Beide hatten es natürlich nicht nötig, sie wollten sich zusätzliches Geld für ihre Hobbys verschaffen, wie das so zur Selbstverwirklichung gehört in der Wohlstandsrepublik.

Aber dann trennen sich die Wege. Der reiche Sohn ist ein böser Kerl, der raffiniert und mit Hilfe raffinierter Eltern alles auf den armen Freund abzuschieben weiß. Dafür wird er vom Jugendrichter höchst wohlwollend behandelt und zu sechs Monaten mit Bewährung verurteilt; der arme Junge bekommt sechs Monate ohne Bewährung. Zornentbrannt schimpfen die Kriminalbeamten draußen: „Klassenjustiz!“

Ein typischer Vorfall in deutschen Gerichtssälen? Natürlich nicht. Hier ist es längst zum Brauch geworden, gerade diebische Kinder aus weniger begüterten Familien verständnisvoll als vermutliche Opfer des Konsumterrors und der Reizüberflutung zu behandeln. Es muß schon viel passiert sein, wenn einem nicht vorbestraften Nachwuchseinbrecher in einem deutschen Jugendgericht die Bewährungsfrist versagt wird. Aber was schert diese Wirklichkeit eine deutsche Fernsehserie.

In diesem Fall war es „SoKo“, die Polizeiserie des ZDF, die montags am frühen Abend ausgestrahlt wird. Sie hat schon wiederholt die Beliebtheit polizeilicher Themen dazu ausgenützt, kräftig auf den linken Putz zu hauen. Ausdrücke wie „Klassenjustiz“ überraschen in dieser Sendung schon längst nicht mehr. Überraschen kann es den Betrachter nur, daß immer noch das Gerücht verbreitet wird, das ZDF sei nicht so links wie die ARD“. Das ZDF hat einen CDU-nahen Intendanten und einen CDU-nahen Programmdirektor, aber die Tendenz ist dieselbe wie in den anderen Anstalten: die Jugend darauf zu dressieren, daß gegen den Klassenstaat nur der Klassenkampf hilft.

Liebermann statt Horres

Hoffnung auf bessere Opernzeiten

Während über die Nachfolge von Niels-Peter Rudolph am Hamburger Schauspielhaus weiterhin Unklarheit herrscht, obwohl Namen wie Peter Zadek und Jürgen Flimm bereits lautstark ins Spiel gebracht werden, sind eine Woche nach Bekanntwerden von Kurt Horres' Rücktrittsabsichten die personellen Entscheidungen an der Hamburgischen Staatsoper gefallen. Mit einstimmigem Beschluß hat der Aufsichtsrat der Staatsoper den heute 74jährigen Rolf Liebermann zum neuen Intendanten bestimmt. Wenn die Verhandlungen mit ihm nach der prinzipiellen Zusage positiv verlaufen, wird er am 1. Februar 1985 den 51jährigen Kurt Horres ablösen und bis zur Findung eines neuen Intendanten, maximal bis zum Beginn der Spielzeit 1987/88 kommissarisch zur Verfügung stehen. Damit wird ein Mann nach Hamburg zurückgeholt, der bekanntlich der Staatsoper als Intendant bereits 14 Jahre lang, von 1959 bis 1973, vorgestanden hat und dem Hause mit einer gezielten Uraufführungspolitik weltweit Renommee verschaffte.

Der erst seit vier Monaten regierende Horres, auf den man nach den Mißtönen der Dohnanyi-Ära große Hoffnungen gesetzt hatte, wird am 31. Januar aus seinem Amt ausscheiden. Obwohl die Belegschaft der Staatsoper mit GMD Hans Zender und Ballettchef John Neumeier an der Spitze nach Bekanntwerden von Horres' Engagement für Düsseldorfs „Deutsche Oper am Rhein“ und den sich anschließenden harschen Vorwürfen des Intendanten gegen das „zerrüttete und verkorkste Haus“ an der Dammtorstraße für einen sofortigen Rücktritt plädiert hatte, entschied sich der Aufsichtsrat für die weichere Abgangslösung, damit Horres die Inszenierungen der „Gespenstersonate“ (Premiere am 17. November) und von „My Fair Lady“ (Premiere am 16. Dezember) noch abschließen könne. Zu den finanziellen Modalitäten der vorzeitigen Vertragsauflösung wollte Kultursenatorin Helga Schuchardt nicht Stellung nehmen.

Sowohl Zender als auch Neumeier und Staatsoperndirektor Rolf Mares, die in der vergangenen Woche für eine Triumvirats-Lösung ins Gespräch gebracht worden waren, sollen sich positiv zu einer Zusammenarbeit mit Liebermann geäußert haben. Parallel zu den Verhandlungen mit Liebermann sollen sofort auch Sondierungsgespräche für den künftigen Chef der Staatsoper nach der Übergangsphase aufgenommen werden. KLÄRE WARNECKE

Studienzentrum Weikersheim: „Marxismus – die gescheiterte Philosophie“

Eine radioaktive Fäulnis

„Marxismus – die gescheiterte Philosophie unserer Epoche?“ So das Thema eines Kongresses, den das Studienzentrum Weikersheim im Rittersaal des Schlosses Mannheim abhielt. Sieben Referate standen auf dem Programm; herausragend vor allem die vorzügliche Analyse Gesine Schwans über die ideologische Entwicklung in der SPD in ihrem Verhältnis zum Staat.

Frau Schwan, bis vor kurzem Mitglied der Grundwertekommission der SPD, mußte diesen Platz räumen, weil sie zu den beängstigenden Vorgängen innerhalb ihrer Partei nicht länger schweigen wollte. Einleitend zitierte sie jetzt das Godesberger Programm, das vor genau 25 Jahren verabschiedet worden ist:

„Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft, denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht.“

Frau Schwan fragte, ob sich diese bekennerhafte Aussage in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie damals von selbst verstanden habe. Ihre Antwort: Fast einhundert Jahre mußten vergehen, bis die große Mehrheit diese Entwicklungsstufe erreicht hatte. 1959 war es endlich so weit. Und heute? Ist die SPD nicht im Begriff, das mühsam Errungene preiszugeben?

Stand früher die Spitze der SPD hinter der klar antikommunistischen Einstellung Kurt Schumachers, so übernimmt heute die Frau des SPD-Vorsitzenden, Brigitte Seebacher-Brandt, in einer kürzlich veröffentlichten Biographie über Erich Ollenhauer den Begriff der „Spaltung“ zur Charakterisierung der Politik Kurt Schumachers. Schumacher bestand 1945/46 bekanntlich darauf, angesichts des sowjetischen Drängens auf Vereinigung von SPD und KPD im sowjetischen Machtbereich die SPD der Westzonen unabhängig vom Berliner Zentralausschuß zu belassen.

Im Verlauf der siebziger Jahre erfuhr die eindeutige Entscheidung derr Partei zugunsten der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie eine Verunsicherung und Relativierung. Nicht in dem Sinne, daß nennenswerte Teile der SPD diese Entscheidung rückgängig machen wollten, vielmehr in dem Sinne, daß ihre theoretischen Grundlagen und ihre praktisch-politischen Voraussetzungen in Vergessenheit gerieten. Frau Schwan nannte dafür sieben Gründe, unter anderem die Diskriminierung westlicher Politik in der Dritten Welt. Unter Anspielung auf Äußerungen Willy Brandts zu den Wahlen in El Salvador und Nicaragua meinte sie: „Wenn Sozialdemokraten den Unterschied zwischen denen, die keine Demokratie wollen, und denen, die noch nicht stark genug sind, um sie sichern zu können, verwenden, dann begreifen sie keine sozialdemokratische Friedenspolitik.“

Alexander Schwan, der wie seine Frau an der Freien Universität Berlin wirkt, anaysierte anschließend den Marxschen Anspruch auf realen Humanismus. Da war immer wieder von der Notwendigkeit der „Selbstverwirklichung“ die Rede, davon, daß die Wirklichkeit „sich verwirklichen, zu sich selbst gelangen“ solle. Das war wohl zu milde gesprochen. Zwar zögerte Schwan nicht, Marxens gänzlich amoralisches Waffenarsenal so wie seine verheerenden Konsequenzen beim Namen zu nennen, aber er beharrte darauf, daß der Mann aus Trier „absolute Harmonie für den Menschen“ angestrebt habe.

Dabei war es einst gerade eine Mannheimer Zeitung gewesen, in der sich Marx selbst 1843 unter falschem Namen den „glänzendsten Haß gegen das sogenannte Positive“ bescheinigte. Haß hat Marx immer wieder bejaht, Liebe zur Menschheit ausdrücklich verneint. Darf man da absolute Harmonie als seine hauptsächliche Antriebskraft unterstellen?

Wolfgang Seiffert, ehemaliger Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der „DDR“, verdeutlichte an zwei Beispielen seine Ansicht, daß sich die „DDR“ zu Unrecht auf Marx berufe. Nicht die Verstaatlichung der Wirtschaft sei das Ziel von Marx gewesen, sondern ihre „Vergesellschaftung“. Auch habe Marx die Einheit der Nation betont, während die SED die deutsche Spaltung betreibe.

Nun, nach Marx sollte die Verstaatlichung immerhin „der erste Schritt“ sein, und Marx ließ es auch offen, wie der von ihm propagierte große Plan nach dem „Absterben des Staates“ die einzelnen Wirtschaftsobjekte verbindlich koordinieren sollte. Quadratur des Kreises!

Marx wollte die deutsche Einheit, und zwar als Einheitsstaat, damit eine einzige Revolution das Ganze erfassen konnte. „Man revolutioniere doch die Gesellschaft, so lange es bayerisch-württembergische Reservatrechte gibt!“ – Vor die Alternative „Nation oder Revolution“ gestellt, hätte er sich ohne zu zögern für letztere entschieden.

Nach Alexander Sinowjew, dem in München lebenden russischen Philosophen und Schriftsteller, ist die UdSSR ein klassisches Beispiel einer realen kommunistischen Gesellschaft, deren Wurzeln in viele Schichten reichen. Nicht nur der Geist von Marx, auch der von Lenin und Stalin sei dort gegenwärtig. Ihre Ideologie sei zwar nicht richtig, aber wirksam.

Mit den Augen eines Opfers betrachtete Wladimir Maximow, Herausgeber der Zeitschrift „Kontinent“ (Paris), das Verhältnis von Marxismus und Christentum. Niemand, so sagte er, „wird uns jemals dazu bringen, Mörder, Gewalttäter und Tyrannen nur deshalb für Revolutionäre zu halten, weil sie sich selbst als Befreier des Menschengeschlechts bezeichnen“. Der Marxismus in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang sei tot. Jedoch seine radioaktive Fäulnis, unterstützt durch militärische Gewalt, werde noch lange ihre Metastasen in alle Himmelsrichtungen aussenden.

„Religionsfreiheit in der Sowjetunion – Verfassung, Gesetzgebung und Administration“: so der Titel des meisterhaften Referats von Ottokar Basse, Präsident von „Glaube in der Zweiten Welt – Deutschland“. 65 Jahre marxistisch-leninistische Kulturpolitik in der UdSSR hätten die von Marx als „Opium des Volkes“ verstandene Religion nicht zu vernichten vermocht, führte er aus. Verfolgungen, Verhaftungen, Beschränkungen und eine staatlich geförderte kommunistische Propaganda griffen tief in das religiöse Leben des russischen Volkes ein. Aber der Glaube erweise sich als stärker. Die Partei müsse der Überlebenskraft des Religiösen dadurch Rechnung tragen, daß sie eine „registrierte Kirchen“ zulasse. So solle der Weg der Gläubigen in den Untergrund verhindert und die Kraft des Religiösen in den Dienst des Staates gestellt werden.

Die Geschichte der Verfassungstexte zur Religions- und Gewissensfreiheit, die Entwicklung der Kultgesetzgebung und ihre Administration belegen aber den nach wie vor entschlossenen Willen der Führer des russischen Kommunismus, das Ende der Religion zu erreichen. Sogar das laute Lesen der Bibel in den eigenen vier Wänden wird mit jahrelangen Freiheitsstrafen bekundet.

Wer sich diese Wirklichkeit, die auch uns droht, vergegenwärtigt, erkennt leicht, wie wichtig solche Veranstaltungen wie die in Weikersheim heute sind. Analyse und Vergewisserung der eigenen (Abwehr-)Position gingen dort Hand in Hand und entließen die Teilnehmer in Nachdenklichkeit. KONRAD LÖW

Mit Béla Bartók im Mittelpunkt: Die Römerbad-Musiktage in Badenweiler

Klagelieder ohne Nebelschwaden

Von den Komponisten der klassischen Moderne ist Béla Bartók wohl derjenige, der sich auf den Konzertpodien bis heute am schwersten tut. Im Gegensatz zu den Komponisten der zweiten Wiener Schule, also Schönberg, Berg, Webern, aber auch zu Neoklassizisten wie Strawinsky oder gar Impressionisten wie Debussy stiftet Bartók noch immer Verwirrung. So recht einzuordnen ist er nicht, schon gar nicht ins Fach der nationalen Schulen abzulegen.

Mit einer „Hommage a Béla Bartók“ wollten die diesjährigen Badenweiler Römerbad-Musiktage Orientierungshilfen bieten. In fünf Kammerkonzerten war Béla Bartók Fix- und Bezugspunkt. Von dort spannen sich die Fäden bis zur musikalischen Gegenwart eines György Ligeti, Iannis Xenakis oder Wolfgang Rihm. Von Bartóks Zeitgenossen tauchten Debussy, Webern und Richard Strauss auf. Klar war damit, daß es bei Bartók nicht um eine musikalische Pußtafahrt gehen würde. Vorgänger wie Liszt, Landsleute wie Kodály und Ernst von Dohnányi blieben mit Absicht ausgesperrt.

Im Feld der klassischen Moderne besetzt Bartók am ehesten die Position des Expressionisten, ganz sicher tut er das in wirklich bedeutsamen Zeit in den Zwanziger Jahren. Was vorher liegt, etwas das erste Streichquartett von 1908 oder die „Vier Klagelieder für Klavier“, op. 9 a, hat sich zwar auch schon von der Tonalität und vom klassischen Formkanon gelöst, weiß aber mit den neugewonnenen Freiheiten noch nicht allzuviel anzufangen. Später, zumal in Amerika, nähert sich Bartók an die effektvolle Orchestermusik an. Der Höhepunkt von Bartóks Schaffen ist zweifellos diese expressionistische Phase.

In Bartóks Klavierwerk bilden die fünf Stücke „Im Freien“ so etwas wie die programmatische Aussage. Statt Vier- herrscht Fünfsätzigkeit mit einer Art Achsensymmetrie um den mittleren Satz, Gleichung für den Spannungsbögen, den die Musik ausmißt. Die Satzbezeichnungen wie „Mit Trommeln und Pfeifen“ deuten auf präzise Charakterstücke hin, entsprechen ausdrucksvollen Bildtiteln. Die freie Satztechnik gestattet die spontane Umsetzung von Ausdruck in Musik, ohne Rücksicht auf harmonische oder gar rhythmische Gesetze wie in der Sonatenform. Die grelle Farbigkeit und rhythmische Erregung der Musik Bartóks zu dieser Zeit tut ein übriges, den direkten zupackenden Charakter zu akzentuieren.

Wie unterschiedlich man Bartók dennoch interpretieren kann, das entdeckte man in Badenweiler mit großer Lust. Zum einen war da das Londoner Arditti-Streichquartett, ein Elite-Ensemble, das sich ganz der Musik des 20. Jahrhunderts verschrieben hat. Man exekutiert nicht Neue Musik, man spielt sie als die selbstverständlichste Sache von der Welt. Man spielt sie mit Lust, Laune und Schwung, manchmal so, als gehe es um einen aufgekratzten Rossini. Dieser musikantische Drive steckt prompt das Publikum an, das gar nicht mehr nach Melodie oder Harmonie fragt, sondern einfach mitgerissen wird von solchem musikalischen Brausewind.

Das Arditti-Quartett führte in seinem ersten Badenweiler Konzert von Bartóks hocherregtem, sensiblen Streichquartett Nr. 3 zu Anton Weberns frühem „langsamem Satz für Streichquartett“, zu Xenakis' „Tetra“ von 1983 und Ligetis erstem Quartett aus den frühen fünfziger Jahren. Nicht einmal den Ungarn Ligeti, so zeigte sich da, darf man als direkten Nachfahren Bartóks ansehen. Eher würde man sich da an Xenakis mit seiner neuen Expressivität halten. Das zweite Arditti-Konzert setzte, ausgehend von Beethovens Großer Fuge, Bartóks erstes gegegen Ligetis zweites Quartett, wo sich die Korrespondenzen fast leichter ergaben.



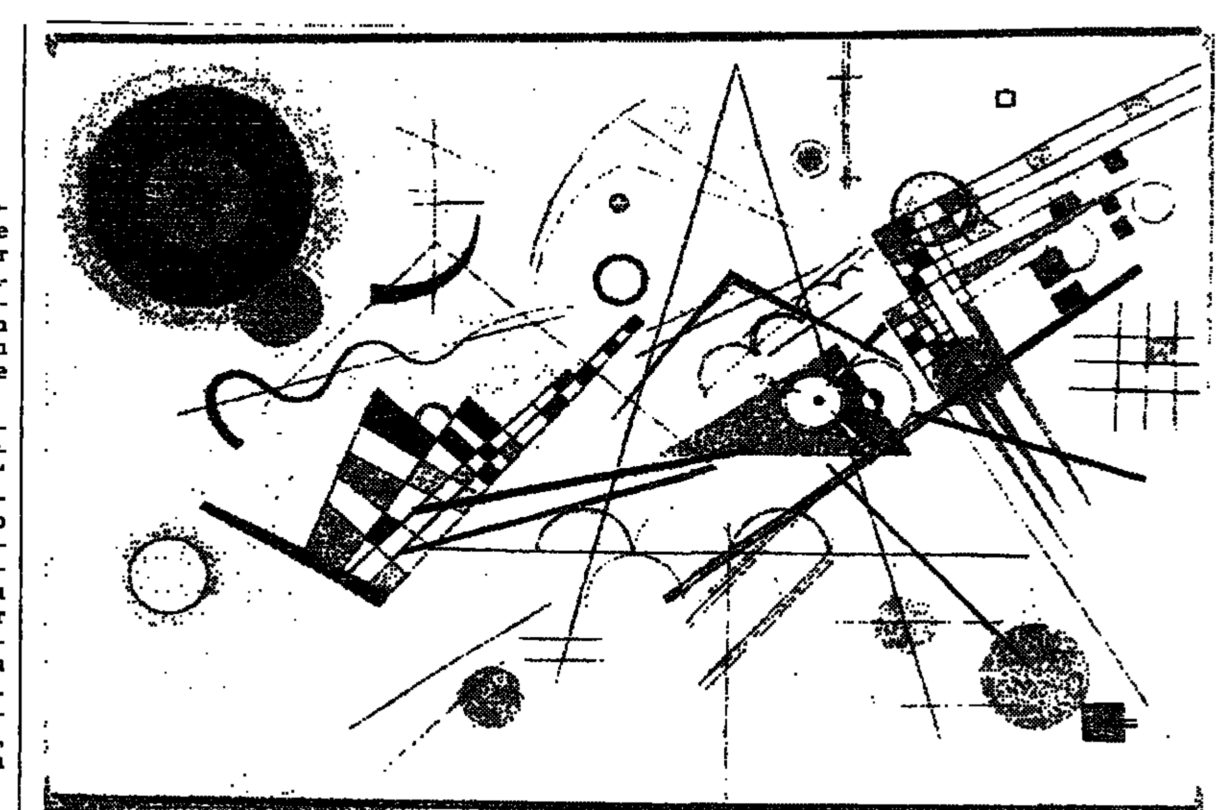
Scheinbar schwer einzuordnen: Der junge Béla Bartók, vorgestellt in Badenweiler FOTO: DIE WELT

Ein ganz anderes Bartók-Bild als das rauschend virtuose Arditti-Quartett vermittelte dagegen der Pianist András Schiff mit seinem Klavierabend. Schiff spielt ohne jede Geste des Servierens, scheinbar ohne Beteiligung. Sein Spiel konzentriert sich ganz auf die Innenspannung, und also konfrontiert er in seinem Programm auch Bartók mit Debussy. Dessen „Children's Corner“ stammt aus demselben Jahr 1908 wie Bartóks Album „Für Kinder“, aus dem er eine Auswahl bot. Aber Schiffs scheinbar naives Temperament täuscht. Nicht nur ist er ein Pianist von phänomenaler Technik und Anschlagkultur, er ist auch ein Musiker von skrupulösem Verantwortungsgefühl. Debussy spielt er ohne Pedal, ganz rein und klar, ohne impressionistische Nebelschwaden, Bartók ohne falsche Aufgeregtheit, ohne überzogene Motorik. Und siehe da: dennoch bleibt Debussy der Impressionist, dennoch beginnt Bartok ausdrucksvoll und dunkel zu glühen und düster zu glosen.

Der größer besetzten Kammermusikwerke nahm sich Manfred Reicherts „ensemble 13“ an: zusammen fanden Bartóks spätes Divertimento, das „Capriccio“-Sextett von Richard Strauss, Debussys „Danse sacrée et danse profane“, vor allem aber die „Ramifications“ von Ligeti und Wolfgang Rihms „Nature morte – still alive“. Rihms Stück für 13 Streicher prasselt vor Intensität, braucht keinen Atem zu schöpfen, verbrennt ohne Schlacke. Wie ein Workshop des Arditti-Quartetts mit Rihms fünftem Streichquartett belegte, hat sich diese expressive Gebärde zwar inzwischen gemäßigt, etwas nach innen gekehrt, aber der Ausdrucksgewalt tut das keinen Abbruch.

Erst in der jüngsten Komponistengeneration schein Bartók seine Erben zu finden – ähnlich wie in der neuwilden Malerei (die Musiktage wurden von einer Baselitz-Ausstellung sowie, im Markgrafenschloß, von einer Scherer-Ausstellung flankiert) expressionistische Elemente wieder in den Vordergrund rücken, besinnt sich auch die Musik darauf, daß es neben Impressionismus und serieller Abstraktion eine dritte Quelle der Moderne gegeben hat. Das könnte Bartóks Chance sein.

REINHARD BEUTH



Aus der Zeit, als Wassilij Kandinsky am Bauhaus lehrte: „Composition VIII“ von 1923, aus der großen Ausstellung im Centre Pompidou FOTO: KATALOG

Nina Kandinskys Schenkung im Centre Pompidou

Klänge vom Videoband

Nur fünf Jahre nach seiner letzten Kandinsky-Ausstellung mit Gemälden aus sowjetischen Museen zeigt das „Centre Georges Pompidou“ in Paris erneut eine Auswahl von Werken des Begründers der abstrakten Malerei. Obwohl die Beschäftigung mit dem Œuvre Kandinskys in den letzten Jahren – gerade auch in Deutschland – intensiv war, kann die Pariser Ausstellung erneut Interesse beanspruchen. Denn sie zeigt neben 43 Gemälden aus amerikanischen und westeuropäischen Museen eine Vielzahl von bisher nicht ausgestellten Werken und Dokumenten aus dem Fundus des Pariser „Musée National d'Art Moderne“.

Zwischen 1966 und 1981 machte die Witwe des Malers, Nina Kandinsky, dem Pariser Museum umfangreiche Schenkungen, denen die jetzige Ausstellung einige bedeutende Werke und vor allem viele kleinere Arbeiten, Aquarelle, Zeichnungen und Stiche verdankt. Sie ermöglichen es dem Betrachter besonders gut, Kandinskys Weg zur Abstraktion nachzuvollziehen.

Skizzen, Etuden und Zeichnungen dokumentieren beispielsweise den Schaffensprozeß beim Gemälde „Komposition III“ (1910/11), das aus zunächst flüchtig festgehaltenen Eindrücken bei einem Konzert entstand. Sind auf den Vorstudien noch einzelne Gegenstände, ein Klavier und Personen in einem Raum zu erkennen, weisen die weiteren Skizzen schon auf den Schlußstein der gemalten Konstruktion hin: das Tableau aus rhythmisch komponierten farbigen Flächen und schwarzen Linien. Auch die Vorstufen anderer großer abstrakter Gemälde wie „Komposition IV“ (1911) oder „Impression XXVI“ (1910–12) werden gut belegt.

Die Ausstellung ist nach den fünf „klassischen“ Perioden Kandinskys gegliedert: die Frühzeit (1900–1907), in der sich Kandinskys eigener Stil herausbildete, die Periode München-Murnau mit der Beteiligung am „Blauen Reiter“ und der Entwicklung zur Abstraktion (1908–1914), die Moskauer Periode nach der Rückkehr nach Rußland (1914–1921), die Zeit als Lehrer am Bauhaus (1922–1933) und schließlich das Pariser Exil (1933–1944).

Diese letzte Jahrzehnt in Paris wird neben der Münchner Zeit von der Ausstellung im Centre Pompidou am reichhaltigsten dokumentiert. Nach den kühnen, dynamischen Farbflächen der frühen Abstraktion und den geometrischen Konstruktionen der Bauhauszeit findet Kandinsky in seinen letzten Schaffensjahren zu einer Harmonie aus präzisen, fast pedantisch gezeichneten und oft verspielten Formen sowie einer hellen, pastellenen Farbigkeit.

Die Ausstellung wird ergänzt durch die kleine private Sammlung Kandinskys. Sie enthält Gemälde von Rousseau, Feininger, Jawlensky und anderen. Gegenstände und Briefe aus Kandinskys Nachlaß, die ebenfalls zur Schenkung Nina Kandinskys gehören, eröffnen einen Einblick in Leben und Schaffen des Malers.

Eine gute Idee der Organisatoren war es, die Ausstellung mit einem Videoband über Kandinskys 1913 verfaßten und selbst illustrierten Gedichtband „Klänge“ audiovisuell zu bereichern – leider so ungünstig plaziert, daß sich die Rezitation oft im Gemurmel der Besucher verliert. Ein Leckerbissen für Liebhaber ist der große Kandinsky-Gesamtkatalog, der anläßlich der Ausstellung herausgebracht wurde und dieBestände des „Musée National d'Art Moderne“ verzeichnet, – er hat mit 280 Franc allerdings auch seinen Preis: (bis 28. Januar 1985; Katalog 85 Franc, Kurzführer 6 Franc). MICHAEL SIEBERT

Die Jahrespressekonferenz der Goethe-Institute

Zeit zum Nachdenken?

Die erste Hälfte des abgelaufenen Jahres war durch ein rauhes politisches Klima gekennzeichnet,“ klagte der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus von Bismarck, anläßlich der Vorlage des Jahresbuchs 83/84 in München. Und er fuhr fort: „Doch solche Zeiten können auch heilsam sein, um selbstkritisch nachzudenken und bisher bewährte Grundsätze zu überdenken“. Allerdings hätten die Grundlagen der Arbeit des Goethe-Instituts dadurch keine Veränderungen erfahren, so der Präsident. Vielmehr hätte man gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt festgestellt, daß sich der Rahmenvertrag vom 30. Juni 1976 in seiner Gesamtheit bewährt habe und eine Änderung nicht beabsichtigt sei.

Von Bismarck bekräftigte, daß die allgemeine Aufgabe des Goethe-Instituts darin bestehe, das kulturelle Leben der Bundesrepublik Deutschland in seiner Gesamtheit im Ausland zu vermitteln und in den Dialog mit dem Ausland einzubringen. „Der sogenannte erweiterte Kulturbegriff umfaßt dabei nicht allein die Kultur im engeren traditionellen Sinn, sondern die gesamte Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft. Dazu gehört auch, daß kritische Meinungen frei geäußert werden können“, meinte der Präsident abschließend. Auf eine Definition, wo die Grenzen dieser „Freiheit“ zu ziehen seien, ließ er sich allerdings nicht ein.

Zwar bildet die Förderung der deutschen Sprache im Ausland weiterhin den Schwerpunkt der 146 Goethe-Institute in 66 Ländern, doch da die Bedeutung der deutschen Sprache in der Welt rückläufig ist, sehen die Verantwortlichen mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Weil die Teilnehmerzahlen an den Inlandsinstituten im Herbst 1982 und Frühjahr 1983 erheblich kleiner wurden, mußten die Institute in Blaubeuren, Grafing und Lüneburg geschlossen werden.

Derzeit scheint sich die Lage im Inlandsbereich allmählich zu stabilisieren. Um diese Situation weiterhin zu festigen, wurden jetzt auch in Frankfurt und Düsseldorf Sprachkurse eingerichtet. Daß sich die Deutsche Stiftung für Entwicklung gegen das Goethe-Institut ausgesprochen hat und eine Katholische Akademie in Nordrhein-Westfalen für ihre Deutsch-Schüler bevorzugt, läßt sich gewiß nicht nur mit billigeren Angeboten erklären.

Für 1985 erwartet das Goethe-Institut, wie ihr Generalsekretär Horst Harnischfeger erklärte, eine Zuwendung des Auswärtigen Amts von rund 178 Millionen DM. Dies entspricht gegenüber 1984 einer Steigerung um rund 5,4 Millionen DM (3,1 Prozent), „mit denen allerdings nicht einmal die zwangsläufigen Kostensteigerungen aufgefangen werden können“ (so Harnischfeger).

Was die Krisengebiete betrifft, so ist die Arbeit des Instituts in Kabul fast ganz zum Erliegen gekommen, während in Teheran nur noch die Sprachkurse und in Beirut, sofern es die Situation erlaubt, gelegentliche Vorträge möglich sind. Im Ausblick auf die Aktivitäten 1985 plant das Goethe-Institut nach erfolgreichen Kulturwochen in Osteuropa eine Kulturwoche für Bukarest. Zu den Höhepunkten der Wortprogramme werden 1985 u. a. ein Schriftstellerkolloquium in Peking, das „Horizonte“-Festival in Berlin sowie Umweltsymposien in New York, San Francisco und Toronto gehören. Das Theaterreferat plant u. a. ein „Festival of German Dance“ in Zusammenarbeit mit der Brooklyn Academy of Musik in New York.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Aufführungsrekord für ein Musical

dpa, Berlin

Ein seltenes Bühnenjubiläum wurde am Montag im Berliner Schloßpark-Theater mit stürmischem Applaus gefeiert. Das erfolgreiche Off-Broadway-Musical „Ich steig aus und mach 'ne eignene Show“ von Greetchen Cryer und Nancy Ford, das am 18. Oktober 1980 in Berlin für Europa erstaufgeführt wurde, erlebte seine 200. Aufführung. An keinem anderen Theater ist dieses Musical so lange im Repertoire geblieben.

Kritik an der Qualität der Schule in Ungarn

ly. Budapest

Die Mehrzahl der Schüler, die an den Facharbeiterbildungsanstalten ausgebildet werden, seien „Halb-Analphabeten“, schreibt die Budapester Wirtschaftszeitung „figyelö“ (Beobachter). Außerdem habe sich in den letzten zwanzig Jahren nichts daran geändert, daß die Kinder von Angestellten eine sechsmal größere Chance als die Kinder von Arbeitern haben, einen Studienplatz an der Universität zu erhalten, weil nur gebildete Eltern in der Lage seien, die durch das Schulsystem bedingten Wissensmängel auszugleichen. Deshalb sei die achtklassige Elementarschule nur noch in zwei von drei Fällen in der Lage, die Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen, die früher bereits in der vierklassigen Elementarschule erreicht wurden, zu vermitteln.

„Filme aus der UdSSR“ in der Bundesrepublik

dpa, Wiesbaden

Das Deutsche Institut für Filmkunde in Wiesbaden veranstaltet zum vierten Male die Reihe „Filme aus der UdSSR“. Die sechs neuen Filme sind ab 15. November in Bonn, ab 19. in Hamburg, ab 21. in Wiesbaden und ab 28. November in München zu sehen.

„Claassen-Rose“ für junge Autoren gestiftet

dpa, Hamburg

Einen Förderpreis für junge Autoren, der mit 20 000 Mark dotiert ist, hat der zur Econ-Gruppe gehörende Claassen Verlag in Düsseldorf zur Feier seines 50jährigen Bestehens gestiftet. Der Preis, die „Claassen-Rose“, soll von 1985 an jährlich vergeben werden.

14 Künstlerinnen aus Dresden

DW. Göttingen

Das Städtische Museum Göttingen stellt im Alten Rathaus „14 Künstlerinnen aus dem Bezirk Dresden“ vor. Dazu gehören u. a. Gemälde von Herta Günther, Zeichnungen von Gitta Kettner und Arbeiten von Dagmar Stoev. Die Ausstellung ist bis zum 15. Dezmeber zu sehen, der Katalog kostet 6 Mark.

Lisa Otto 65

Sie war, unter Karajan und neben der Schwarzkopf, die lustigste Despina aller Opernzeiten in Mozarts „Cosi fan tutte“. Sie war die singende Drolerie in Person, doch sie sang stets mit der Stimme der Unschuld, der Jungmädchenhaftigkeit – und dies selbst noch in ihren höheren Jahren. Lisa Otto, die heute 65 Jahre alt wird, wachte stets über ihre künstlerischen Mittel und sang zeitlebens keinen Ton über ihr stimmliches Vermögen hinaus. Ihr Kehlengold verfiel nie der Inflation. Es blieb stabil bis zuletzt. Die gebürtige Dresdnerin gehörte über 30 Jahre zum Ensemble der Deutschen Oper Berlin, die sie inzwischen zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hat. gtl

Das Wort „Bulle“ haben sie nicht verstanden

Ein Projekt eröffnet neue Wege in der Gehörlosen-Hilfe

RAINER NOLDEN, Köln

Mit dem Schreibtelefon begann es. Die gehörlose Tochter eines befreundeten Ehepaares hatte den Physiker Michael Krause aus Münster veranlaßt, ein Kommunikationsmittel für eine Behindertengruppe zu entwikkeln, die bis vor kurzem in der Öffentlichkeit kaum Aufsehen erregt hatte. Wie sollte sie auch, wo sie vorwiegend in einem Getto lebte, aus dem auszubrechen schier unmöglich schien.

Gehörlose, so ergaben Untersuchungen, bleiben in der Regel unter sich, damit sie nicht das Gefühl bekommen, ein hörender (Gesprächs-) Partner sei ihnen überlegen. Hinzu kommt, daß die Behinderung nicht offensichtlich ist. Das (ohnehin unerwünschte) Mitleid der Umwelt bleibt also aus. Im Gegenteil: Wird die Taubheit bekannt, erregt sie eher Heiterkeit. Wer nichts versteht oder falsch versteht, wird rasch zur Witzfigur abgestempelt.

Im Jahre 1977 gründete Michael Krause die Firma „Hörgeschädigten-Technik“ (HGT), deren erstes Produkt das Gehörlosentelefon war, das ähnlich funktioniert wie ein Teletext-Gerät. Krause war sich jedoch darüber im klaren, daß dies nur der erste Schritt zur Integration einer Randgruppe sein konnte, die in den letzten Jahren immer größer geworden ist (im gesamten Bundesgebiet beläuft sich die Zahl der Gehörlosen derzeit auf rund drei Millionen). Im Fernsehen sah Krause die große Chance für Gehörlose, die mit dem Radio gar nichts, mit einer Zeitung nur recht wenig anfangen können.

Dabei sind diese Behinderten nicht weniger intelligent als hörende Menschen. Nicht die fachliche Kompetenz fehlt ihnen, sondern die soziale. *Stets unter seinesgleichen (in der* Schule, im Internat, während der Berufsausbildung), finde der Taube auch im Beruf kaum Kontakt zu hörenden Kollegen, sagt Marianne Koch-Brämswig. „Außerdem ist es so anstrengend für Hörende, mit Tauben zu kommunizieren, daß die meisten es schnell aufgeben. Deshalb bleibt der Gehörlose meistens auf dem Wissensstand, dem er beim Verlassen der Behindertenschule erreicht hat. Hinzu kommt, daß diese Gruppe in der Regel nicht sonderlich ehrgeizig ist. Sie wollen einen Beruf, natürlich, aber haben sie den erst einmal, so genügt ihnen das vollkommen.“

Gehörlose bleiben auf dem Wissensstand der Schule

Marianne Koch-Brämswig weiß, wovon sie spricht. Die gelernte Diplom-Ingenieurin arbeitet seit sieben Jahren mit und für Menschen, die taub sind. Auf ihrer Visitenkarte trägt sie das internationale Piktogramm für die Gehörlosen, ein durchgestrichenes Ohr. Ihr Arbeitsplatz ist die „Untertitel-Werkstatt Münster“ in der HGT, einer in der Bundesrepublik einmaligen Einrichtung.

„In Amerika ist man schon ein gutes Stück weiter in der Entwicklung; die Behinderten können sehr viel intensiver am Alltagsleben teilnehmen. Es gibt kaum eine politische Debatte, bei der nicht ein Gebärdendolmetscher neben dem Redner steht und das Gesagte ‚sichtbar‘ macht. Im Englischen gibt es für fast jedes Wort eine Gebärde, auch für abstrakte Begriffe. Deshalb ist es auch nichts Besonderes, in den USA gehörlose Akademiker *zu treffen, die den Doktortitel haben.*“

So weit ist man in der Bundesrepublik noch lange nicht, trotz Realschule und Gymnasium für Gehörlose in Essen und Dortmund. „Die meisten Gehörlosen hierzulande beherrschen gerade zwischen 500 und 700 Wörtern, weil die Gebärdensprache, mit denen sie sich untereinander verständigen, nur einfache Strukturen kennt.“

Man unterscheidet drei Gruppen von Gehörlosen: die Alterstauben; Menschen, die in frühester Kindheit die Hörfähigkeit verloren haben; und schließlich jene, die von Geburt an taub sind, also überhaupt keine Vorstellung von Lauten, Geräuschen oder gar Wörtern haben. „Deshalb kann man die Untertitel für Gehörlose auch nicht vergleichen mit den Untertiteln fremdsprachiger Filme. Geräusche, die für den Ablauf der Handlung wichtig sind – etwa ein klingelndes Telefon oder ein Schuß –, müssen den Gehörlosen vermittelt werden. Und damit sie der Handlung leichter folgen können, werden den *Hauptdarstellern farblich* verschiedene Schriften zugeordnet. Nebendarsteller ‚sprechen‘ mit weißen Buchstaben.“ Der Arbeitsaufwand für die Untertitelung ist beträchtlich: Mit jeder Filmminute ist Frau Koch-Brämswig rund eine Stunde beschäftigt.

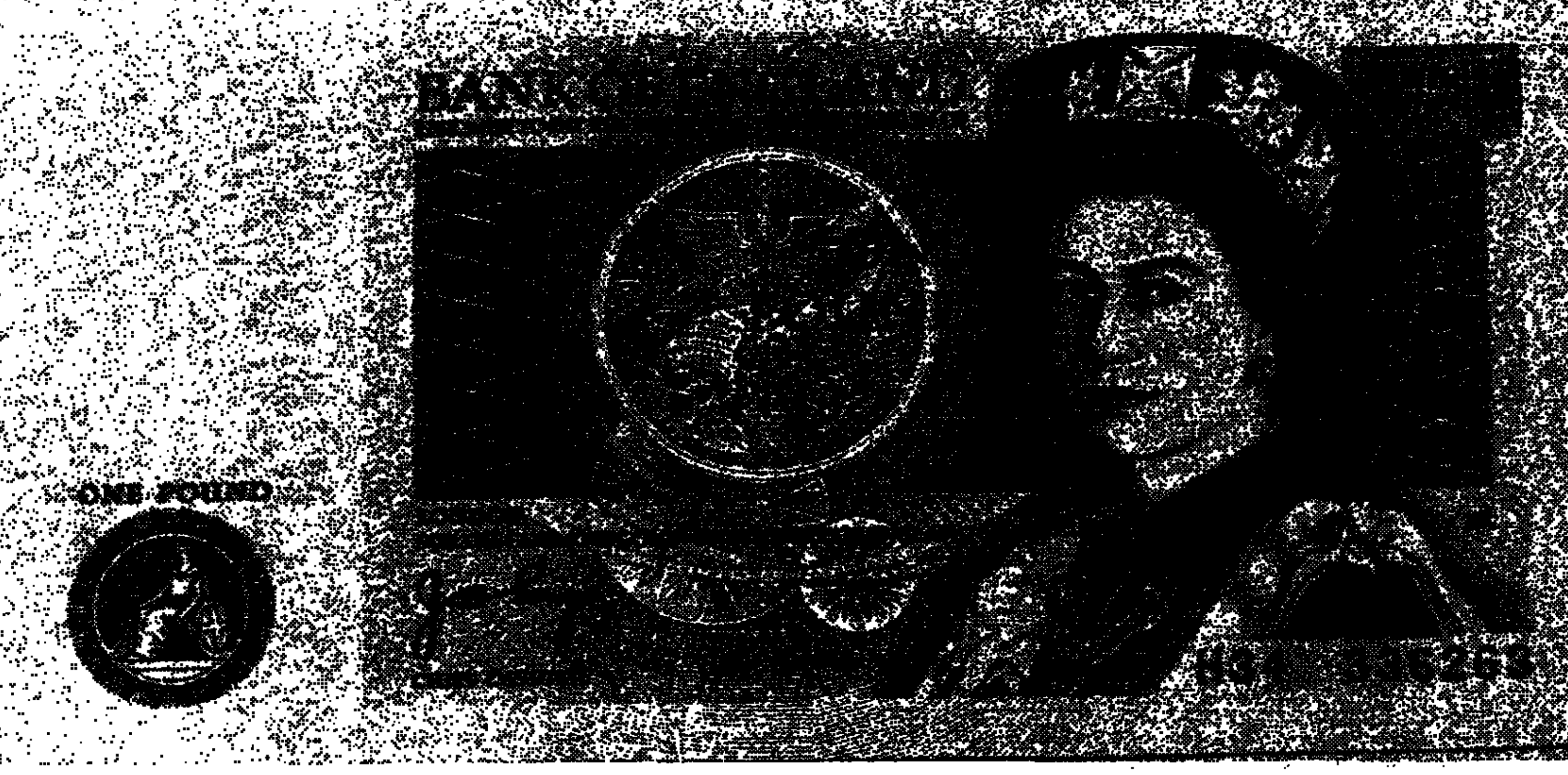
Höchste Anforderung bei mehrdeutigen Begriffen

Der Arbeitsplatz der Untertitelredakteurin beteht aus einem Videorecorder plus Bildschirm, auf dem der zu untertitelnde Film in extremer Zeitlupe oder Einzelbildprojektionen abgerufen werden kann. Ergänzt wird die Aufrüstung von einem Computer-Terminal, einer Tastatur mit Farb-Monitor, auf den die Untertitel eingetippt werden und der darüber hinaus die Länge einer jeden Filmeinstellung verzeichnet, denn länger, als der Sprechende im Bild ist, also über den Schnitt hinaus, darf die Schrift wegen der besseren Verständlichkeit nicht eingeblendet sein.

Um die Wirkung untertitelter Fernsehsendungen auszuprobieren, bearbeitete Marianne Koch-Brämswig in Eigeninitiative die Kinderserie „Pan Tau“, deren Held zwar nicht taub ist, aber niemals spricht. Sie führte ihn gehörlosen Freunden mit großem Erfolg vor; dann wandte sie sich mit ihrem „Pilotfilm“ an das WDR-Landesstudio in Münster. Inzwischen hat sie mehrere „Tatort“-Folgen untertitel, die Reihe „Tour de Ruhr“ von Elke Heidenreich, die WWF-Vorabendserie „Matt in dreizehn Zügen“, die derzeit zu sehen ist und den Vierteiler „Marco Polo“, der Weihnachten *1983 lief. Diese Reihe* veranlaßte einen Betroffenen zu einem Brief an den WDR, in dem er schrieb, „Marco Polo sei für ihn das schönste Weihnachtsgeschenk“ gewesen.

Auch die Individualität der Sprecher, der Gegend, des Milieus soll in den Untertiteln möglichst gewahrt bleiben. Schwierigkeiten gibt es vor allem bei Slang- und Kraftausdrükken; zwei- und mehrdeutige Begriffe stellen durchweg zu hohe Anforderungen an die Auffassungsgabe gehörloser Menschen. „Die Gehörlosen leben in einer Art heilen Welt und trauen den anderen zumindest keine sprachlichen Abartigkeiten zu“, meint Marianne Koch-Brämswig. „Als im Schimansky-Tatort öfters das Wort ‚Bulle‘ vorkam, haben wir in Klammern zur Erklärung ‚Polizist‘ hinzugefügt, damit die Gehörlosen nicht glauben, jetzt kommt ein Stier über den Bildschirm gerannt.“ Und als sie zum ersten Mal das Wort „Scheiße“ in einem Untertitel benutzte, habe sie ein (gehörloser) Freund ganz entgeistert gefragt: „Solche Worte gebraucht ihr tatsächlich?“

Als nächstes hat sich die „Untertitel-Werkstatt“ den Aufbau einer Videothek speziell für Gehörlose vorgenommen. Die Gelder dafür sind bereits von der Landesbildstelle Münster bewilligt worden; als erstes Projekt wird der Zeichentrickfilm „Watership Down“ bearbeitet. Das Fernziel dieses jüngsten Projekts der regen Münsteraner: ein Netz von Ausleihstellen in der ganzen Bundesrepublik, die Video-Filme für Gehörlose anbieten.



Ganz England wehrt sich gegen das Ende des „Quid“

Die hohe Inflationsrate in Großbritannien hat ein weiteres Opfer gefordert: Die vielgeliebte grüne Ein-Pfund-Note der Bank von England, mit dem *Portrait der Königin* auf der Vorder- und einem Bildnis des Physikers Sir Isaac Newton auf der Rückseite. Ab Silvester wird der Geldschein nicht mehr gedruckt, und voraussichtlich Ende nächsten Jahres verliert er seine Gültigkeit.

Das gleiche Schicksal wie die seit 70 Jahren gültige Ein-Pfund-Note traf auch die seit bereits 704 Jahren gebräuchliche Half-Penny-Münze. Der „Quid“ oder „Nicker“, wie der Schein genannt wird, wird durch eine Ein-Pfund-Münze ersetzt, die unter dem Entsetzensschrei der Öffent*lichkeit vor 18 Monaten ihr Debut* hatte. Der „Ha'Penny“ oder „Tiddler“, der erstmals als Silbermünze 1280 geprägt wurde und heute mehr kostet, als er wert ist, wird dagegen keinen Nachfolger haben.

Das vom Schatzkanzler verhängte Ende der kleinsten Papiergeldeinheit ist seit gestern Tagesgespräch in England. Sie kam umso unerwarteter, als Premierministerin Margaret Thatcher erst vor gar nicht allzu langer Zeit zugegeben hatte: „Ich persönlich habe mich noch nicht mit der Pfundmünze angefreundet.“

Dennoch reagierten die Geldscheinanhänger mit beeindruckender Promptheit. Der nationale Verbraucherschutzrat rief noch am selben Tag eine „Kampagne zur Rettung der Pfundnote“ ins Leben. „Nachdem wir Leute beim Einkaufen befragt haben, sind sogar wir verblüfft, wie viele Menschen sich weigern, Pfundmünzen als Wechselgeld anzunehmen“, freut sich die Leiterin der Aktion, Fräulein Dollar. „Wir wollen sie dazu bringen, ihre Parlamentsabgeordneten zu mobilisieren.“

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Schatzkanzler sich umstimmen läßt. Die Inflation hat den Geldumlauf so angeheizt, daß Pfundnoten, die früher noch nach einem Jahr blitzsauber waren und knisterten, nun schon nach wenigen Wochen lappig und verschmutzt sind. Einziger Trost für den Schatzkanzler: Als 1914 die damalige Pfundmünze von Papiergeld abgelöst wurde, hagelte es ebenfalls Proteste. (SAD)

Mexikos größter Schlag gegen den Rauschgifthandel

AFP, Mexiko-Stadt

Die mexikanische Polizei hat in den letzten fünf Tagen 8000 Tonnen Marihuana beschlagnahmt, moderne Rauschgiftlabors zerstört und über 3000 Landarbeitern zur Freiheit verholfen, die unter unmenschlichen Bedingungen von den Rauschgifthändlern wie Sklaven gehalten wurden. Das wurde jetzt von offizieller Seite in *Mexiko-Stadt bestätigt. Es handelt* sich um den größten Rauschgiftfund in der Geschichte Mexikos. Insgesamt soll in der Region Rauschgift im Wert von zehn Milliarden Dollar entdeckt worden sein.

Wie es im amtlichen Bericht hieß, begann die Polizeioperation am Donnerstag vergangener Woche in abgelegenen Gebieten des nördlichen Bundesstaates Chihuahua an der Grenze zu den Vereinigten Staaten. Zunächst seien 2000 Tonnen Marihuana und 30 Fahrzeuge beschlagnahmt worden, die für den Transport des Rauschgiftes benutzt wurden. 300 Personen sind verhaftet worden. Am Sonntag sind dann in der Sierra von Chilicote weitere 6000 Tonnen Marihuana entdeckt worden, die von Dutzenden bewaffneter Männer bewacht worden seien, hieß es weiter.

In dem Gebiet haben Tausende von Landarbeitern, die von den Rauschgifthändlern wie Sklaven gehalten und zur Ernte des Rauschgiftes eingesetzt wurden, fliehen können, als die Polizei eintraf. Schätzungsweise 2000 von ihnen irren derzeit aus Angst vor Verhaftung durch das Wüstengebiet. *Ihnen droht jetzt der Hungertod.*

Einige der Landarbeiter, die gefaßt wurden, sagten aus, daß sie von den Rauschgifthändlern angeworben wurden, um bei der Apfelernte zu arbeiten. Sie seien in Lager im Norden des Landes gebracht und dort gezwungen worden, Marihuana zu ernten. Sie haben kaum Essen erhalten, unter unmenschlichen Bedingungen gehaust und seien ständig von Bewaffneten bewacht worden.

Der Schatz im Toplitzsee

Bergen Taucher des Bundesheeres Raketenrampe?

KURT POLLAK, Wien

Der als „Mülleimer des Dritten Reiches“ bekannte Toplitzsee im steirischen Salzkammergut ist seit Montag Schauplatz einer überraschungsträchtigen und gefährlichen „Entrümpelungsaktion“.

Pioniere und Kampfschwimmer des österreichischen Bundesheeres und des Innenministeriums in Wien wurden zum Gebirgssee abkommandiert, um mit der Bergung von Kriegsrelikten zu beginnen. Ausgelöst wurde diese Such- und Bergeaktion durch den deutschen Wissenschaftler Hans Fricke, der mit einem Mini-U-Boot seit Wochen auf der Suche nach einer nur im Toplitzsee vorkommenden Wurmart ist. Dabei stieß der Forscher in einer Wassertiefe zwischen 20 und 100 Metern auf hochbrisante Sprengkörper aus dem Vorratslager der hier etablierten Marineversuchsstation der deutschen Wehrmacht. Auch Teile einer riesigen Unterwasser-Raketenabschußrampe sollen sich im See befinden.

Seit Kriegsende hält sich das Gerücht, daß mehrere Kisten mit Gold und Geheimakten sich im See befinden. Vor 25 Jahren wurden bei einer Suchaktion aber nur gefälschte Pfundnoten in Millionenhöhe zutage gefördert. Seither versuchten immer wieder Privattaucher, nach den Schatz- und Dokumententruhen zu suchen. Zwei von ihnen bezahlten die Suche mit ihrem Leben.

Gestern wurden die Taucher des österreichischen Innenministeriums fündig: Nachdem schon am Vortag eine riesige Seemine an Land gebracht worden war, gelang es nun, 80 Kilogramm TNT-Sprengstoff, eine große Menge von Raketentreibsätzen und ein acht Meter langes Schwimmobjekt, dessen Verwendungszweck erst von Experten festgestellt werden muß, zu bergen. Die Tauchaktion wird fortgesetzt.



Erfolgreicher Tauchgang am Toplitzsee: Aus über hundert Metern Tiefe wird eine Seemine aus dem Zweiten Weltkrieg geborgen FOTO:AP

„Russenhoch“ beschert Wärme und Fernsicht

DW. Bonn

Wer kann, sollte sich ab sofort ein paar Tage freinehmen und ein Sonnenwetter genießen, wie es im November sonst nicht vorkommt. Der Meteorologe vom Dienst beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach, Norbert Bonanati, wagte gestern eine Vorhersage gleich für mehrere Tage: „Wahrscheinlich eine Woche lang *wird ganz* Deutschland *im Einfluß*bereich eines stabilen Hochs über Ostrußland bleiben“. Solche Wetterlage sei nicht novembertypisch, sondern trete meist erst im Februar oder März auf.

Auf die Frage, ob diesem Hoch Aprilwetter folge und der Winter vielleicht schon vorbei sei, antwortete Bonanati: In den nächsten Tagen seien Herbststürme und Schneeschauer, wie sie gegen Ende November unter dem Einfluß polarer Luftmassen entstehen, nicht zu erwarten. Der „goldene November 1984“ zeigt *sich auch am Niederschlagsvolumen* dieses Monats: Bisher waren es null Millimeter, im Durchschnitt aber sind es 61 Millimeter.

In Südbayern stiegen die Temperaturen am Alpenrand bis auf 17 Grad Wärme. Die Zugspitze meldete null Grad, eine Fernsicht von 130 Kilometern und eine Schneehöhe von lediglich 65 Zentimetern – Idealbedingungen für die zahlreichen zu Hochtouren aufbrechenden Bergsteiger.

Wetterbedingte Sorgen um den Kreislauf brauchten sich nach Auskunft des Kardiologen der Universitätsklinik München-Innenstadt, Prof. Hans Jahrmerker, nur wenige zu machen. Ins Gewicht falle eine solche Wetterlage höchstens bei kranken Menschen und auch bei ihnen nur dann, wenn eine Kreislaufschwäche das „Zünglein an der Waage“ sei. Sicherlich steige bei jeder extremen Hochwetterlage zwar die Zahl der Kreislaufleidenden an, ein Krankheitsbild jedoch lasse sich daraus nicht zeichnen.

Verdiente Pause vor nächster Bergungsaktion

dpa, Cape Canaveral

Die Astronauten Joseph Allan und Dale Gardner in der amerikanischen Raumfähre „*Discovery*“ legten gestern, einen Tag nach der unerwarteten Knochenarbeit beim Verstauen des Satelliten „Palapa“, eine verdiente Ruhepause ein. Heute soll der zweite im Februar gestrandete Satellit „Weststar“ geborgen werden. Die Experten in den Bodenstationen der Nasa hoffen, daß nicht ähnliche Probleme wie bei der „Palapa“ auftreten. Dieser Satellit war präzise und ohne Schwierigkeiten mit dem extra dafür konstruierten Greifgerät eingefangen und in die Ladebucht gebracht worden. Der Ärger begann, als wegen eines zwei Millimeter großen Stutzens am Satelliten dieser nicht in die vorbereitete Halterung paßte. Das Verstauen mit dem Roboterarm der Fähre klappte deshalb nicht. Allan hielt darauf den Satelliten, dessen Gewicht von 570 Kilogramm in der Schwerelosigkeit nicht zu spüren ist, mit der Hand fest, während Gardner mit einem Schraubenschlüssel die Halterung montierte.

Verheerender Wirbelsturm

AFP, Catania

Die Umgegend von Catania auf Sizilien ist in der Nacht zu gestern durch einen Wirbelsturm verwüstet worden. Zahlreiche Gebäude wurden zerstört. Die Autobahn zwischen Catania und Messina und weitere Verkehrswege der Region sind nicht mehr benutzbar.

Keine Tiefflüge mehr

AP, München/Bonn

Ein Sprecher der Luftwaffe im Bonner Verteidigungsministerium bestätigte, daß Tiefflüge im Umkreis der weltberühmten Wallfahrtskirche Wies untersagt wurden. Die Renovie*rung der Kirche, die vom bischöfli*chen Ordinariat Augsburg wegen starker Schäden gesperrt wurde, wird voraussichtlich mehrere Millionen Mark kosten.

Kind vom Vater ausgesetzt

dpa, Madrid

Der dreijährige Daniel Quitsch aus Xanten ist vergangene Woche in der spanischen Stadt Tortosa von seinem Vater ausgesetzt worden. Der kleine Daniel wurde von der Polizei auf der Straße vor einem Hauseingang aufgelesen und in ein Kinderheim gebracht. Gestern holte die Mutter den Kleinen in Tortosa ab.

Rockerprozeß geplatzt

AP, Hamburg

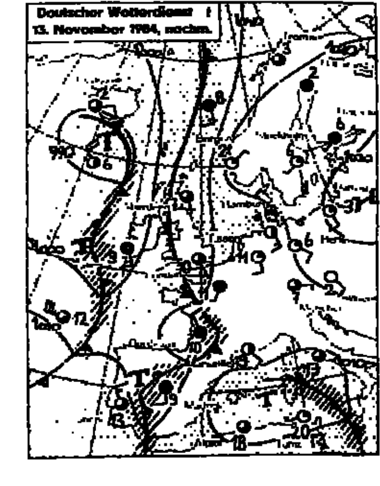
Der Mammutprozeß gegen 14 Mitglieder der Hamburger Rockergruppe „Hell's Angels“ ist gestern geplatzt. Die Große Strafkammer 7 des Hamburger Landgerichts hat entschieden, daß die Hauptverhandlung ausgesetzt wird, da die Kammer auf der Schöffenseite nicht ordnungsgemäß besetzt sei. Eine entsprechende Verfahrensrüge war bei Prozeßeröffnung am vergangenen Mittwoch von der Verteidigung ergangen.

ZU GUTER LETZT

„Nessie, das sagenumwobene See-Ungeheuer vom schottischen Loch Ness hat möglicherweise Verwandte auf Island“. Meldung der Deutschen Presse Agentur.

WETTER: Meist sonnig

Wetterlage: An der Westflanke eines kräftigen und umfangreichen Hochdruckgebietes über Osteuropa wird weiterhin trockene Festlandsluft nach Deutschland geführt.



Stationen: ½ bedeckt, Wind Stärke 5, 15°C. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Im gesamten Bundesgebiet und Berlin gebietsweise, vor allem am Oberrhein und im Bodenseegebiet beständiger Nebel oder Hochnebel. Sonst meist sonnig. Nachmittagstemperaturen in Nebelgebieten um 5 Grad, sonst zwischen 7 und 12 Grad, in Alpentälern im Föhnbereich bis 18 Grad. Nachts 4 bis null Grad, örtlich leichter Frost. Schwacher Wind um Südost.

Weitere Aussichten:

Im Westen zeitweise wolkig, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	25°
Bonn	10°	Kopenh.	8°
Dresden	7°	Las Palmas	21°
Essen	11°	London	10°
Frankfurt	8°	Madrid	9°
Hamburg	4°	Mailand	9°
List/Sylt	4°	Mallorca	17°
München	7°	Moskau	-6°
Stuttgart	4°	Nizza	16°
Algier	18°	Oslo	2°
Amsterdam	8°	Paris	11°
Athen	9°	Prag	7°
Barcelona	16°	Rom	13°
Brüssel	12°	Stockholm	6°
Budapest	1°	Tel Aviv	21°
Bukarest	-2°	Tunis	20°
Helsinki	6°	Wien	2°
Istanbul	9°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.40 Uhr, Untergang: 16.33 Uhr; **Mondaufgang:** 22.24 Uhr, Untergang: 13.51 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wasser auf die Mühlen der Justiz

WALTER H. RUEB, Bonn

Der neue Wasserverbund Niederrhein hat es in sich: schon vor seiner Konstituierung im Frühjahr 1984 entbrannte zwischen der Gelsenwasser AG auf der einen und den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken in Essen und deren Töchter Rheinbraun und Rhein-Ruhr-Wasser GmbH auf der anderen Seite Streit darüber, ob der Verbund zur Sicherung der Trinkwasserversorgung am linken Niederrhein überhaupt notwendig sei.

Jetzt erfährt die Auseinandersetzung der deutschen Energie-Riesen in dieser Angelegenheit noch eine Steigerung: das Land Nordrhein-Westfalen gerät in direkte Konfrontation mit dem Bund. Es geht um die Frage, ob die vom Düsseldorfer Regierungspräsidenten und damit von einer Verwaltungsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen erlassenen Vorschriften und Beschränkungen in dem zur Wasserschutzzone erklärten Gebiet im Binsheimer Feld nordwestlich von Duisburg auch für den Bund Geltung haben.

Bei diesem Streit geht es auch um Umweltschutz. *Ausgangspunkt* war die Düsseldorfer Entscheidung, in der neuen Wasserschutzzone Abgrabungen nur nach strengster Überprüfung zuzulassen. Johannes Heinrichs, Pressereferent des Regierungspräsidenten Hermann Strich, begründete die Entscheidung so: „Vor dem Hintergrund eines gesteigerten Umweltschutz-Bewußtseins versucht die Behörde, in dem Gebiet, wo eine Wasserversorgung für das nächste Jahrtausend aufgebaut wird, jegliches Risiko auszuschalten. Deshalb wurden Auskiesungsanträge abgelehnt und zahlreiche Gerichtsverfahren in Kauf genommen.“

Die Durchsetzung der neuen Ordnung am Niederrhein droht jetzt ausgerechnet am sogenannten Hoheitsträger zu scheitern: Der Bund verwendet am und im Rhein nach wie vor Bergematerial zur Auffüllung und Nivellierung von Bergsenkungen. „Das Bergematerial, bei dem es sich um die Reste gewaschener Kohle handelt, enthält nachweislich Chloride und Sulfate, die wasserlöslich sind“, sagte Heinrichs. „Chloride und Sulfate aber müssen dem Trinkwasser ferngehalten werden.“

Die im Düsseldorfer Regierungspräsidium als notwendig erachtete Strenge bezüglich des Wassers wird beim Bund für übertrieben gehalten. Jedenfalls fährt er fort, entlang des Rheins bei Baumaßnahmen nach bisheriger Praxis Bergematerial zu verwenden. Dietrich Lankenau, Technischer Direktor beim zuständigen Wasser- und Schiffahrtsamt in Münster, sagte dazu: „Wir verwenden nur Stahlwerkschlacke und Bergematerial, deren chemische Werte innerhalb der zulässigen Grenzen liegen.“ Lankenau gab jedoch zu, daß es in jüngster Zeit Beschwerden seitens des Düsseldorfer Regierungspräsidenten sowie mehrerer niederrheinischer Wasserwerke gegeben habe. Lankenau: „Die Kritik ist jedoch weder *durch Gutachten* noch neue Erkenntnisse gestützt.“

Um dem Bund ein stärkeres Gegengewicht entgegenzusetzen, überwies der Düsseldorfer Regierungspräsident die Angelegenheit dem Chef des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Minister Klaus Matthiesen aber hält sich bisher noch bedeckt, doch fielen in der Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen deutliche Worte: Wenn der Bund die am Niederrhein erlassenen Vorschriften nicht respektiere, verstoße er gegen Maßnahmen des Umweltschutzes, den er sonst bei jeder Gelegenheit propagiere.

Rom wagt jetzt den Griff nach den „Unantastbaren“

Chefs der Steuerverwaltung Siziliens als Mafiosi verhaftet

KLAUS RÜHLE, Rom

Die richterliche Großoffensive gegen die „Bigs“ der Mafia, die Drahtzieher der sizilianischen Verbrecherorganisation und ihre Verflechtungen mit der mächtigen „Cosa Nostra“ in USA, ist in eine neue und vielleicht entscheidende Phase getreten. Mit der überraschenden Verhaftung der Neffen Nino (55) und Ignazio Salvo (53), scheint endlich die Führungsschicht der Mafia erreicht worden zu sein. Die italienische Presse spricht vom dritten Grad der Verbrecherorganisation, die bisher niemand anzutasten wagte. Nun, die italienische Justiz hat es jetzt gewagt und damit das Ansehen von zwei maßgebenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der sizilianischen Politik und Hochfinanz über Nacht entmachtet.

Die beiden Neffen, bis 1982 prominente christdemokratische Parteimitglieder, besaßen bis zum vergangenen Jahr das einträgliche Monopol der Steuereinziehung in Sizilien. Sie verdienten an jeder Steuererhebung 10 Prozent und hießen deshalb im Volksmund auch „die 10-Prozent-Barone“. Als sie genug Geld geschaffen hatten, verzichteten sie 1983 freiwillig auf die Verlängerung der Steuerlizenz, weil ihnen wohl der Boden zu heiß geworden war und sie ihren Reichtum auf andere Weise vermehren wollten. Sie fühlten sich auch nicht mehr genügend politisch abgeschirmt und verzichteten deshalb auf die Erneuerung ihrer Mitgliedschaft in der christdemokratischen Partei.

Der Anklage nach haben sie jahrzehntelang lukrative Geschäfte mit und durch die Mafia gemacht, schmutziges Geld getauscht oder ins Ausland verschoben, Politiker bestochen und begünstigt. Nach Vito Ciancimino, dem einstigen christdemokratischen Bürgermeister von Palermo, sind die beiden Salvos zwei weitere prominente Opfer der Enthüllungen des reuigen Ex-Mafia-Boß Tommaso Buscetta geworden. Freilich gibt man sich bei der italienischen Justiz nicht der Hoffnung hin, daß der Kampf gegen die Mafia damit bereits gewonnen sei. Dazu kennt sie den Gegner schon zu lange.